

# Kreisarchiv Stormarn E103

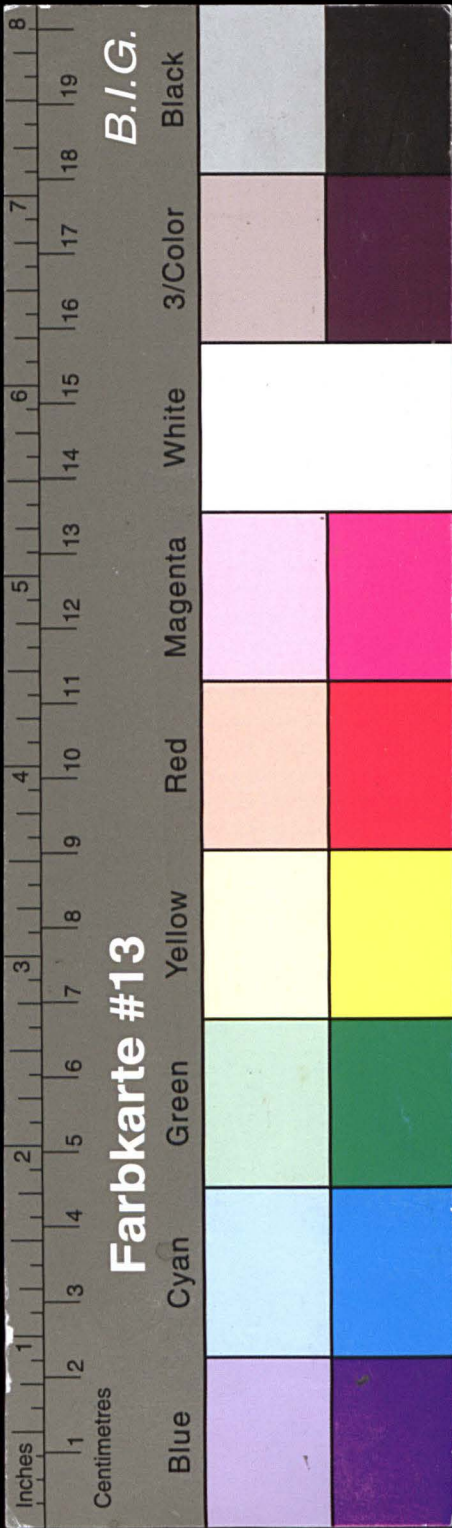
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

Kreisarchiv Stormarn

Bestand E103

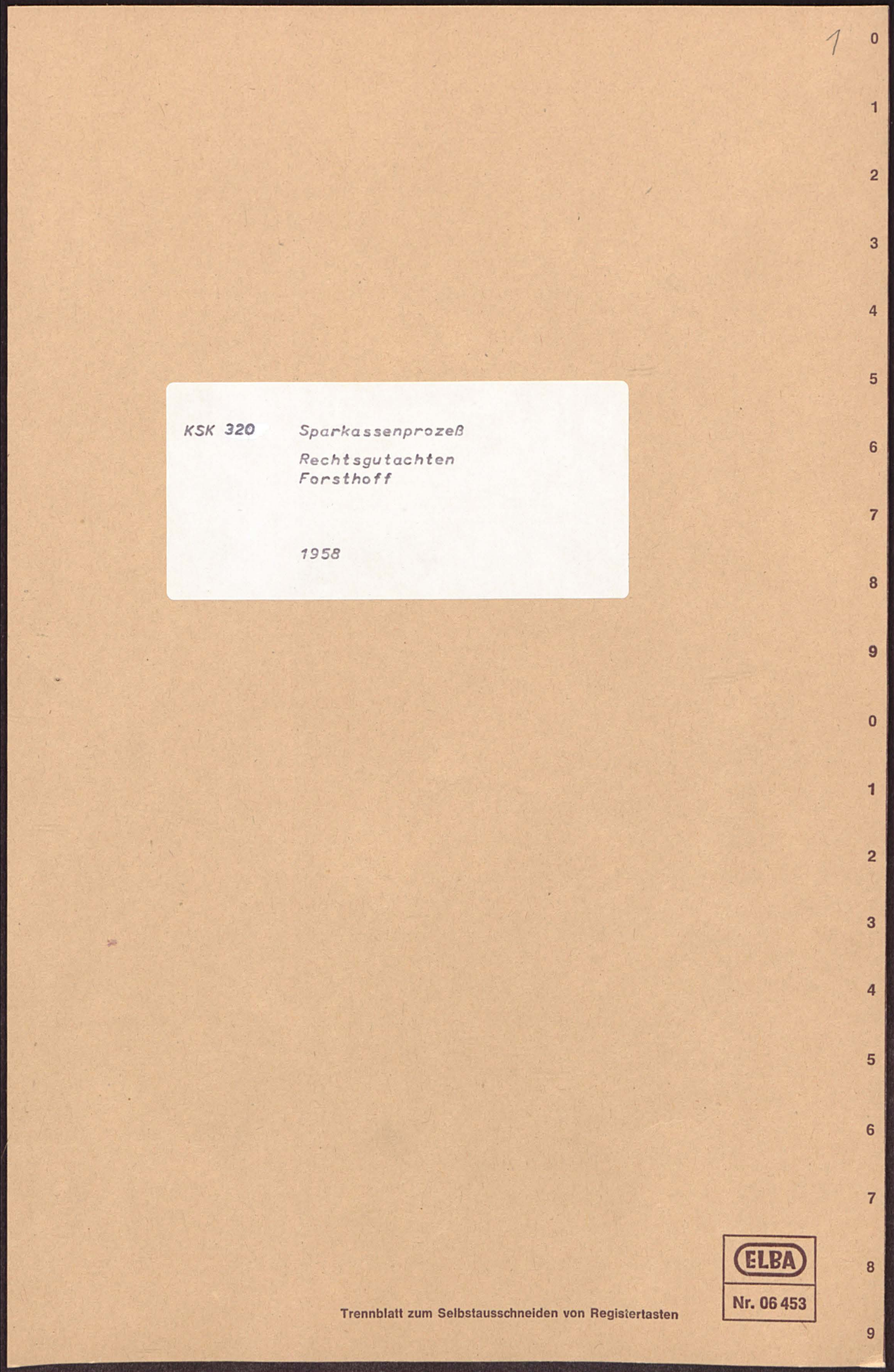
226



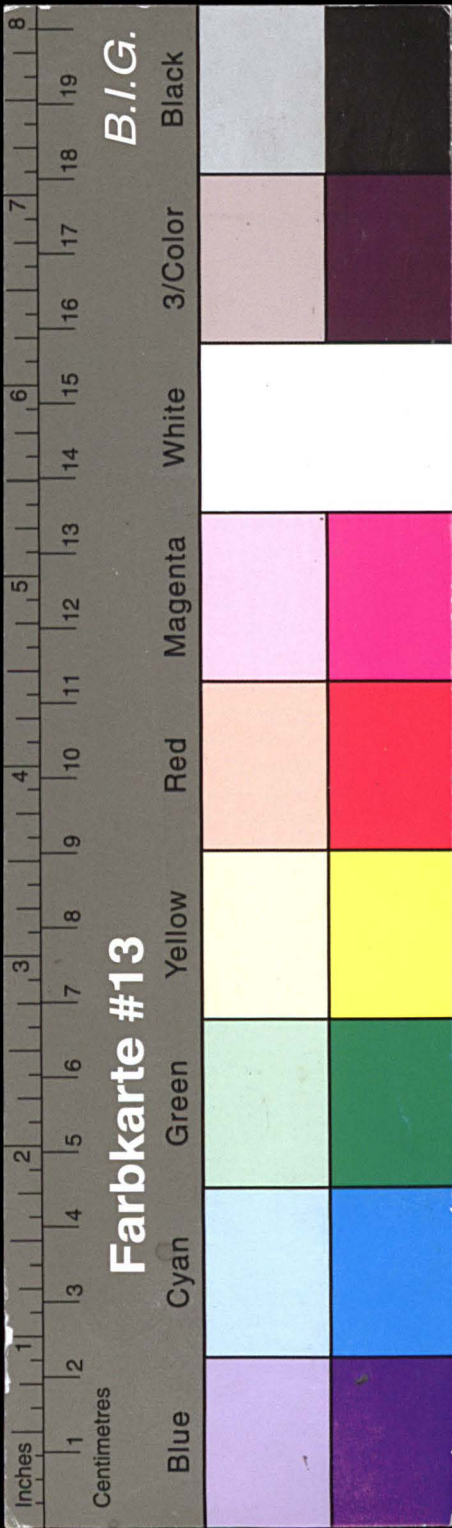


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

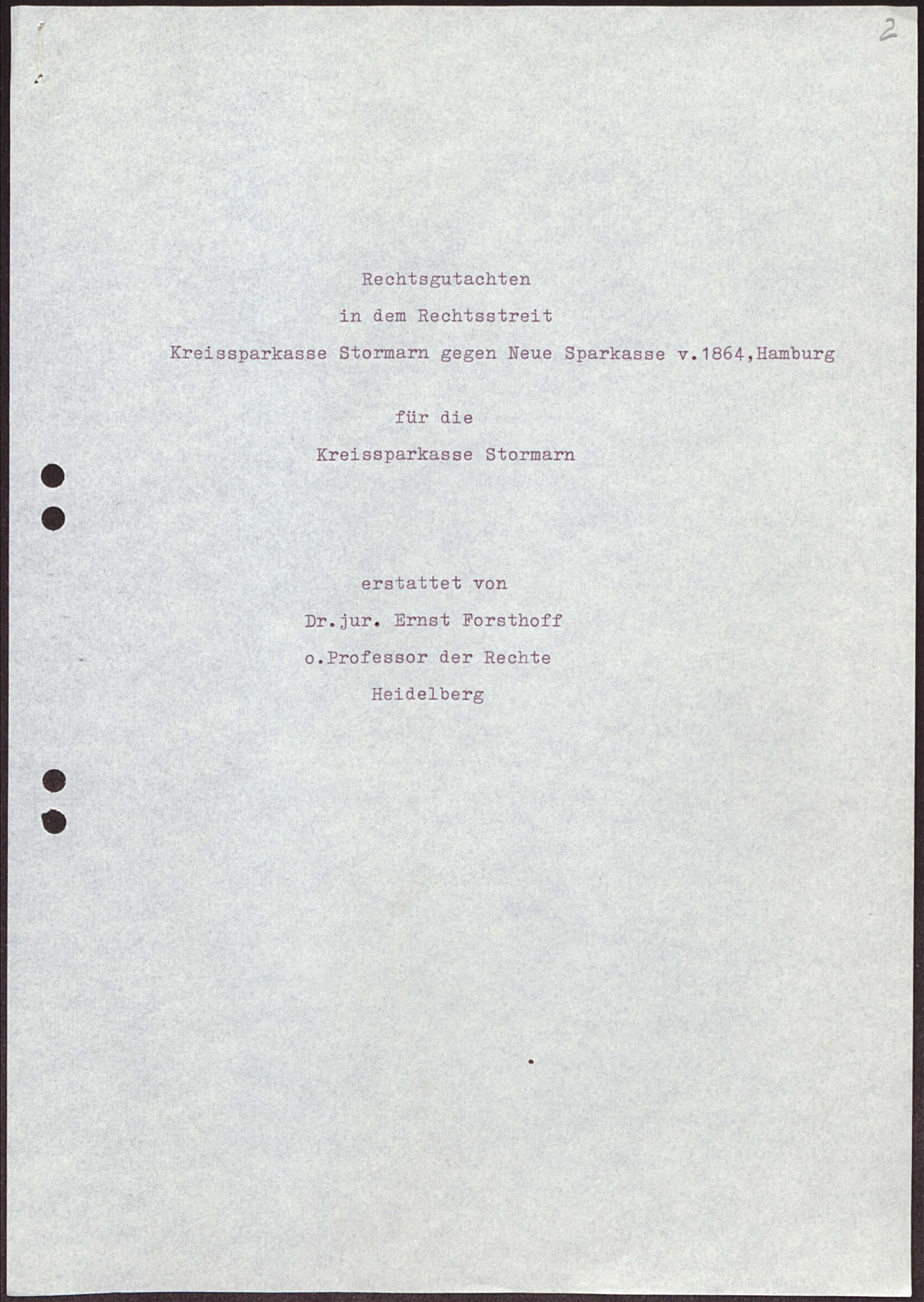
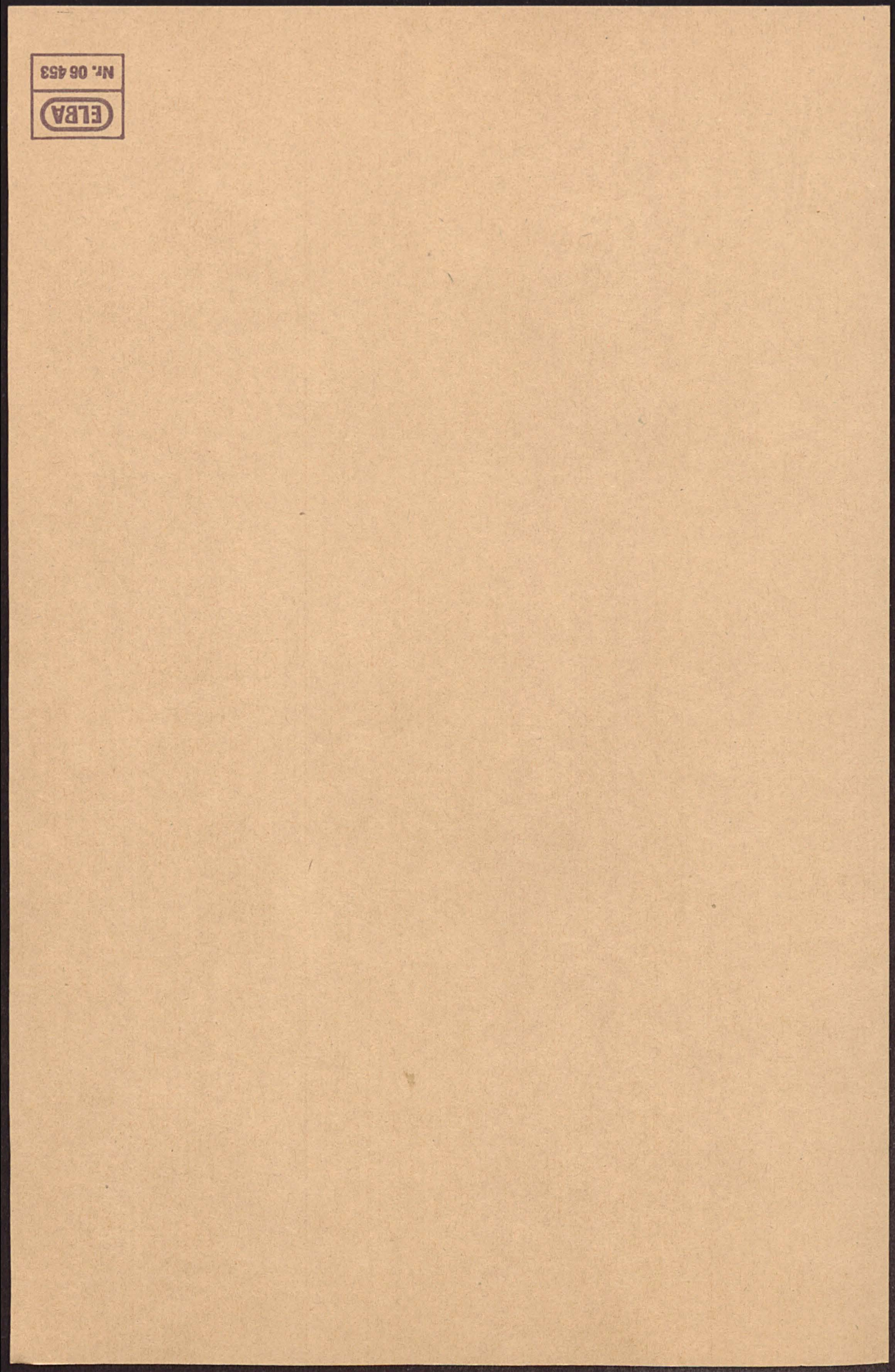




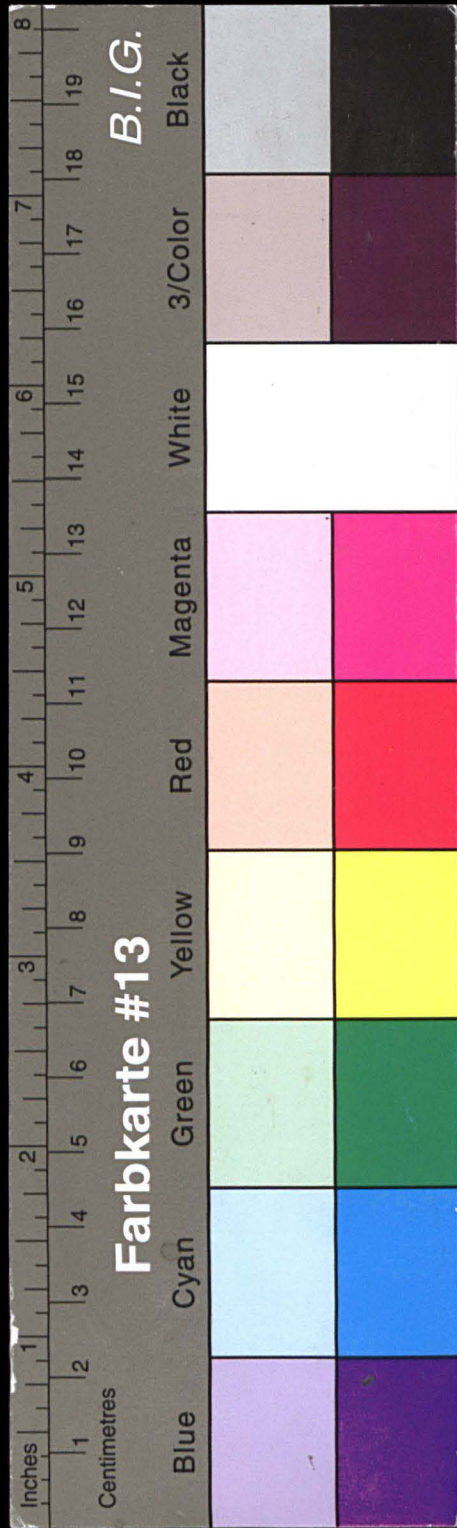


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

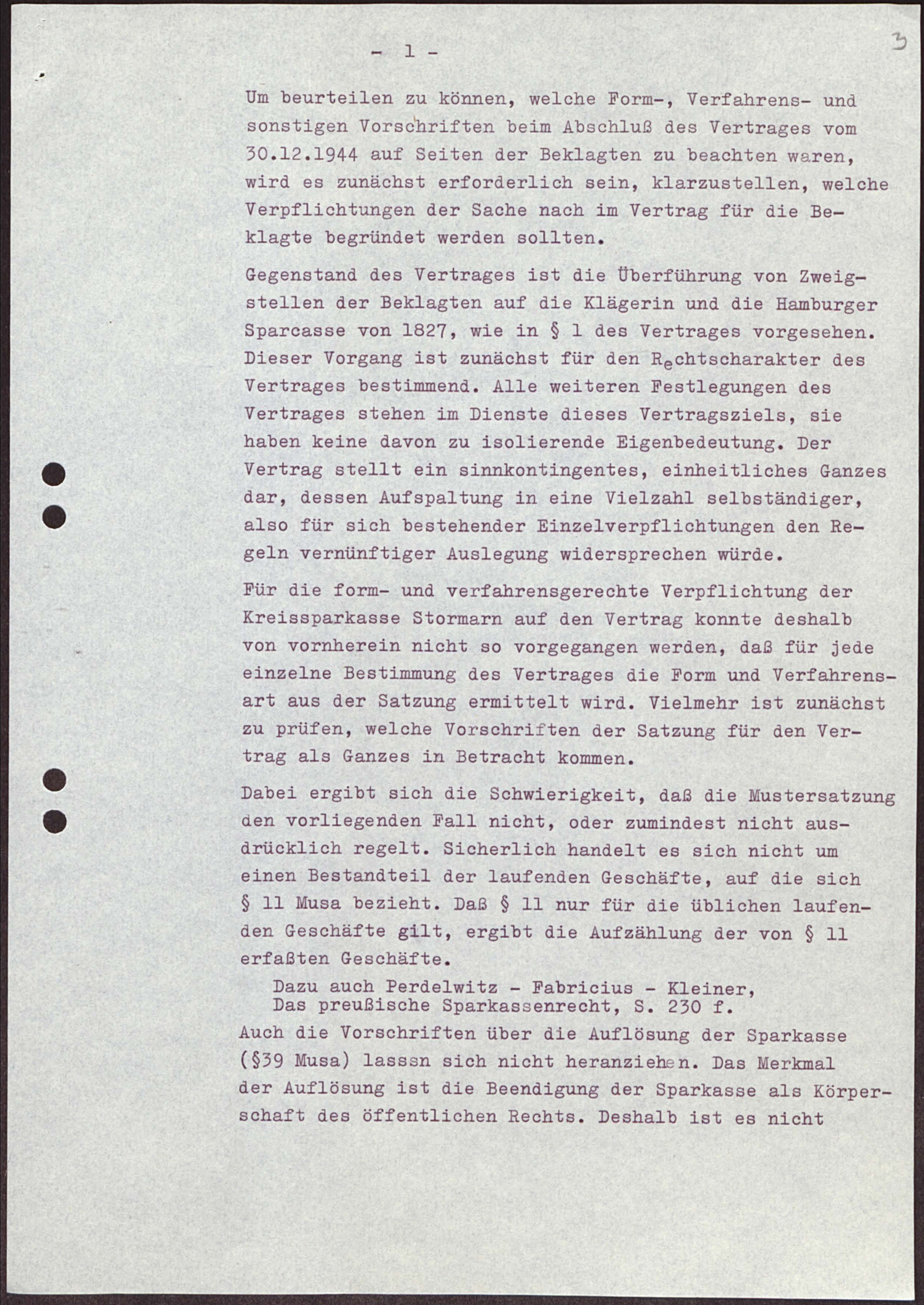
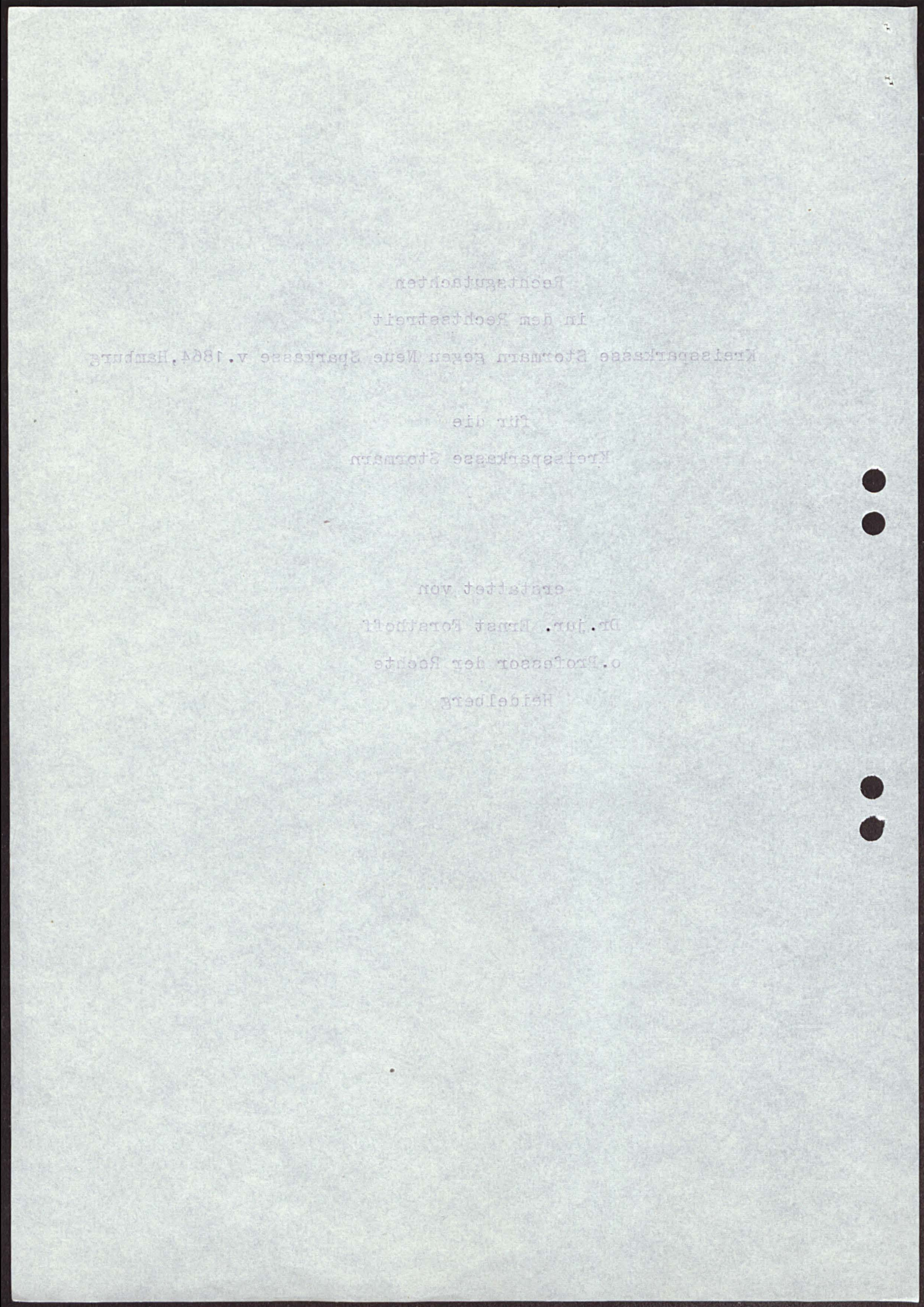




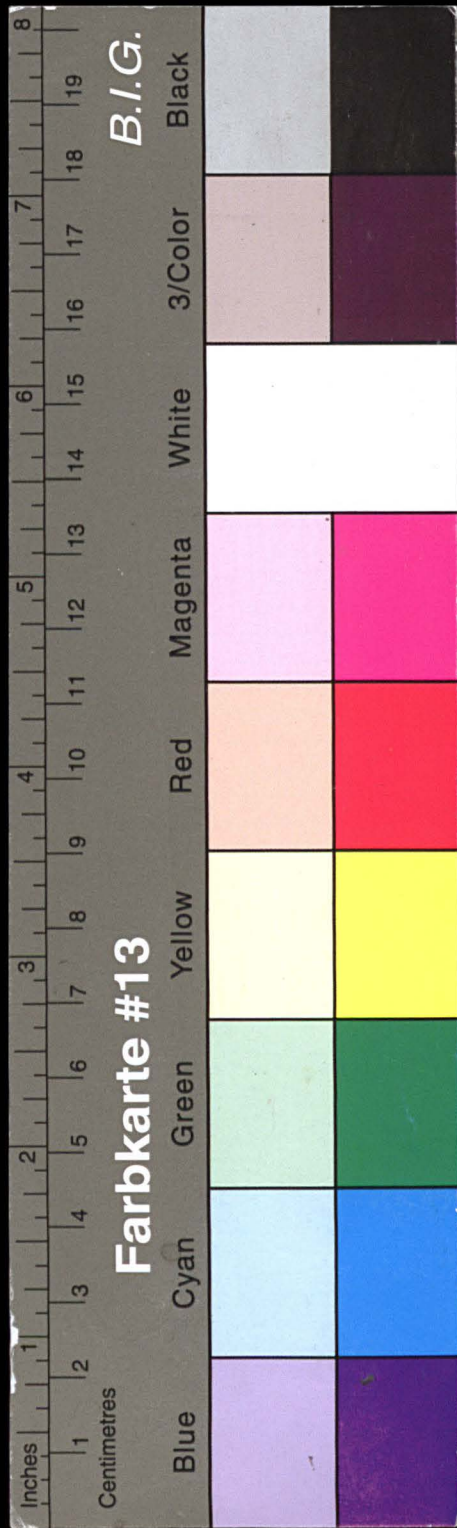


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

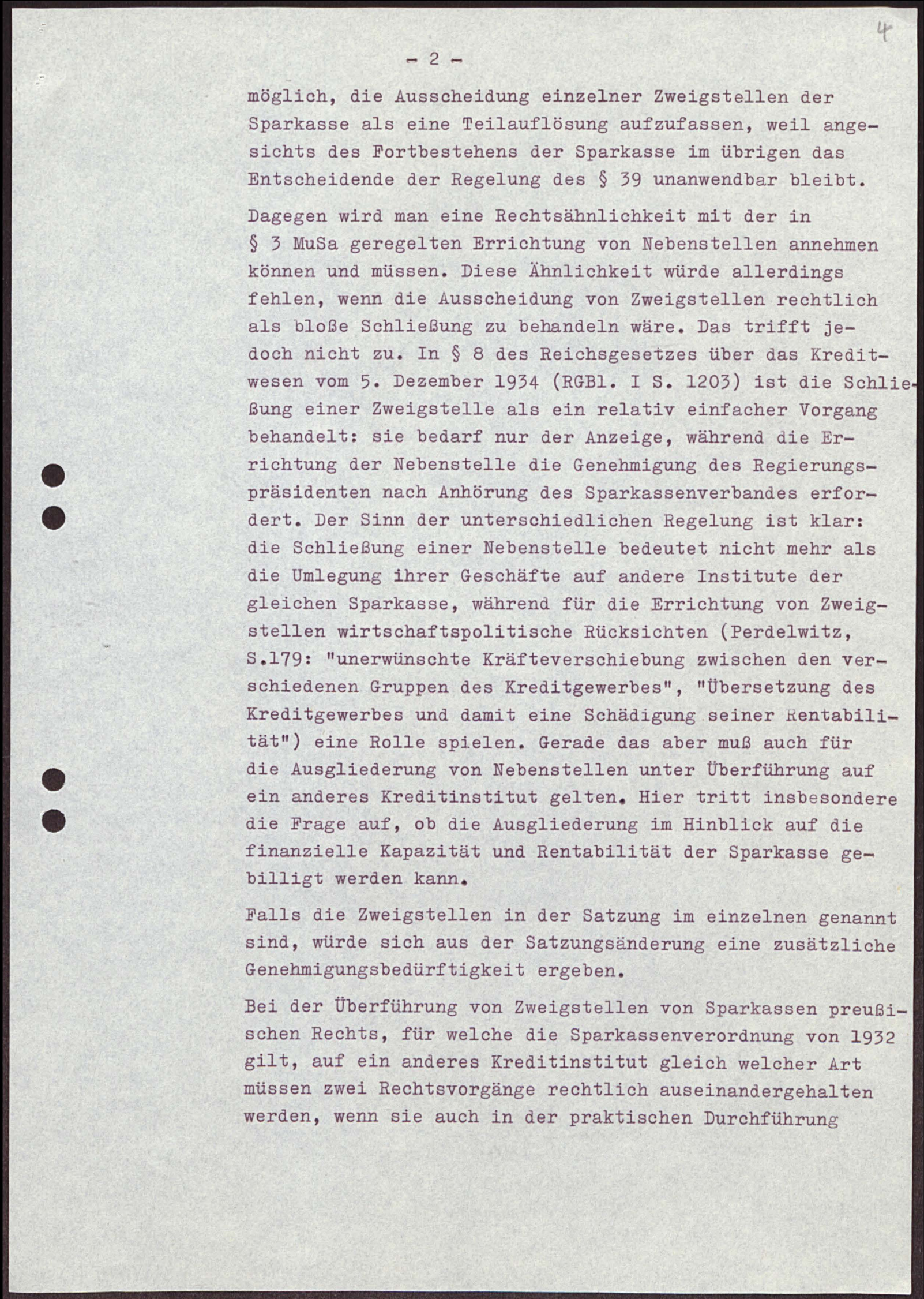
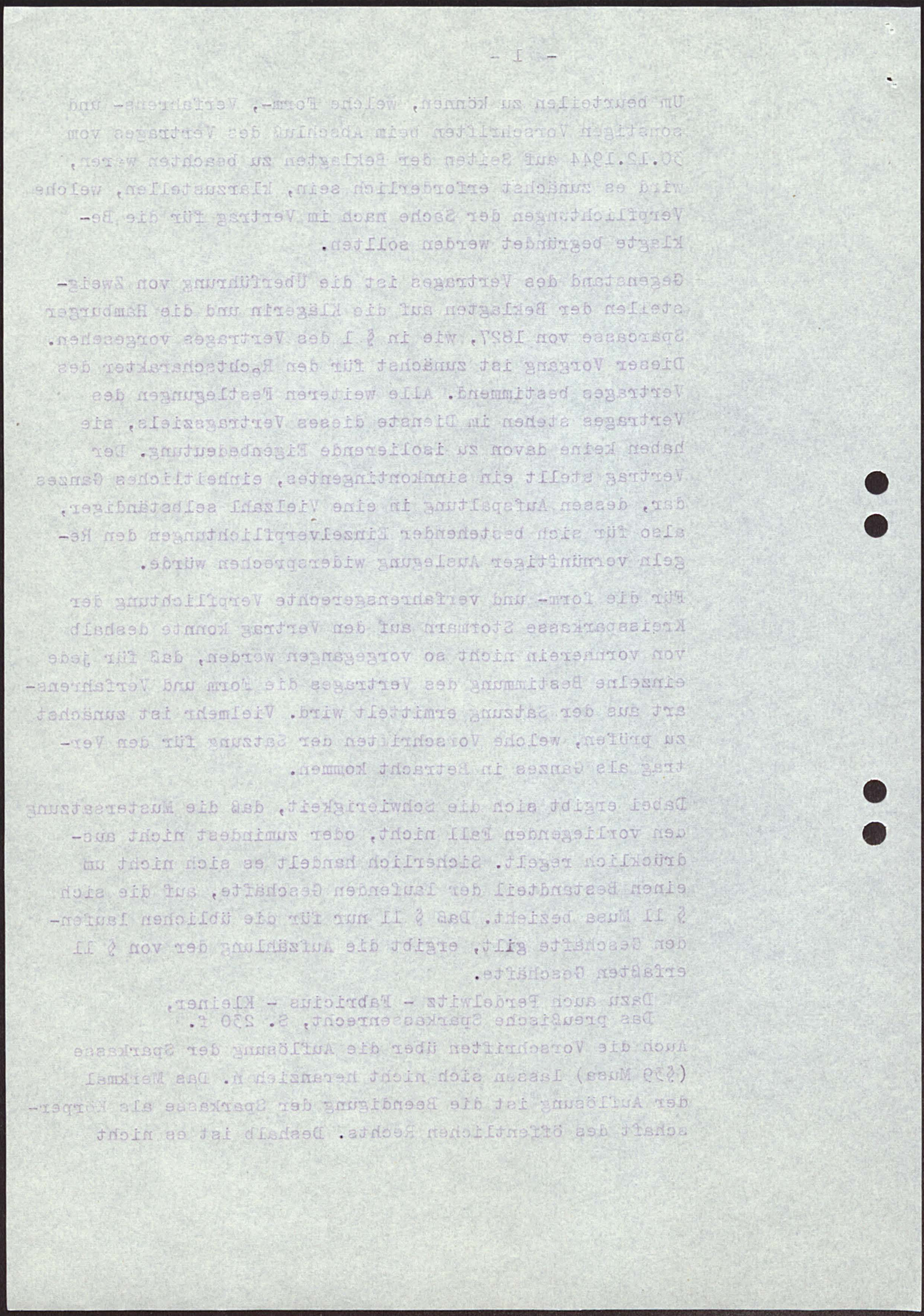




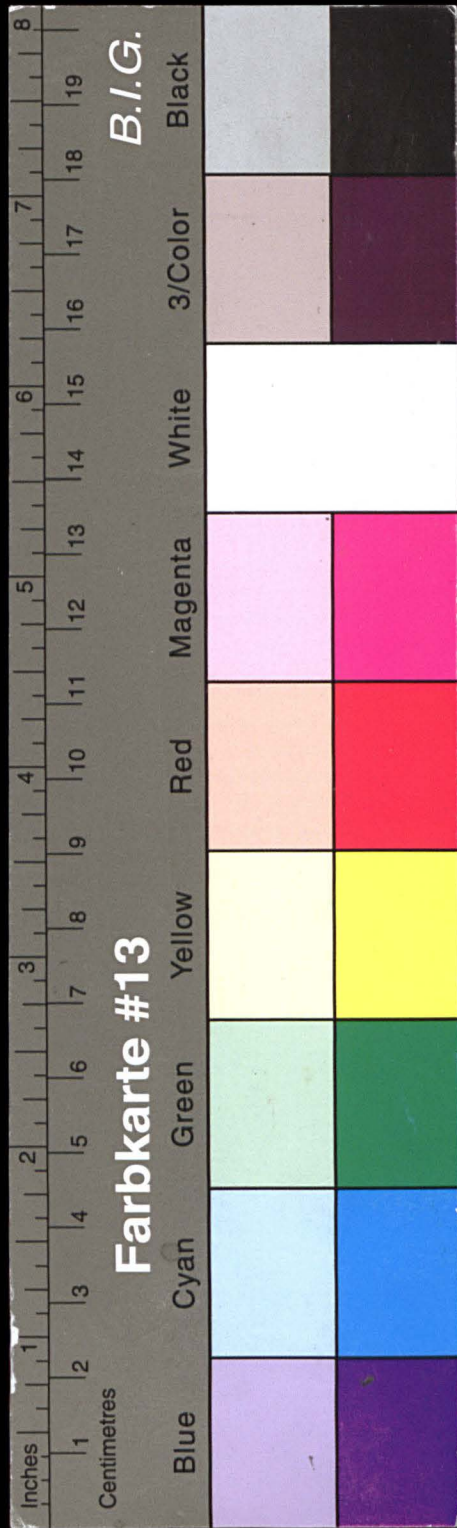


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

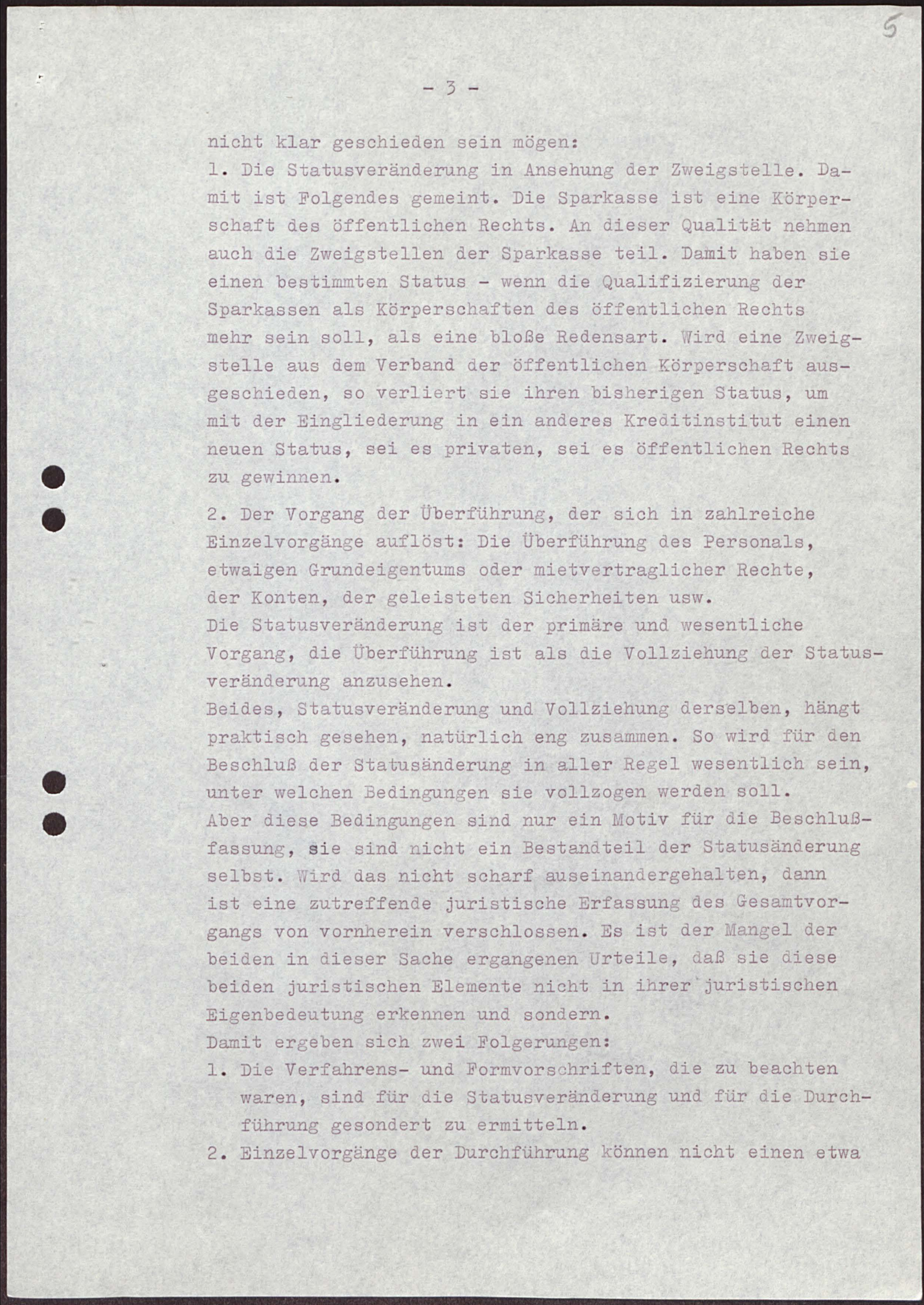
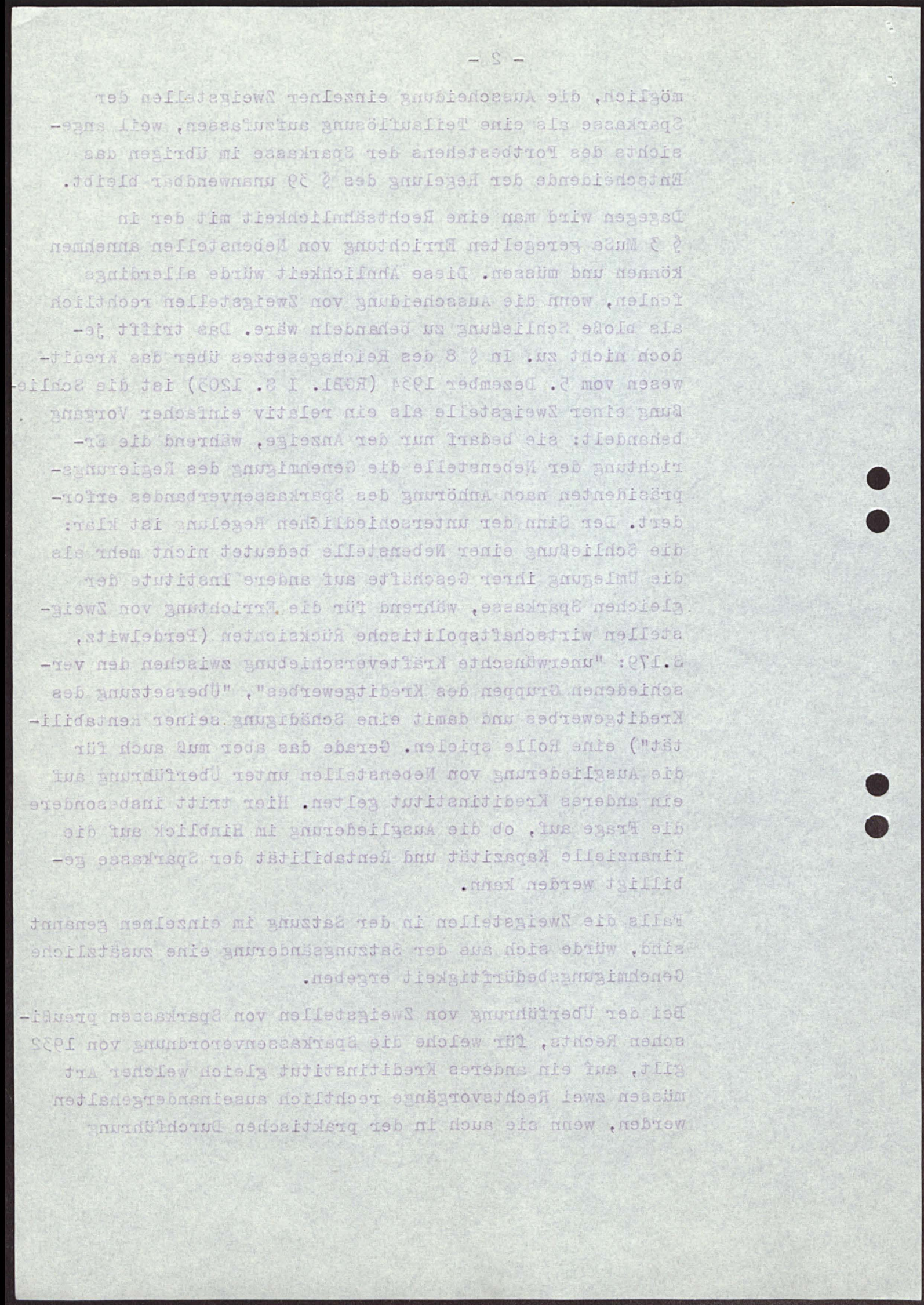




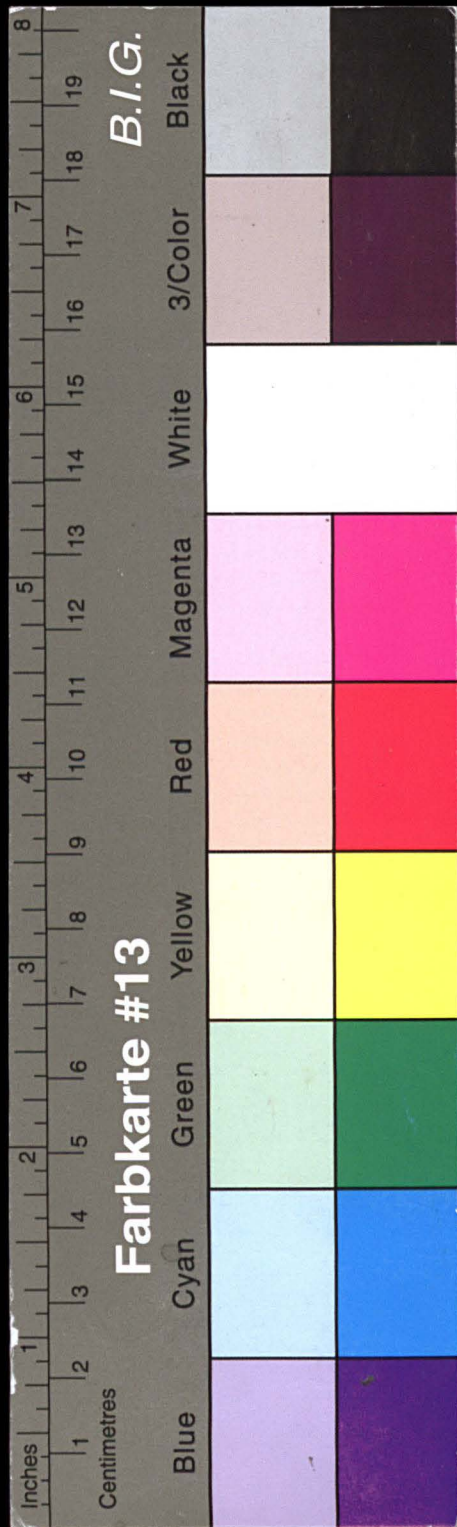


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

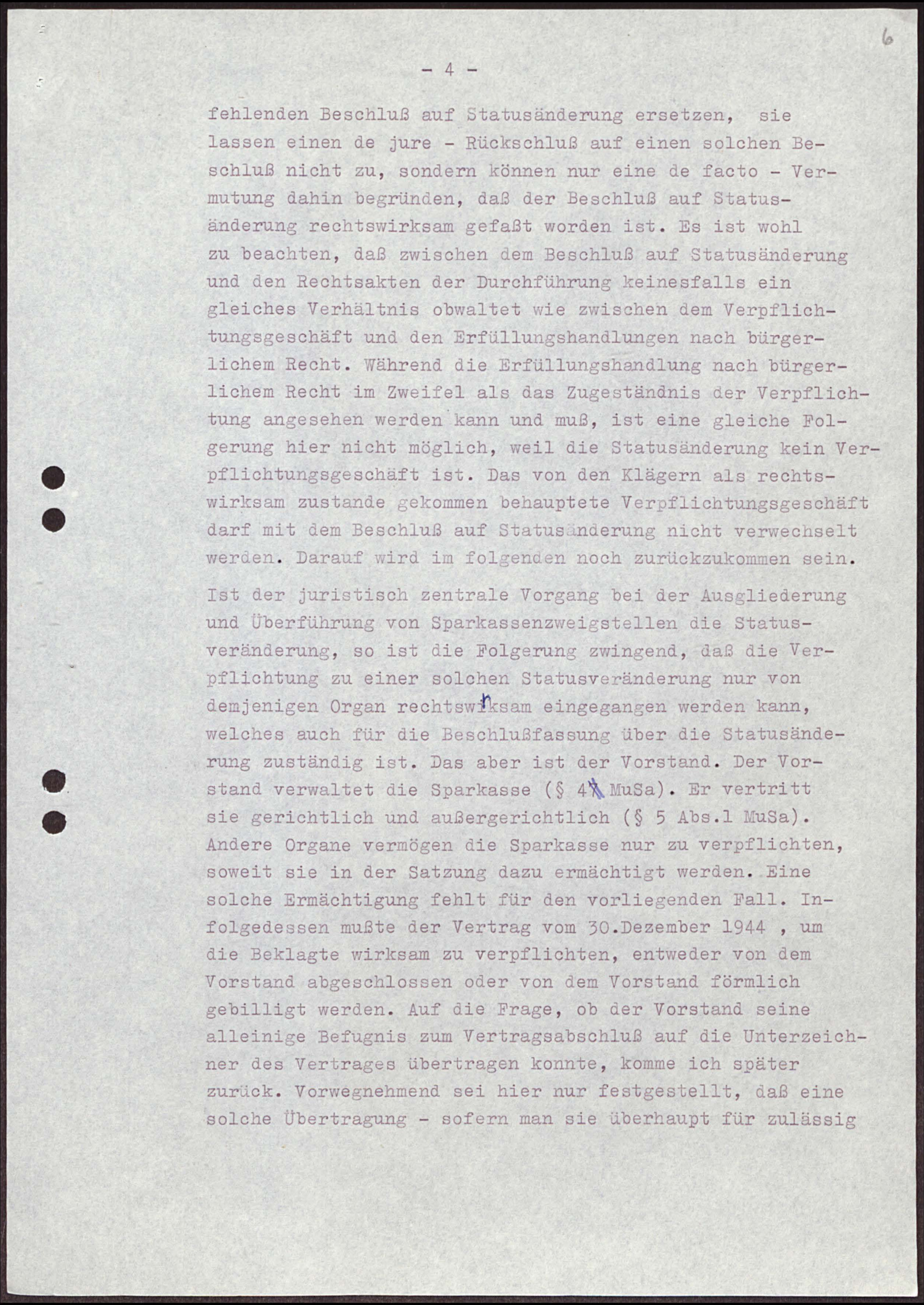
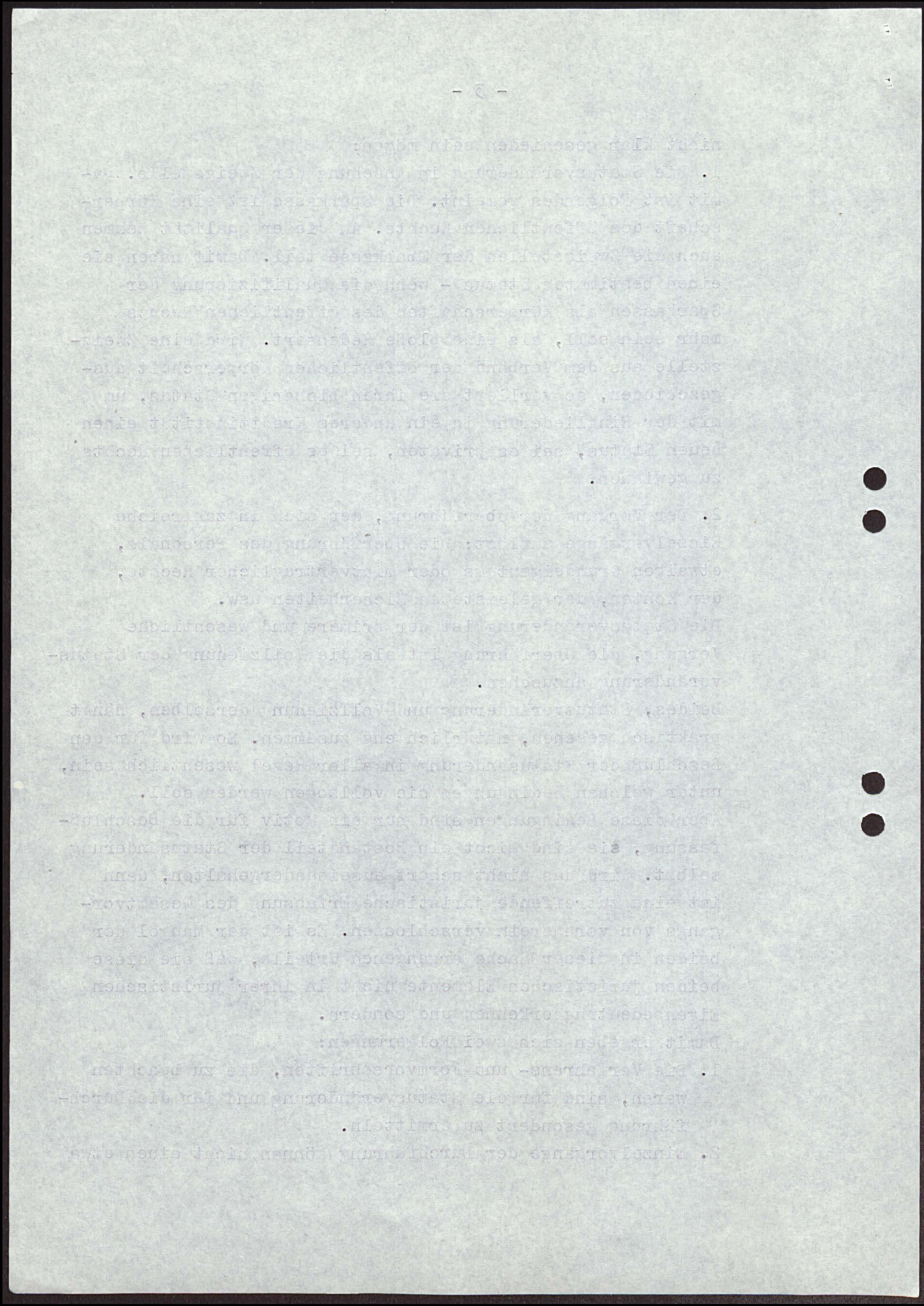




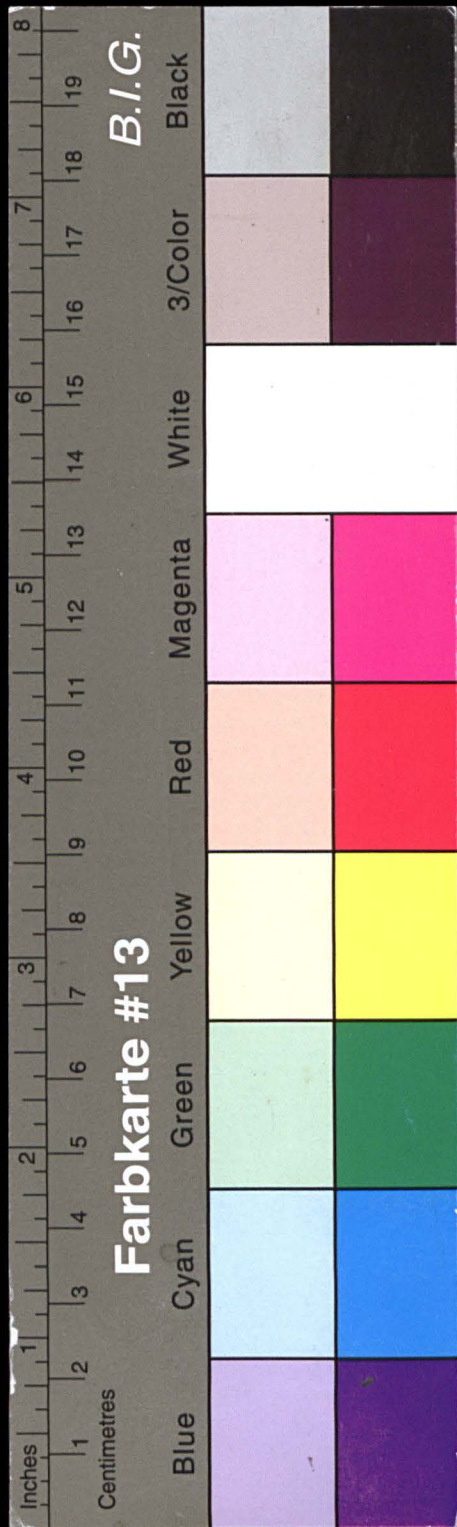


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

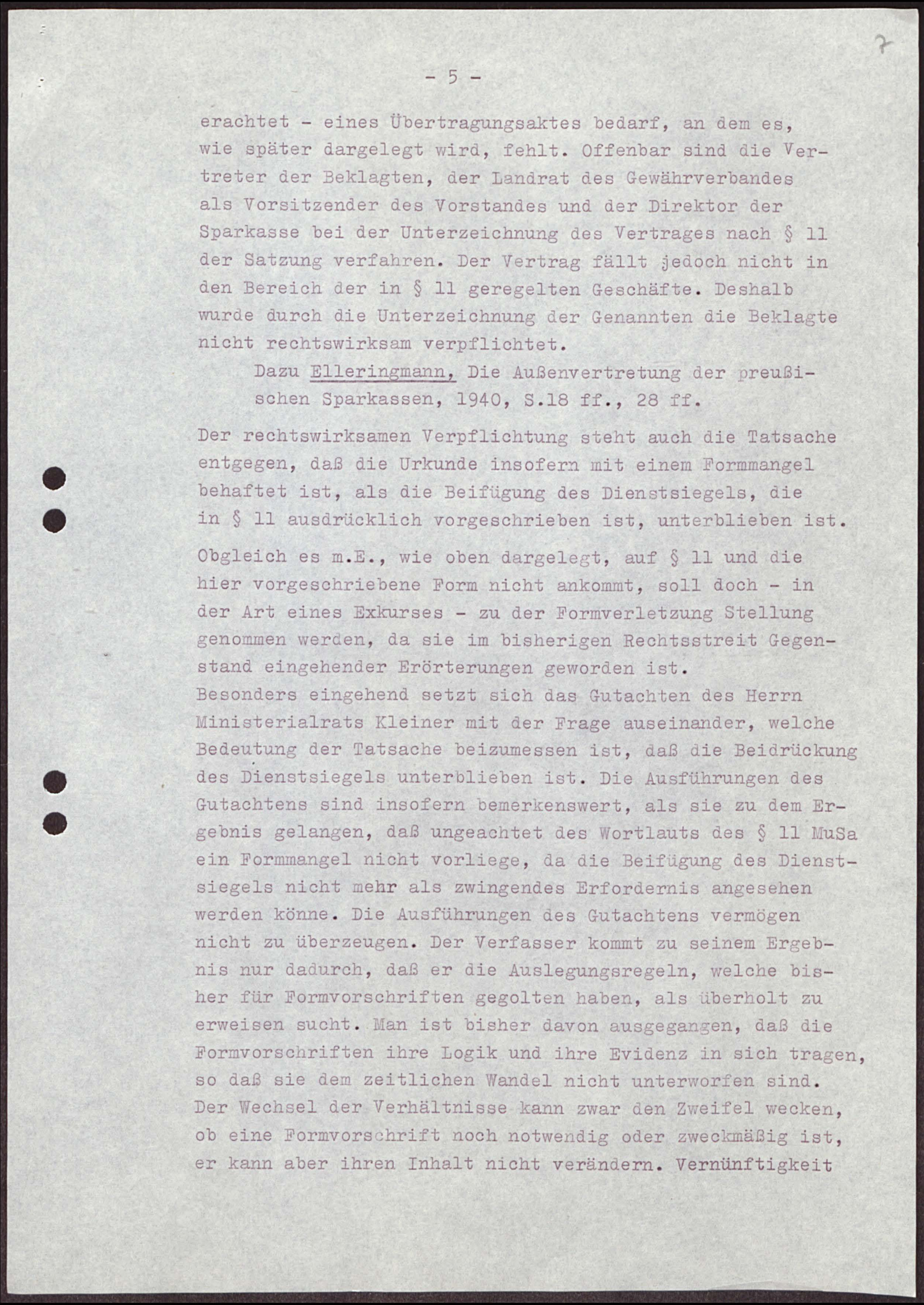
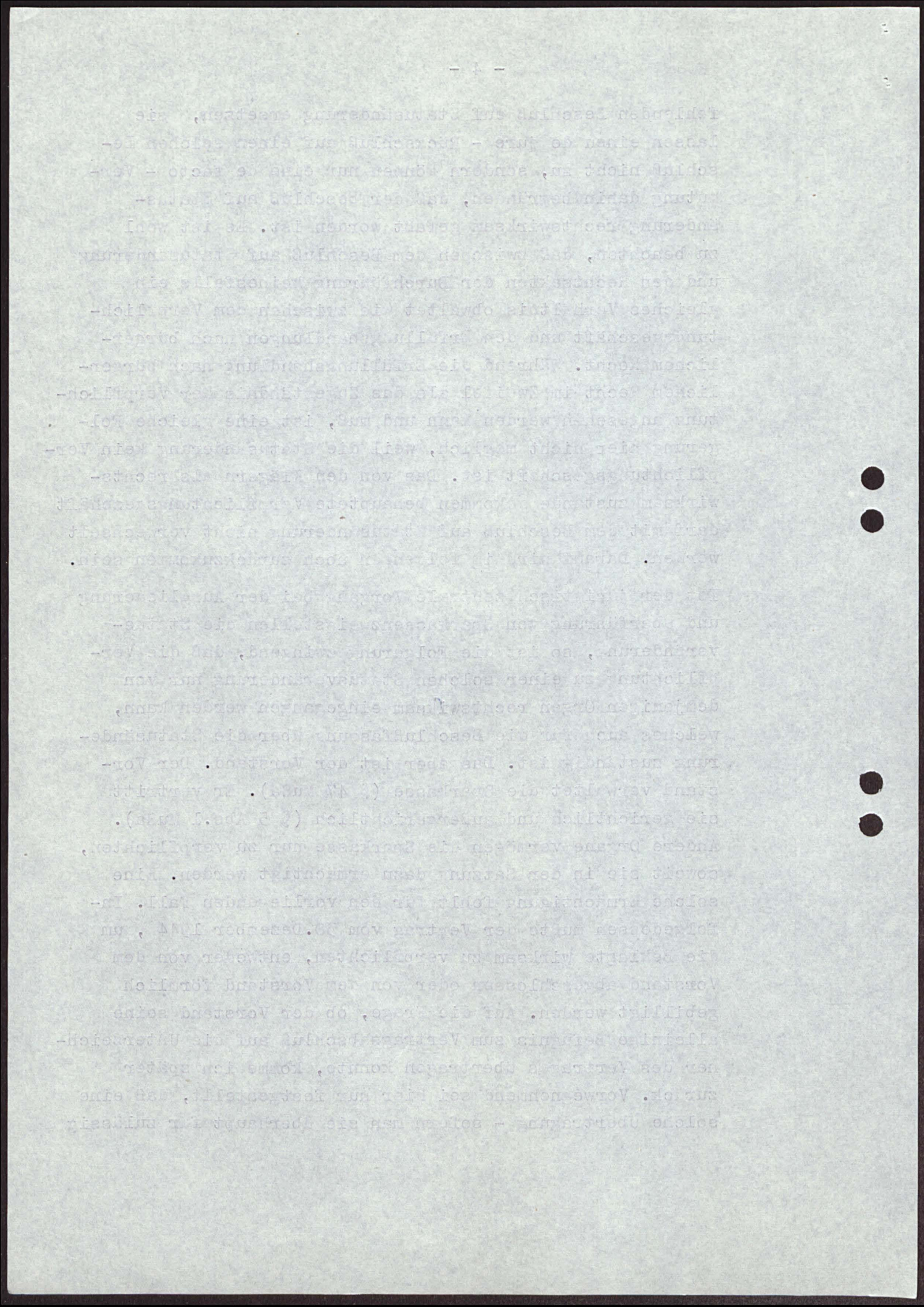




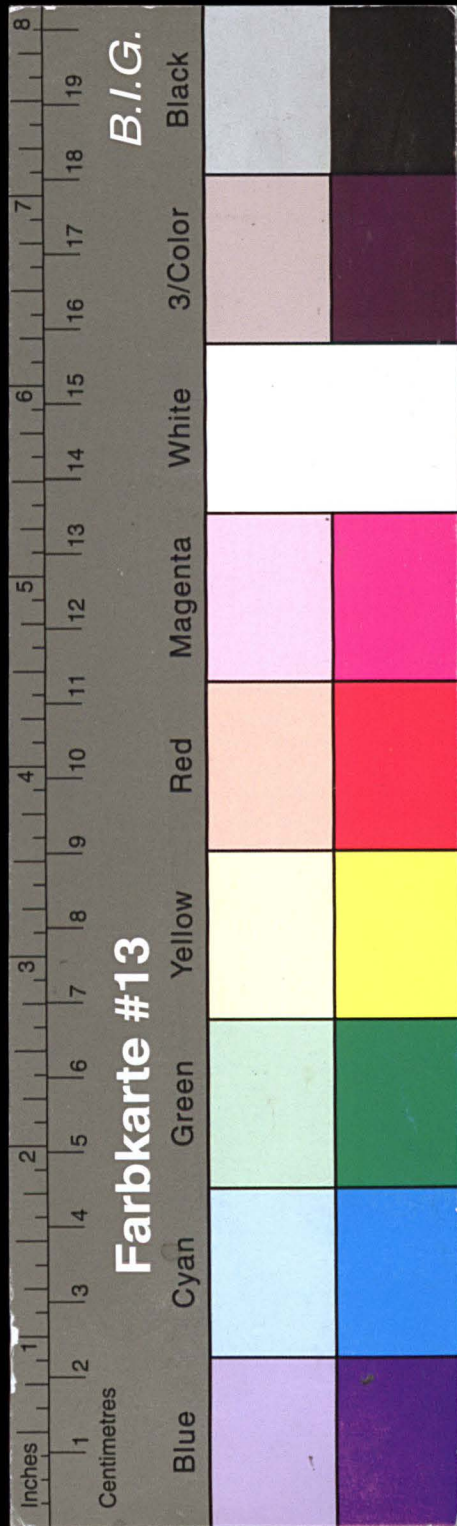


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

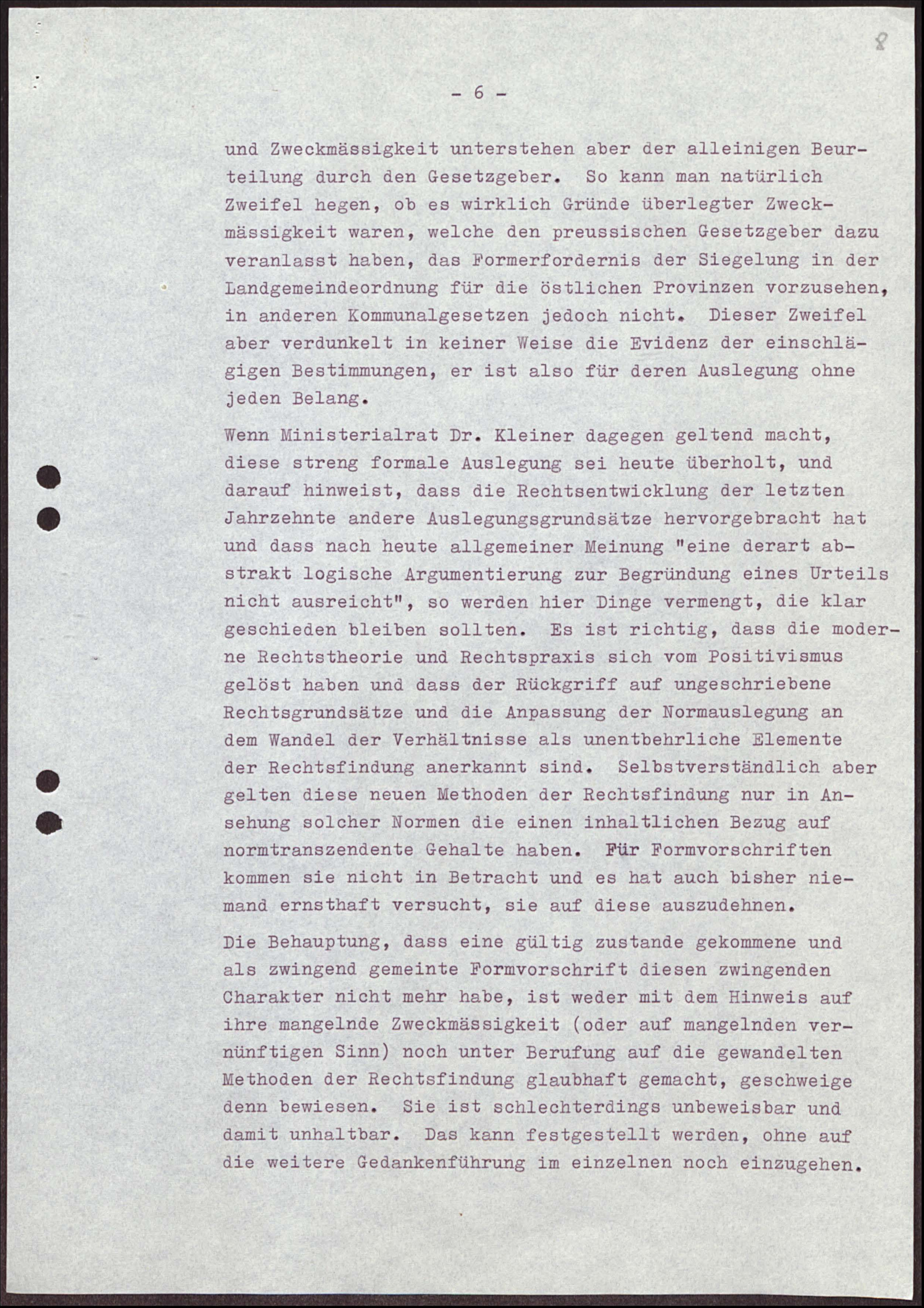
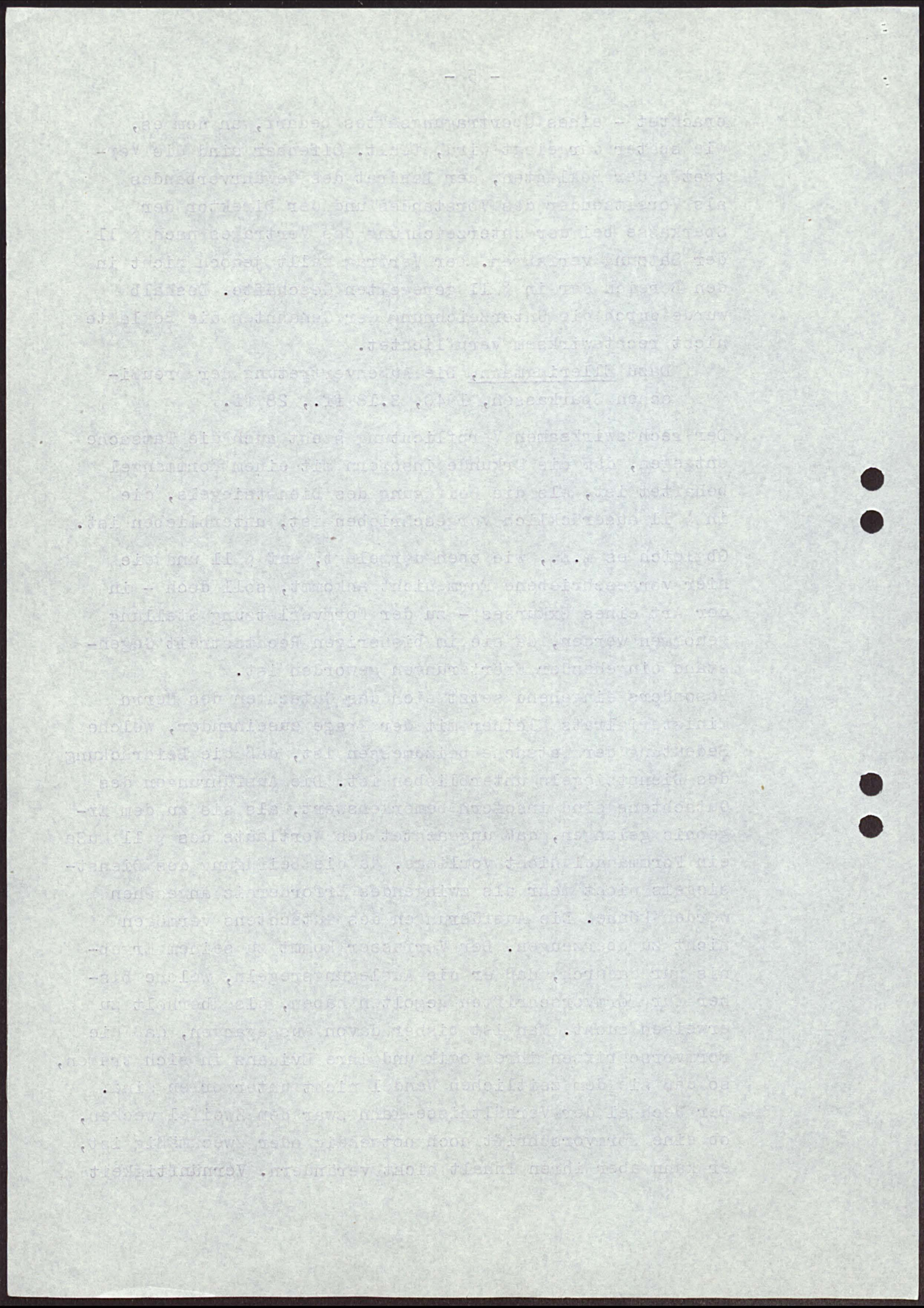




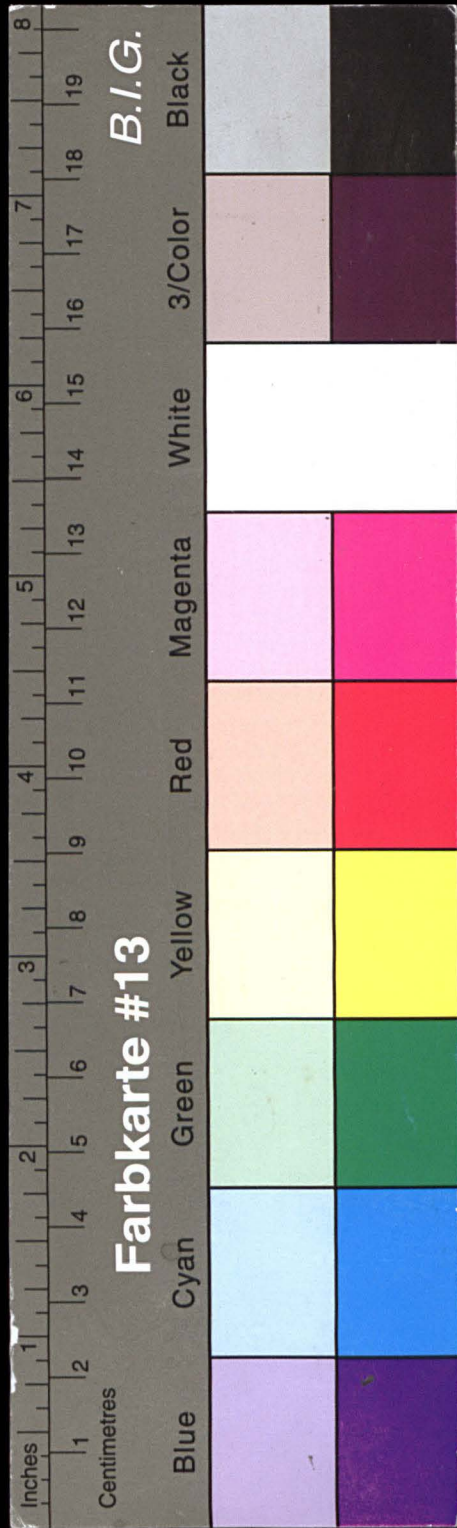


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

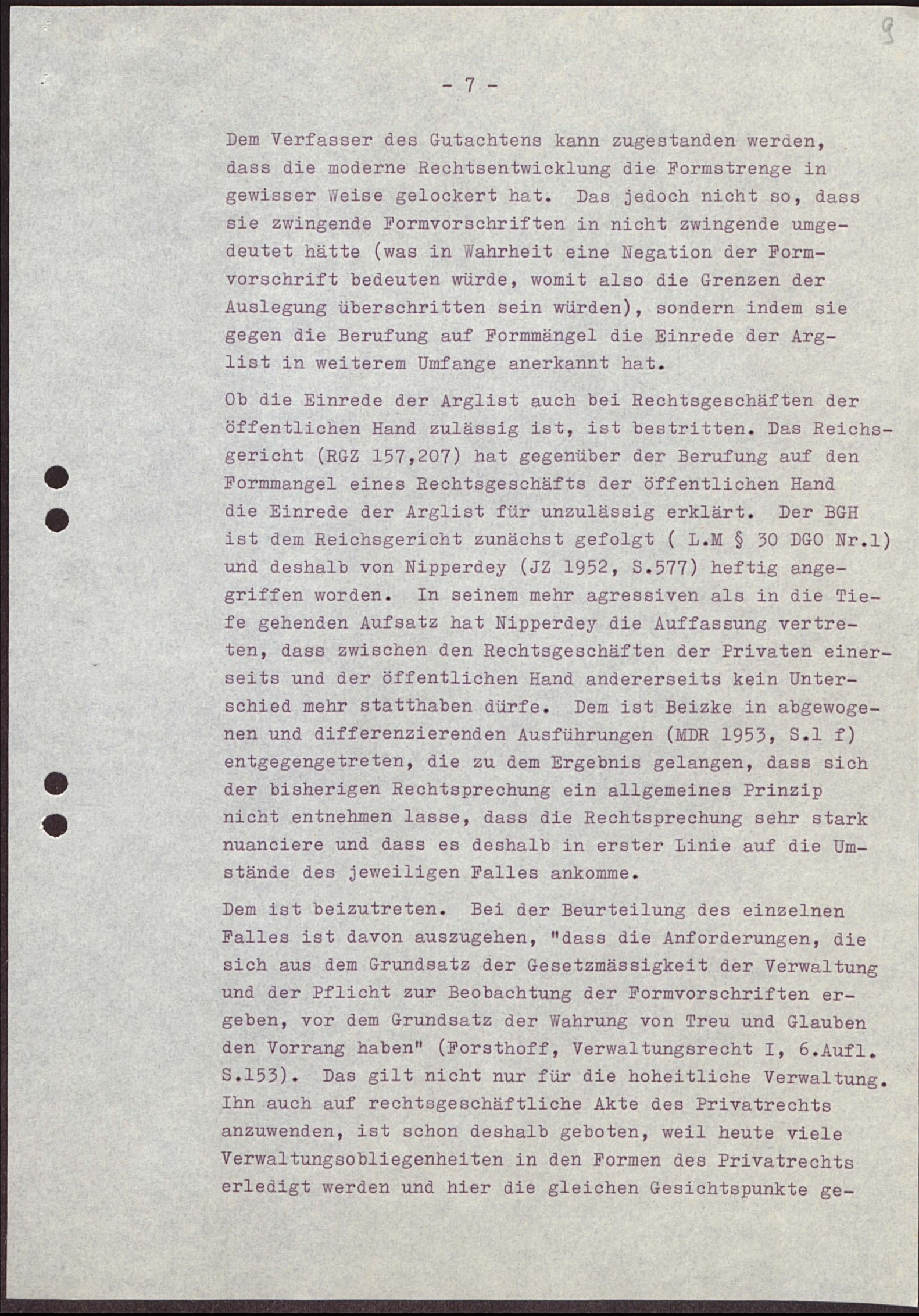
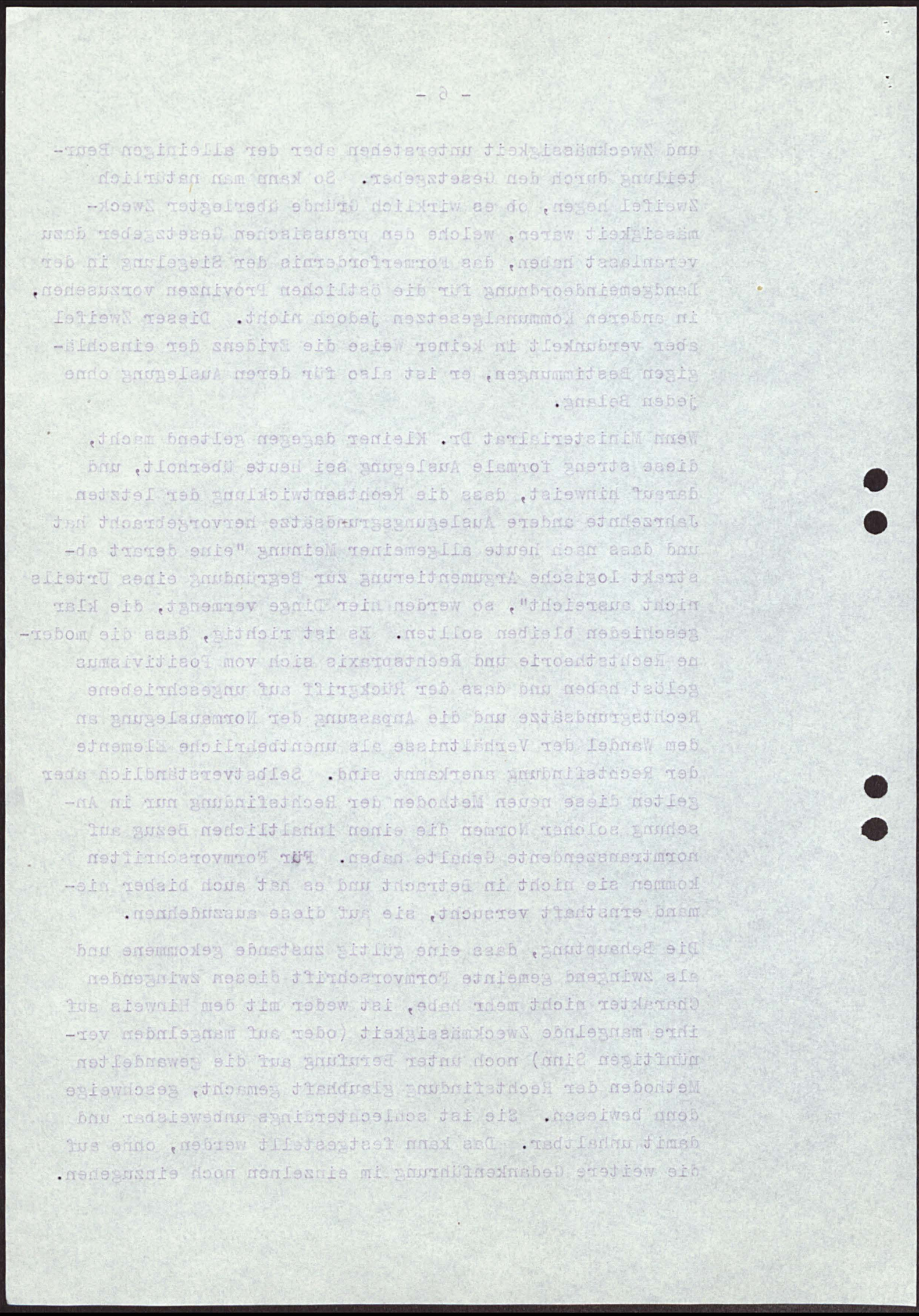




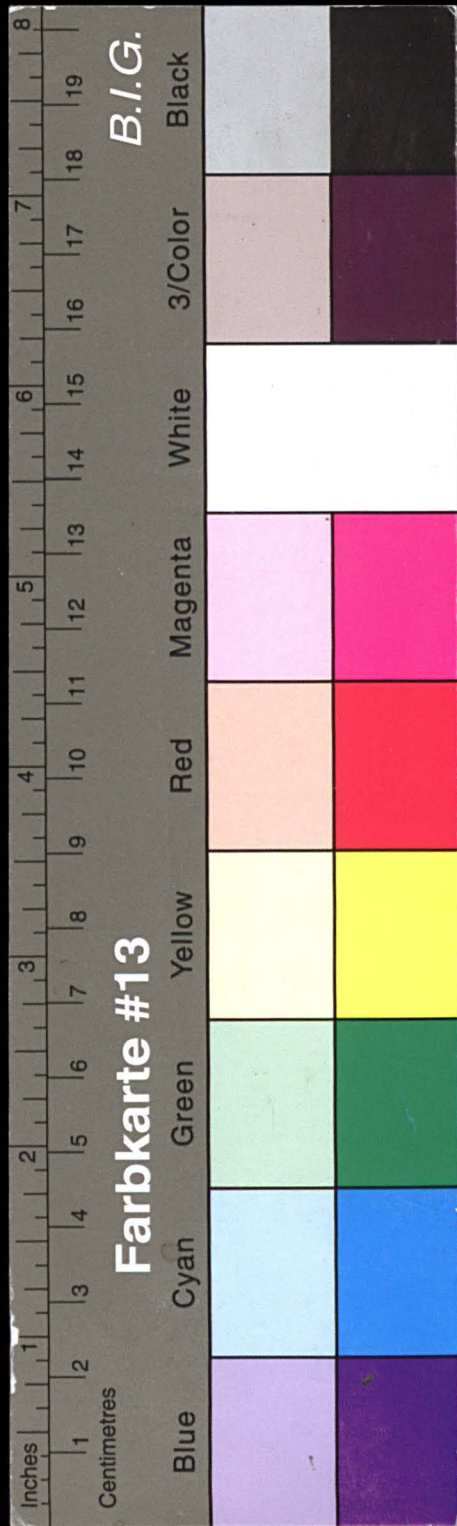


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552







# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

Dem Verfasser des Gutachtens kann zugestanden werden, dass die moderne Rechtsentwicklung die Formvorschriften in gewisser Weise gelockert hat. Das jedoch nicht so, dass sie zwingende Formvorschriften in nicht zwingende umge- deutet hätte (was in Wahrheit eine Negation der Form- vorschrift bedeuten würde, womit also die Grenzen der Auslegung überschritten sein würden), sondern indem sie gegen die Bindung auf Formmängel die Bindung der Arg- list in weiteren Umfang anerkannt hat.

Ob die Bindung der Arglist auch bei Rechtsgeschäften der öffentlichen Hand zulässig ist, ist bestritten. Das Reichs- gericht (RGZ 157, 207) hat gegenüber der Bindung auf den Formmangel eines Rechtsgeschäfts der öffentlichen Hand die Bindung der Arglist für unzulässig erklärt. Der BGH hat dem Reichsgericht zunächst gefolgt (I. M. 2 30 DGO Nr. 1) und deshalb von Nipperdey (JZ 1952, 2 277) heftig ange- griffen worden. In seinem mehr extensiven als in die tie- fe gehenden Ansatz hat Nipperdey die Annahme vertre- ten, dass zwischen den Rechtsgeschäften der privaten einer- seits und der öffentlichen Hand andererseits kein Unter- schied mehr stattfinden dürfte. Dem ist Beiske in abgewo- nen und differenzierenden Ausführungen (MDR 1953, 2 1 f.) entgegengetreten, die zu dem Ergebnis gelangen, dass sich der bisherigen Rechtsprechung ein allgemeines Prinzip nicht entnehmen lasse, dass die Rechtsprechung sehr stark rücksichtsvoller und dass es deshalb in erster Linie auf die Um- stände des jeweiligen Falles ankomme.

Dem ist beizufügen. Bei der Beurteilung des einzelnen Falles ist davon auszugehen, dass die Anforderungen, die sich aus dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und der Pflicht zur Beachtung der Formvorschriften er- geben, vor dem Grundsatz der Wahrung von Treu und Glauben den Vorrang haben (Torstoft, Verwaltungswortbuch I, 6. Aufl. 2 153). Das gilt nicht nur für die behördliche Verwaltung, sondern auch auf rechtsgeschäftliche Akte des Privatrechts anzuwenden, ist schon deshalb geboten, weil heute viele Verwaltungsbereiche in den Formen des Privatrechts erledigt werden und hier die gleichen Gesichtspunkte ge-

geben sind, welche es angezeigt erscheinen lassen, von einer Gleichstellung mit den Rechtsgeschäften Privater abzusehen. Lediglich für die fiskalische Betätigung lässt sich eine solche Gleichstellung allenfalls erwägen. Um eine solche handelt es sich jedoch im vorliegenden Falle nicht. Von einer weiteren Erörterung dieser Frage soll jedoch abgesehen werden, weil es auf sie für die Entschei- dung des Rechtsstreits nicht ankommt.

Ist nach den bisherigen Ausführungen mit der Unterzeich- nung des Vertrages durch den Landrat und den Sparkassen- direktor eine wirksame Verpflichtung der Beklagten nicht eingetreten, so könnte diese nachträglich dadurch herbei- geführt worden sein, dass der Vorstand der Beklagten den Vertrag angenommen hat. Das behauptet die Klägerin, indem sie darauf verweist, dass eine besondere Form für einen solchen Beschluss nirgendwo vorgeschrieben sei.

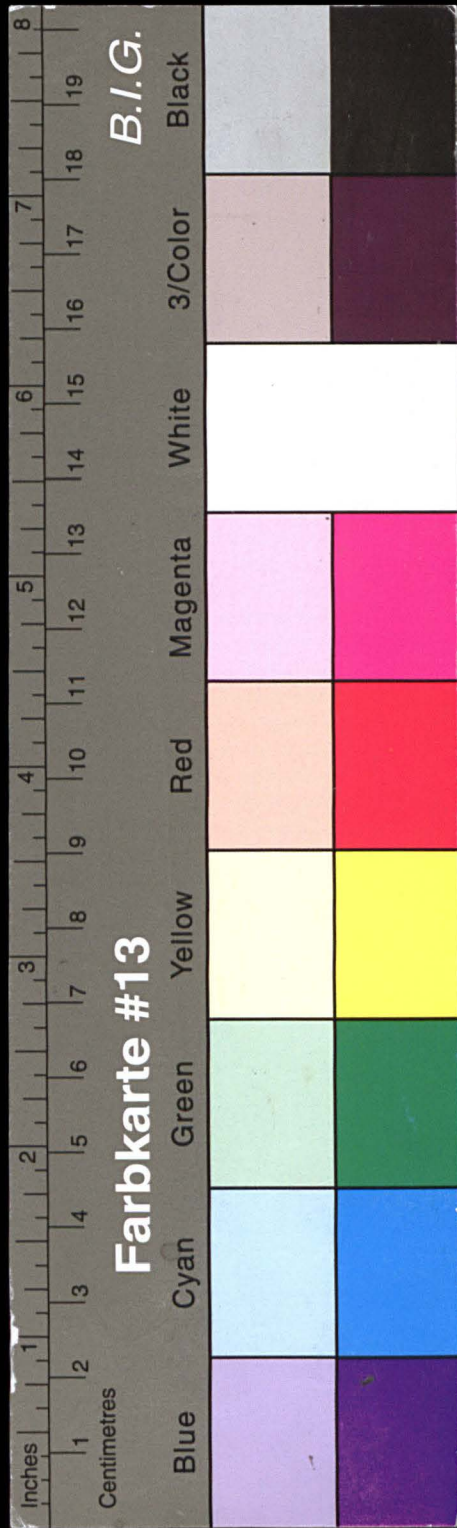
Wollte man der Klägerin darin folgen und wollte man wei- ter mit dem Urteil in zweiter Instanz annehmen, dass auch die aufsichtsbehördliche Genehmigung, da besondere Form- vorschriften fehlen, aus den Umständen gefolgert werden kann, dann käme man zu dem Ergebnis, dass auch die Miss- achtung elementarster Anforderungen an das Verfahren rechtlich unschädlich sein würde. Die Tatsache aber, dass besondere Form- und Verfahrensvorschriften fehlen, bedeutet keinen Freibrief für beliebige Prozeduren.

Um den Vertrag vom 30.12.1944 als für die Beklagte ver- bindlich ansehen zu können, müssen drei Rechtstatsachen vorhanden sein:

1. Vorstandsbeschluss zur Statusänderung unter den Be- dingungen des Vertrages (actus contrarius zu § 3 MuSa)
  2. Genehmigung dieses Beschlusses durch die Aufsichts- behörde
  3. Unterzeichnung des Vertrages durch den Vorstand.
- Es ist nunmehr zu prüfen, ob diese Rechtstatsachen vor- liegen.

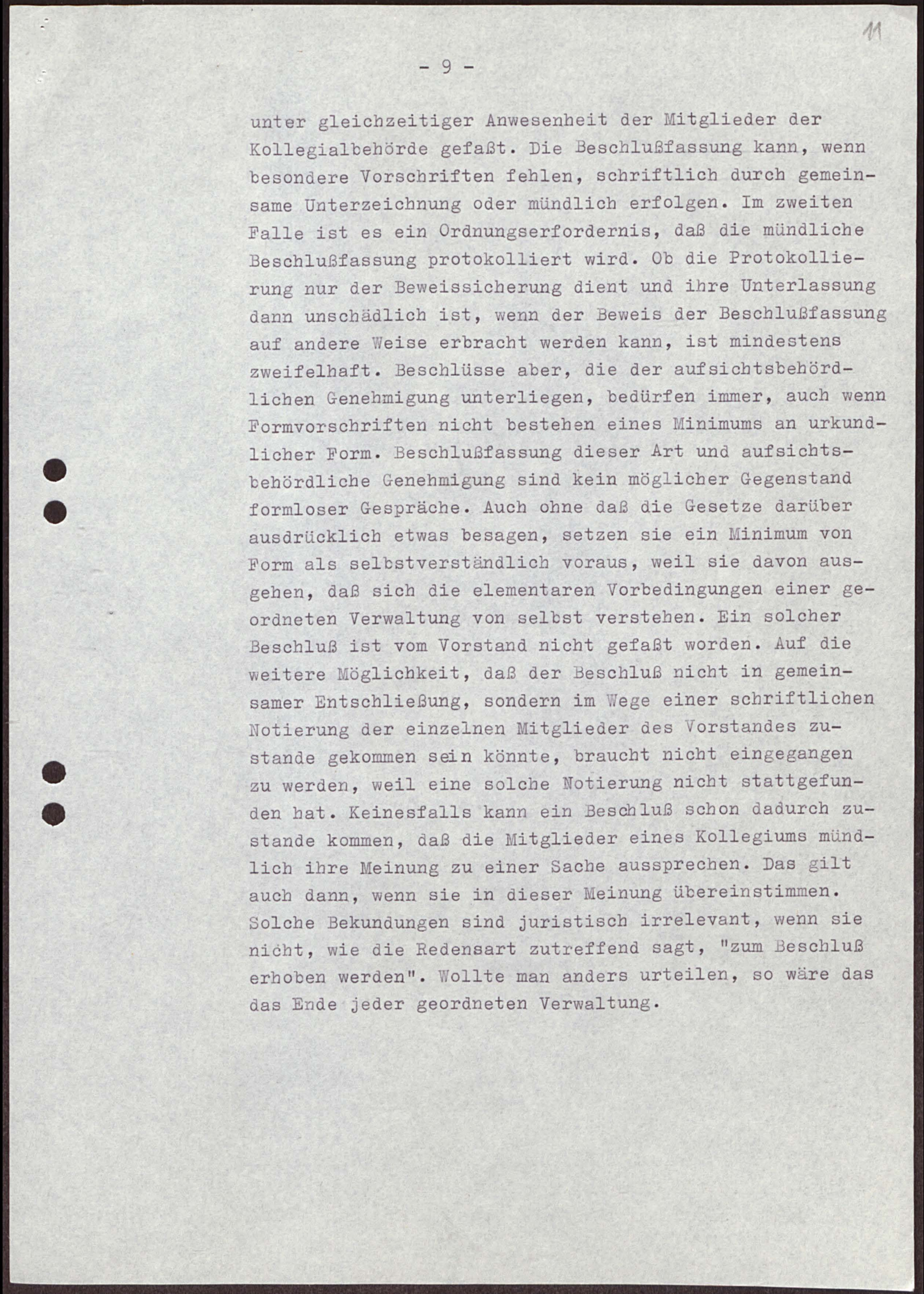
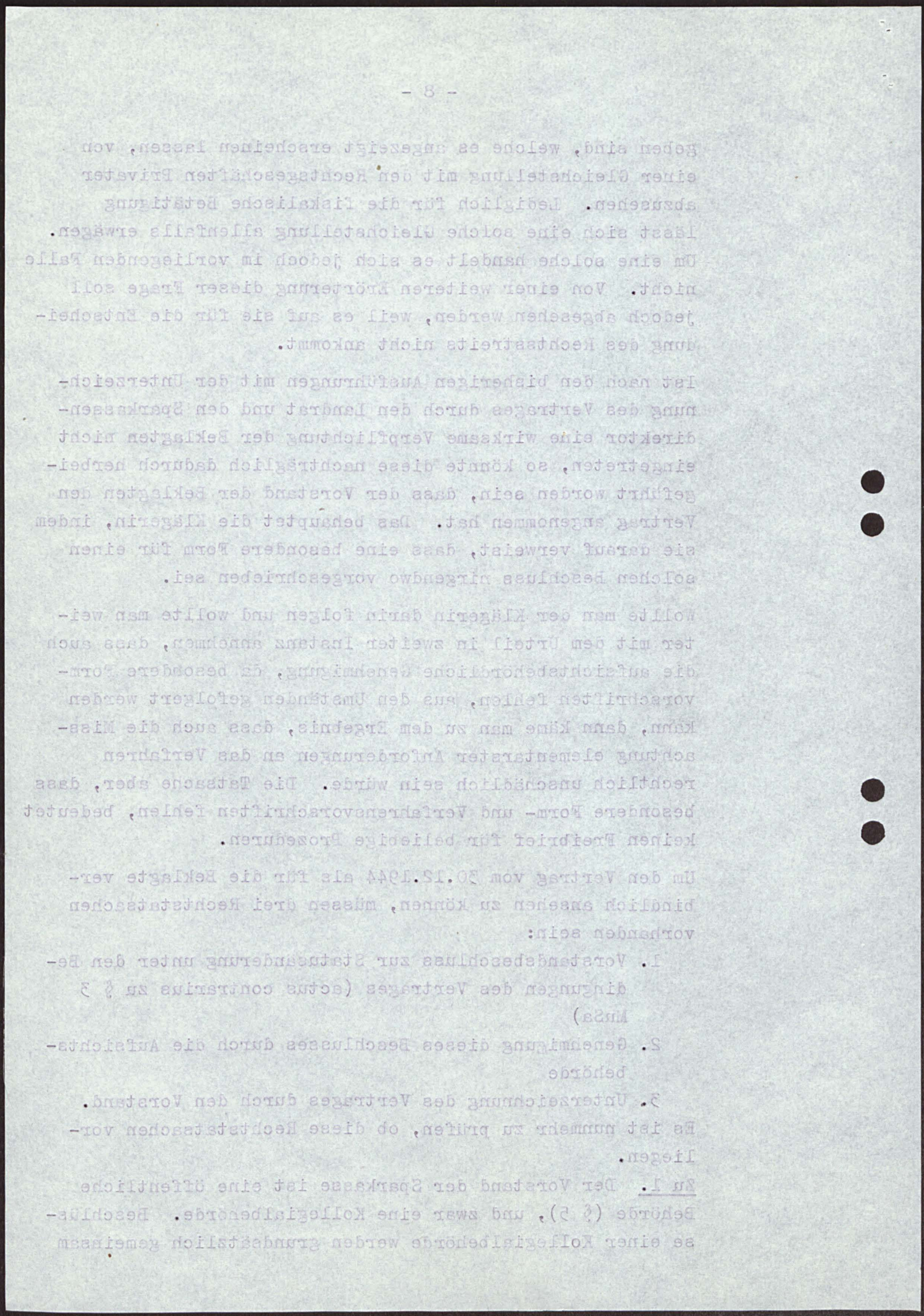
Zu 1. Der Vorstand der Sparkasse ist eine öffentliche Behörde (§ 5), und zwar eine Kollegialbehörde. Beschlüs- se einer Kollegialbehörde werden grundsätzlich gemeinsam



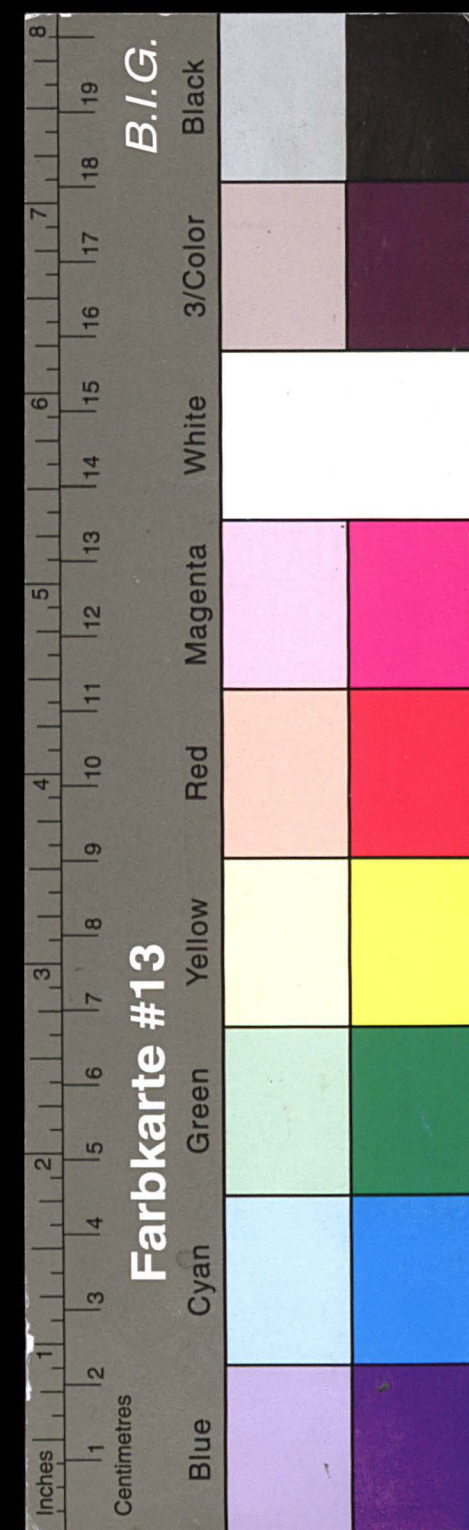


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552







# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

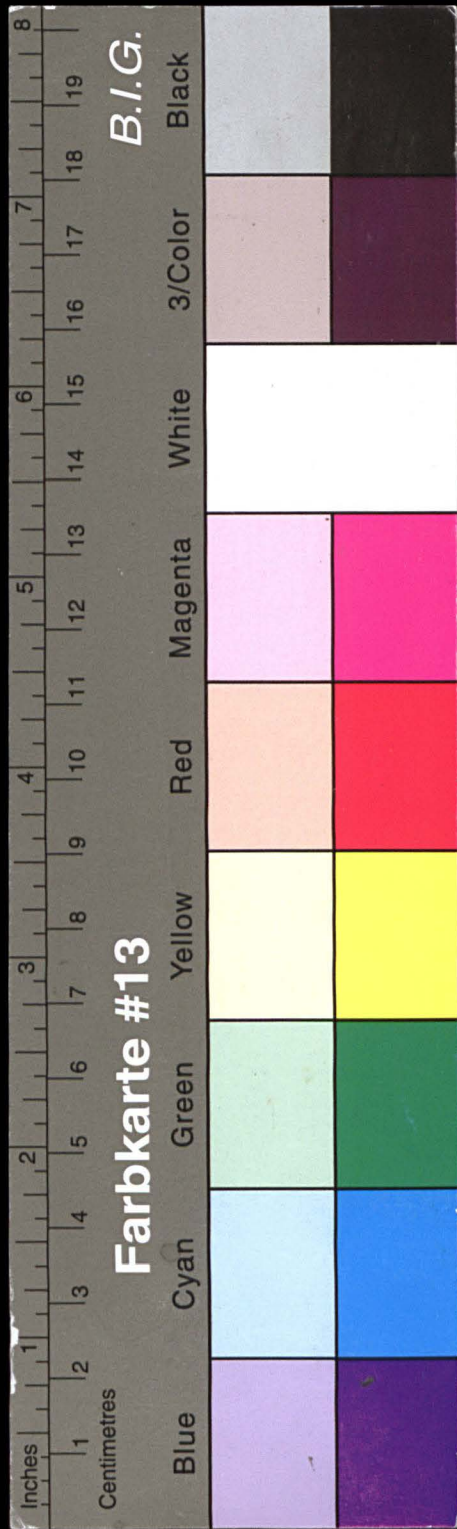
Darüber besteht Einmütigkeit in allen Rechtskreisen.  
Zum französischen Recht sei verwiesen auf Waline, Droit administratif, 7. Aufl., 1957, Nr. 503, wo es unter Berufung auf arrêt v. 3. August 1907, Jeuffroy, heisst: "Même une majorité de conseillers municipaux, agissant ut singuli, sont irrecevables à représenter la commune en justice."  
Vergl. auch Aubry, Revue de Jurisprudence administrative, in: Revue de Droit public, 1955, S. 761 (Anmerkung zu Arrêt v. 4. Februar 1955, Vallet) und derselbe ebenda, 1956, S. 376.

Zum amerikanischen Recht vergl. American Jurisprudence, Bd. 37, Stichwort Municipal Corporations, § 54, wo es heisst: "Action of all the members of the council separately is not the action of the council and an agreement entered into separately by the members of the council outside a regular meeting is not binding". Eine gleiche Entscheidung des Supreme Court für boards und commissions findet sich ebenda, Bd. 42, Stichwort Public Administrative Law, § 54.

Daß der Vorsitzende eines Kollegiums nicht rechtswirksam an dessen Stelle handeln kann ist ausgesprochen: vom preuss. OVG im Urteil v. 19. September 1911, Bd. 60, S. 3ff, vom RArb.G. im Urteil v. 22. Januar 1929, JW 1929, S. 1303, vom BGH im Urteil v. 14. Juli 1956, BGHZ Bd. 21, S. 294 (dazu die kritische Anm. v. Ule DVBl 1957, S. 24); ebenso Forsthoff, Verwaltungsrecht I, S. 208, Huber, Wirtschaftsverwaltungsrecht, 2. Aufl., Bd. 2, S. 727, anderer Auffassung ausser Ule Wolff, Verwaltungsrecht I, 2. Aufl., S. 246.

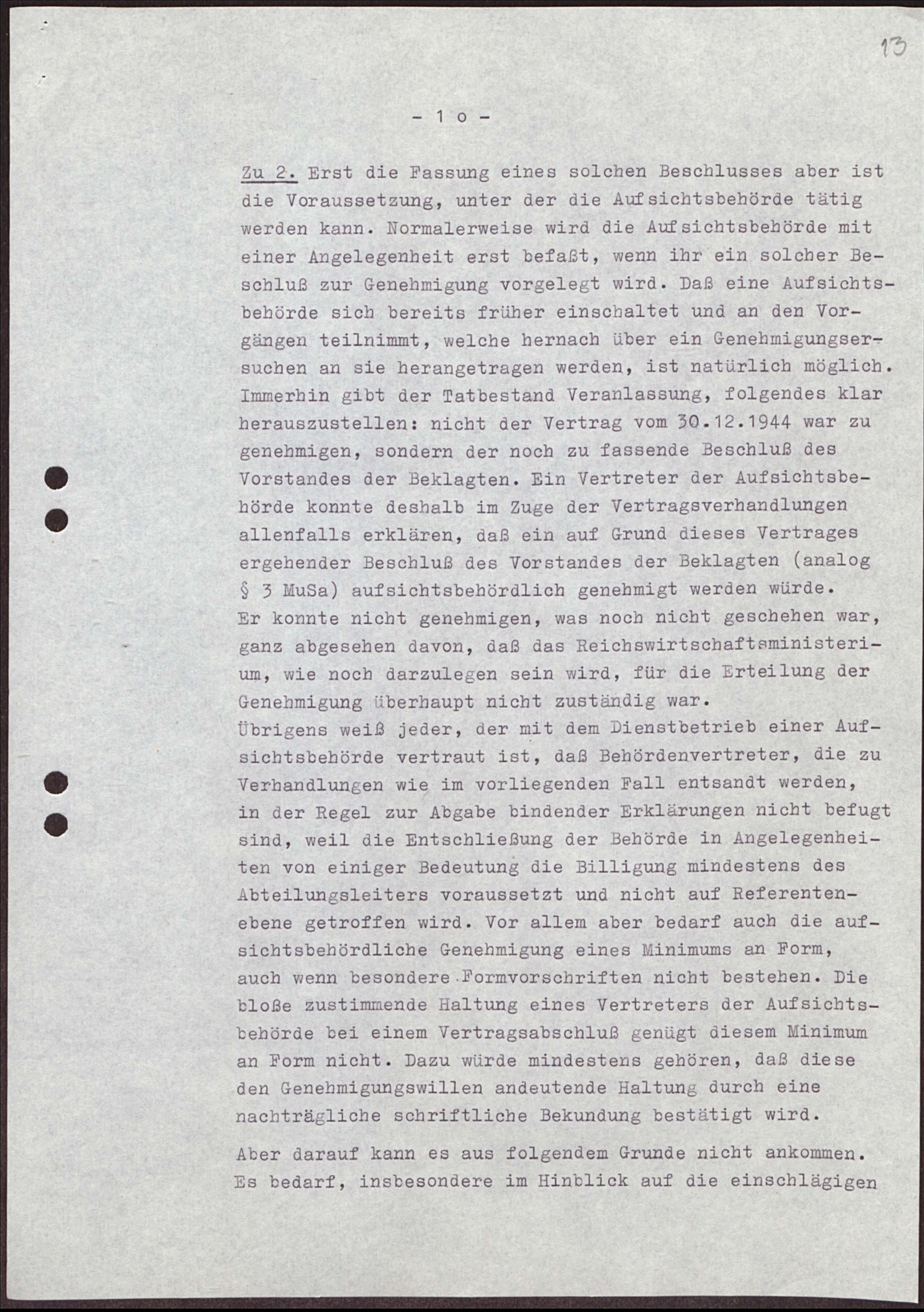
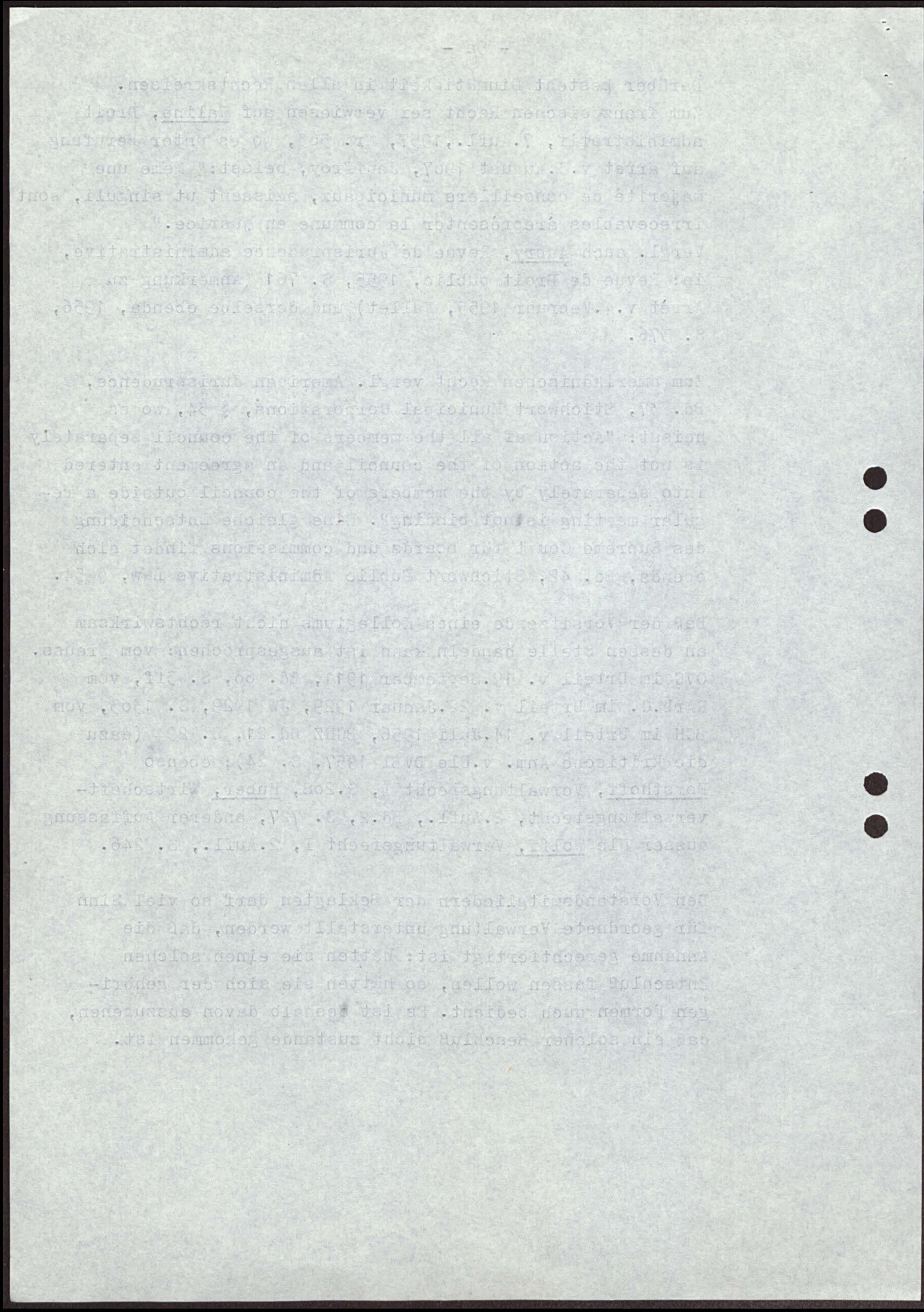
Den Vorstandsmitgliedern der Beklagten darf so viel Sinn für geordnete Verwaltung unterstellt werden, daß die Annahme gerechtfertigt ist: hätten sie einen solchen Entschluß fassen wollen, so hätten sie sich der gehörigen Formen auch bedient. Es ist deshalb davon auszugehen, daß ein solcher Beschluß nicht zustande gekommen ist.



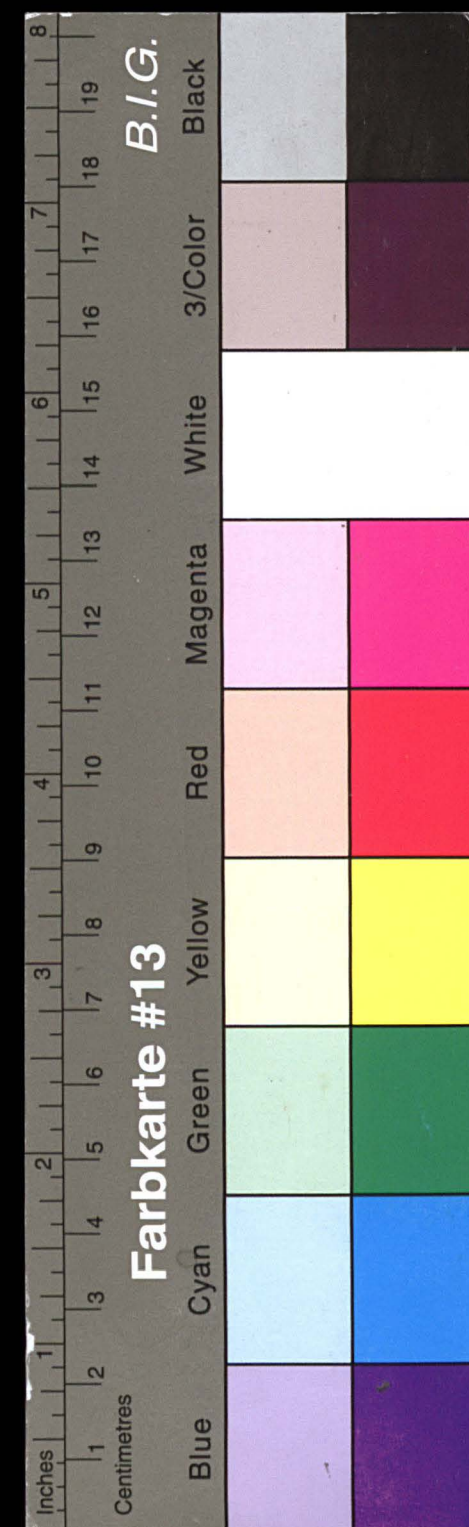


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552







# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

Ausführungen des zweitinstanzlichen Urteils folgendes der Klarstellung.

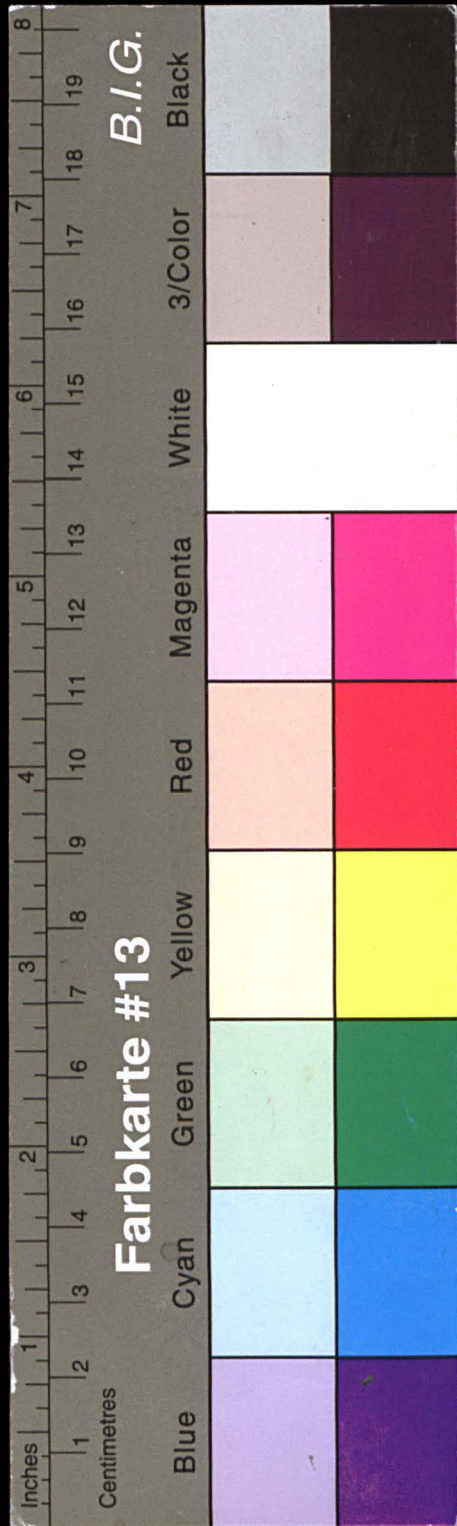
Der Vertrag vom 30.12.1944 bedurfte der aufsichtsbehörlichen Genehmigung. Aufsichtsbehörde ist gem. § 28 Spark.VO. der Regierungspräsident. [Nach den tatsächlichen Feststellungen des Urteils ist davon auszugehen, daß weder ein Vertreter des Regierungspräsidenten an den Verhandlungen teilgenommen hat, noch eine Genehmigungserklärung des Regierungspräsidenten abgegeben worden ist.] Teilgenommen hat an den Verhandlungen ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums. Wenn das Urteil dieser Tatsache rechtliche Bedeutung beimißt, dann kann das nur so verstanden werden, daß das Gericht das Reichswirtschaftsministerium als eine Art oberster Aufsichtsbehörde ansieht, deren Beteiligung die Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde wenn nicht entbehrlich macht, so doch vermuten läßt.

Diese Auffassung ist unhaltbar, weil sie die durchaus verschiedenenartigen Aufsichtsbefugnisse des Reichswirtschaftsministeriums und des Regierungspräsidenten nicht unterscheidet. Die Beteiligung des Reichswirtschaftsministeriums an dem Vorgang beruhte auf Art. 1 der Ersten Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Reichsgesetzes über das Kreditwesen vom 9. Februar 1935 (RGBl. I, S. 205), die unter Buchst.e) die Übernahme einer Zweigstelle durch ein anderes Kreditinstitut an die Erlaubnis des Reichskommissars für das Kreditwesen, auf Grund des Änderungsgesetzes vom 15. September 1939 (RGBl. I S. 1953) des Reichswirtschaftsministers bindet. Diese Fachaufsicht schließt begrenzte Befugnisse ein, deren Wahrnehmung den kreditpolitischen öffentlichen Interessen dient.

Dazu die Breslauer Dissertation von Günther Abicht, Der Aufgabenkreis der Sparkassenaufsichtsbehörden in Preußen, 1937; wenn auch in zeitpolitisch bedingter Einkleidung, werden hier S. 15 ff., 27 ff. die beiden Aufsichtsarten deutlich voneinander unterschieden.

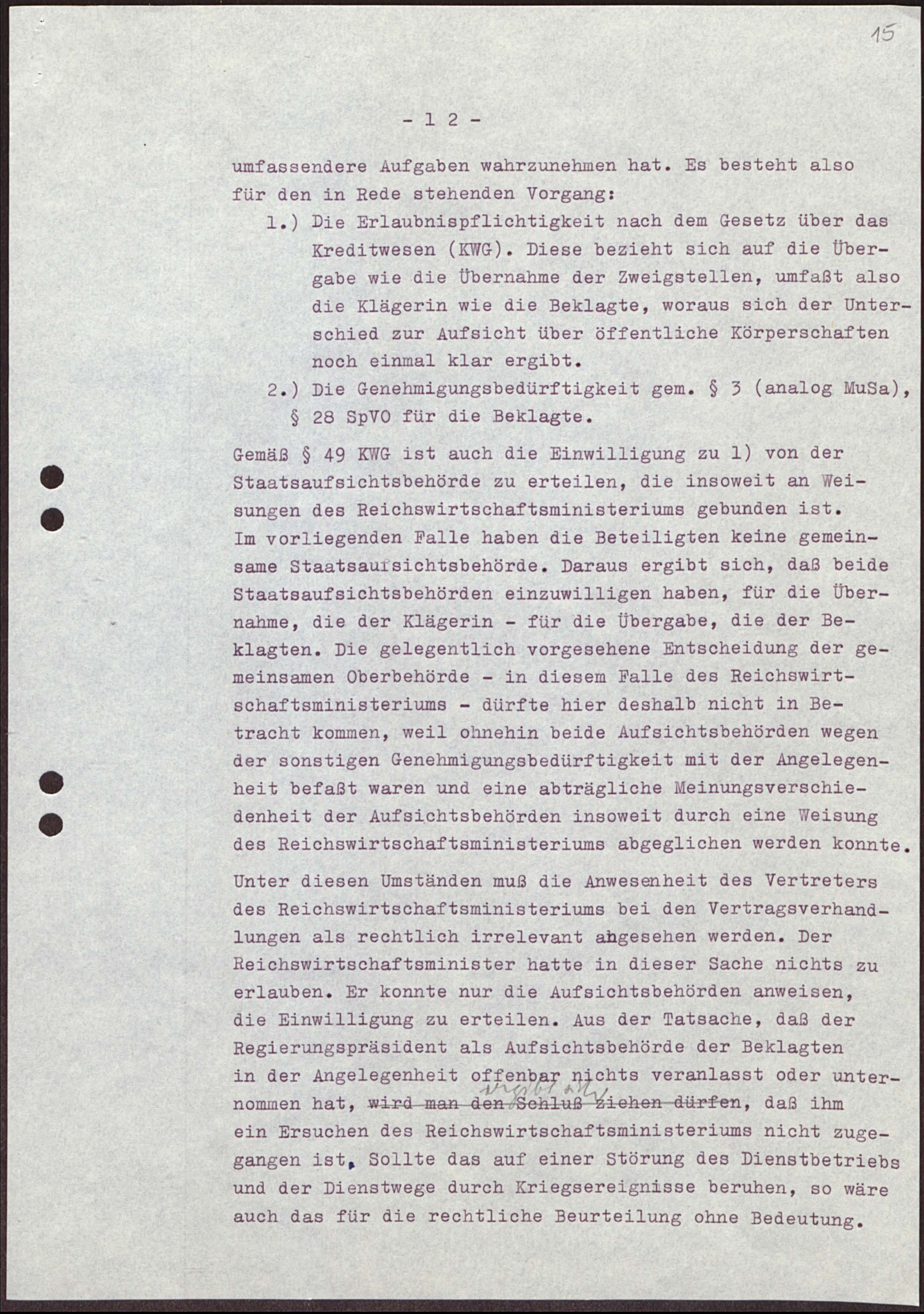
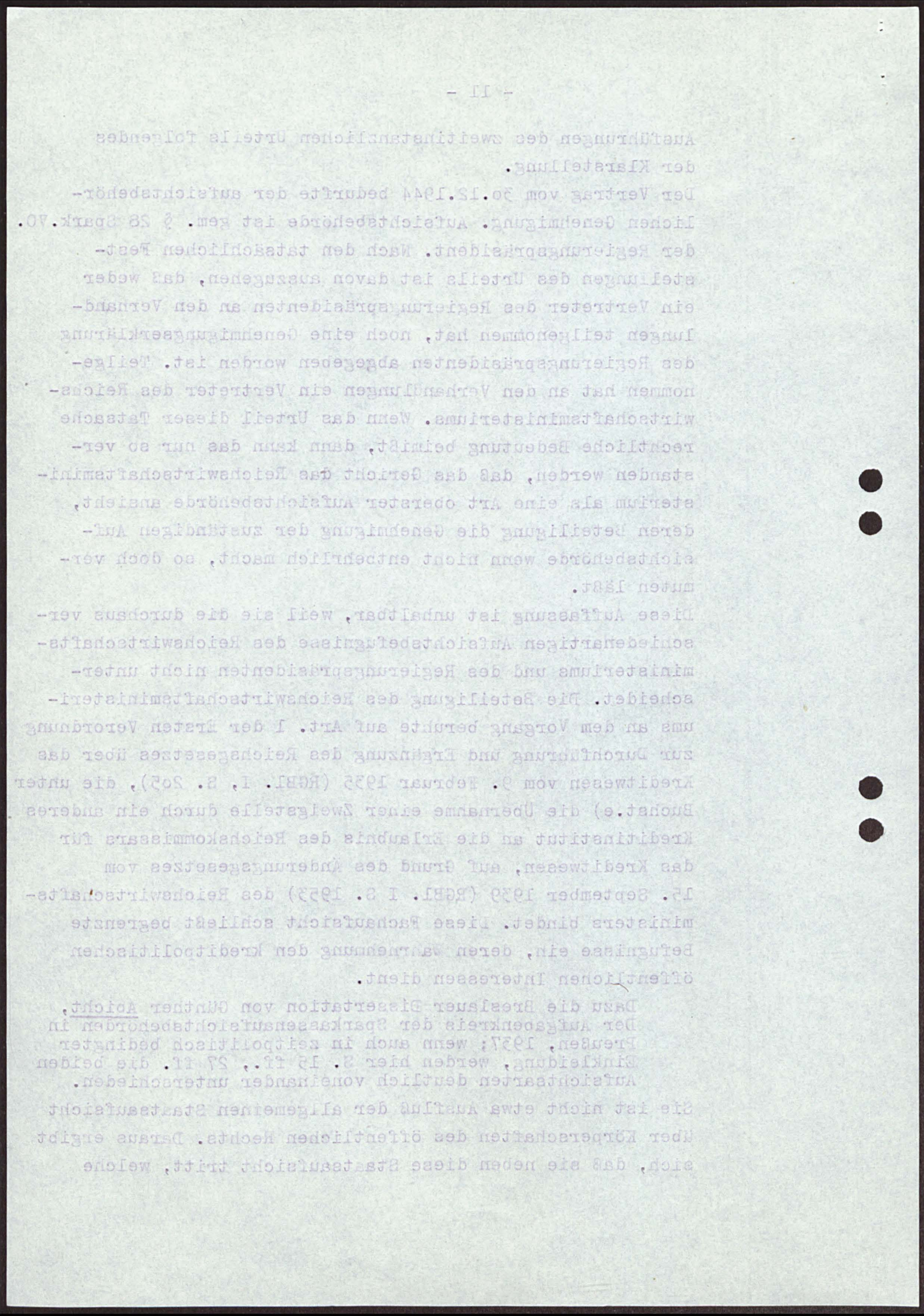
Sie ist nicht etwa Ausfluß der allgemeinen Staatsaufsicht über Körperschaften des öffentlichen Rechts. Daraus ergibt sich, daß sie neben diese Staatsaufsicht tritt, welche



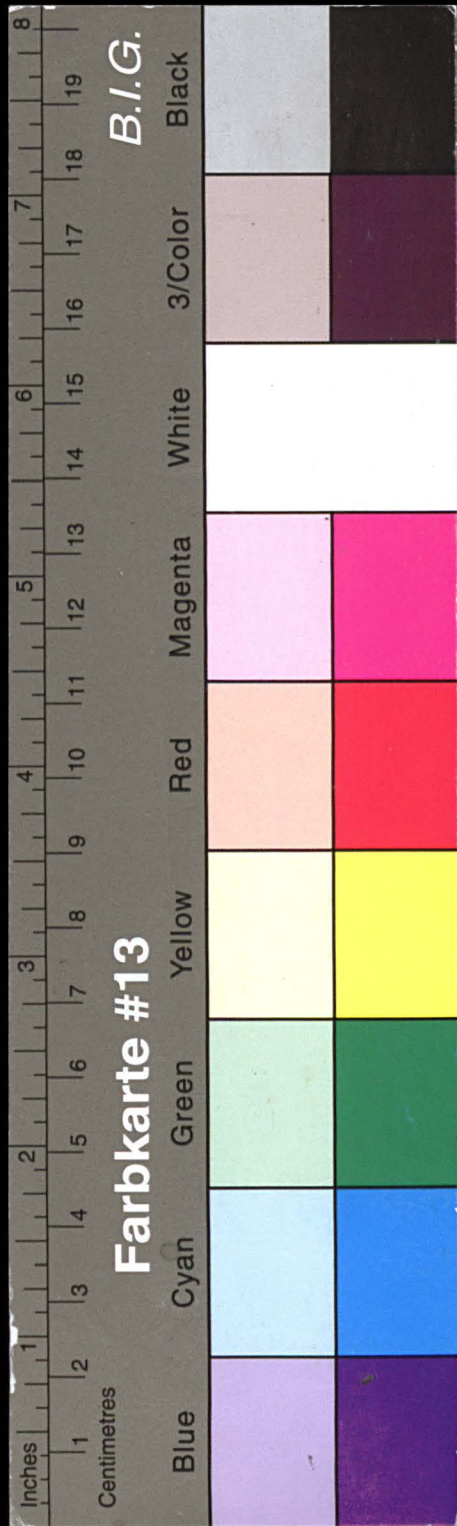


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552







# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

- 12 -

auch das für die rechtliche Beurteilung ohne Bedeutung.  
und der Dienstwege durch Kriegsergebnisse beruhen, so wäre  
gegangen ist. Sollte das auf einer Störung des Dienstbetriebes  
ein Trennen des Reichswirtschaftsministeriums nicht zuge-  
nommen hat, wird man den Gehalt ziehen dürfen, das ihm  
in der Angelegenheit offenbar nichts veranlaßt oder unter-  
Regierungspräsident als Aufsichtsbefugte der Beklagten  
die Einwilligung zu erteilen. Aus der Tatsache, daß der  
Reichswirtschaftsminister hatte in dieser Sache nichts zu  
tun, als rechtlich irrelevant angesehen werden. Der  
des Reichswirtschaftsministeriums bei den Vertragsverhand-  
lungen diesen Umständen muß die Anwesenheit des Vertreters  
des Reichswirtschaftsministeriums abgeglichen werden konnte.  
denheit der Aufsichtsbefugten insoweit durch eine Weisung  
heft befugt waren und eine abträgliche Meinungsverschie-  
der sonstigen Genehmigungsbefugtheit mit der Angelegen-  
tracht kommen, weil ohnehin beide Aufsichtsbefugten wegen  
sachministeriums - dürfte hier deshalb nicht in Be-  
meinamen Oberbehörde - in diesem Falle des Reichswirt-  
klagen. Die gelegentlich vorgesehene Entscheidung der ge-  
nahme, die der Klägerin - für die Übergabe, die der Be-  
staatsaufsichtsbefugten einzuwilligen haben, für die über-  
samen Staatsaufsichtsbefugte. Daraus ergibt sich, daß beide  
im vorliegenden Falle haben die Beteiligten keine gemein-  
samen des Reichswirtschaftsministeriums gebunden ist.  
Staatsaufsichtsbefugte zu erteilen, die insoweit an Wei-  
Gemäß § 49 KVG ist auch die Einwilligung zu 1) von der  
§ 28 SdVO für die Beklagte.

2.) Die Genehmigungsbefugtheit gem. § 3 (analog MStG),  
noch einmal klar ergibt.  
schied zur Aufsicht über öffentliche Körperschaften  
die Klägerin wie die Beklagte, woraus sich der Unter-  
gabe wie die Übernahme der Zweigstellen, umfaßt also  
Kreditwesen (KWG). Diese besteht sich auf die über-  
1.) Die Erlaubnisbefugtheit nach dem Gesetz über das  
für den in Rede stehenden Vorgang:  
umfassendere Aufgaben wahrzunehmen hat. Es besteht also

16

- 13 -

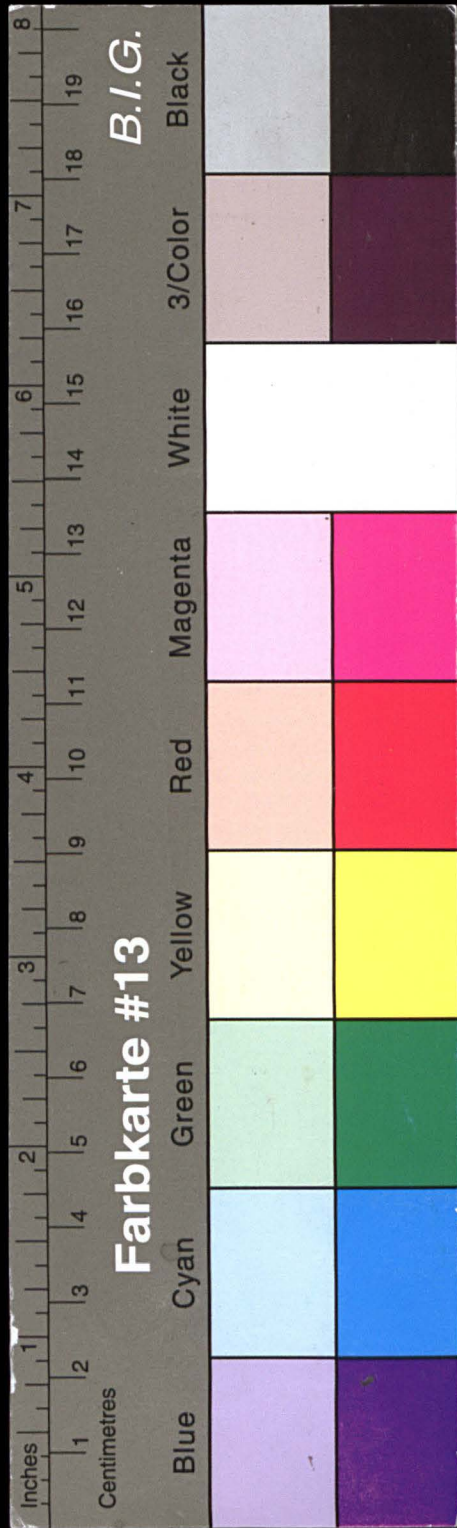
Erst recht verfehlt sind die Ausführungen, welche darauf  
hinauslaufen, die Genehmigungsbedürftigkeit in eine bloße  
Beanstandungsmöglichkeit umzudeuten. Ein Blick in die  
geltenden Kommunalgesetze läßt erkennen, daß diese (wie  
übrigens auch die vor 1945 geltende Deutsche Gemeindeord-  
nung vom 30. Januar 1935) zwischen der Genehmigung und der  
Beanstandung scharf, und zwar im Sinne einer Graduierung  
unterscheiden: Die Genehmigung ist das stärkere, die Be-  
anstandung das schwächere Aufsichtsmittel. Es ist eine  
Überschreitung aller Zulässigkeitsgrenzen der Gesetzes-  
auslegung, ein Genehmigungsrecht in ein Beanstandungs-  
recht umzudeuten. Selbst wenn der Regierungspräsident  
die in Rede stehenden Vorgänge genau gekannt und sie so-  
gar gebilligt hat, ist das rechtlich so lange bedeutungs-  
los, als er seine Genehmigung nicht erklärt hat.

Es gibt unter bestimmten Voraussetzungen ein Selbstein-  
trittsrecht der höheren Behörde mit verdrängender Wirkung  
für die niedere Behörde (Forthoff, a.a.O. S.206, 375 f.).  
Die Heranziehung dieses Gesichtspunkts mit der Folgerung,  
daß die Genehmigung des Regierungspräsidenten wegen der  
Beteiligung des Reichswirtschaftsministeriums als entbehr-  
lich angesehen werden könnte, scheitert aus den schon an-  
gegebenen Gründen. Sie wäre nur dann in Erwägung zu zie-  
hen, wenn das Reichswirtschaftsministerium als obere  
Aufsichtsbehörde anzusehen wäre. Das ist aber, wie bereits  
dargelegt wurde, nicht der Fall. Deshalb kommt auch für  
das Reichswirtschaftsministerium die Befugnis zum Selbst-  
eintritt nicht in Betracht.

Zusammenfassend ergibt sich also, daß weder die nach der  
VO vom 9.2.1935 erforderliche Einwilligung, noch die von  
der Satzung geforderte staatsaufsichtliche Genehmigung  
erteilt worden ist.

Zu 3. Daß der Vorstand den Vertrag nicht unterzeichnet  
hat, steht als unstreitig fest, Die Frage ist lediglich,  
ob die Beklagte sich so behandeln lassen muß, als ob die  
Unterzeichnung erfolgt wäre. Das wäre dann der Fall, wenn  
gegen sie, indem sie sich auf die mangelnde Unterzeichnung





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

Das Recht verleiht sich die Adressanten, welche durch  
hinzuweisen, die Genehmigungsbefugnis in eine bloße  
Bestandteilhaftigkeit umzuwandeln. Ein Blick in die  
geltenden Kommunalgesetze läßt erkennen, daß diese (wie  
früher auch die vor 1945 geltende Deutsche Gemeindeord-  
nung vom 30. Januar 1935) zwischen der Genehmigung und der  
Bestandteilhaftigkeit scharf, und zwar im Sinne einer Gradierung  
unterscheiden: Die Genehmigung ist das stärkere, die Be-  
standteilhaftigkeit das schwächere Aufstufungsmittel. Es ist eine  
Überschreitung aller dieser Abgrenzungen der Gesetzes-  
auslegung, ein Genehmigungsrecht in ein Bestandteil-  
recht umzuwandeln. Selbst wenn der Regierungspräsident  
die in Rede stehenden Vorträge genau kennt und sie so-  
gar genehmigt hat, ist das rechtlich so lange bedeutungs-  
los, als er seine Genehmigung nicht erklärt hat.  
Es gibt unter bestimmten Voraussetzungen ein Selbstver-  
ständnis der höheren Behörden mit verbindlicher Wirkung  
für die niedere Behörde (Formhof, a.a.O. S. 206, 207 f.).  
Die Verletzung dieses Gesichtspunktes mit der Folgerung,  
daß die Genehmigung des Regierungspräsidenten wegen der  
Beteiligung des Reichswirtschaftsministeriums als entbeh-  
rlich angesehen werden könnte, scheitert aus den schon an-  
gegebenen Gründen. Sie wäre nur dann in Erwägung zu zie-  
hen, wenn das Reichswirtschaftsministerium als eigene  
Aufsichtsbehörde angesehen wäre. Das ist aber, wie bereits  
dargelegt wurde, nicht der Fall. Deshalb kommt auch für  
das Reichswirtschaftsministerium die Befugnis zum Selbst-  
eintritt nicht in Betracht.  
Zusammenfassend ergibt sich also, daß weder die nach der  
VO vom 9.2.1935 erforderliche Einwilligung, noch die von  
der Satzung geforderte staatsrechtliche Genehmigung  
erteilt worden ist.  
§ 2. Daß der Vorstand den Vertrag nicht unterzeichnet  
hat, steht als unstreitig fest. Die Frage ist lediglich,  
ob die Beklagte sich so verhalten lassen muß, als ob die  
Unterschrift erfolgt wäre. Das wäre dann der Fall, wenn  
gegen sie, indem sie sich auf die mangelnde Unterschrift

beruft, die Einrede der Arglist erhoben werden könnte.  
Das ist nunmehr zu prüfen.

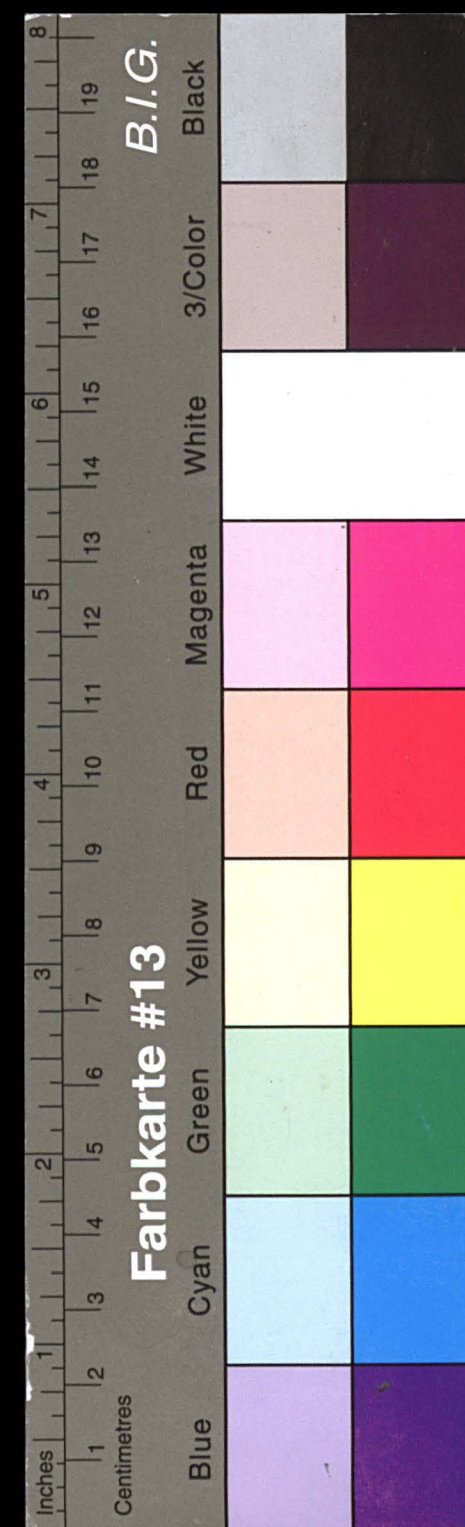
Für die rechtliche Würdigung wird zunächst zu ermitteln  
sein, welcher Mangel mit der fehlenden Unterzeichnung  
durch den Vorstand vorliegt, ob ein Formmangel oder ein  
Vertretungsmangel. Der Formmangel besteht darin, daß ein  
Rechtssubjekt (oder mehrere) zwar eine Willenserklärung  
abgegeben hat, diese Willenserklärung jedoch nicht die  
vorgeschriebene Form erhalten hat. Ein Vertretungsmangel  
liegt dann vor, wenn nicht das zuständige Rechtssubjekt,  
sondern ein anderes Rechtssubjekt eine Willenserklärung  
abgegeben hat.

Im vorliegenden Falle hat der nach der Satzung allein  
zuständige Vorstand eine Willenserklärung nicht abgegeben.  
Er war an den Verhandlungen, welche zu der Einigung am  
30. Dezember 1944 führten, nicht beteiligt. Damit ist die-  
ser Fall dem Tatbestand des Urteils BGHZ Bd. 21 S. 59 nicht  
rechtsähnlich. Dort handelt es sich um die Verbindlich-  
keit eines Vertrages, der zwar der in § 37 Abs. 2 Satz 1  
GO vorgeschriebenen Form ermangelte, bei dessen Aushande-  
lung jedoch die zuständigen Organe der Gemeinde zustimmend  
beteiligt waren, so daß es lediglich daran fehlte, daß  
der mündlich dem anderen Vertragspartner bereits aus-  
gesprochene Wille zum Abschluß dieses Vertrages in ge-  
höriger Form gebracht wurde.

Da der Vorstand der Beklagten einen Kollektivwillen in  
der Form eines Beschlusses, wie bereits dargelegt wurde,  
nicht gefaßt hat, auch nicht mündlich, der Ausdruck eines  
rechtsgeschäftlichen Willens der Klägerin gegenüber dem-  
gemäß fehlt, scheidet die Annahme eines bloßen Formmangels  
aus. Vielmehr muß davon ausgegangen werden, daß anstelle  
des allein zuständigen Vorstandes zwei in dieser Sache  
nicht vertretungsberechtigte Organe der Beklagten gehan-  
delt haben.

Anders wäre es möglicherweise dann, wenn angenommen werden  
könnte, daß die beiden Unterzeichner auf Grund einer ihnen  
vom Vorstand erteilten Vollmacht gehandelt haben. Die Zu-  
lässigkeit eines solchen Verfahrens wäre allerdings darum





# Kreisarchiv Stormarn E103

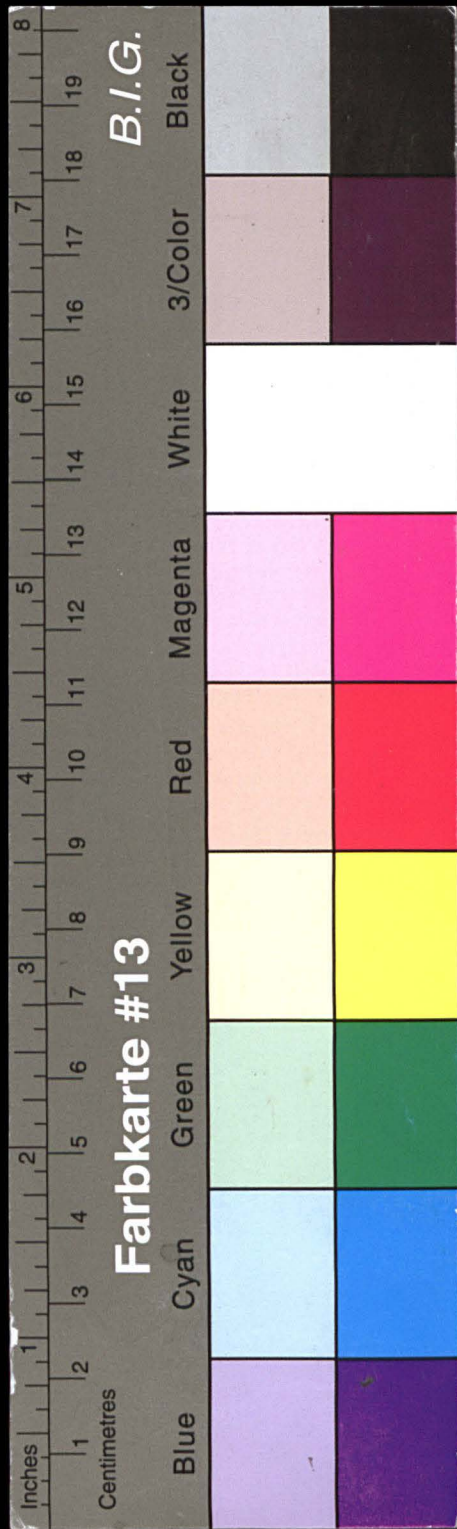
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

zweifelhaft, weil, in Abweichung von den Normen des Gesellschaftsrechts, die Bestimmungen der Mustersatzung öffentlichen Rechts und demnach zwingend sind. Die Bevollmächtigung würde eine Norm zwingenden Rechts durchbrechen. Folgt man den Ausführungen Triepels (Delegation und Mandat, 1942, S.22 ff., 131 ff.), denen sich VGH Kassel v. 24.11.1950 (VRspr. Bd. 4 S.565) angeschlossen hat, so würde man die Zulässigkeit einer Mandatserteilung an sich bejahen können. Das würde aber die Unterzeichnung wie geschehen deshalb nicht rechtfertigen können, weil das Mandat nur im Namen des Mandanten wirksam ausgeübt werden kann. Es hätte deshalb bei der Unterzeichnung des Vertrages zum Ausdruck gebracht werden müssen, daß sie im Namen des Vorstandes erfolgt. Im übrigen sprechen alle Umstände dagegen, daß die Unterzeichner auch nur den nicht ausgesprochenen Willen gehabt haben sollten, für den Vorstand zu handeln.

Die Rechtsprechung macht in der Zulassung der Einrede der Arglist bei Rechtsgeschäften der öffentlichen Hand einen Unterschied zwischen der Berufung auf Formmängel und der Berufung auf Mängel der Vertretungsmacht und des Verfahrens. Dagegen sind zwar gelegentlich Bedenken erhoben worden (Nipperdey, JZ 1952, S.577 ff.; Scholz, NJW 1953, S.961 ff.). Diese Bedenken sind jedoch nicht begründet. In der Tat sind die Formvorschriften und die Vorschriften über Vertretungsmacht und Verfahren von derart unterschiedlichem Gewicht, daß sie eine differenzierende Würdigung verlangen.

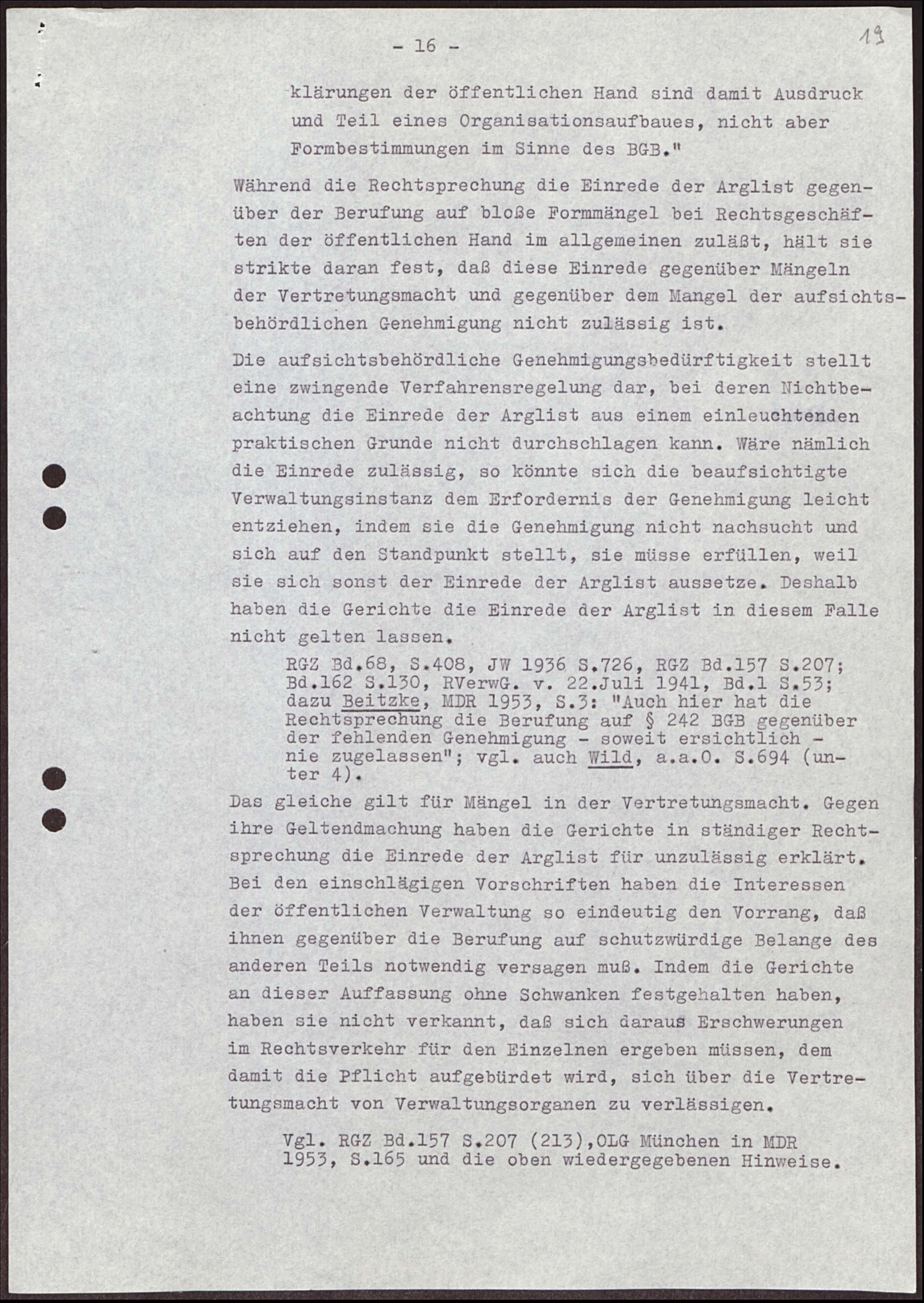
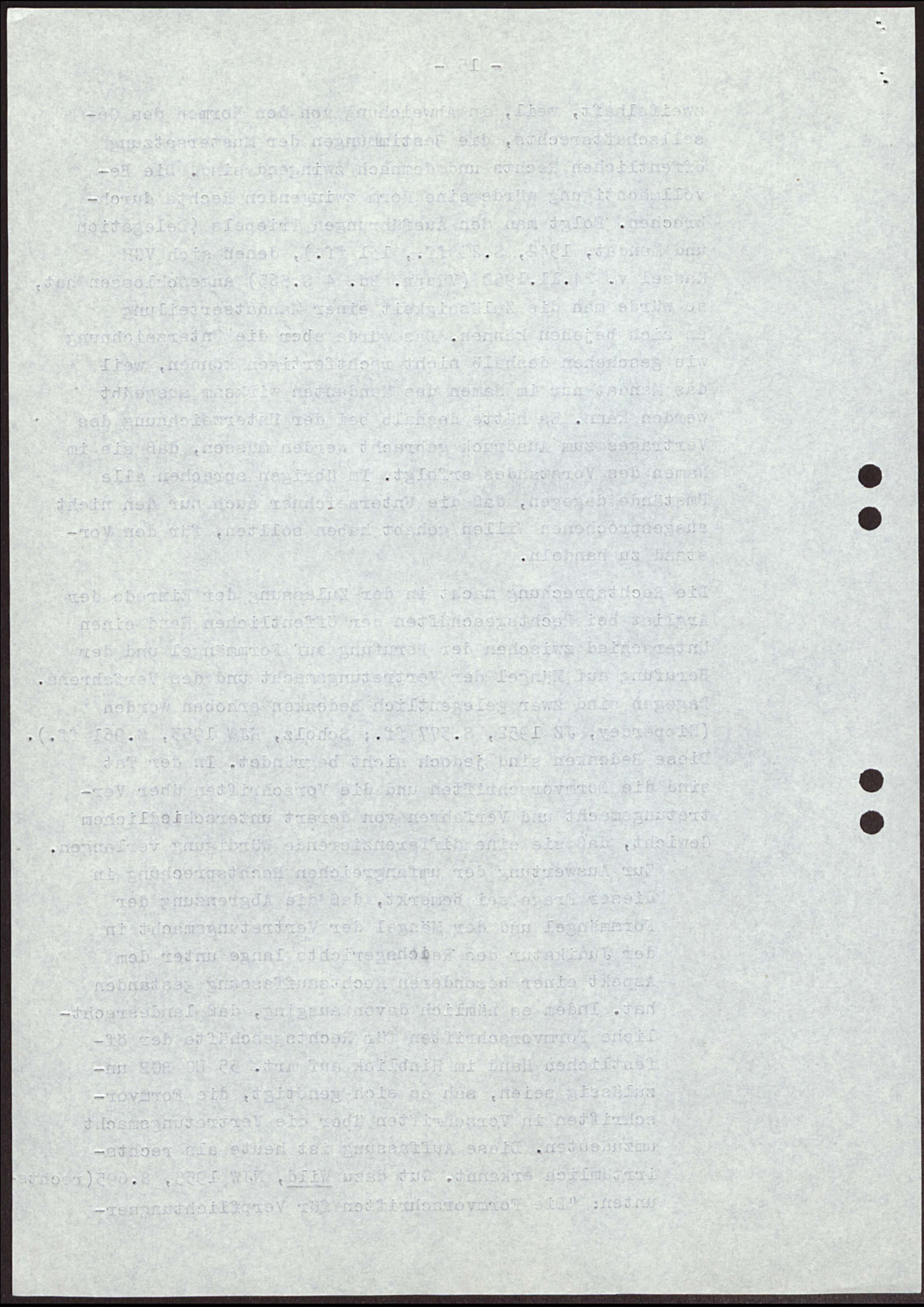
Zur Auswertung der umfangreichen Rechtsprechung in dieser Frage sei bemerkt, daß die Abgrenzung der Formmängel und der Mängel der Vertretungsmacht in der Judikatur des Reichsgerichts lange unter dem Aspekt einer besonderen Rechtsauffassung gestanden hat. Indem es nämlich davon ausging, daß landesrechtliche Formvorschriften für Rechtsgeschäfte der öffentlichen Hand im Hinblick auf Art. 55 EG BGB unzulässig seien, sah es sich genötigt, die Formvorschriften in Vorschriften über die Vertretungsmacht umzudeuten. Diese Auffassung ist heute als rechtsirrtümlich erkannt. Gut dazu Wild, NJW 1955, S.695 (rechts-  
unten: "Die Formvorschriften für Verpflichtungser-



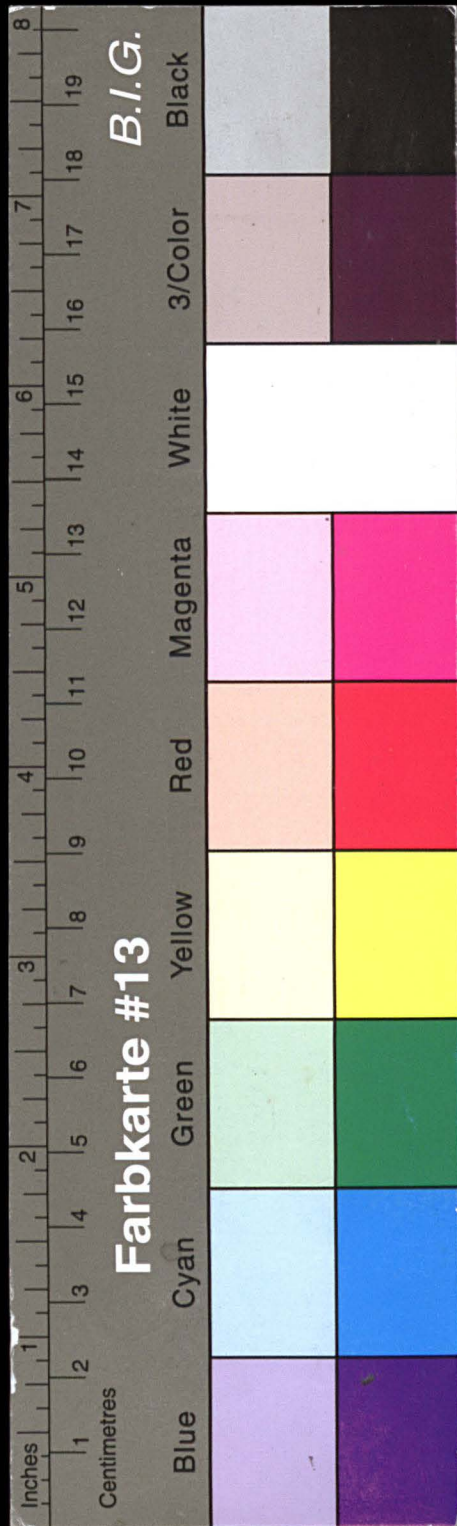


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

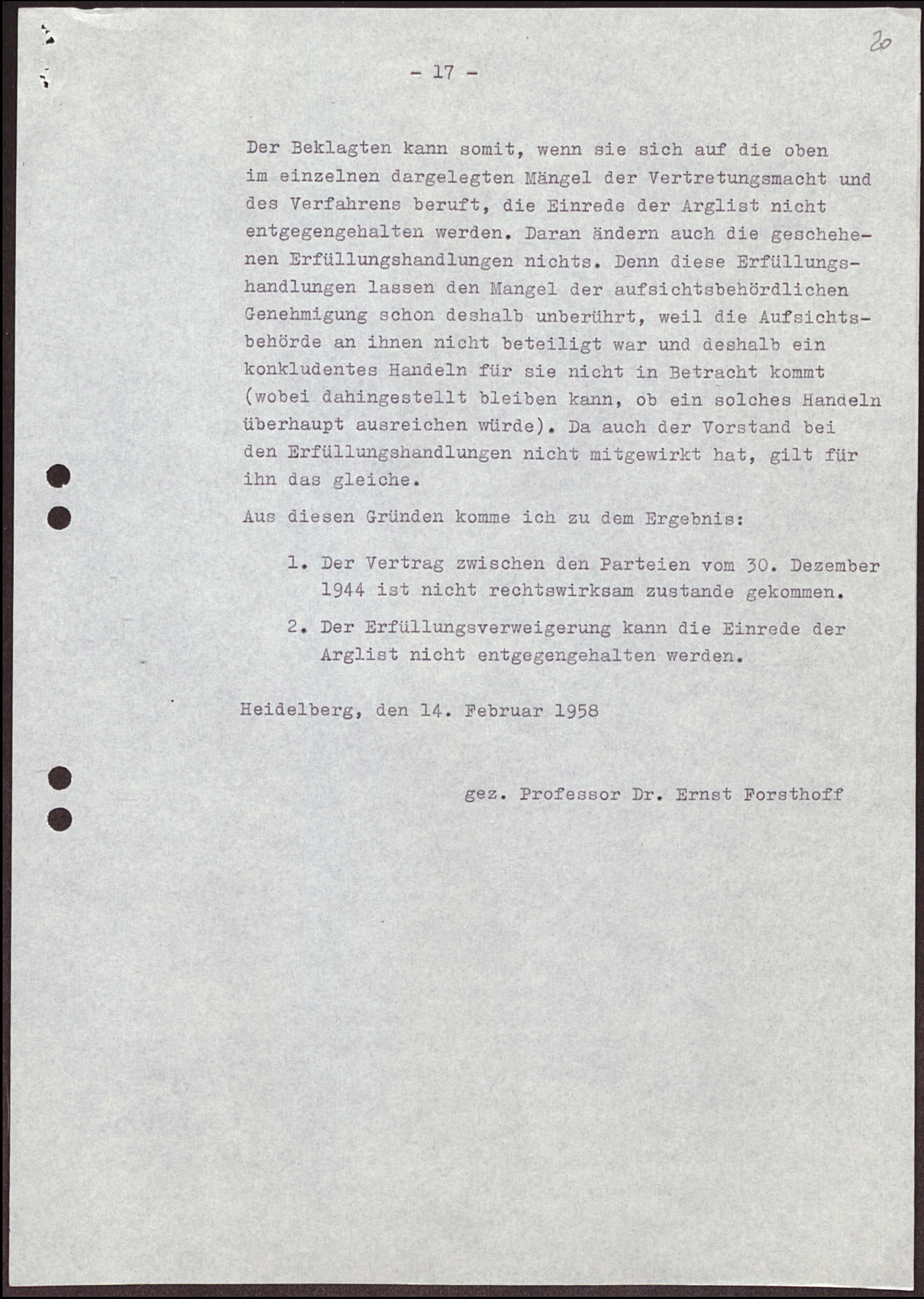
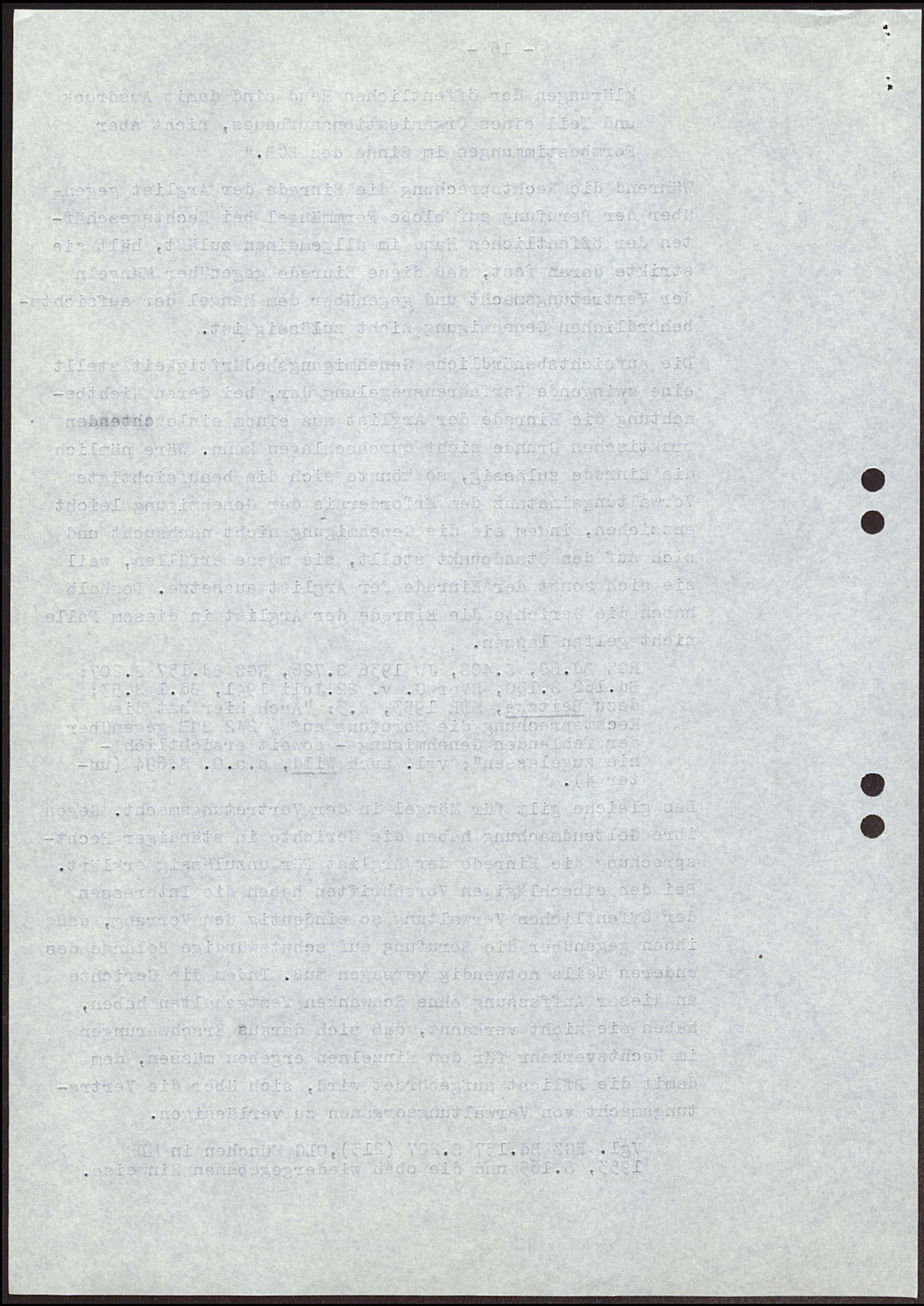






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552





[illegible]

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

- 71 -

- A 1 -      Blatt 1

24

Material zum Gutachten im Prozeß Sparkasse Hamburg / Kreis-  
sparkasse Stormarn

Zur Frage der mangelnden Form:

BGH I ZR104/50 v. 22.5.51 in LM Nr.1 zu § 36 DGO:

Der Rechnungsführer einer Fortgenossenschaft schließt einen Kaufvertrag über Holz ab, obwohl er nicht Vertretungsberechtigt ist, und wahrt dabei nicht die vorgeschriebene Form. Der Vertrag wird zumindest teilweise erfüllt.

"an der Rspr des RG wird festgehalten, daß sich Gemeinden nur in der Form des §36 DGO verpflichten können. Die Bedeutung dieser Formvorschriften liegt nach der st. Rspr. des RG nicht darin, daß sie Formvorschriften für das Handeln der Körperschaften im rechtsgeschäftlichen Verkehr geben, als vielmehr darin, daß sie eine Sicherung der öffentlich-rechtlichen Körperschaften gegen eine mißbräuchliche Vertretung durch zuständige Vertreter darstellen. (Es folgen Zitate der RG-Entscheidungen, von denen RG 104,225; 89,433; 83,396/73,200; 68/407 nicht die Frage behandeln, ob ein Formverstoß vorliegt und ob er durch die Berufung auf Treu & Glauben geheilt werden kann. Sie sind für den vorliegenden Sachverhalt uninteressant.) Die Begründung, mit der das RG in Bd. 157,212 den Einwand des Verstoßes gegen Treu & Glauben zurückgewiesen hat, weil dieser Einwand gegen das öffentliche Interesse an einem Schutz der öffentlich-rechtlichen Körperschaft dagegen, daß sie durch unberechtigte Vertragsschlüsse in langwierige und kostspielige Rechtsstreitigkeiten verwickelt würden, zurücktreten müssen, trifft auch im vorliegenden Fall in vollem Umfang zu."...

Der Vertrag wurde auch durch die Erfüllung nicht geheilt.

Die in LM Nr. 1 zu 9 36 DGO zitierten RG-Urteile:

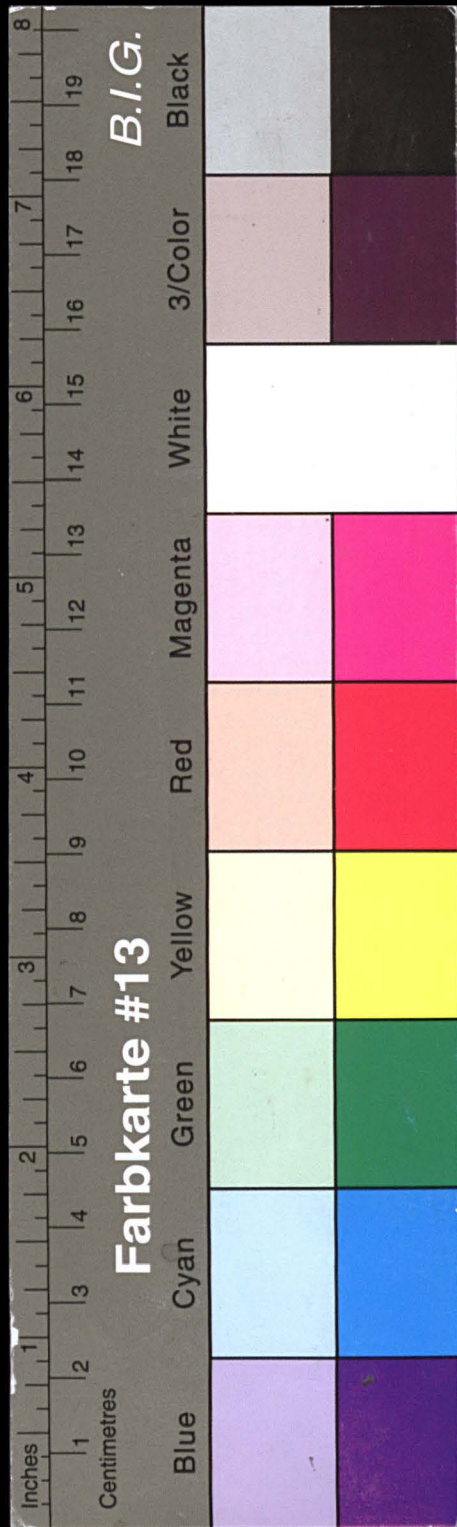
RG67,269: "Der Gesetzgeber will die Gemeinden dagegen schützen, daß das zu ihrer Vertretung berufene Gemeindeorgan sie, weil er Vertreter nach außen ist, ohne weiteres mit Verbindlichkeiten belasten kann. Deshalb ist seine Vertretungsmacht in dieser Beziehung eingeschränkt und für die Gültigkeit von Rechtsgeschäften, aus denen sich Verbindlichkeiten der Gemeinden ergeben, förmliche urkundliche Aufnahme unter Zuziehung einer 2. Person vorgeschrieben."

RG 82,7: Für die Formvorschrift der preuß. LandgemO "hat das RG in st. Rspr den Standpunkt vertreten, daß die Beobachtung der Form die Voraussetzung bilde, unter der das Willensorgan der Gemeinde für diese verbindliche Erklärungen abgeben könne, daß die dem § 88 nicht entsprechenden Erklärungen außerhalb des Rahmens der Vertretungsmacht des Gemeindevorstandes, die eben nur in der Form des Gesetzes ausgeübt werden könne, lägen und mithin als nicht abgegeben zu gelten hätten... Als Zweck (des § 88) wird insbesondere hervorgehoben, das zwingende Formerfordernis solle zum Ausdruck bringen, daß die Gemeindevertreter ihre Erklärung in amtlicher Eigenschaft abgegeben haben, daß also der Inhalt der Erklärung wirklich als Wille der Gemeinde gilt."

RG 115,311 wiederholt nur RG 64,413 und die obengenannten Urteile auf einen Sachverhalt, nach dem lediglich auf einem Wechselakzept die erforderliche Bezugnahme auf den zugrunde liegenden Kreistagsbeschuß fehlte. Keine neuen rechtlichen Gesichtspunkte.

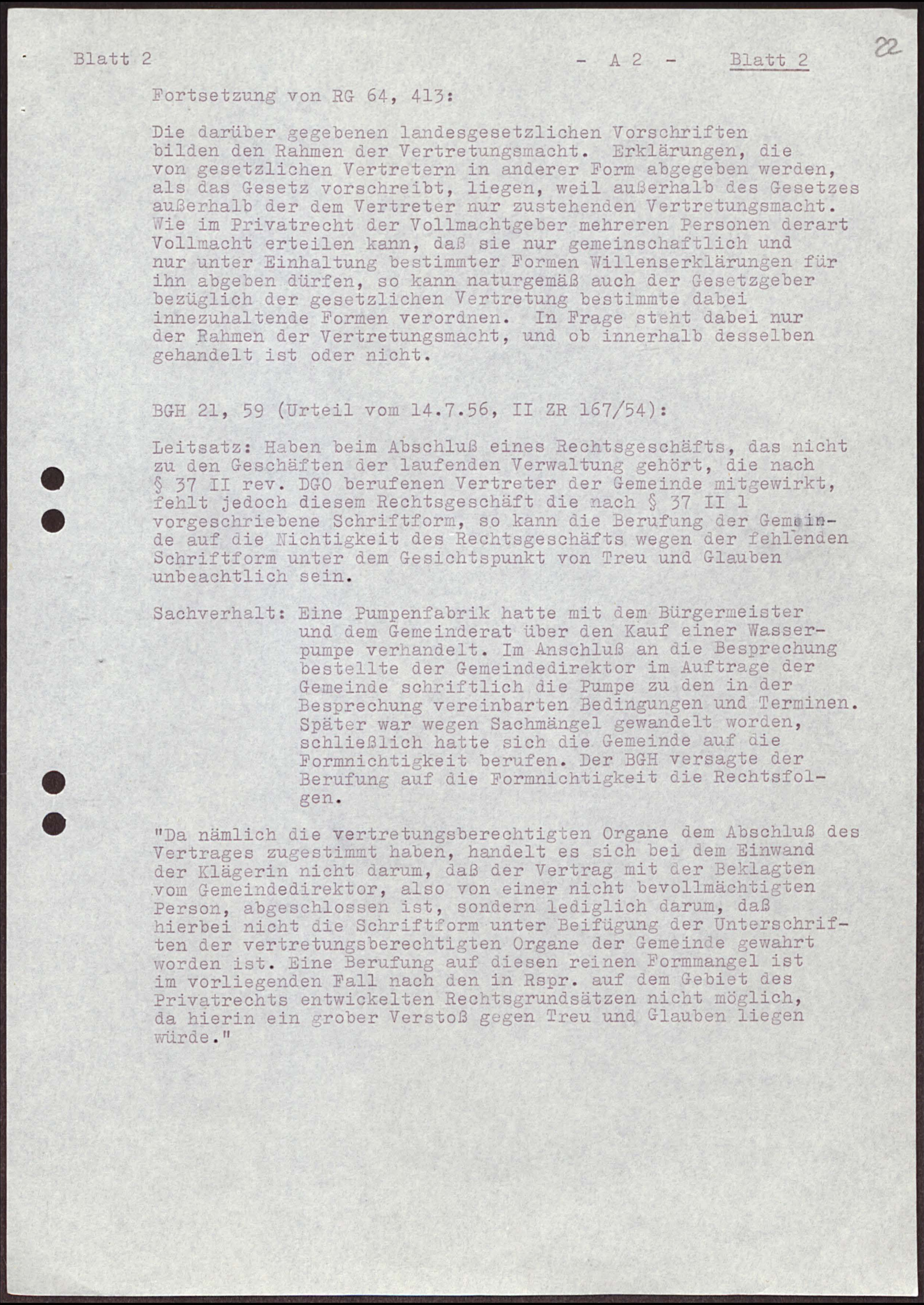
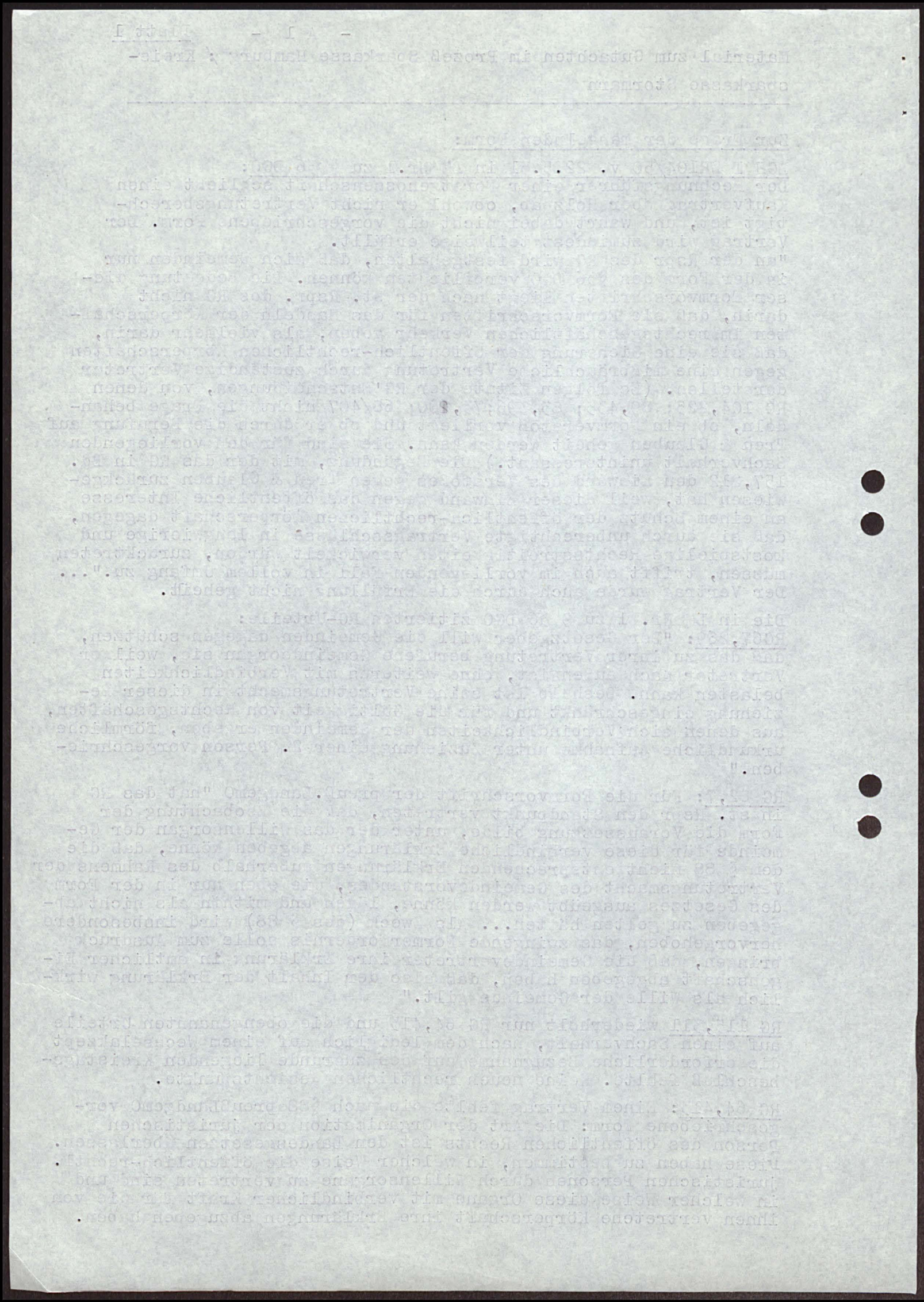
RG 64,413: Einem Vertrag fehlte die nach §88 preußLandgemO vorgeschriebene Form: Die Art der Organisation der juristischen Person des öffentlichen Rechts ist den Landesgesetzen überlassen. Diese haben zu bestimmen, in welcher Weise die öffentlich-rechtl. juristischen Personen durch Willensorgane zu vertreten sind und in welcher Weise diese Organe mit verbindlicher Kraft für die von ihnen vertretene Körperschaft ihre Erklärungen abzugeben haben.



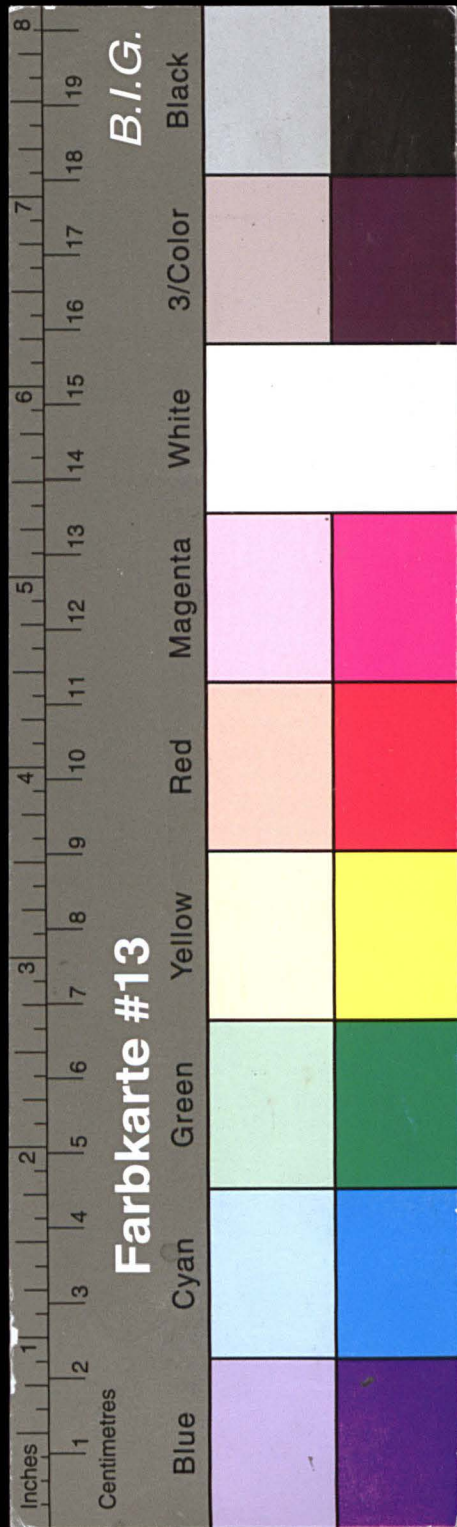


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

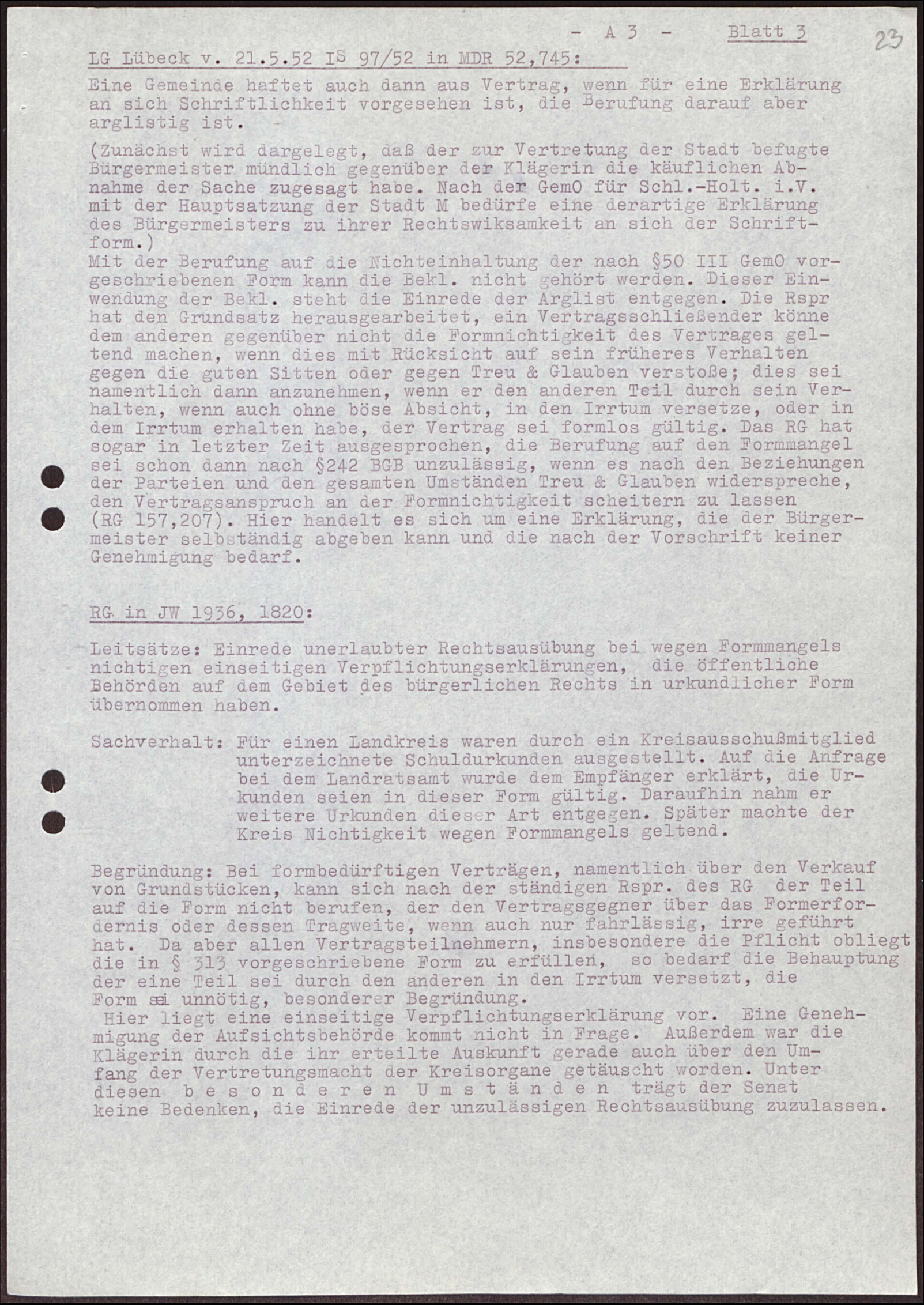
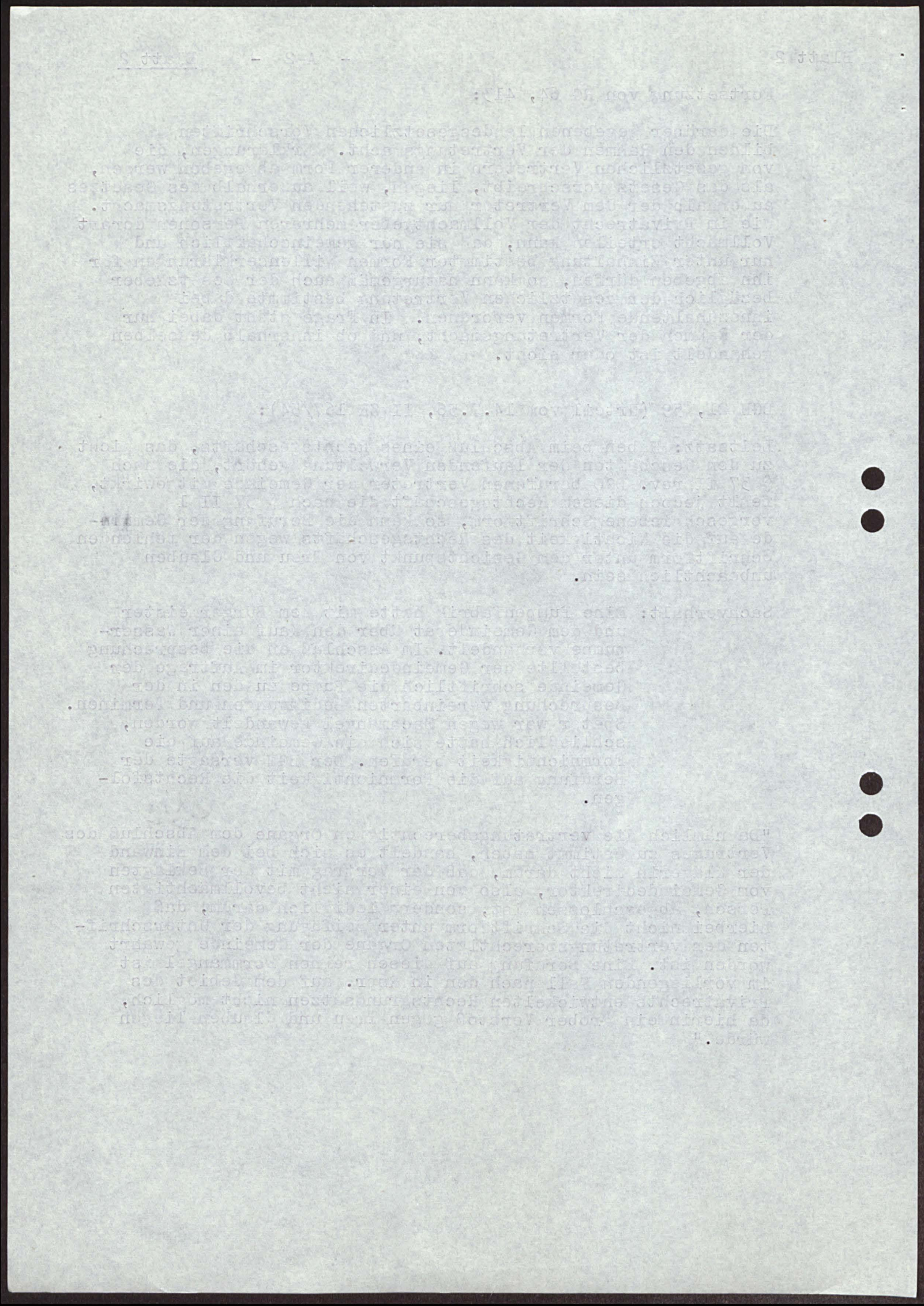




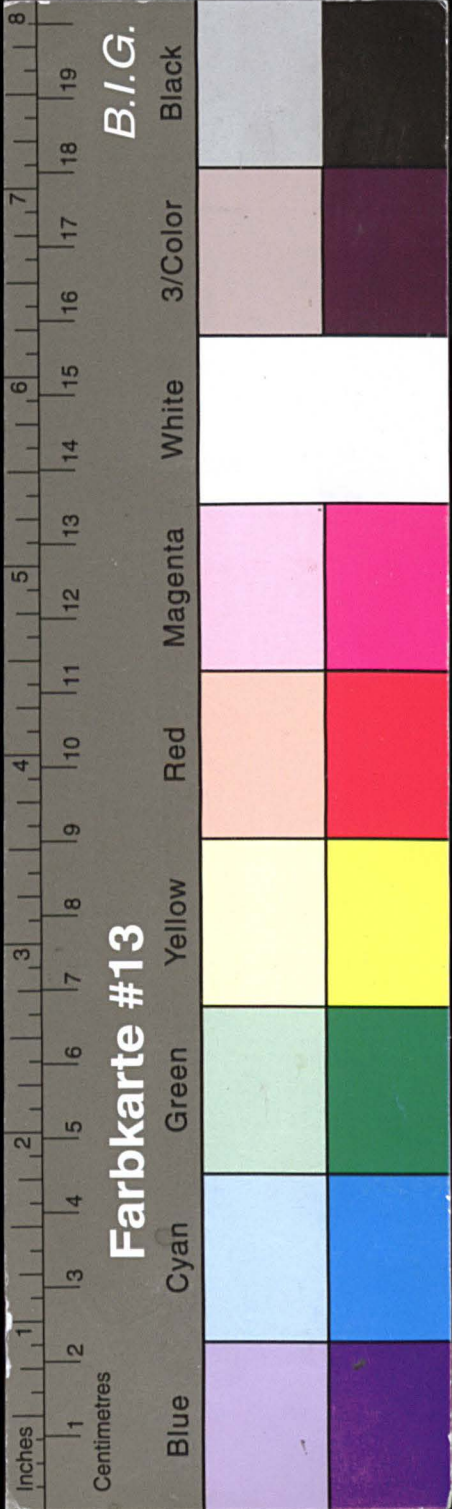


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

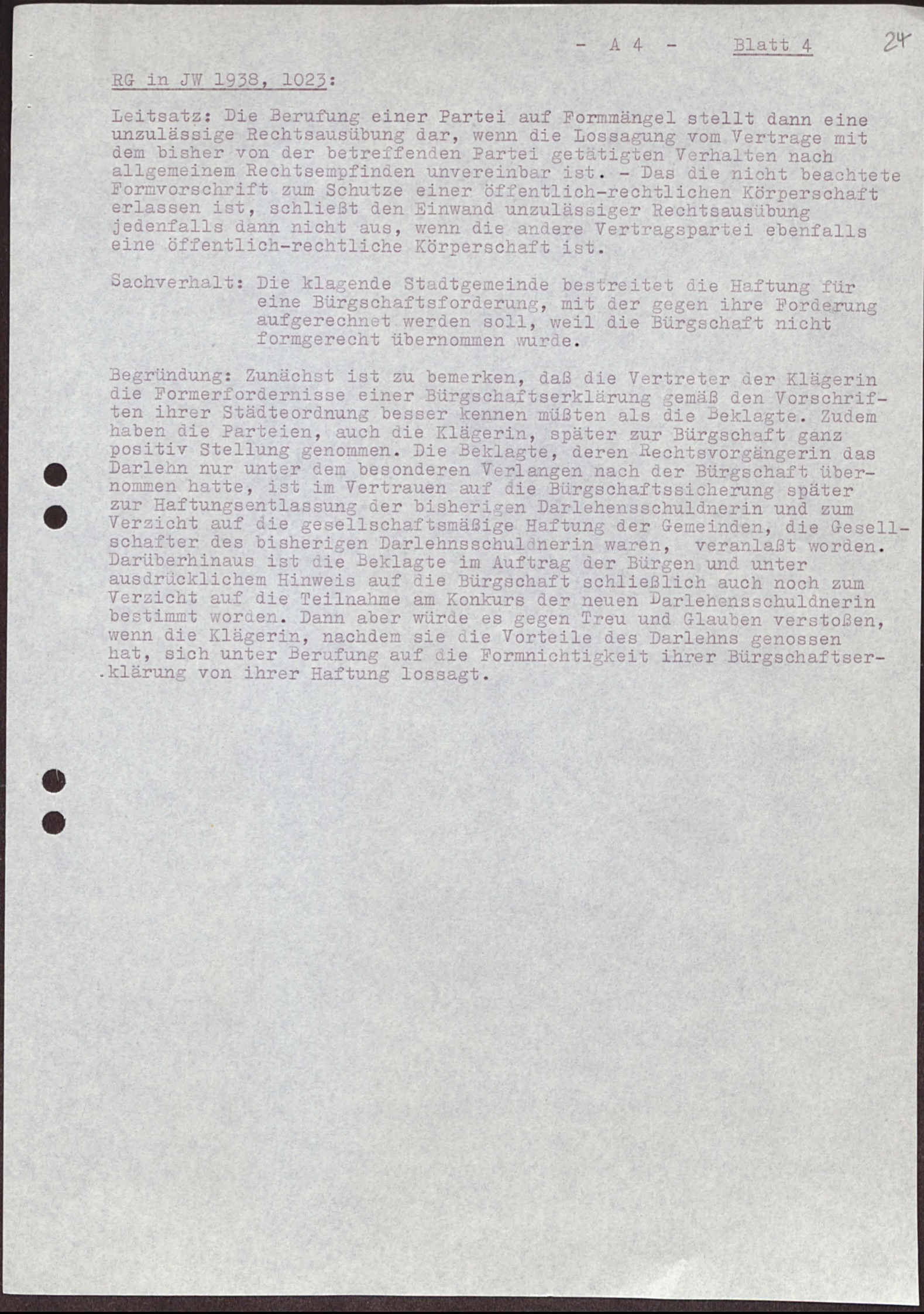
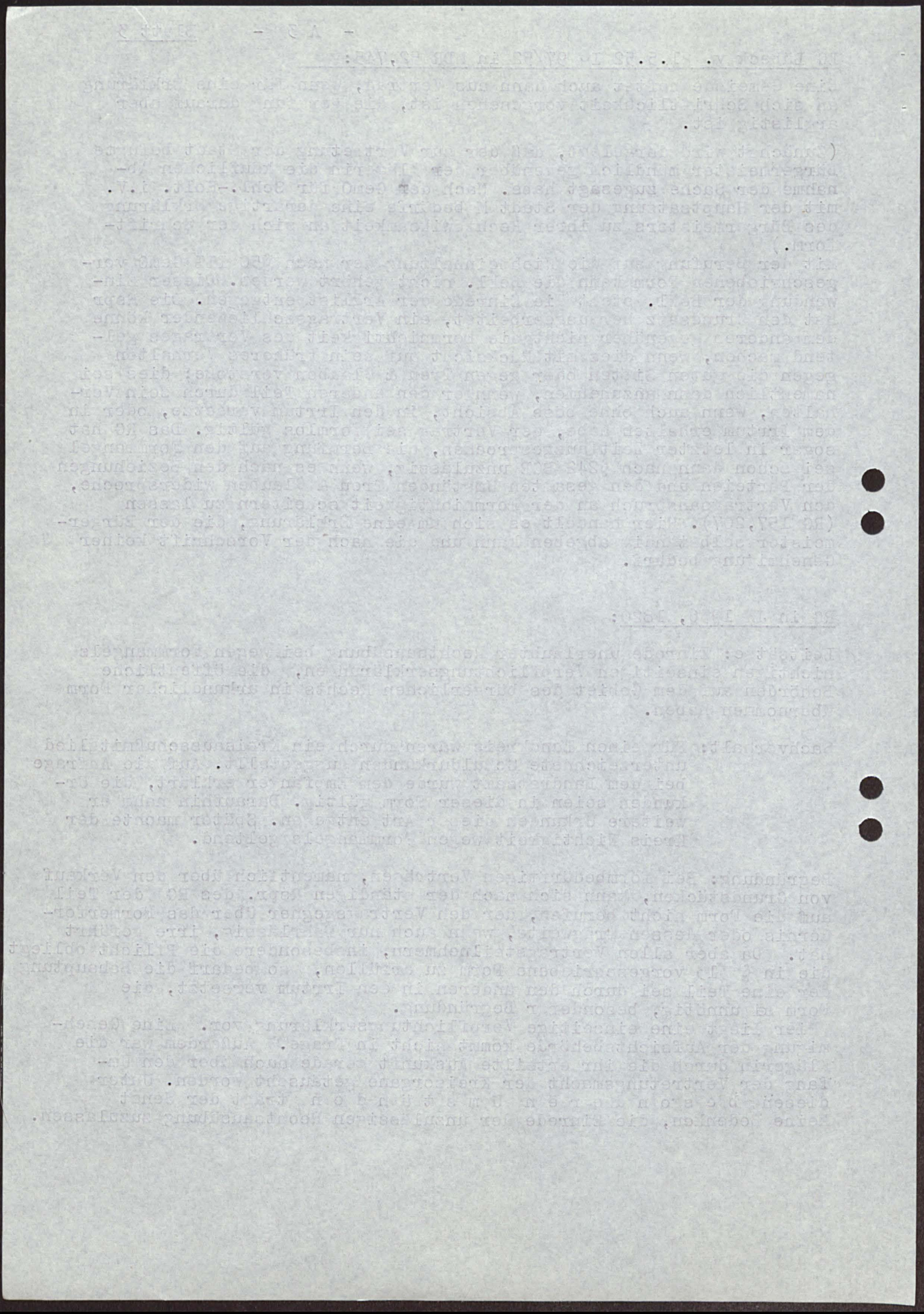




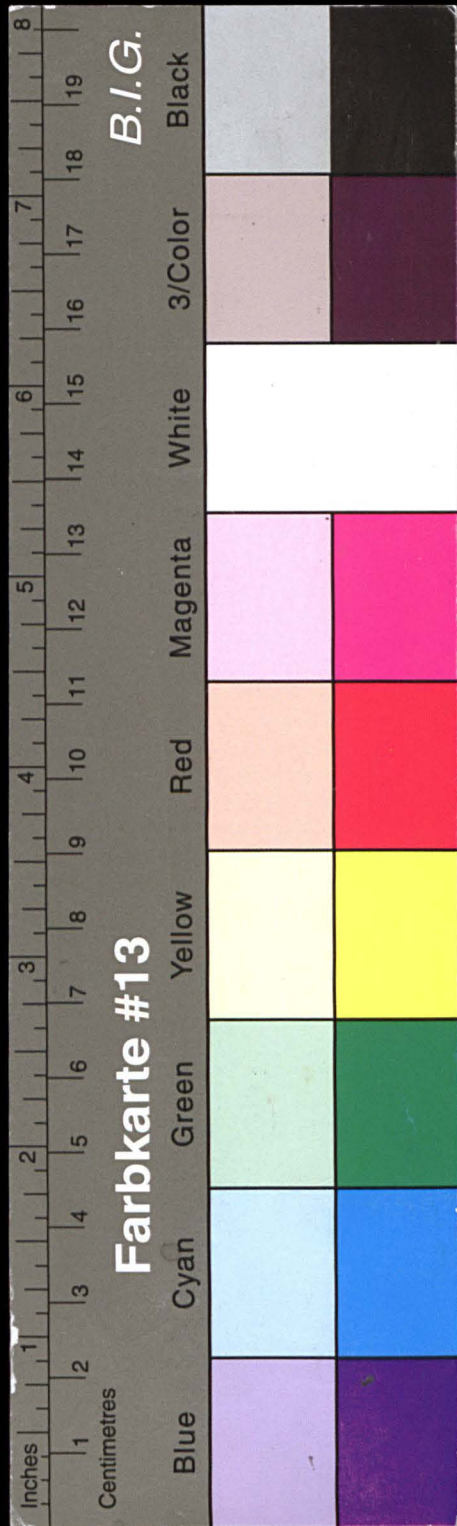


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

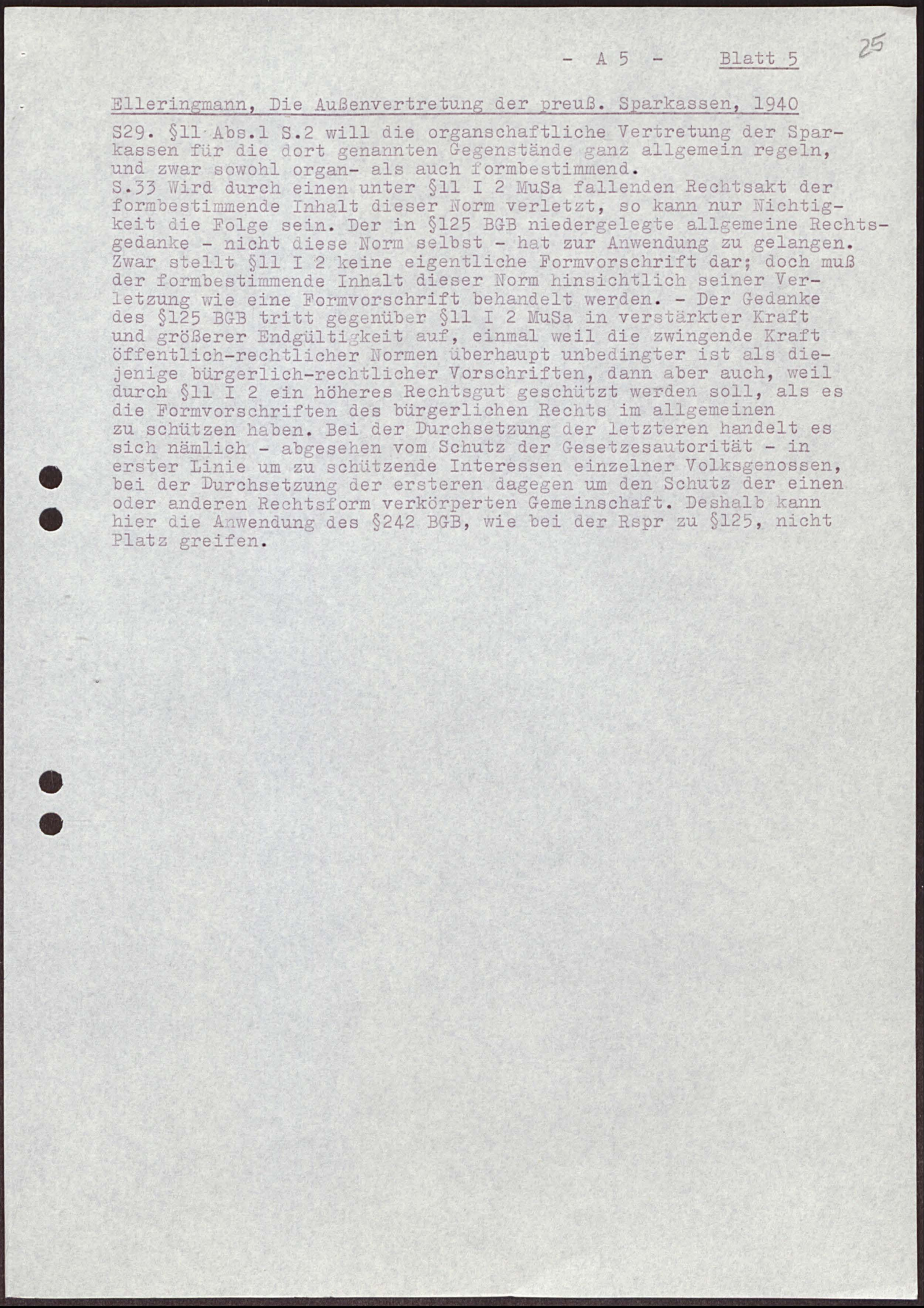
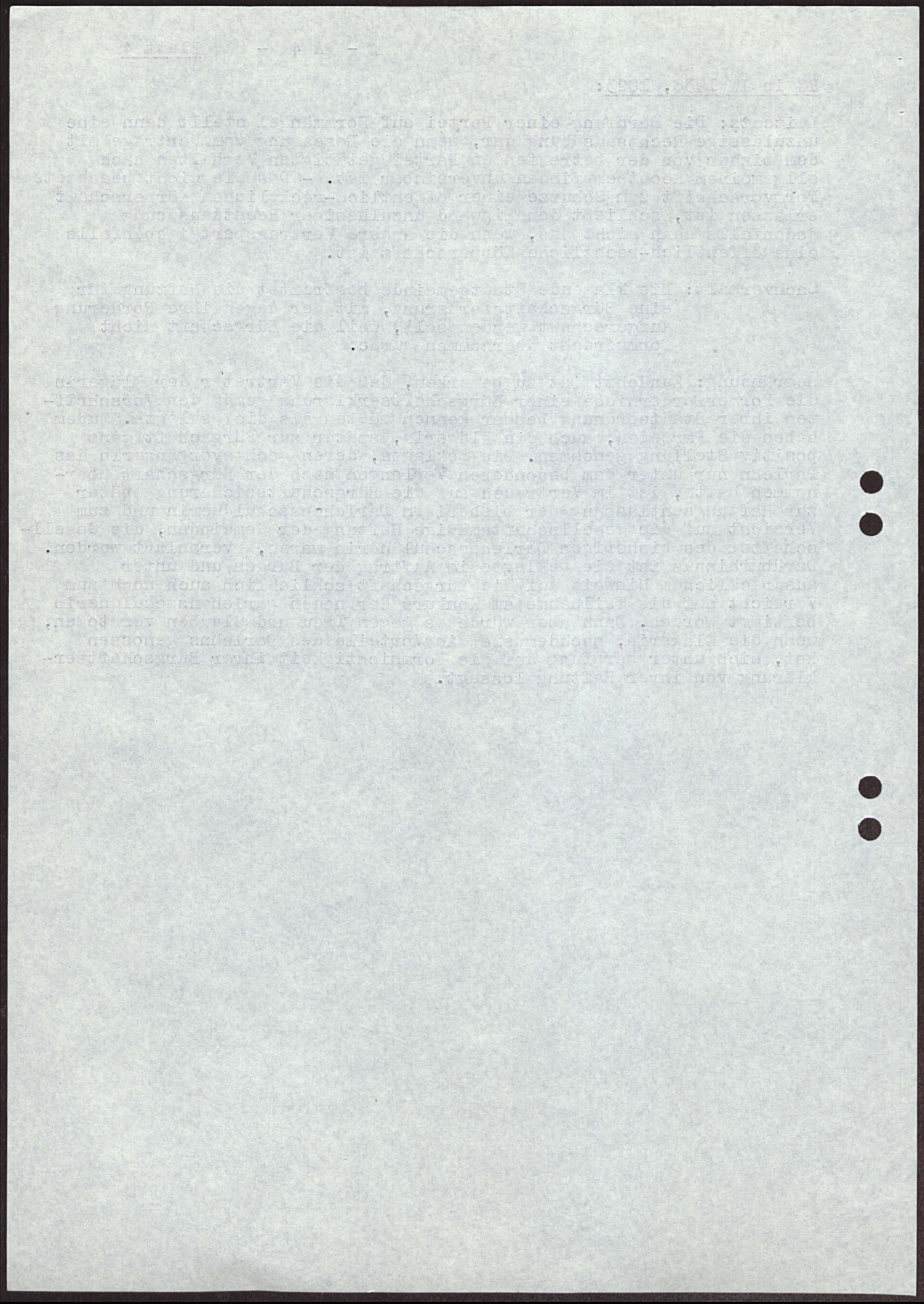




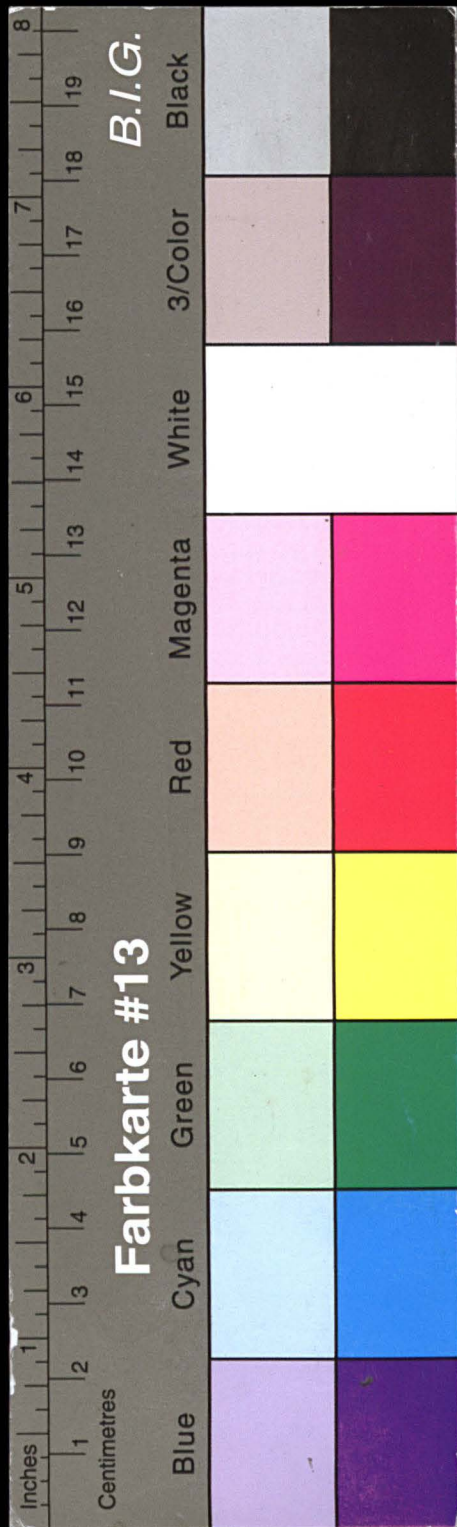


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

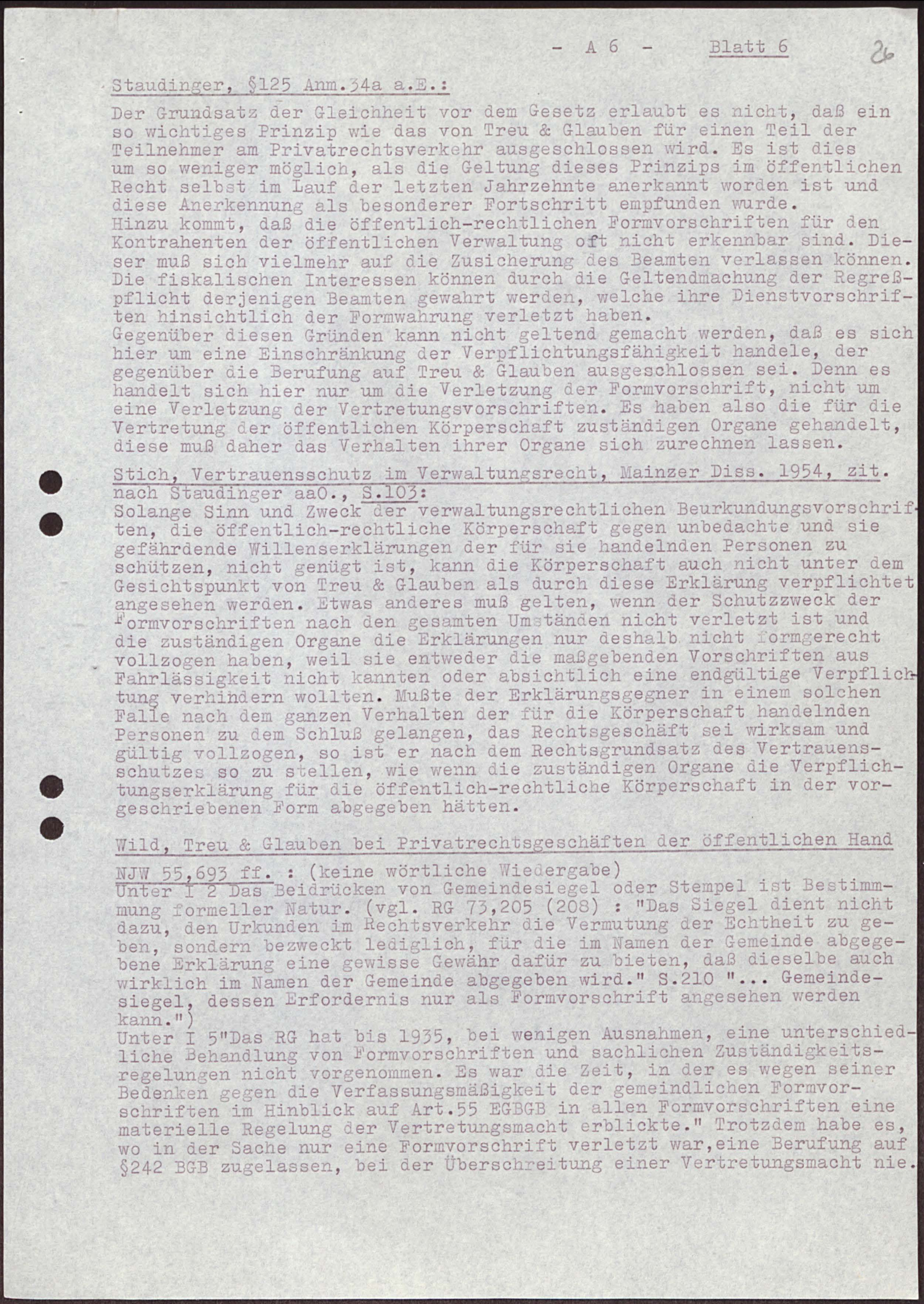
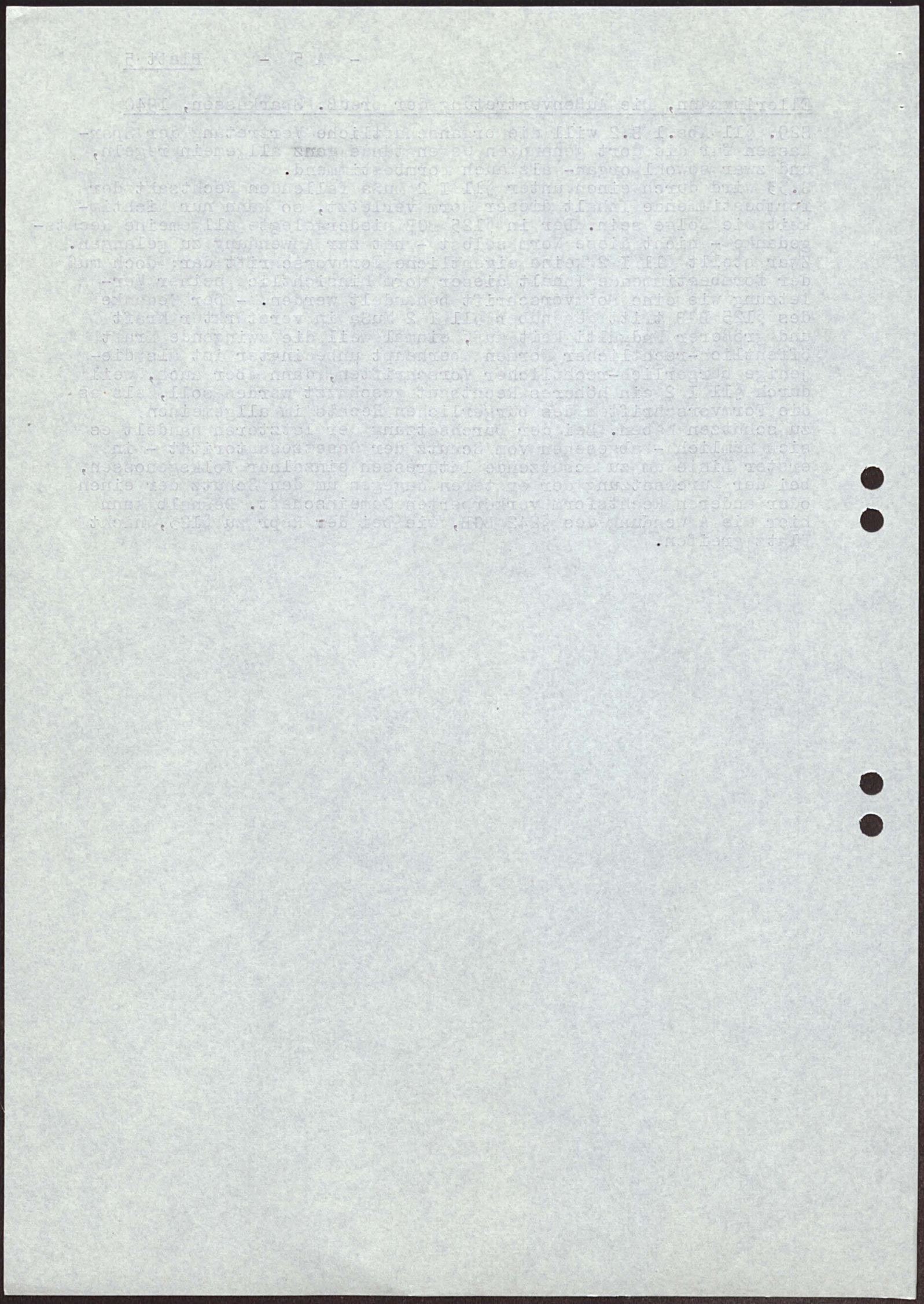




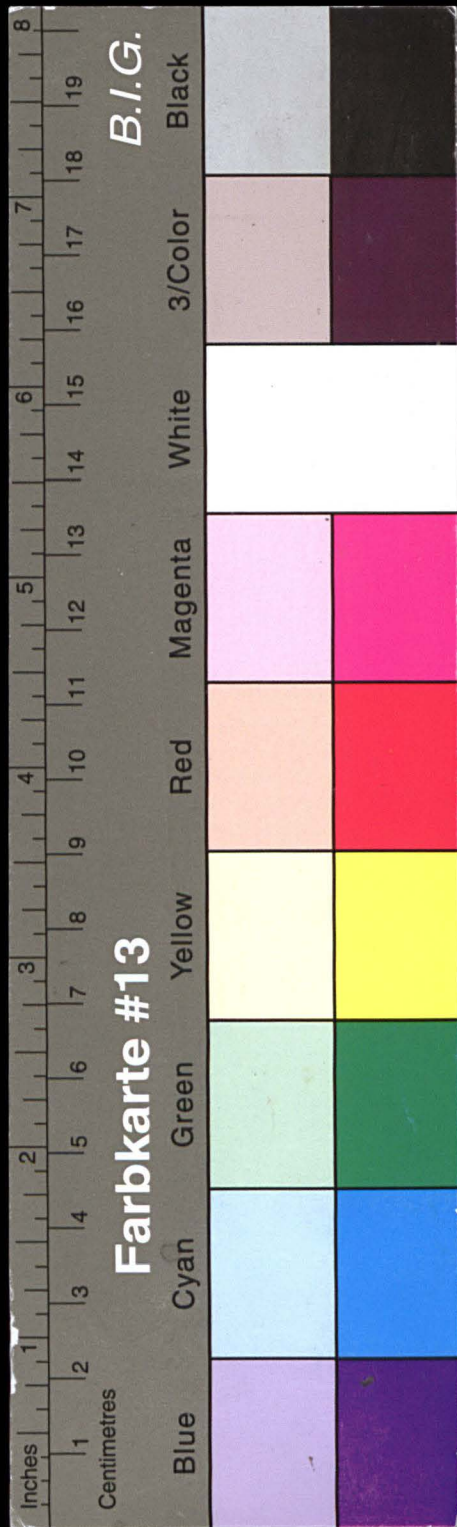


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

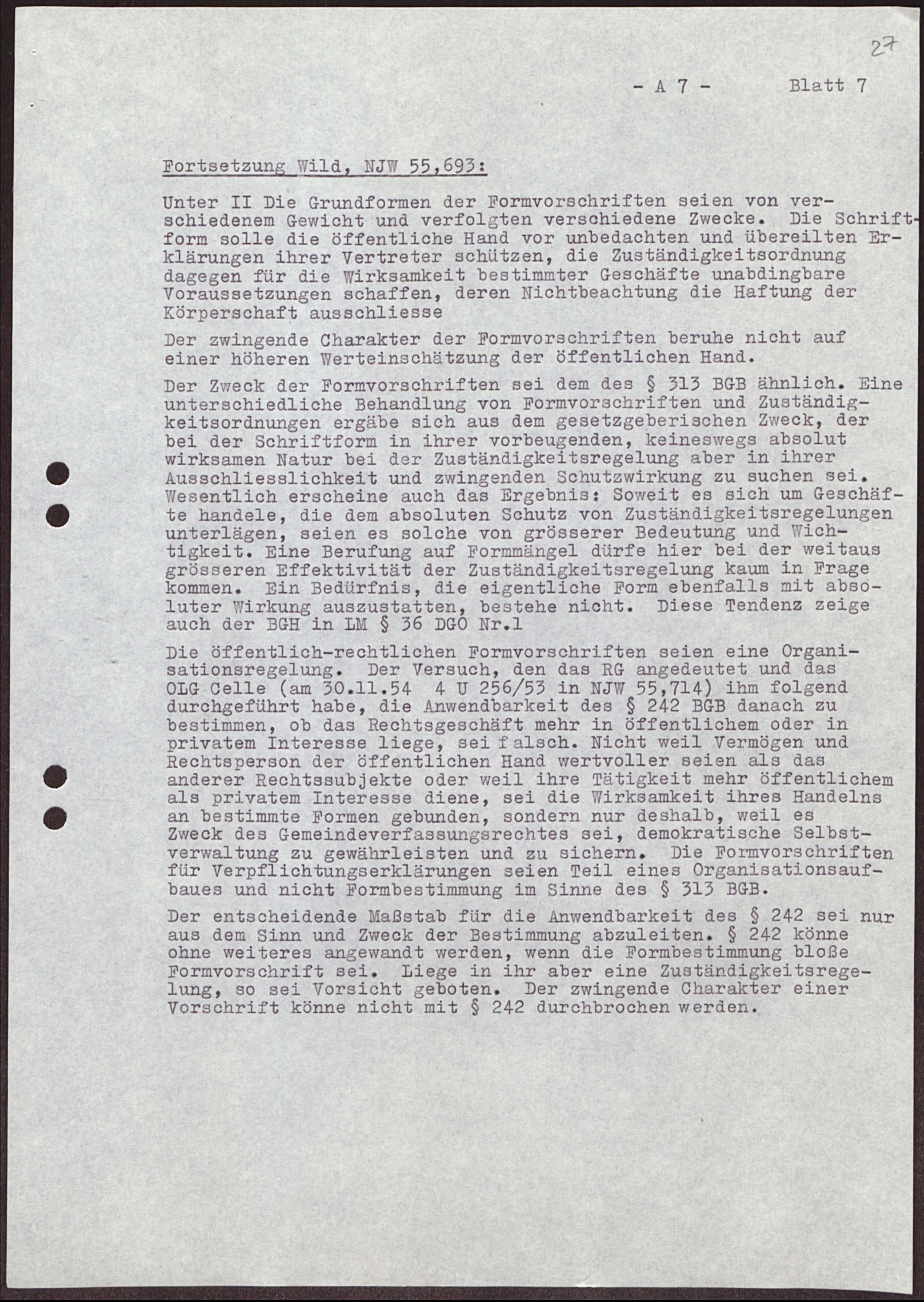
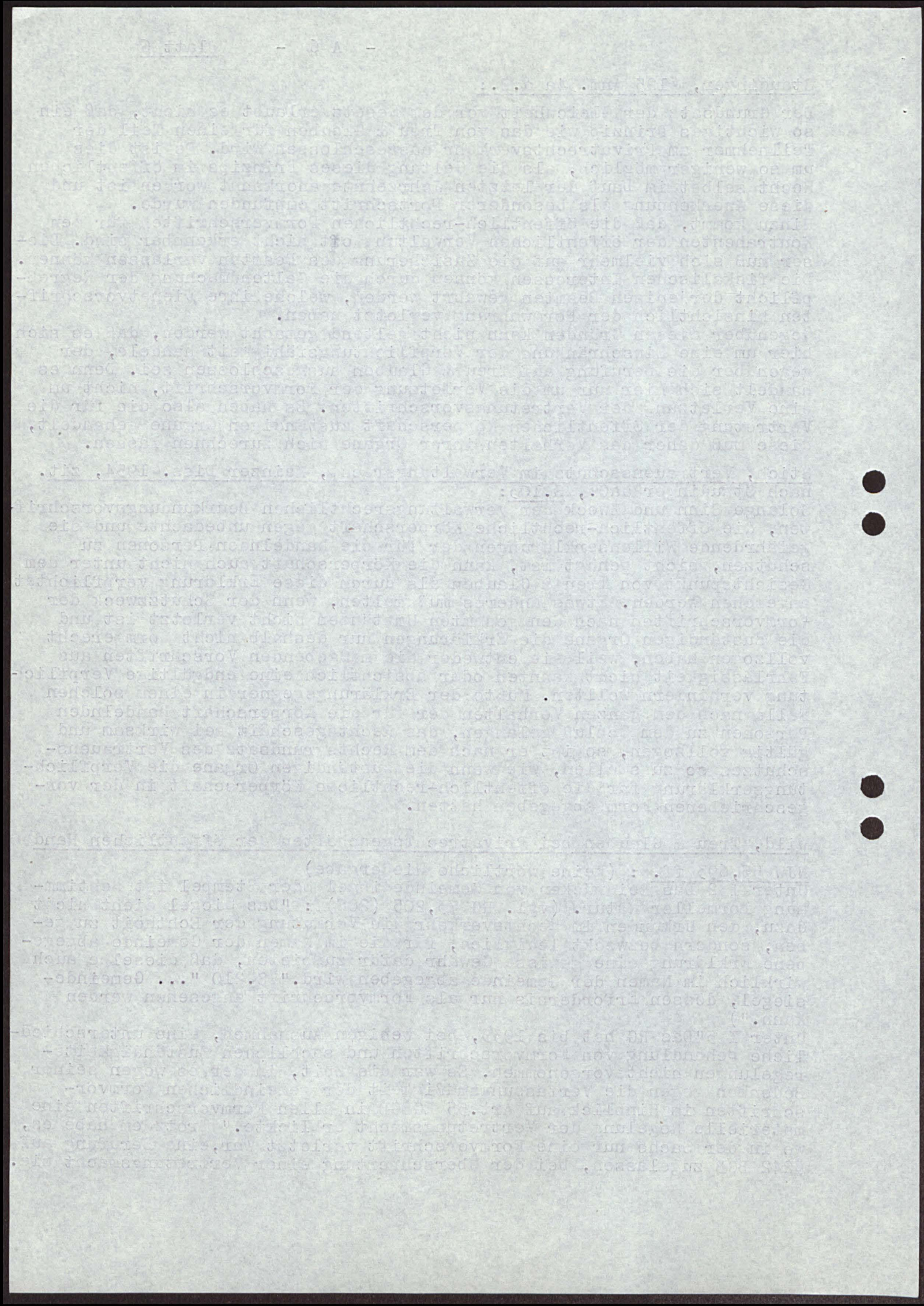






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



## Fortsetzung Wild, NJW 55,693:

Unter II Die Grundformen der Formvorschriften seien von verschiedenem Gewicht und verfolgten verschiedene Zwecke. Die Schriftform solle die öffentliche Hand vor unbedachten und übereilten Erklärungen ihrer Vertreter schützen, die Zuständigkeitsordnung dagegen für die Wirksamkeit bestimmter Geschäfte unabdingbare Voraussetzungen schaffen, deren Nichtbeachtung die Haftung der Körperschaft ausschliesse

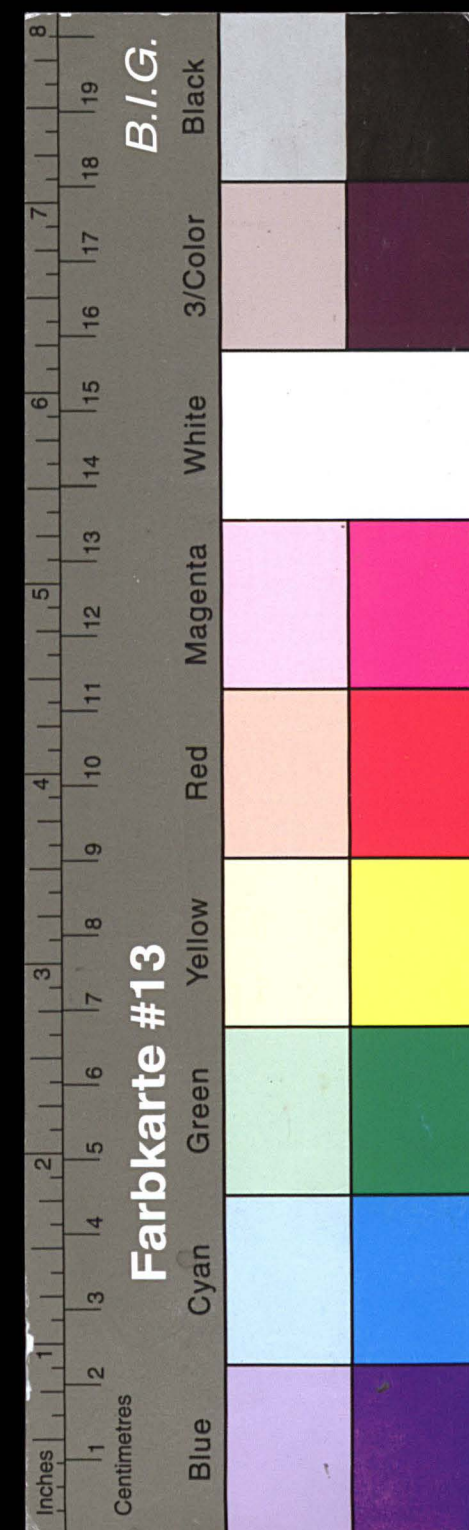
Der zwingende Charakter der Formvorschriften beruhe nicht auf einer höheren Werteinschätzung der öffentlichen Hand.

Der Zweck der Formvorschriften sei dem des § 313 BGB ähnlich. Eine unterschiedliche Behandlung von Formvorschriften und Zuständigkeitsordnungen ergäbe sich aus dem gesetzgeberischen Zweck, der bei der Schriftform in ihrer vorbeugenden, keineswegs absolut wirksamen Natur bei der Zuständigkeitsregelung aber in ihrer Ausschliesslichkeit und zwingenden Schutzwirkung zu suchen sei. Wesentlich erscheine auch das Ergebnis: Soweit es sich um Geschäfte handle, die dem absoluten Schutz von Zuständigkeitsregelungen unterlägen, seien es solche von grösserer Bedeutung und Wichtigkeit. Eine Berufung auf Formmängel dürfe hier bei der weitaus grösseren Effektivität der Zuständigkeitsregelung kaum in Frage kommen. Ein Bedürfnis, die eigentliche Form ebenfalls mit absoluter Wirkung auszustatten, bestehe nicht. Diese Tendenz zeige auch der BGH in LM § 36 DGO Nr.1

Die öffentlich-rechtlichen Formvorschriften seien eine Organisationsregelung. Der Versuch, den das RG angedeutet und das OLG Celle (am 30.11.54 4 U 256/53 in NJW 55,714) ihm folgend durchgeführt habe, die Anwendbarkeit des § 242 BGB danach zu bestimmen, ob das Rechtsgeschäft mehr in öffentlichem oder in privatem Interesse liege, sei falsch. Nicht weil Vermögen und Rechtsperson der öffentlichen Hand wertvoller seien als das anderer Rechtssubjekte oder weil ihre Tätigkeit mehr öffentlichem als privatem Interesse diene, sei die Wirksamkeit ihres Handelns an bestimmte Formen gebunden, sondern nur deshalb, weil es Zweck des Gemeindeverfassungsrechtes sei, demokratische Selbstverwaltung zu gewährleisten und zu sichern. Die Formvorschriften für Verpflichtungserklärungen seien Teil eines Organisationsaufbaues und nicht Formbestimmung im Sinne des § 313 BGB.

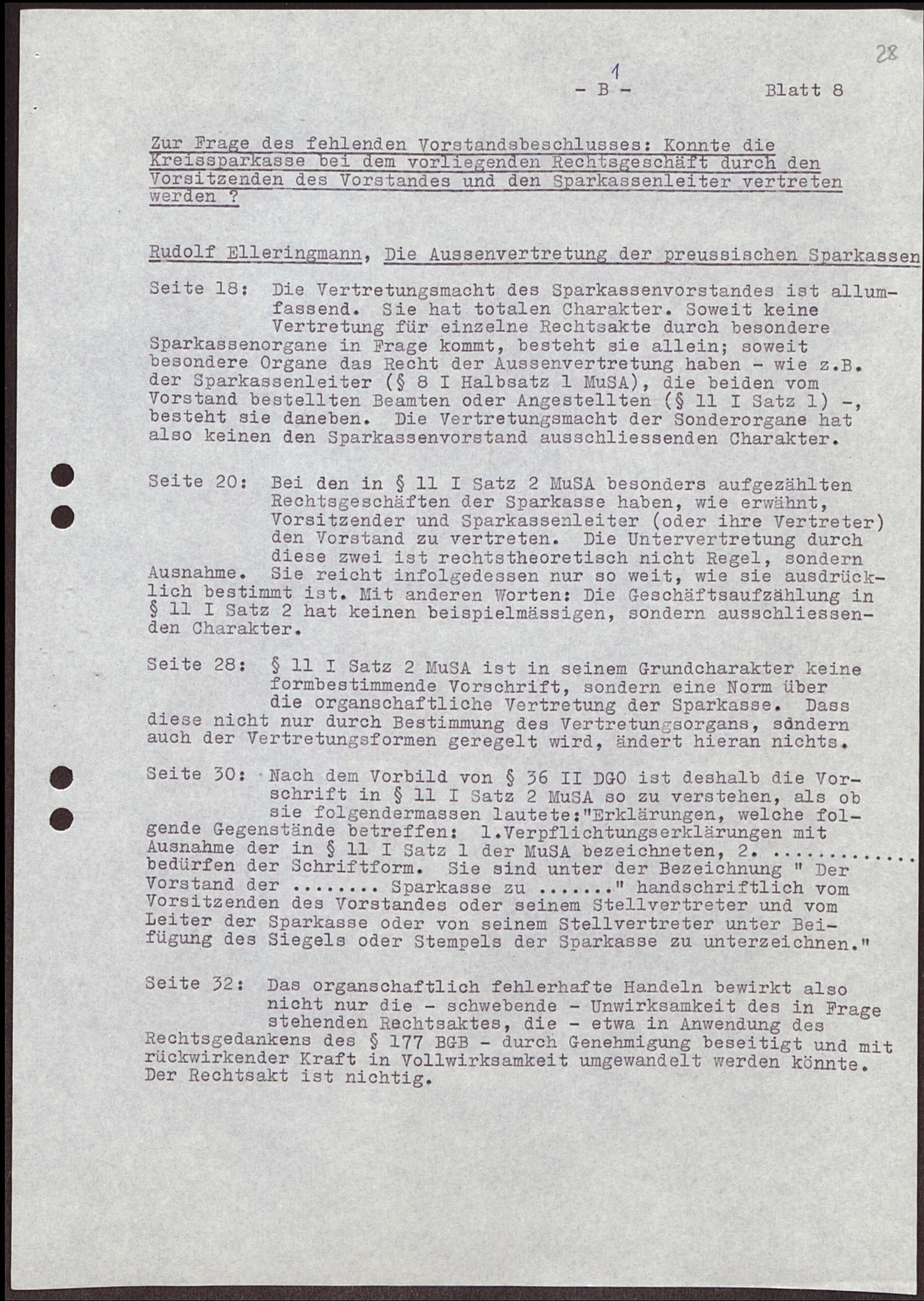
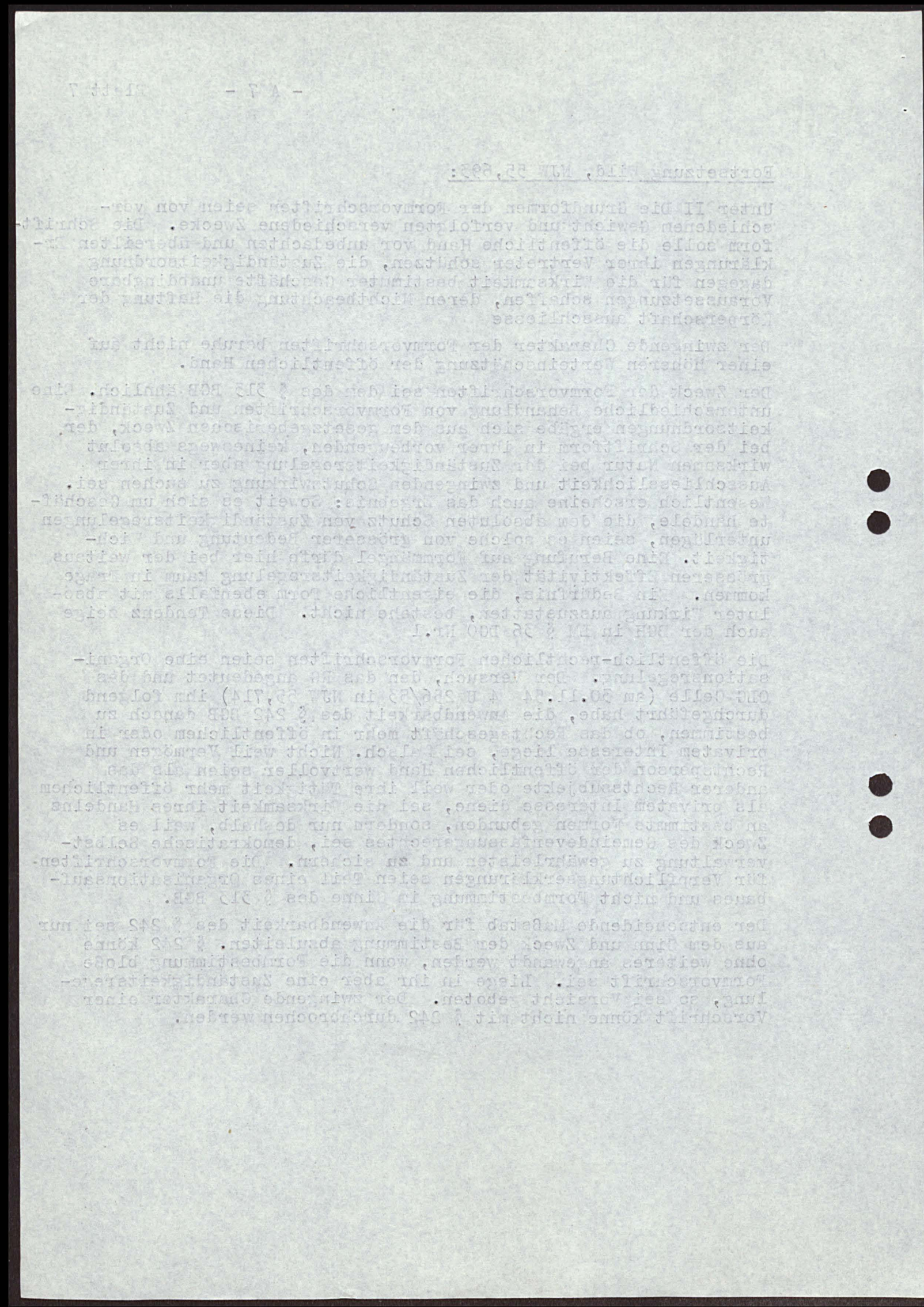
Der entscheidende Maßstab für die Anwendbarkeit des § 242 sei nur aus dem Sinn und Zweck der Bestimmung abzuleiten. § 242 könne ohne weiteres angewandt werden, wenn die Formbestimmung bloße Formvorschrift sei. Liege in ihr aber eine Zuständigkeitsregelung, so sei Vorsicht geboten. Der zwingende Charakter einer Vorschrift könne nicht mit § 242 durchbrochen werden.



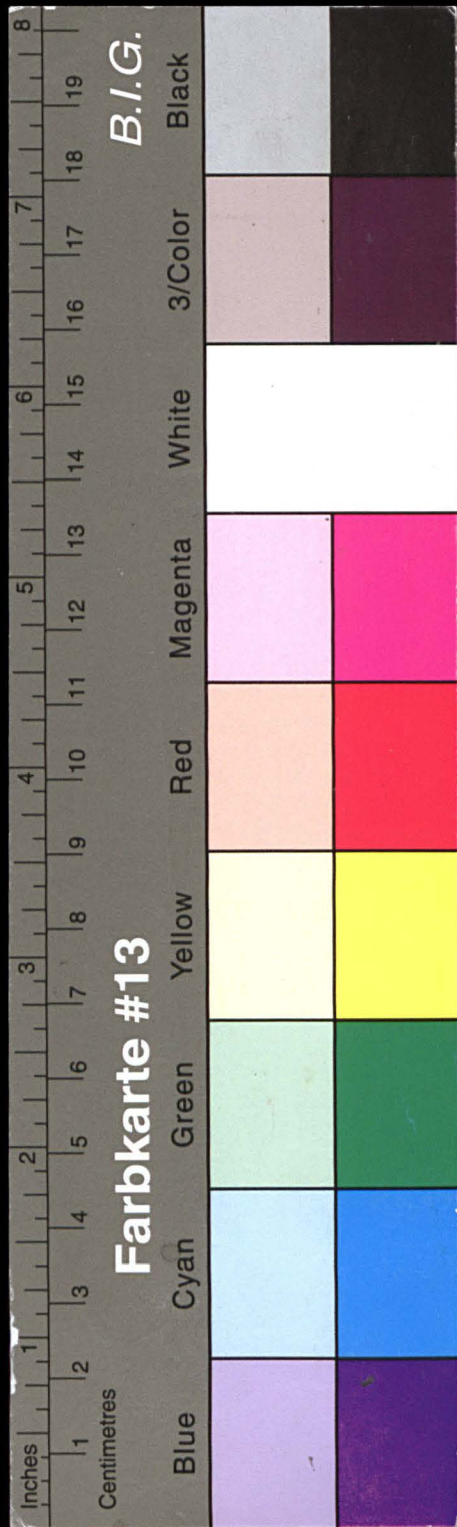


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

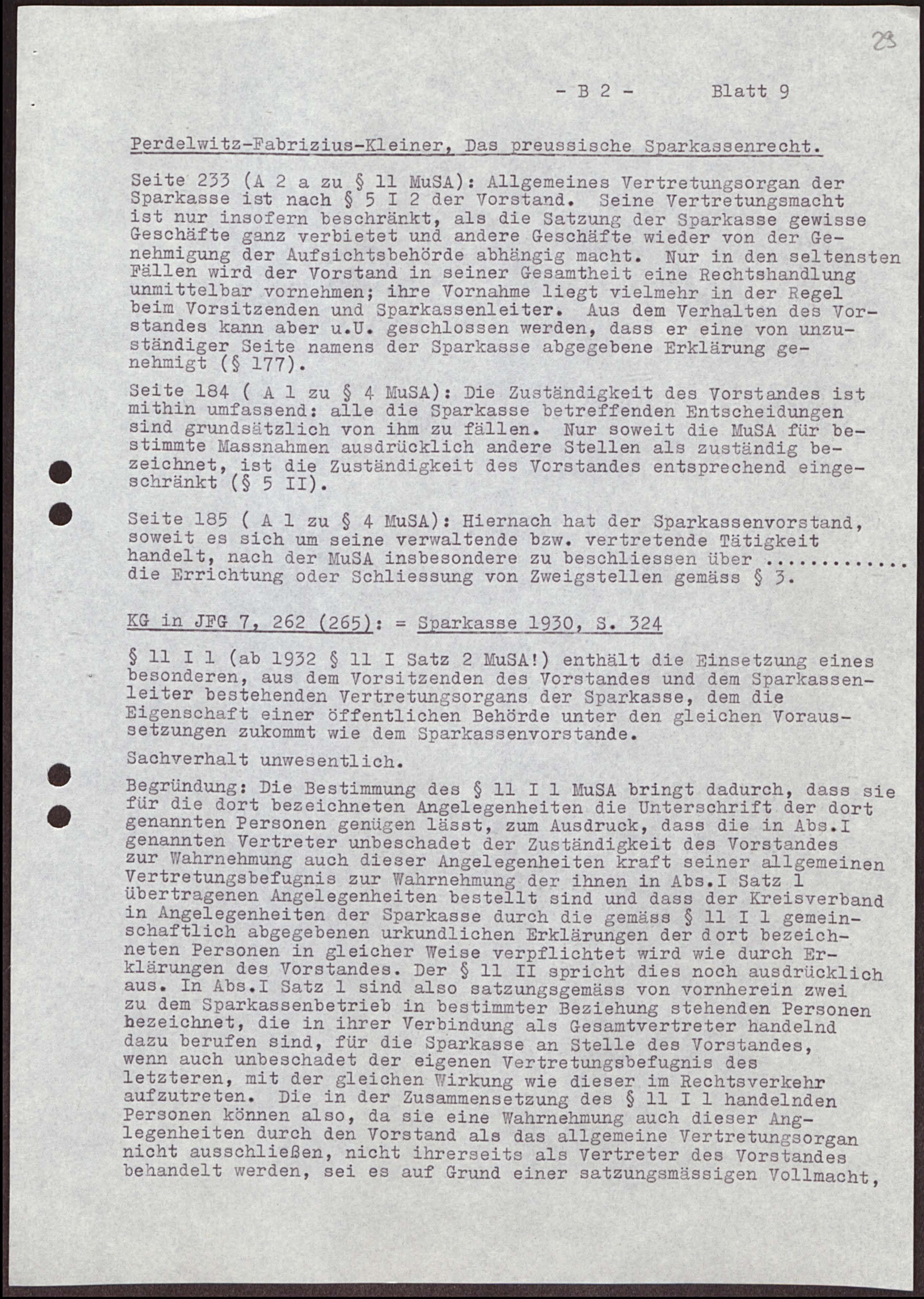
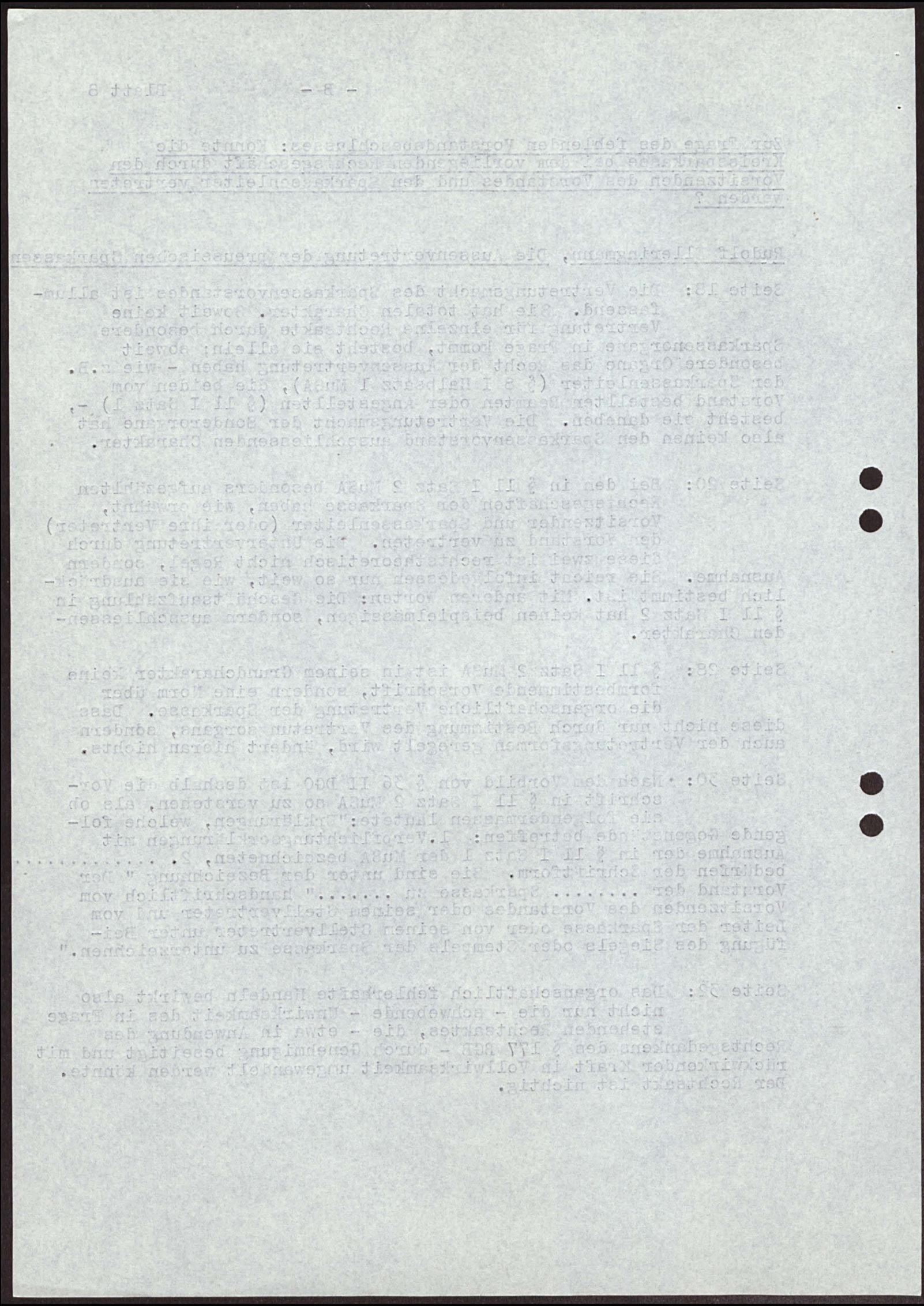




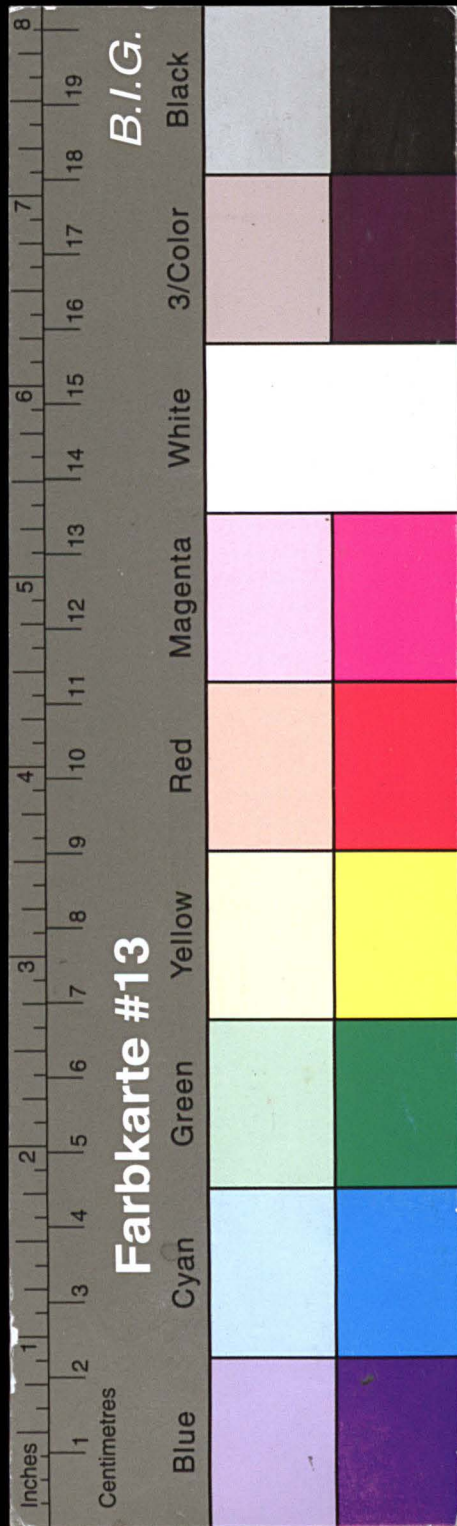


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

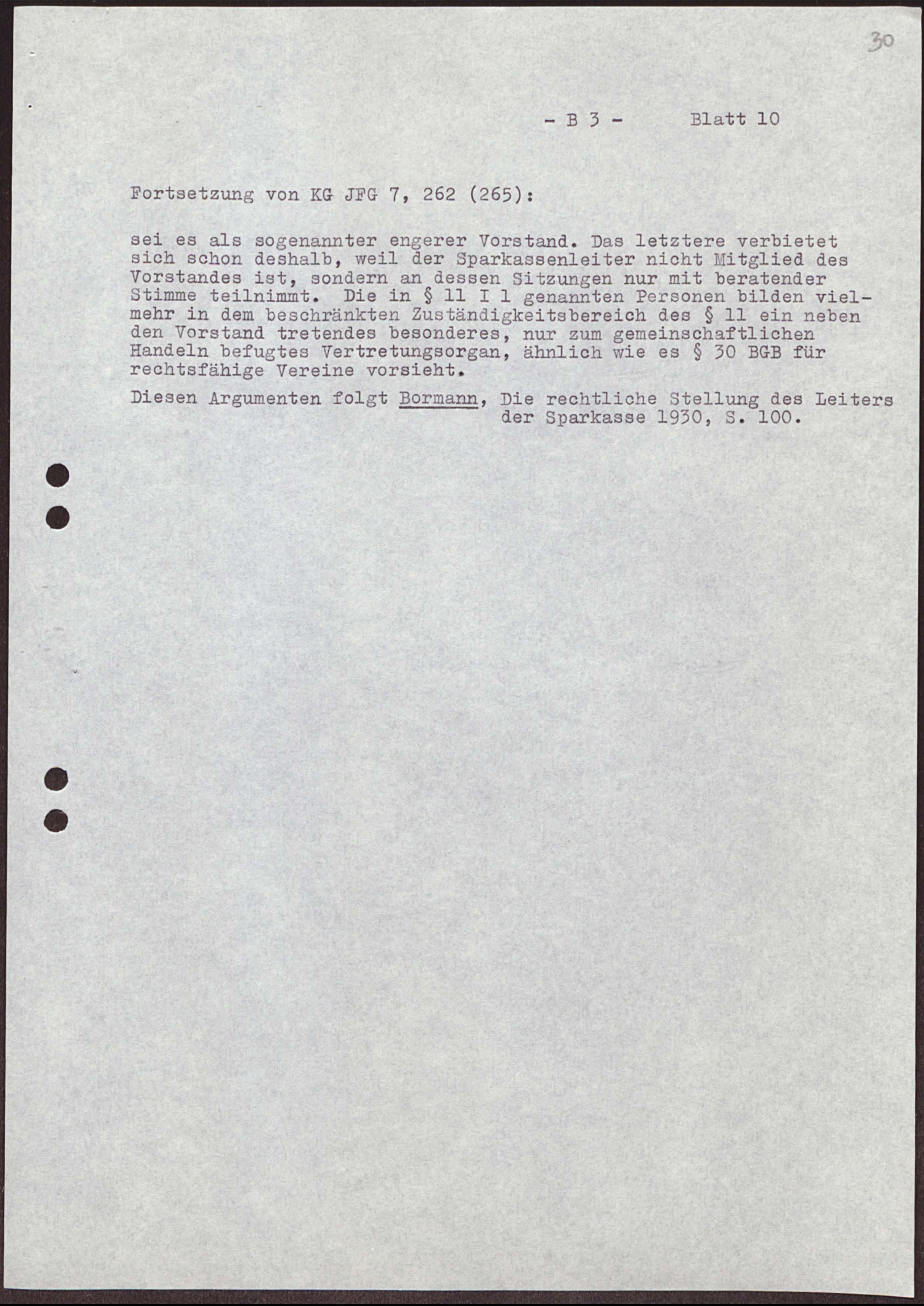
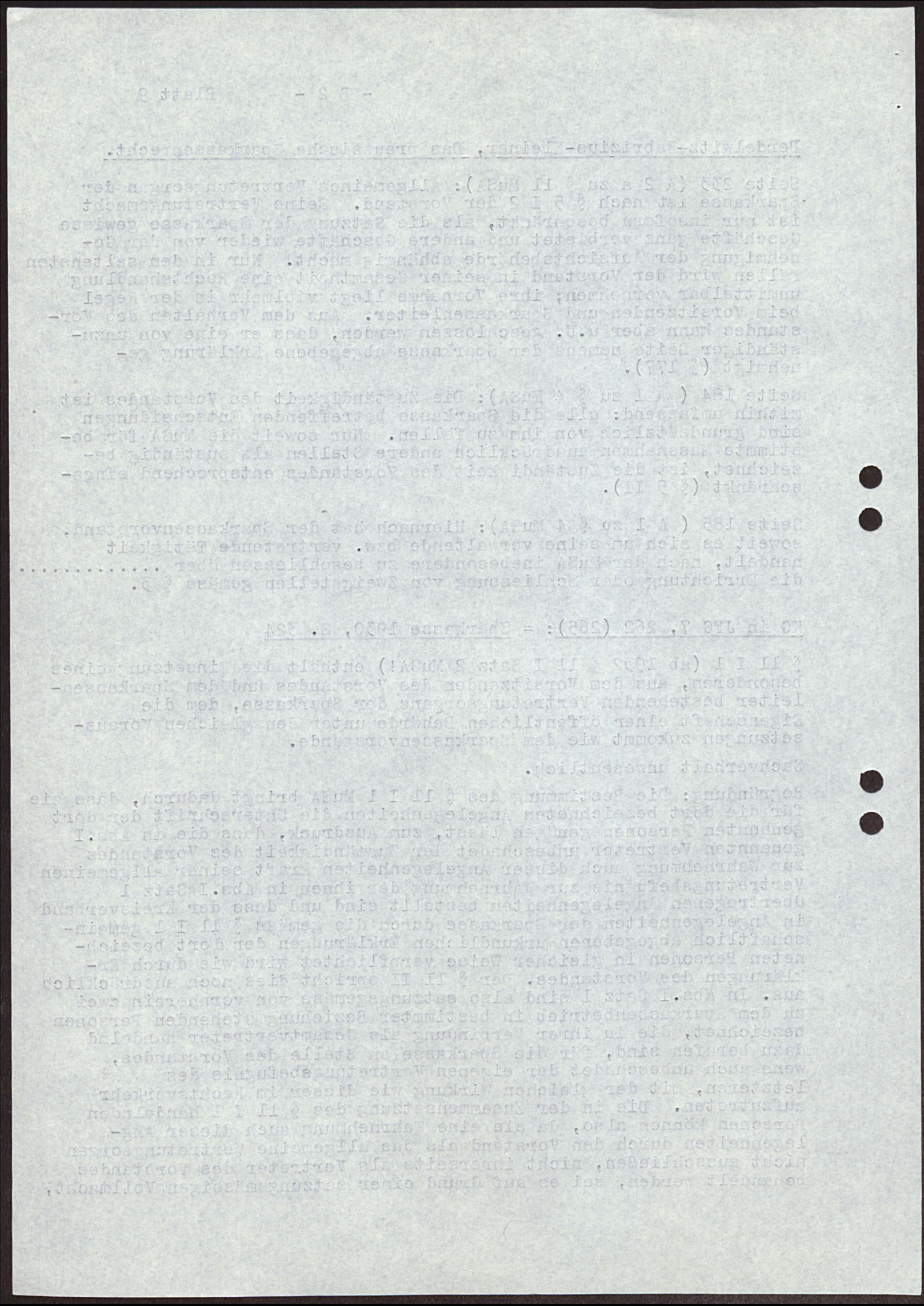




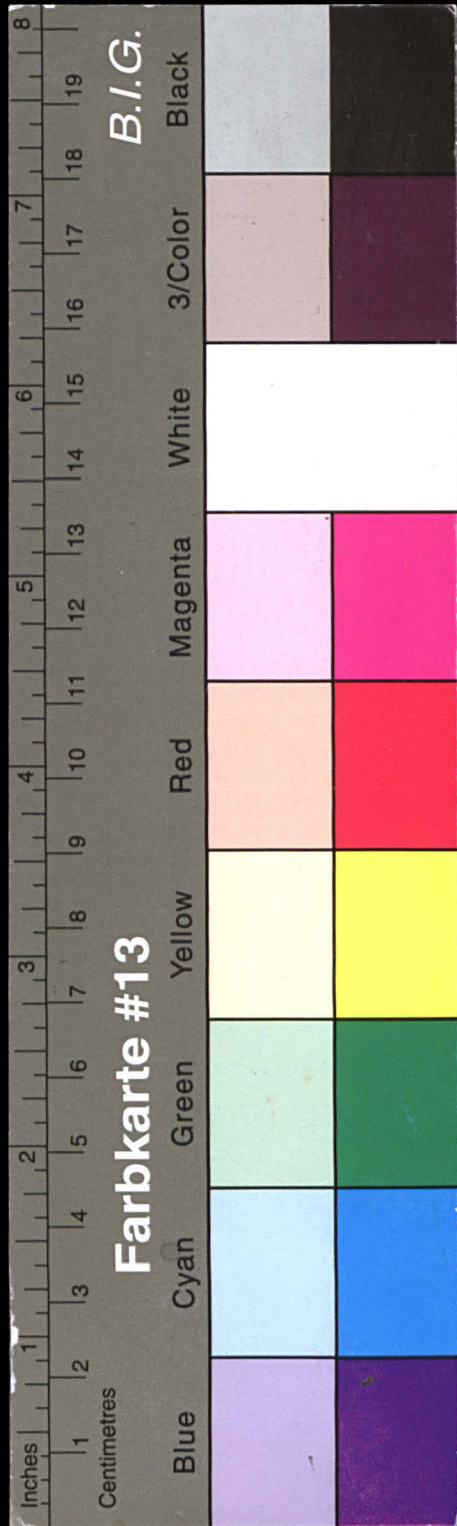


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552







# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

Blatt 10

Fortsetzung von RG 157, 207 (226):

Bei es als sogenannter einer Vorstand, der letztere verdrückt  
sich schon deshalb, weil der Geschäftsführer nicht Mitglied  
Vorstandes ist, sondern an dessen Stelle nur mit beratender  
Stimme teilnimmt. Die in § 11 I 1 genannte Person bilden  
mehr in dem beschränkten Zweck der Verwaltung der  
den Vorstand tretenden Personen, nur ein gemeinschaftliches  
Mandat bildet. Der Vorstand ist, ähnlich wie es § 30 BGB für  
technische Vereine vorseht.

Dieser Vorwand folgt demnach, die rechtliche Stellung des Leitens  
der Sparkasse nicht, sondern die der Sparkasse selbst.

- B 4 - Blatt 11

31

Kann die Berufung der Kreissparkasse auf den Mangel in der Vertretung unter dem Gesichtspunkt von Treu und Glauben unzulässig sein?

BGH 5, 205 (212/213):

Sachverhalt: Ohne Berücksichtigung des § 37 Reichskassenordnung und der darin aufgestellten Zuständigkeitsregelung war 1945 von einer Amtskasse der Kriegsmarine ohne schriftliche Anweisung der zuständigen Verwaltungsstelle eine Zahlung geleistet worden.

Die Begründung des Urteils folgt der Argumentation von RGZ 162, 129.

BGH LM Nr. 1 zu § 36 DGO:

Sachverhalt lt. Anm.: In dem der Entscheidung zugrunde liegenden Falle hatte ein nach der Satzung nicht dazu berufener Vertreter einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft für diese einen Vertrag abgeschlossen, der auch erfüllt worden war.

Die Begründung des Urteils folgt RGZ 157, 212. Das öffentliche Interesse verlange einen Schutz der öffentlich-rechtlichen Körperschaft vor unberechtigten Vertragsabschlüssen. Zurückweisung des Einwandes des Verstosses gegen Treu und Glauben.

OGH Z 2, 319:

Beruft sich auf RGZ 157, 207 und RGZ 162, 129. Deckt sich mit BGH LM Nr. 1 zu § 36 DGO.

RG 162, 129:

Sachverhalt: Ein Oberpostrat hatte in amtlicher Eigenschaft Verpflichtungserklärungen für die Deutsche Reichspost abgegeben (selbstschuldnerische Bürgschaft) und damit seine Zuständigkeit überschritten.

Seite 148/149: Dazu kommt, daß die in der Rspr. des RG entwickelten Grundsätze über die vermutete Vollmacht nur für den Verkehr mit Kaufleuten oder wirtschaftlichen Betrieben aufgestellt sind, die - ohne gerade handelsrechtlich zu den kaufmännischen zu zählen - in ihrer tatsächlichen Ausgestaltung von solchen nicht verschieden sind. Die Reichspost gehört nicht hierzu. Sie hat auch durch das Reichspostfinanzgesetz nicht die Rechtsnatur eines bürgerlich-rechtlichen Wirtschafts- und Erwerbsunternehmens erlangt. Die hier vertretene Auffassung folgt der ständigen Rspr. des RG, in der stets die Ausschließlichkeit derjenigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften und Satzungen anerkannt ist, welche die Vertretung der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, insbesondere der gemeindlichen Sparkassen, auf bürgerlich-rechtlichem Gebiet regeln, und zwar mit der Folge, daß eine Vertretungsmacht aus anderweitigen Tatbeständen nicht zur Entstehung gelangt. RG 127, 226; 146, 42; 157, 207. Eine ähnliche Wirkung kann den für die Reichs- und Staatsverwaltung erlassenen Anordnungen dieser Art nicht abgesprochen werden. Soweit dem Verkehr hierdurch Erschwerungen in der Nachprüfung der Vertretungsmacht entstehen, ist stets betont worden, daß diese in Kauf zu nehmen sind und die Rspr. daran nichts ändern kann.





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

REG. 105, 150

- B 5 -                      Blatt 12

RG 157,207:

Es ist der Revision im Ergebnis darin beizutreten, daß grundsätzlich eine Gemeinde aus einer Willenserklärung, die der behördlichen Genehmigung bedarf, bei deren Fehlen auch dann nicht in Anspruch genommen werden darf, wenn an sich sonst nach den Umständen dem Gegner gegenüber die Ablehnung der Erfüllung gegen Treu und Glauben verstieße. Die Revision stellt die Frage insofern etwas schief, als sie ausführt, dem Bürgermeister habe überhaupt die Vertretungsmacht gefehlt. So ist es nicht. Gemäß §§ 90, 91 Sächs. GemO vertritt der Bürgermeister die Gemeinde und verpflichtet sie durch seine Erklärungen. Der Mitunterzeichnung eines anderen bedurfte es nicht, Wohl aber war die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erforderlich. Vor deren Entscheidung war die Erklärung des Bürgermeisters schwebend unwirksam.

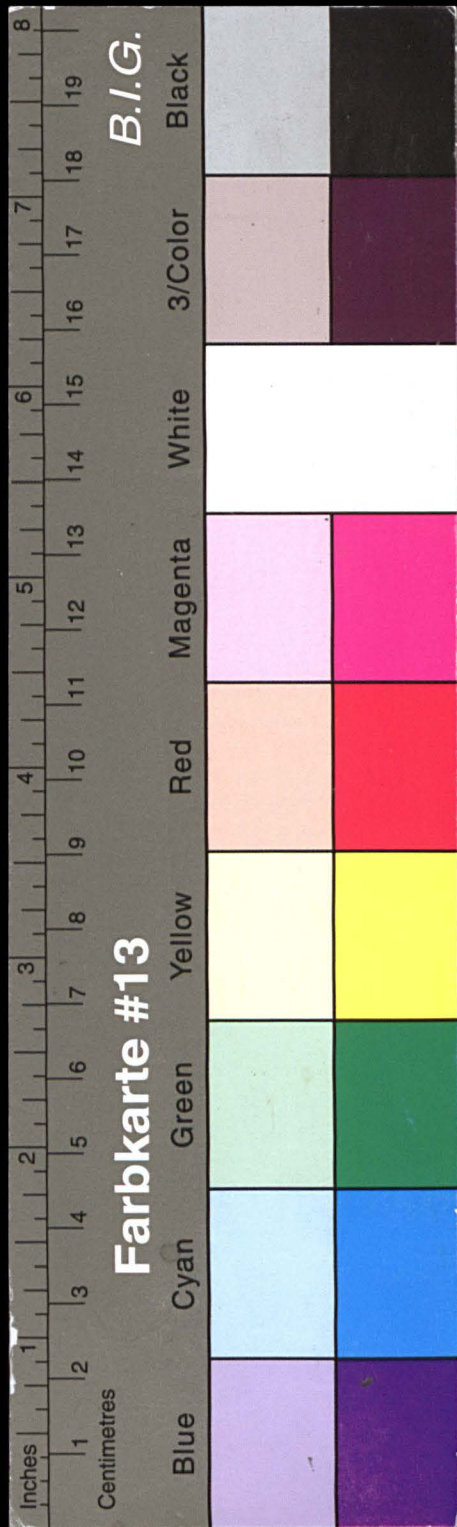
.....Dagegen lag der weitere vom Senat am 21.II.35 entschiedene Fall - VI 456/34 - wie hier; es fehlte die vorgeschriebene Genehmigung. Dort hat der Senat ausdrücklich ausgeführt, daß die Grundsätze, die über die Zulässigkeit der Arglistenrede gegenüber der Berufung auf die Formnichtigkeit von Verträgen aufgestellt sind, dann nicht angewendet werden könnten, wenn es sich nicht um die Formnichtigkeit, sondern um die sachliche Unverbindlichkeit handele, die sich aus dem Fehlen der erforderlichen Genehmigung ergibt.... Denn die Nachprüfung der besonders bezeichneten Willenserklärungen einer staatlichen oder gemeindlichen Körperschaft und ihrer Mitglieder gegen unbedachte und sie gefährdende Willenserklärungen ihrer Organe vorgeschrieben worden. Diese Willenserklärungen sollen in ihrer Rechtswirksamkeit von der Zustimmung der Aufsichtsbehörde abhängig gemacht werden, um einen unbedingt wirksamen Schutz gegen Schädigungen aus ihnen zu geben. Diesem entscheidenden Gesichtspunkt gegenüber - Schutz eines öffentlich-rechtlichen Gebildes und seiner Mitglieder im öffentlichen Interesse - muß auch der sonst, vor allem im Privatrecht, grundlegenden Gedanke der Wahrung von Treu und Glauben in den Beziehungen von Vertragsteilnehmern zurückstehen.

RG 146, 42 (49):

Ebenso RG 127,226:

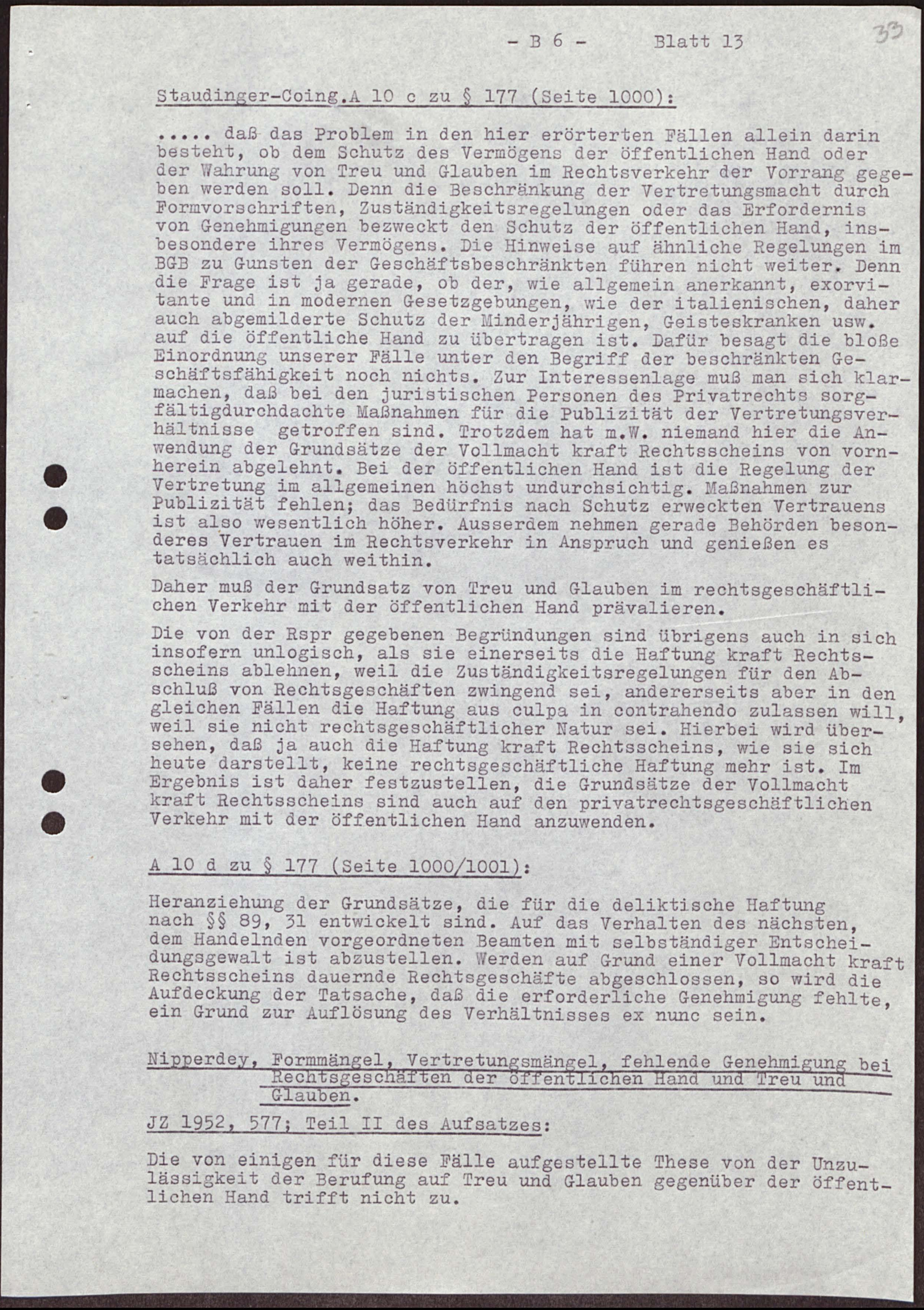
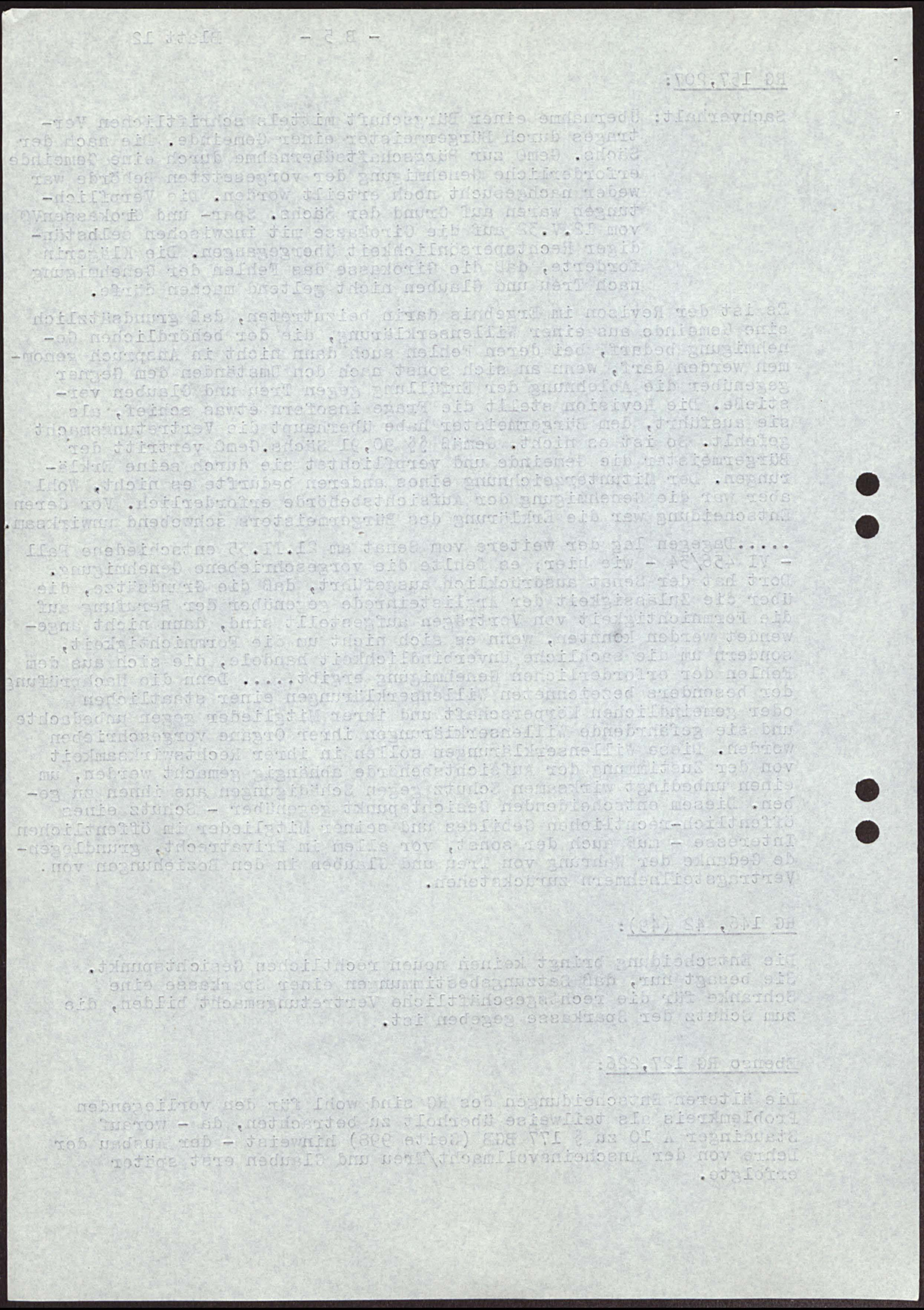
Die älteren Entscheidungen des RG sind wohl für den vorliegenden Problemkreis als teilweise überholt zu betrachten, da - worauf Staudinger A 10 zu § 177 BGB (Seite 998) hinweist - der Ausbau der Lehre von der Anscheinsvollmacht/Treu und Glauben erst später erfolgte.



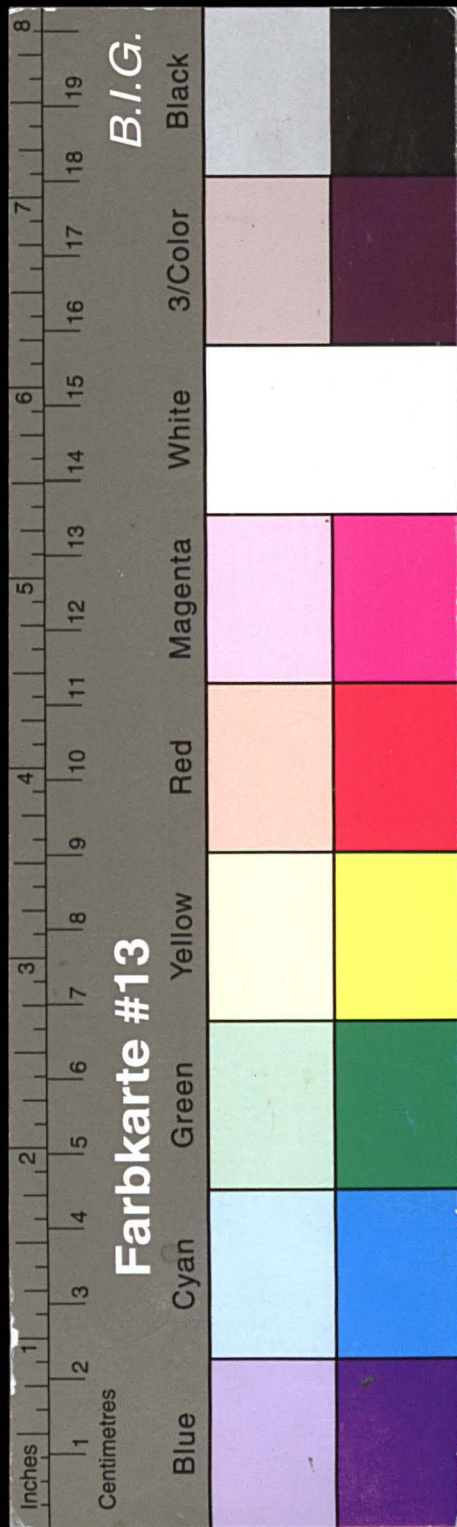


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

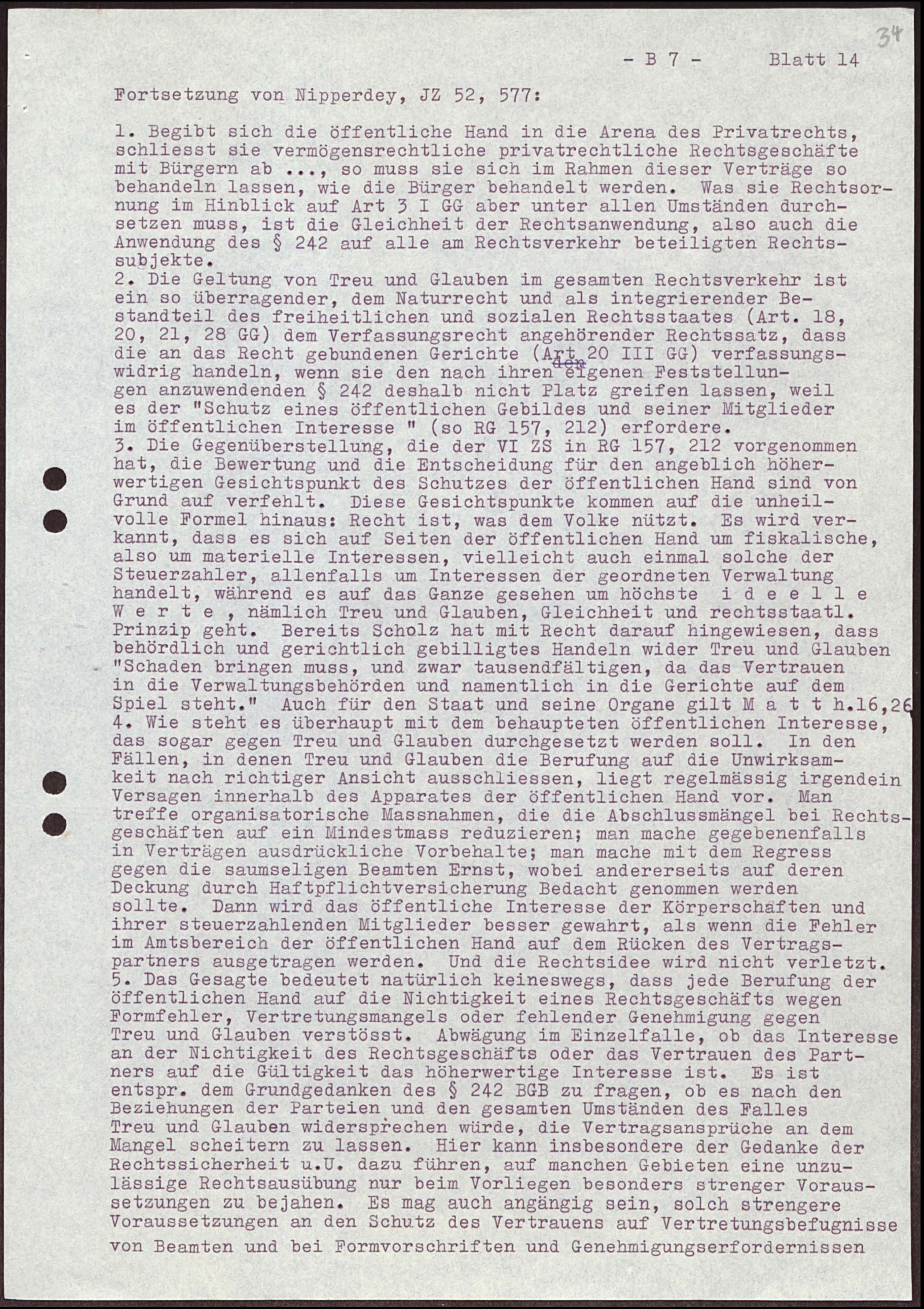
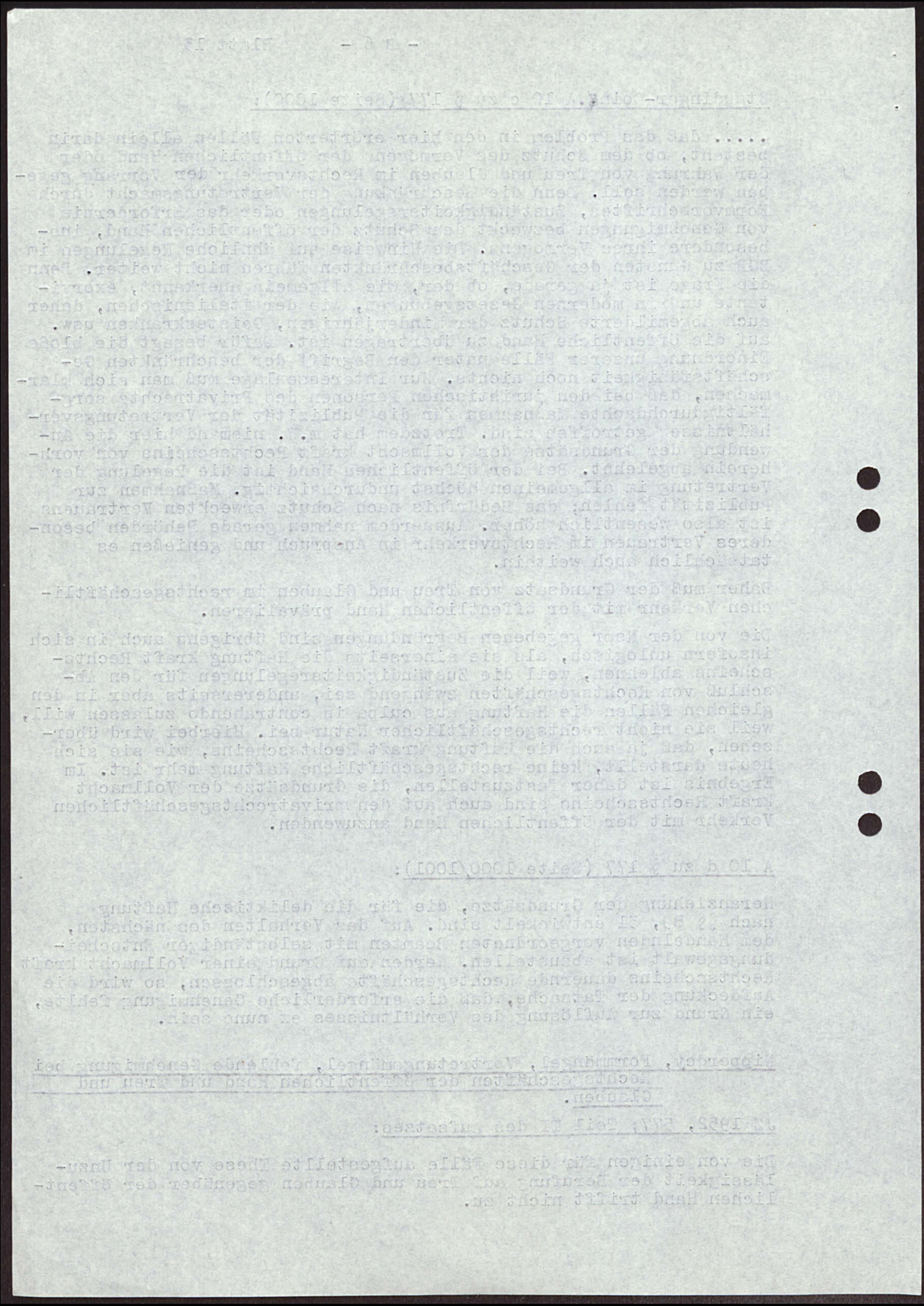




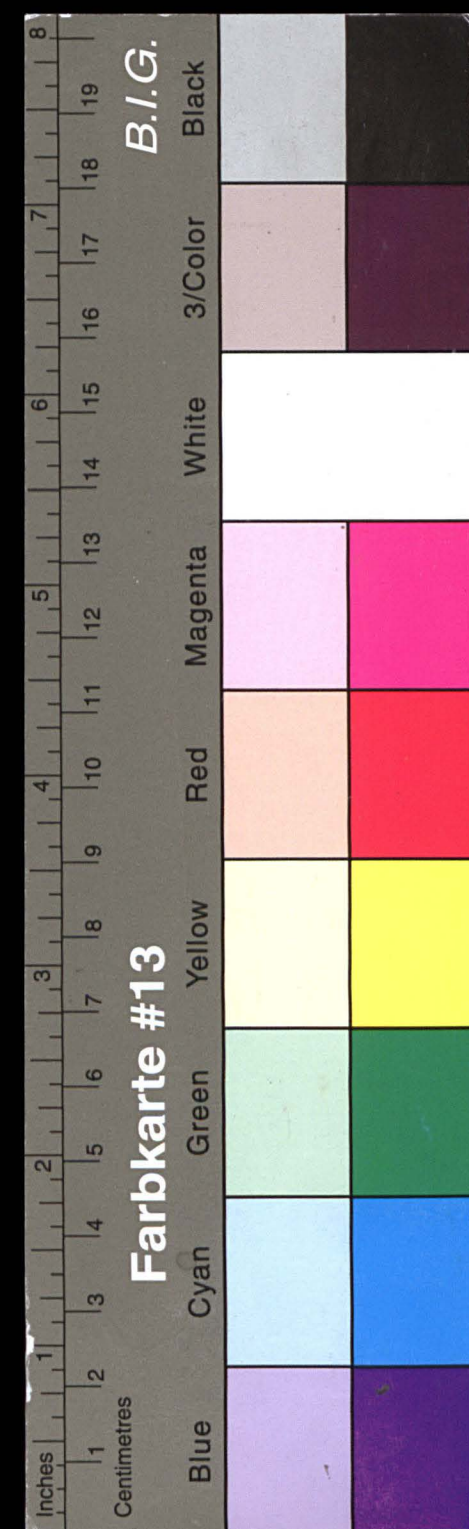


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552







# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

Fortsetzung von Nipperdey, JZ 52, 577:

zu stellen, die im allgemeinen Interesse für den rechtsgeschäftlichen Verkehr der öffentlichen Hand aufgestellt sind. Aber stets muss der Einzelfall entscheiden.

6. Sicherlich ist zu beachten, dass auch, wenn der Verwirkungseinwand gegeben ist, das nicht genehmigte Geschäft sich nicht notwendig ohne weiteres in ein voll wirksames Geschäft verwandelt. Bei der Verwirkung bestimmen sich nämlich nicht nur die Voraussetzungen, sondern auch der Umfang der Wirkungen des Einwandes nach § 242. Das darf aber nicht zu der Annahme verführen, dass die fehlende Genehmigung zwar nicht für die Vergangenheit, wohl aber immer für die Zukunft geltend gemacht werden könnte. Es kommt hier durchaus auf die Umstände des einzelnen Falles an. Aus Treu und Glauben kann sich ergeben, dass eine Berufung der öffentlichen Körperschaften auf Nichtigkeit auch und - so bei Dauerverträgen - gerade für die Zukunft unzulässig ist.

Beitzke, Treu und Glauben bei Privatrechtsgeschäften der öffent-  
lichen Hand.  
MDR 1953, 1 ff:

Seite 3: Die DGO "sieht in der Schriftform einfach eine dem Schutz der Vertragsschliessenden dienende Geschäftsform, bei deren Übergehung sich die Rechtsfolgen aus § 125 BGB ergeben. Bei solcher Gestaltung könnte es naheliegen, ähnlich wie im Fall des § 313 BGB die Berufung auf § 242 zuzulassen. Hat doch das RG gleiches sogar schon für das ältere Kommunalrecht gestattet. Gleichwohl besteht m.E. ein wichtiger Unterschied. Die Formvorschrift ist hier nicht im Hinblick auf den Charakter bestimmter Geschäfte aufgestellt, sondern wegen der Körperschaft selbst; sie steht daher einer persönlichen Beschränkung der Verpflichtungsfähigkeit näher als einem Formerfordernis. Auch ist eine Heilung durch Erfüllung nicht vorgesehen. Ich glaube darum, dass die neuere Rspr auf dem richtigen Wege ist, wenn sie bei mangelnder Form das Rechtsgeschäft auch nicht über § 242 wirksam sein lässt. Auch bei Erfüllung durch die öffentliche Körperschaft möchte ich das annehmen; denn es ist nicht gewährleistet, dass die Erfüllung durch diejenigen Stellen bewirkt oder kontrolliert wird, welche für die ordnungsgemässe Eingehung der Verpflichtung zuständig gewesen wären; die Erfüllung kann ohne deren Zustimmung erfolgt sein."

Die Genehmigung der Aufsichtsbehörde ist im öffentlichen Interesse vorgeschrieben. Fehlt sie, so ist das Geschäft unwirksam. Eine Berufung auf § 242 würde zu einer Umgehung der Genehmigungspflicht führen.

s. auch Scholz, NJW 53, 693



Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

5. auch Scholz, NW 23, 693

Zur Frage der Genehmigung des Vertrages durch den Regierungspräsidenten als Aufsichtsbehörde.

Grundlage der Aufsichtsbezugnis des Regierungspräsidenten ist § 28 I und II der preußischen Sparkassenverordnung vom 4.8.1932 in der Fassung vom 14.3.1933.

Sprengel, in "Sparkasse" 1950, 30:

Diese Mitwirkung (ergänze: der Aufsichtsbehörde) ist eine Voraussetzung für die Rechtsgültigkeit ..... des betreffenden Geschäfts der Sparkasse, und zwar auch in bürgerlich-rechtlicher Beziehung... Das staatliche Mitwirkungsrecht unterscheidet sich vom Aufsichtsrecht im Sinne einer bloßen Überwachung dadurch, daß bei der Handhabung des Mitwirkungsrechtes nicht nur die Gesetzmäßigkeit, sondern auch die Zweckmäßigkeit der von der Sparkasse zu treffenden Maßnahme überprüft wird. Die Ausübung des Mitwirkungsrechtes unterliegt ausschließlich dem pflichtgemäßen Ermessen der Staatsaufsichtsbehörde, sie kann aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen eine Genehmigung ver-sagen,

Collofong, in "Sparkasse" 1950, 113:

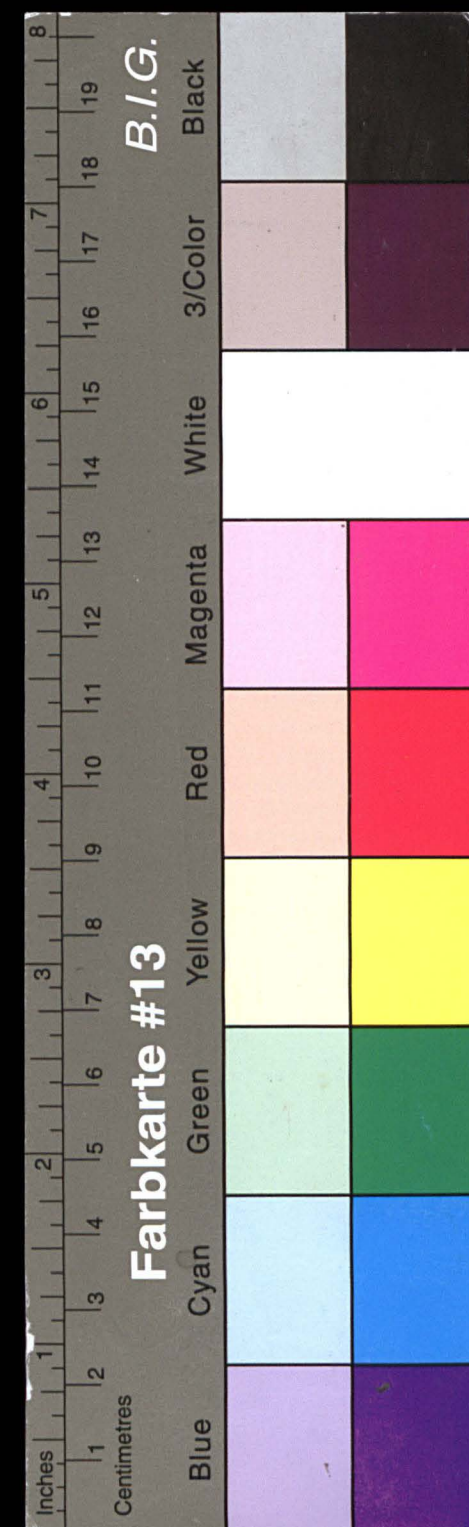
1932 wurden die Sparkassen unter die Oberaufsicht des preußischen Wirtschaftsministeriums gestellt, während sie vorher unter Aufsicht der Kommunalverbände standen. "Ebensowenig wurde die Rechtsnatur der Aufsicht modifiziert durch die spätere Übertragung der Sparkassenaufsicht auf die Regierungspräsidenten. Das Reichswirtschaftsministerium war nicht unmittelbare Aufsichtsbehörde über die außerpreußischen Sparkassen, die Sparkassenaufsicht blieb Länderaufsicht. Der RWM war jedoch nach damaligem Recht befugt, Weisungen an die Landesaufsichtsbehörden als Ressortminister zu geben.

Seite 114: "Auf dem Gebiet des Sparkassenrechts ist dieses Mitwirkungsrecht der Aufsicht eingeräumt, bald für gewisse Genehmigungen... Hierher gehört sachlich auch die Zulassung von Geschäften, die den Rahmen der Satzung überschreiten.... Es besteht einhellig die Rechtsauffassung, daß bei fehlender Genehmigung Rechtsgeschäfte auch privatrechtlich nach außen wie nach innen schwebend unwirksam sind."

Hierzu wäre auch noch hinzuweisen auf Art. 5 I der 3. VO des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 6. Oktober 1931, V. Teil Kapitel 1, in der Fassung der Gesetze vom 13.12.1934 (RGBl I, Seite 1242) und 22.12.1936 (RGBl I, Seite 1126), wonach die Länderministerien befugt waren, zwangsweise eine Neuordnung des Sparkassenwesens durchzuführen. Für Preußen wäre das Reichs- und Preußische Wirtschaftsministerium zuständig gewesen. Allerdings war die Ermächtigung in der Fassung des Gesetzes vom 22.12.1936 bis zum 31.12.1937 befristet.

Verlängert durch VO über Maßnahmen auf dem Gebiet des Bank- und Sparkassenwesens v. 5.12.39 (RGBl I, 2413) (31.12.40 (RGBl 1941 I 19): Ermächtigung des Reichswirtschaftsministers, auf dem Gebiet des Kreditwesens die zu einer zweckmäßigen Gestaltung der Organisation erforderlichen Maßnahmen zu treffen (Schlegelsberger-Hoche, Recht der Neuzeit 19.Auf.1944)





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

- 61 -

in "Spartakus" 1950, 30;

Coliforms, in "Sparskase" 1950, 113:

- C 2 -      Blatt 17

37

Schneider, Zum Selbsteintritt der höheren Behörde.  
DVBl 1950, 704:

Für die gesetzlich oder durch Verordnung festgelegten Kompetenzen führen folgende Erwägungen zum Ausschluß eines allgemeinen Selbsteintrittsrechts einer höheren Behörde:  
Der Rechtsmittelzug wird zu Lasten der Betroffenen verschoben, die übersichtliche Geschäftsverteilung gestört und außerdem das Gefühl für Selbstverantwortlichkeit bei den unteren Behörden durch übermäßige Bevormundung gestört. Daher ist ein Selbsteintritt nur ausnahmsweise zugelassen in § 12 I PVG und § 27 II Thüring. LVO. Dem entspricht die ständige Rspr. des preußischen OVG.

Jellinek, Verwaltungsrecht. 3. Auflage.

Seite 291: "Auch steht es den Behörden nicht frei, eine zur Zuständigkeit der nachgeordneten Stellen gehörige Angelegenheit im vollen Umfang an sich zu ziehen."

Pr. OVG 53, 323:

"Die Rspr hat stets an dem Grundsatz festgehalten, daß die höhere Instanz, die polizeiliche Aufsichtsinstanz, nicht befugt ist, die Obliegenheiten der an sich zuständigen niederen polizeilichen Instanz an sich zu ziehen, und daß eine Ausnahme von dieser Regel nur dann gestattet ist, wenn ohne ein solches Eingreifen der höheren Instanz die Zwecke der durch das Gesetz geordneten Aufsicht nicht erfüllt werden können."

ähnlich die übrigen Urteile des pr. OVG.

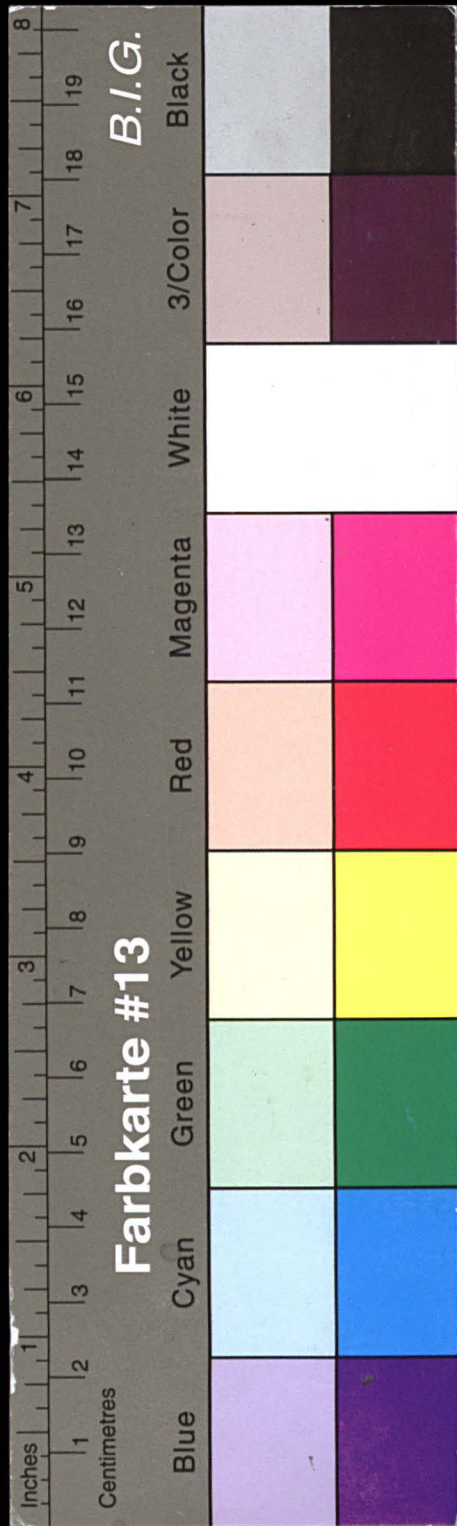
Hess. VGH, Urteil vom 25.2.1948 - VGH 0 Nr. 67/47, in VwRspr 1, 90:

"Es ist ein im Verwaltungsrecht allgemein anerkannter Grundsatz, daß nicht nur im verwaltungsgerichtlichen Verfahren, sondern auch im sonstigen Verwaltungsverfahren die höhere Instanz grundsätzlich nicht befugt ist, die Aufgaben der an sich gesetzlich zuständigen nachgeordneten Instanzen selbst zu übernehmen. Der von einem Verwaltungsakt Betroffene hat ein Recht auf Einhaltung des vorgeschriebenen Instanzenzuges, wollte man die übergeordnete Instanz für befugt halten zu entscheiden, so würde man dem Betroffenen nicht nur zwei Instanzen des Verwaltungsweges abschneiden, sondern auch eine verwaltungsgerichtliche Instanz, da gegen Entscheidungen einer Ministerialinstanz nach § 50 VGG nur eine Klage vor dem VGH zulässig ist."

OVG Münster in VwRspr. 4, 765 (Urteil 9.11.1951 - V A 479/51):

Seite 769: "Der Satz, daß der Regierungspräsident nach allgemeinen verwaltungsrechtlichen Grundsätzen in der Lage sei, die einzelne Sache (sc. von der untergeordneten Behörde) an sich zu ziehen, können in dieser Allgemeinheit nicht anerkannt werden. Er entfällt zumindest dort, wo der Regierungspräsident formelle Beschwerdeinstanz über die örtliche Behörde ist; denn dann würde das Herausziehen der Sache durch die höhere Behörde dem vom Verwaltungsakt Betroffene eine Instanz rauben. Das pr.OVG hat denn auch in ständiger Rspr. daran festgehalten, daß die polizeiliche Aufsichtsinstanz nicht befugt ist, die Obliegenheiten der an sich gesetzlich zuständigen





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

Blatt 17 - 0 2 -

Schneider, zum Selbsttritt der höheren Behörden.  
DVB 1950, 704.

Für die gesetzlich oder durch Verordnung festgelegten Kompetenzen führen folgende Erwägungen zum Ausschluss eines allgemeinen Selbst-  
eintrittsrechts einer höheren Behörde:  
Der Rechtsmittelzug wird zu Lasten der Betroffenen verschoben, die  
Materiellrechtliche Geschäftsverteilung gestört und außerdem das Gefühl  
für Selbstverantwortlichkeit bei den unteren Behörden durch über-  
mäßige Bevormundung gestört. Daher ist ein Selbsttritt nur  
ausnahmsweise zugelassen in § 12 I PVG und § 27 II Thüring. LVO.  
Dem entspricht die ständige Rpr. des preussischen OVG.

Teilnek. Verwaltungsrecht. 3. Auflage.

Seite 291: "Auch steht es den Behörden nicht frei, eine zur  
Zuständigkeit der nachgeordneten Stellen gehörige Angelegenheit  
im vollen Umfang an sich zu ziehen."

Pr. OVG 53, 323:  
"Die Rpr. hat stets an dem grundsätzlichen Festhalten, daß die höhere  
Instanz, die polizeiliche Aufsichtsführung nicht betraf, als  
Obliegenheiten der an sich zuständigen niederen polizeilichen  
Instanz an sich zu ziehen, und daß eine Ausnahme von dieser Regel  
nur dann gestattet ist, wenn ohne ein solches Eingreifen der  
höheren Instanz die Zwecke der durch das Gesetz geordneten Aufsicht  
nicht erfüllt werden können."

Ähnlich die übrigen Urteile des pr. OVG.

Hees. VGH, Urteil vom 22.2.1948 - VGH O Nr. 67/47, in VWRspr. I, 90:  
"Es ist ein im Verwaltungsrecht allgemein anerkannter Grundsatz, daß  
nicht nur im verwaltungsgesetzlichen Verfahren, sondern auch im  
sonstigen Verwaltungsverfahren die höhere Instanz grundsätzlich  
nicht betragt ist, die Aufgaben der an sich gesetzlich zuständigen  
nachgeordneten Instanzen selbst zu übernehmen. Der von einem  
Verwaltungsakt Betroffene hat ein Recht auf Einhaltung des vorge-  
schriebenen Instanzenzuges, wollte man die übergeordnete Instanz  
für belangt halten zu entscheiden, so würde man dem Betroffenen nicht  
nur zwei Instanzen des Verwaltungsweges abschneiden, sondern auch  
eine verwaltungsgesetzliche Instanz, die gegen Entscheidungen einer  
Ministerialinstanz nach § 50 VGG nur eine Klage vor dem VGH zulässig  
ist."

OVG Münster in VWRspr. 4, 765 (Urteil 9.11.1951 - V 479/51):  
Seite 769: "Der Satz, daß der Regierungsräsident nach allgemeinen  
verwaltungsrechtlichen Grundsätzen in der Lage sei, die einzelnen  
Sache (so von der untergeordneten Behörde) an sich zu ziehen,  
können in dieser Allgemeinheit nicht anerkannt werden. Er enthält  
nämlich dort, wo der Regierungsräsident formelle Bescheid-  
sachen über die örtliche Behörde ist; denn dann würde das Heranziehen  
der Sache durch die höhere Behörde dem von Verwaltungsakt Betroffenen  
eine Instanz rauben. Das pr. OVG hat denn auch in ständiger Rpr.  
daran festgehalten, daß die polizeiliche Aufsichtsführung nicht  
betragt ist, die Obliegenheiten der an sich gesetzlich zuständigen

Blatt 18 - 0 3 - 38

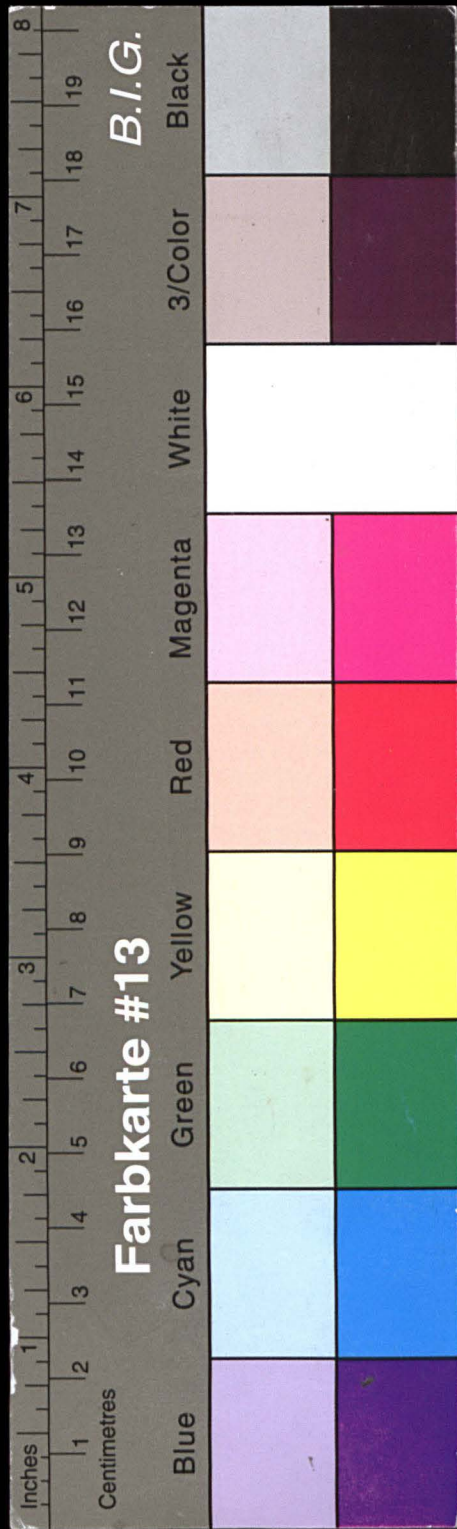
Fortsetzung zu OVG Münster VWRspr. 4, 765:

niederen polizeilichen Instanz an sich zu ziehen, und Ausnahmen  
von diesem Satz nur gestattet, wenn ohne ein solches Eingreifen  
der höheren Instanz die Zwecke der durch das Gesetz geforderten  
Aufsicht nicht erfüllt werden können."

Bayer. VGH in VWRspr. 1, 26 (Urteil 8.4.1948 - Nr. 19 II/47):

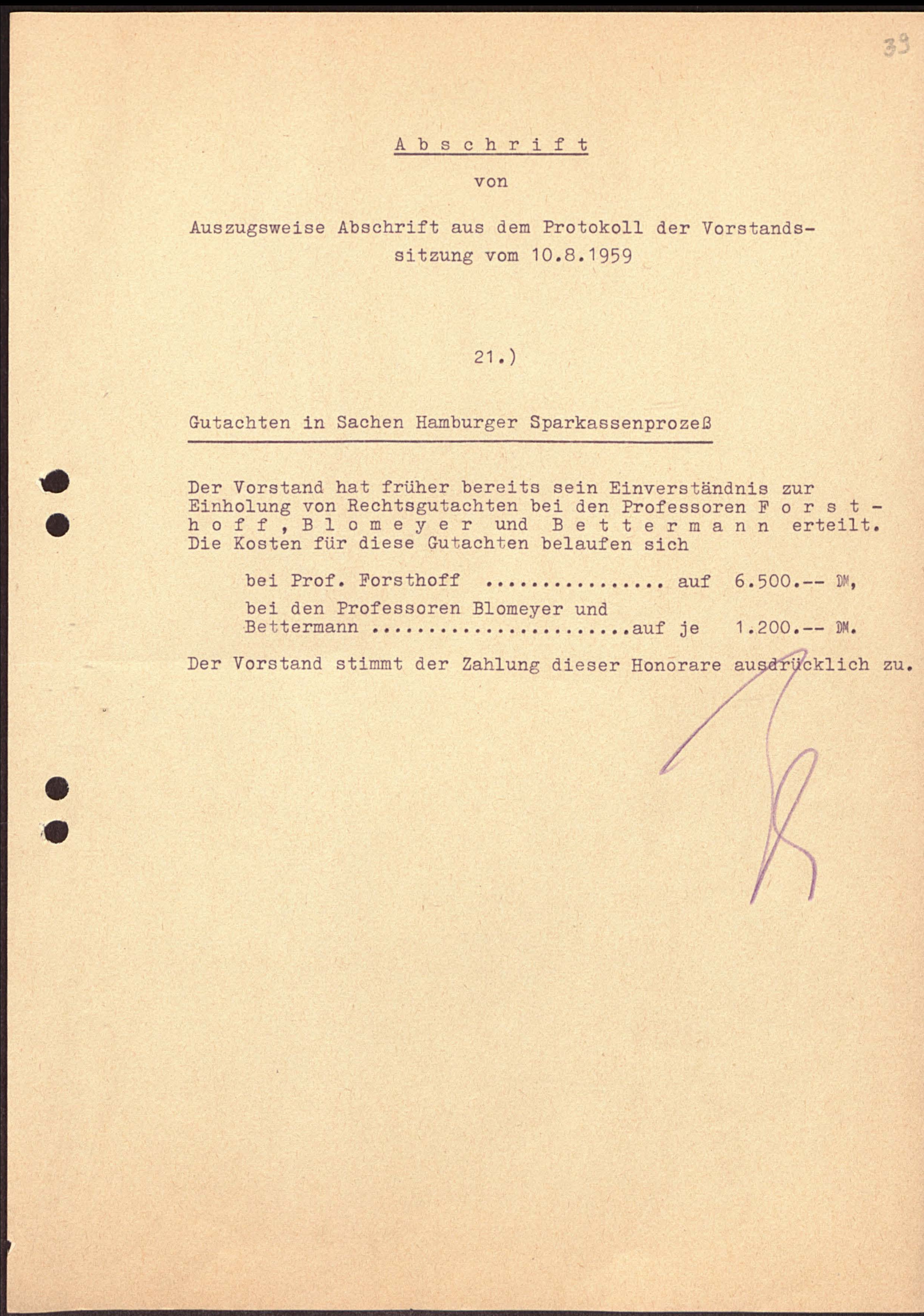
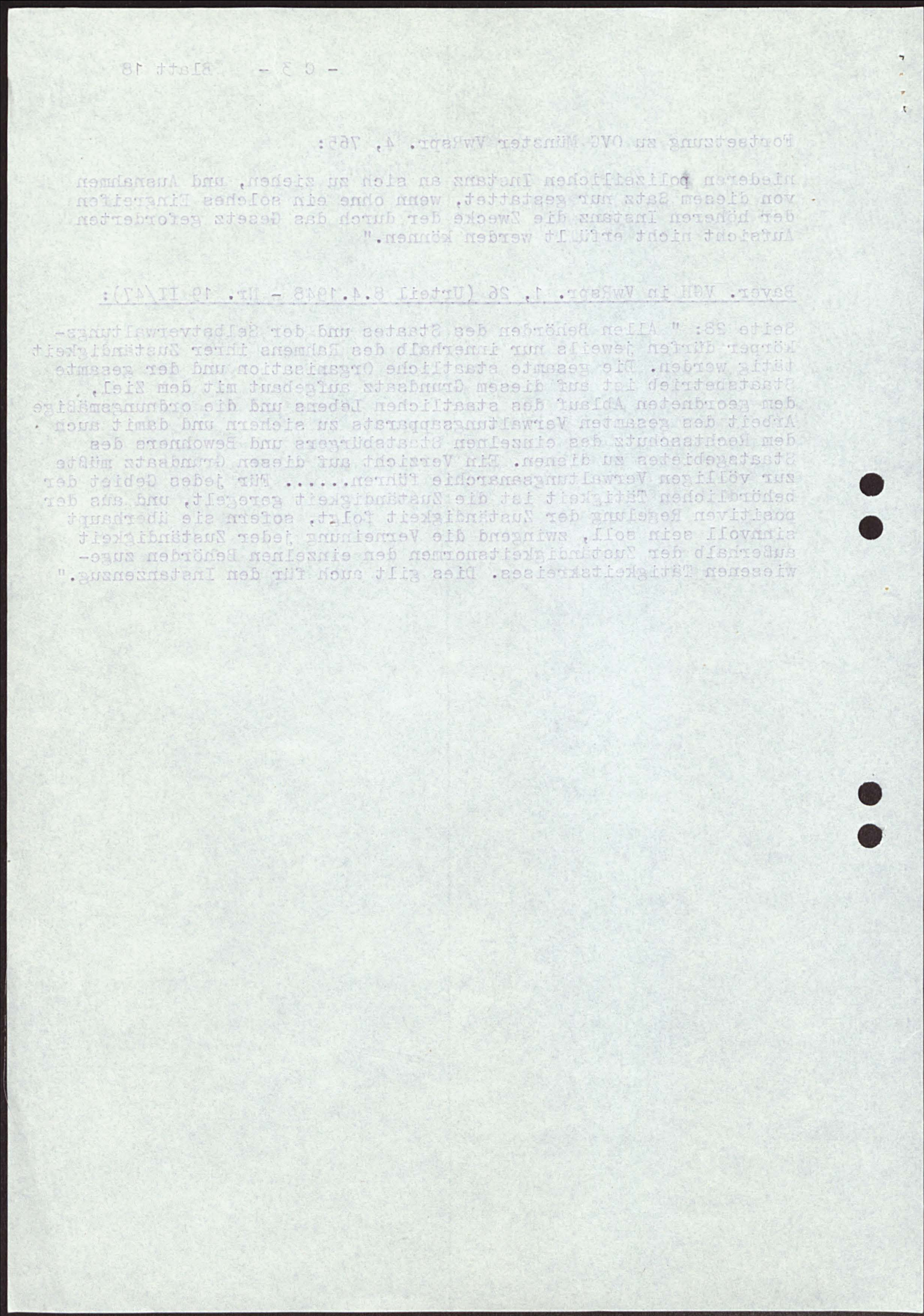
Seite 28: "Allen Behörden des Staates und der Selbstverwaltungs-  
körper dürfen jeweils nur innerhalb des Rahmens ihrer Zuständigkeit  
tätig werden. Die gesamte staatliche Organisation und der gesamte  
Staatsbetrieb ist auf diesem Grundsatz aufgebaut mit dem Ziel,  
dem geordneten Ablauf des staatlichen Lebens und die ordnungsmäßige  
Arbeit des gesamten Verwaltungsapparats zu sichern und damit auch  
dem Rechtsschutz des einzelnen Staatsbürgers und Bewohners des  
Staatsgebietes zu dienen. Ein Verzicht auf diesen Grundsatz müßte  
zur völligen Verwaltungsanarchie führen..... Für jedes Gebiet der  
behördlichen Tätigkeit ist die Zuständigkeit geregelt, und aus der  
positiven Regelung der Zuständigkeit folgt, sofern sie überhaupt  
sinnvoll sein soll, zwingend die Verneinung jeder Zuständigkeit  
außerhalb der Zuständigkeitsnormen den einzelnen Behörden zuge-  
wiesenen Tätigkeitskreises. Dies gilt auch für den Instanzenzug."



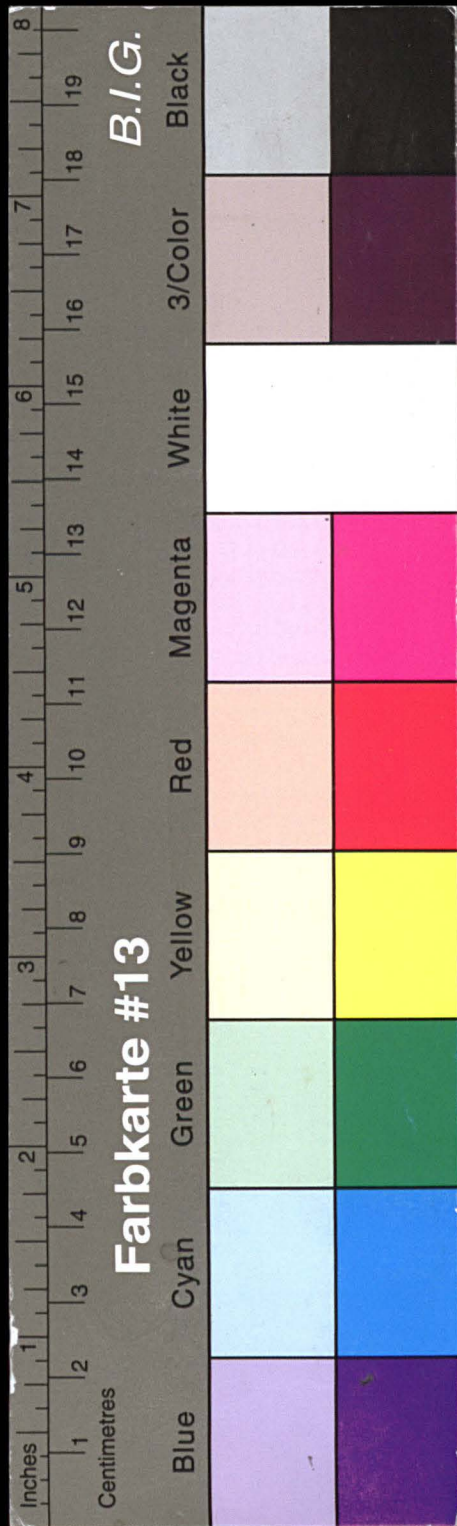


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

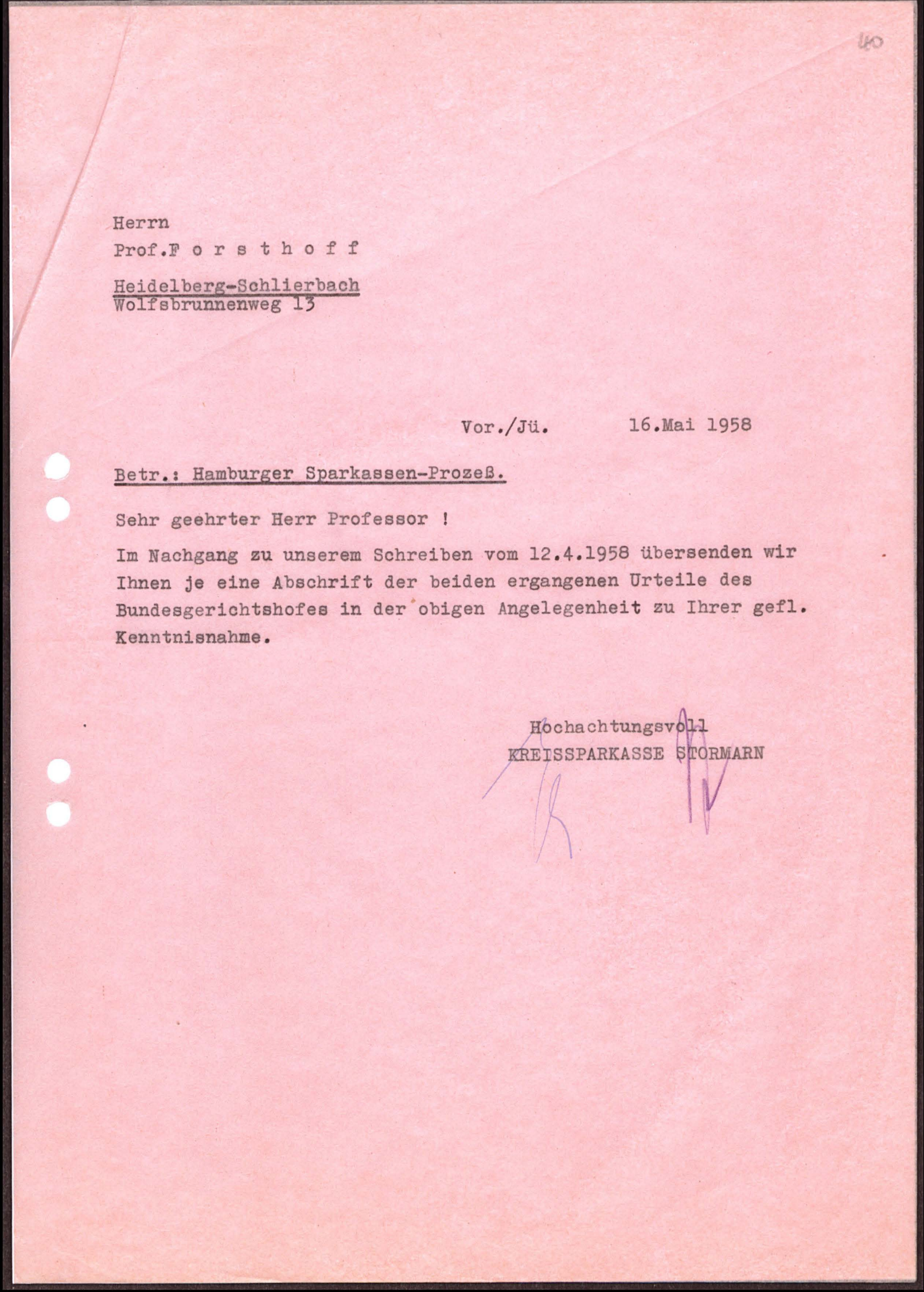
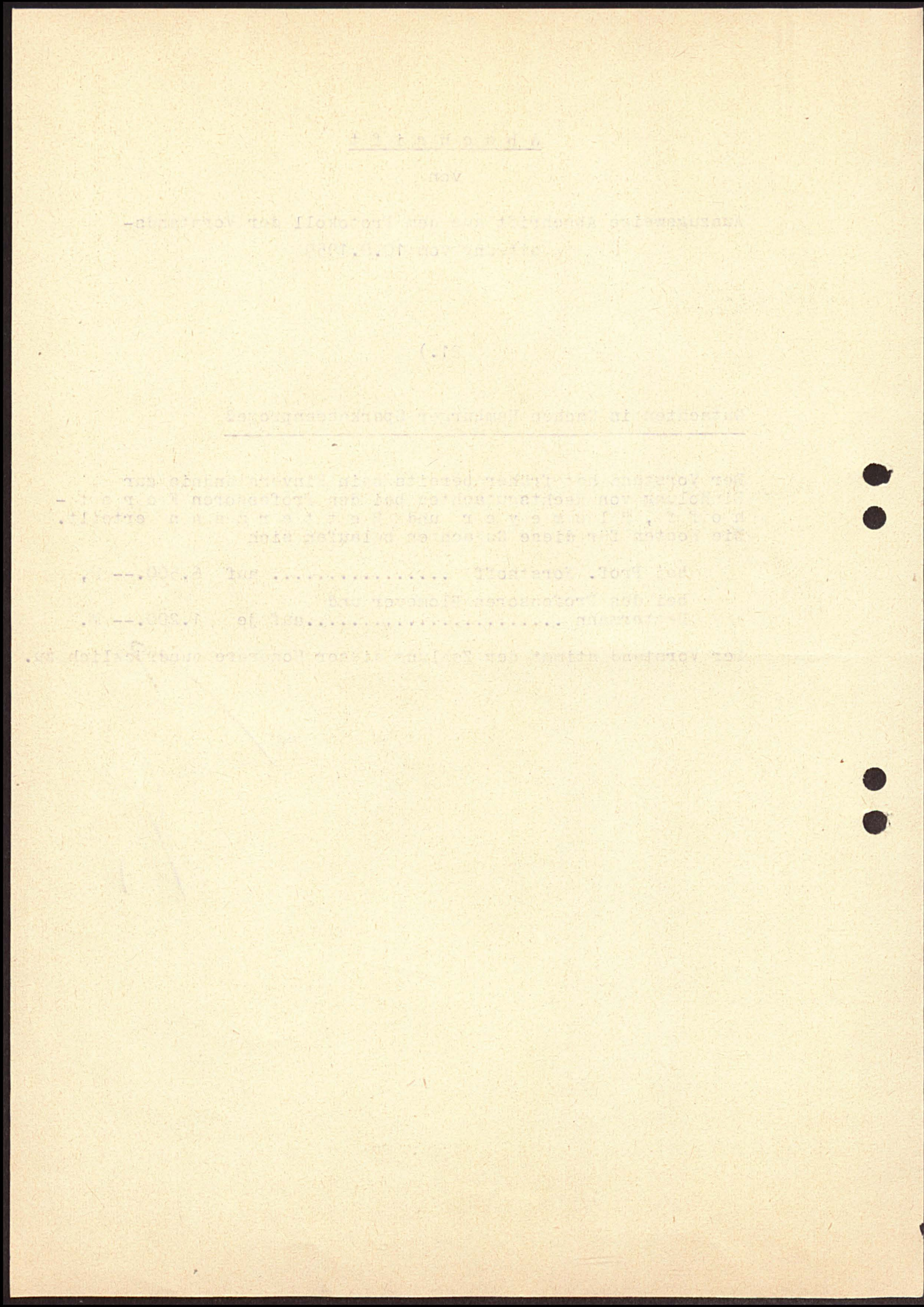






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



Herrn  
Prof.F o r s t h o f f  
Heidelberg-Schlierbach  
Wolfsbrunnenweg 13

Vor./Jü. 16.Mai 1958

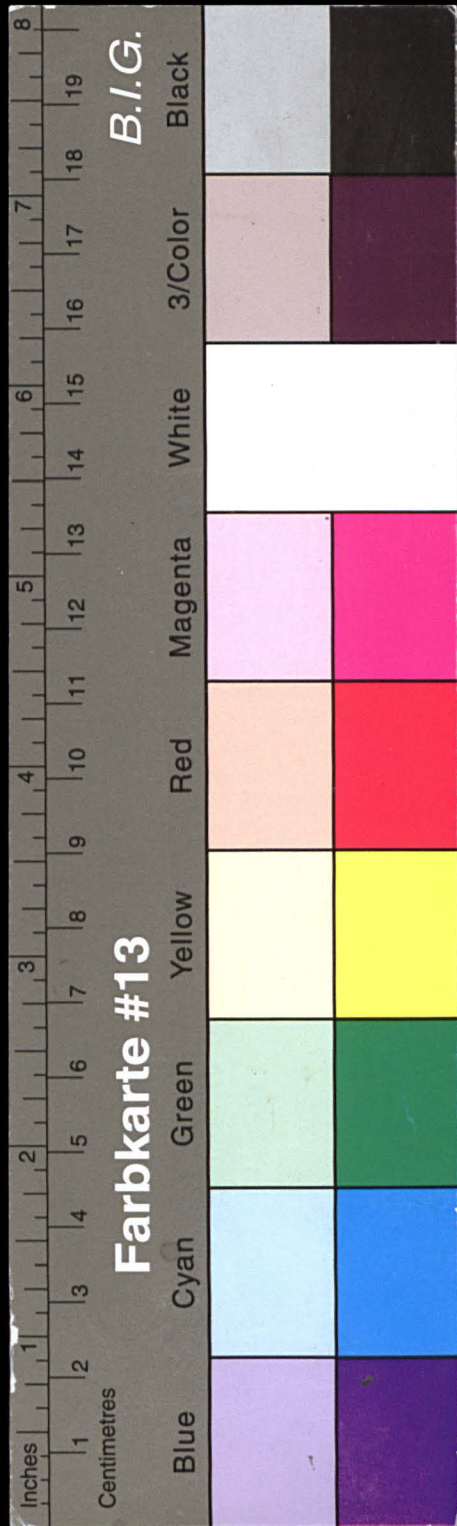
Betr.: Hamburger Sparkassen-Prozeß.

Sehr geehrter Herr Professor !

Im Nachgang zu unserem Schreiben vom 12.4.1958 übersenden wir  
Ihnen je eine Abschrift der beiden ergangenen Urteile des  
Bundesgerichtshofes in der obigen Angelegenheit zu Ihrer gefl.  
Kenntnisnahme.

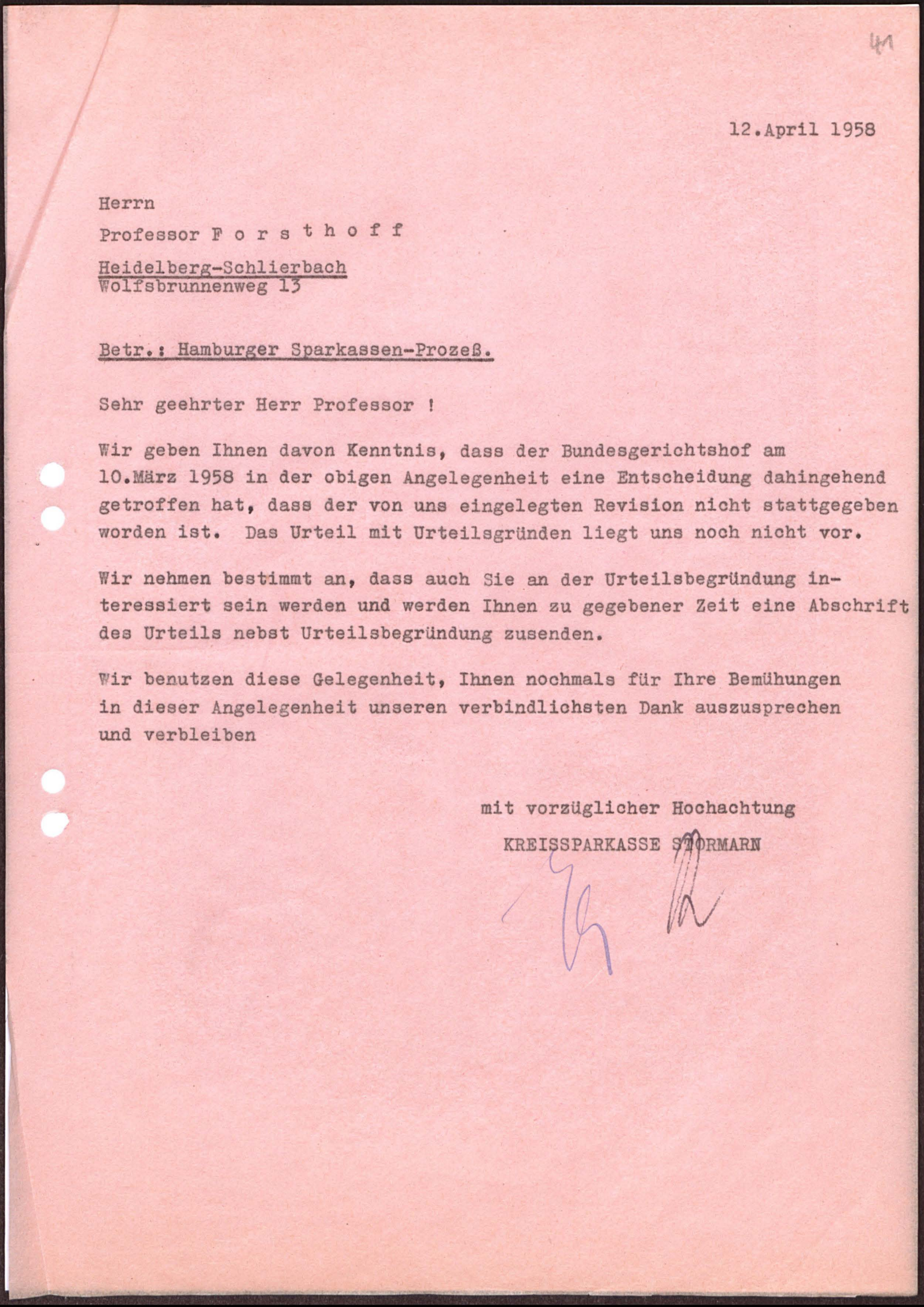
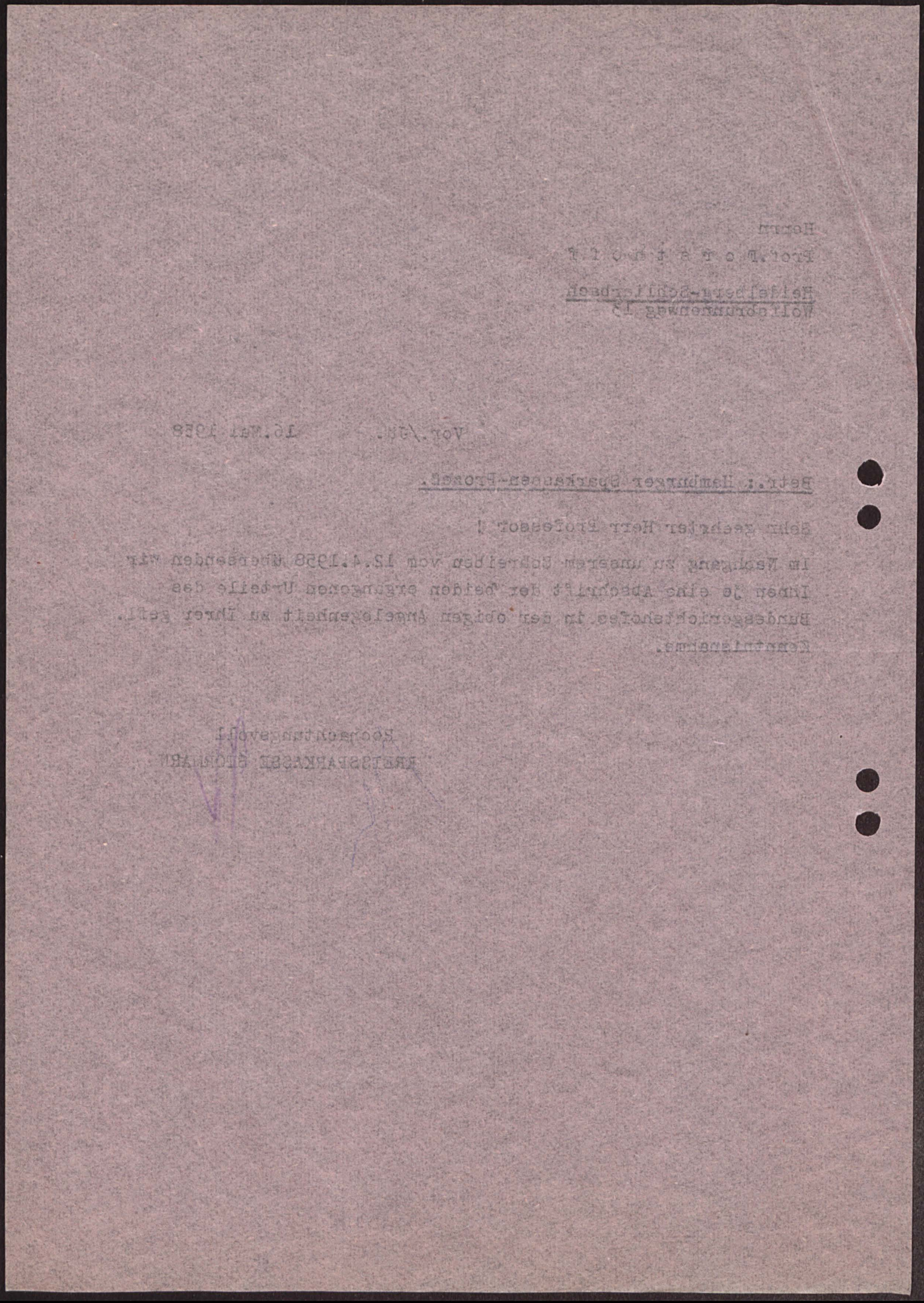
Hochachtungsvoll  
KREISSPARKASSE STORMARN



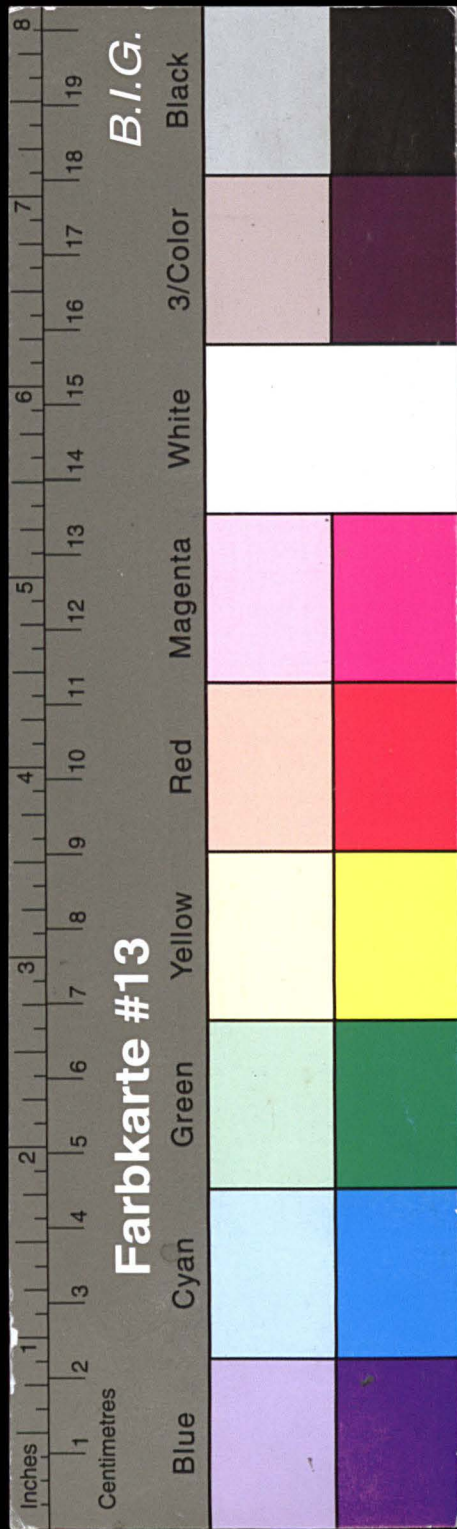


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

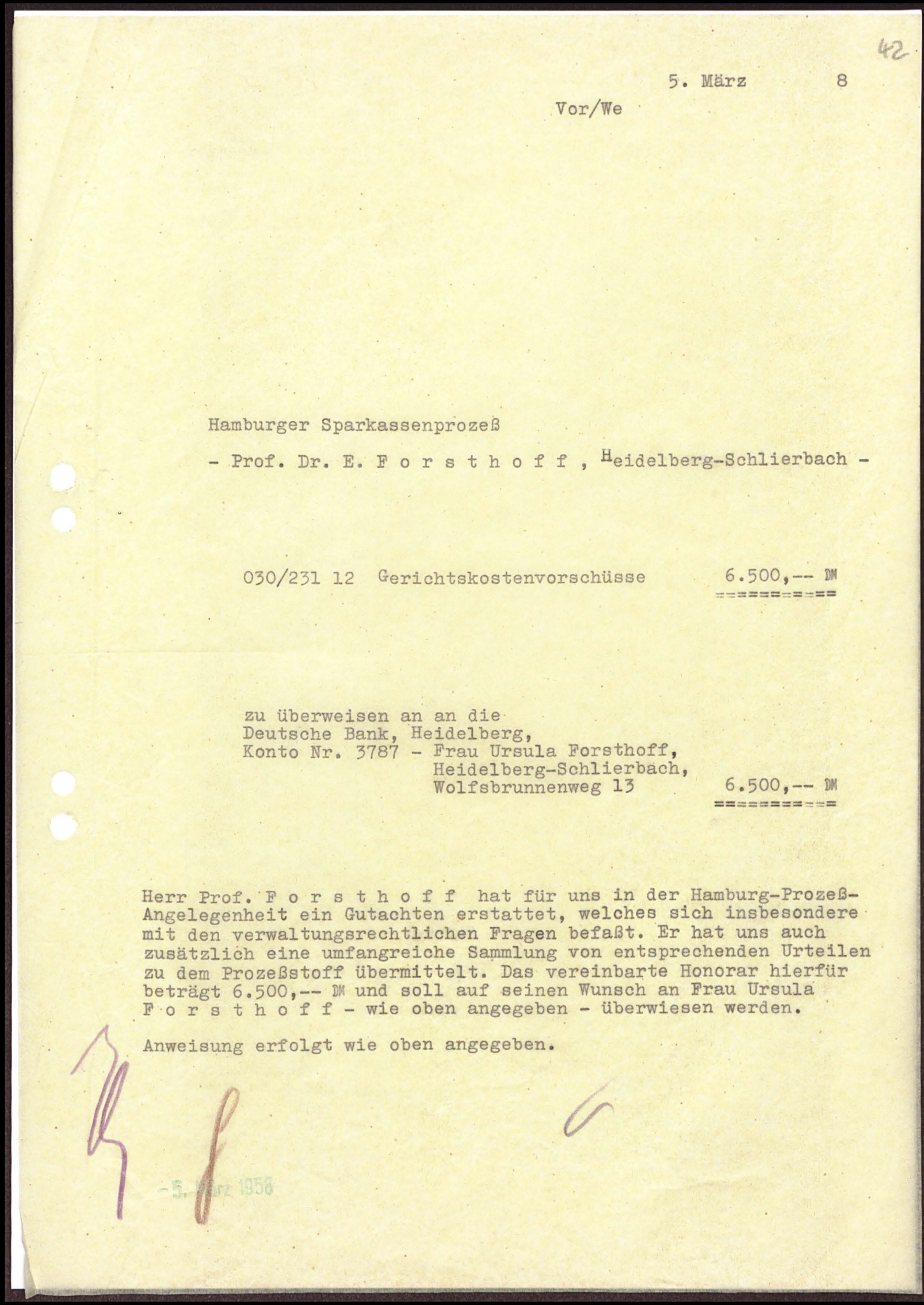
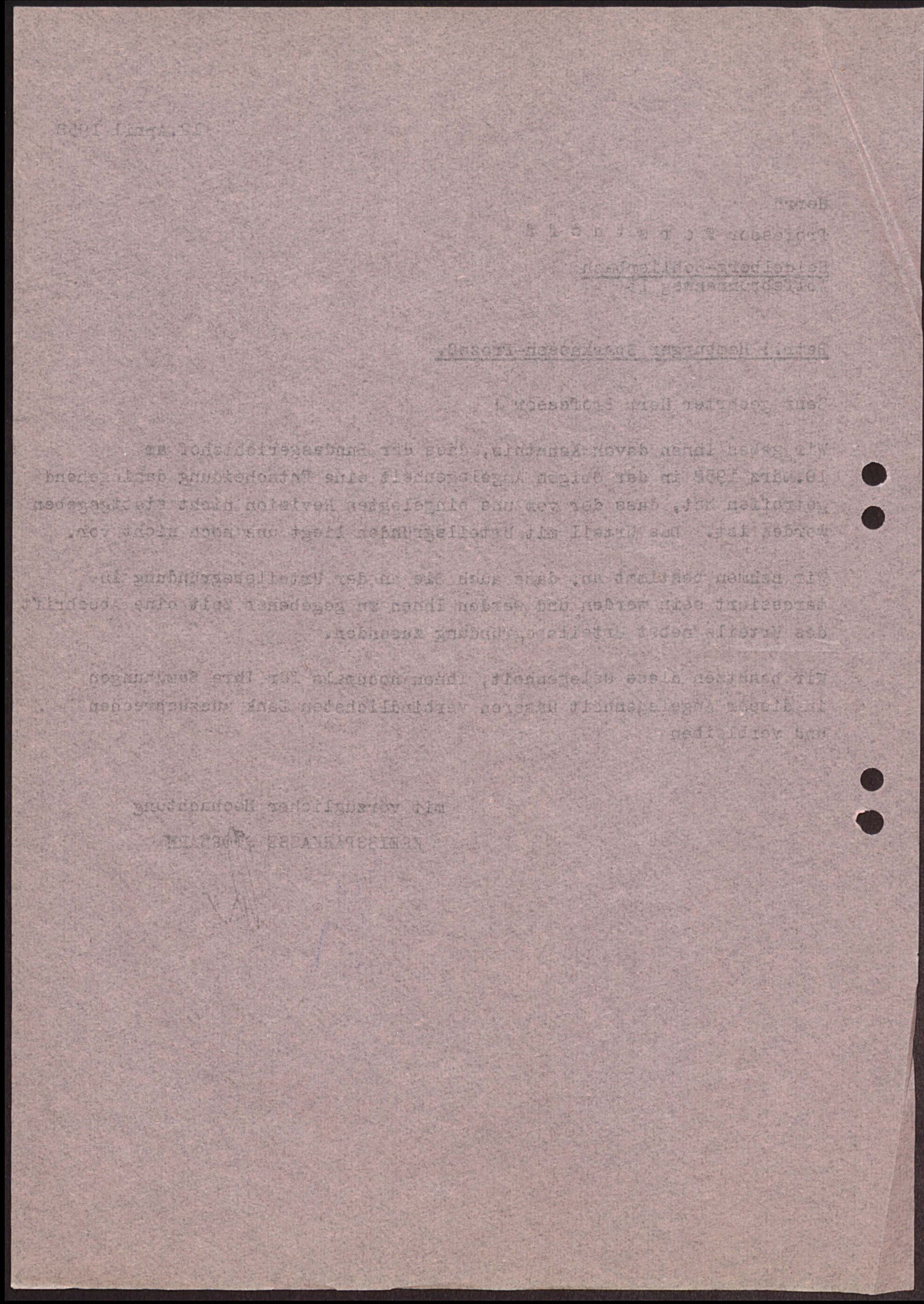




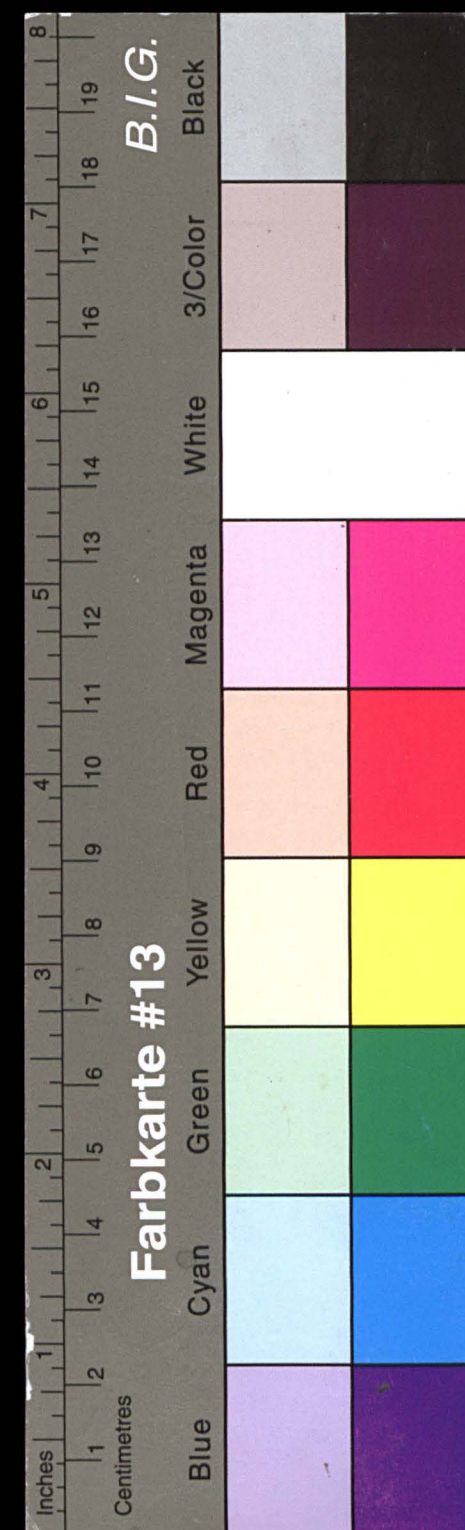


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

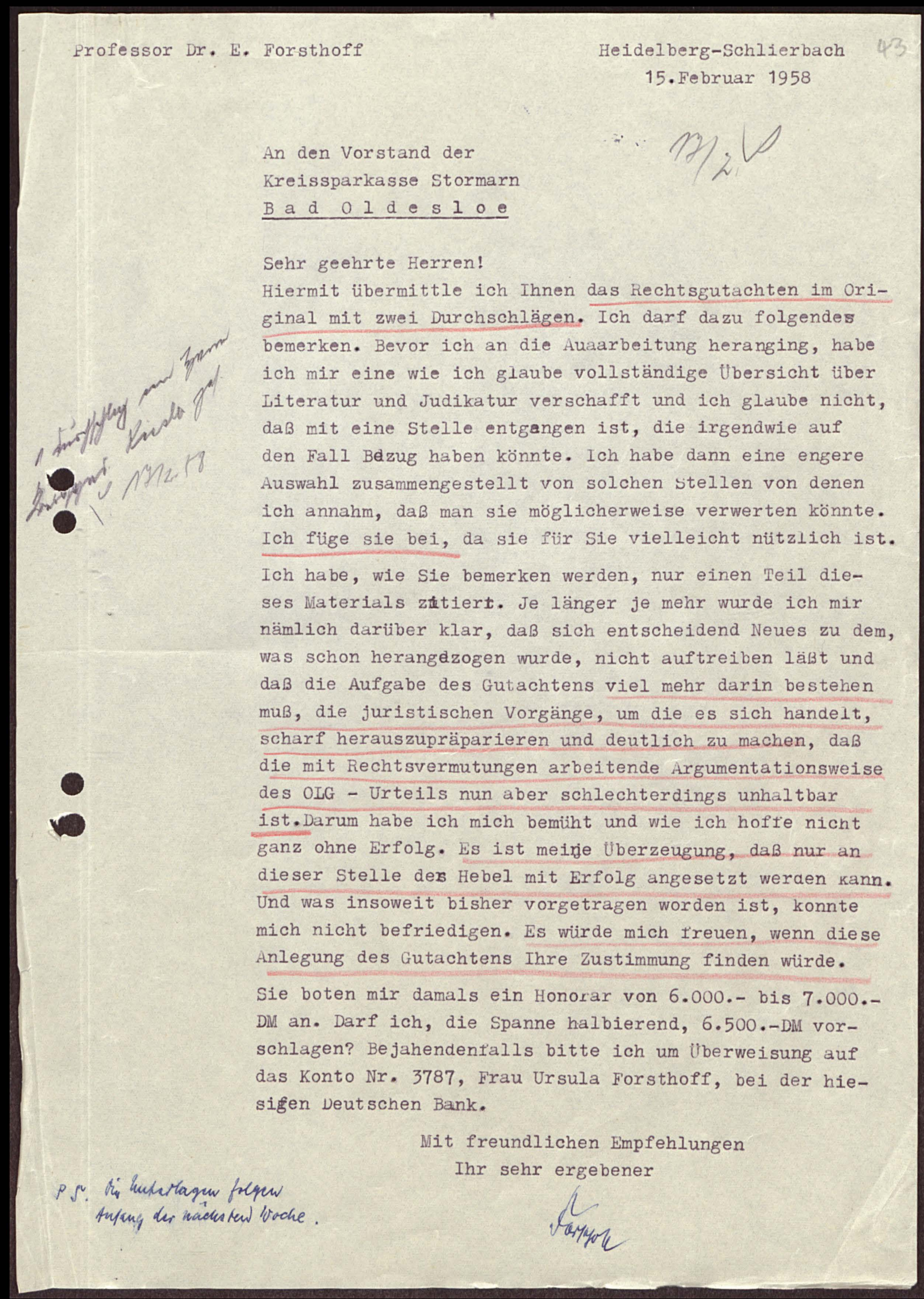
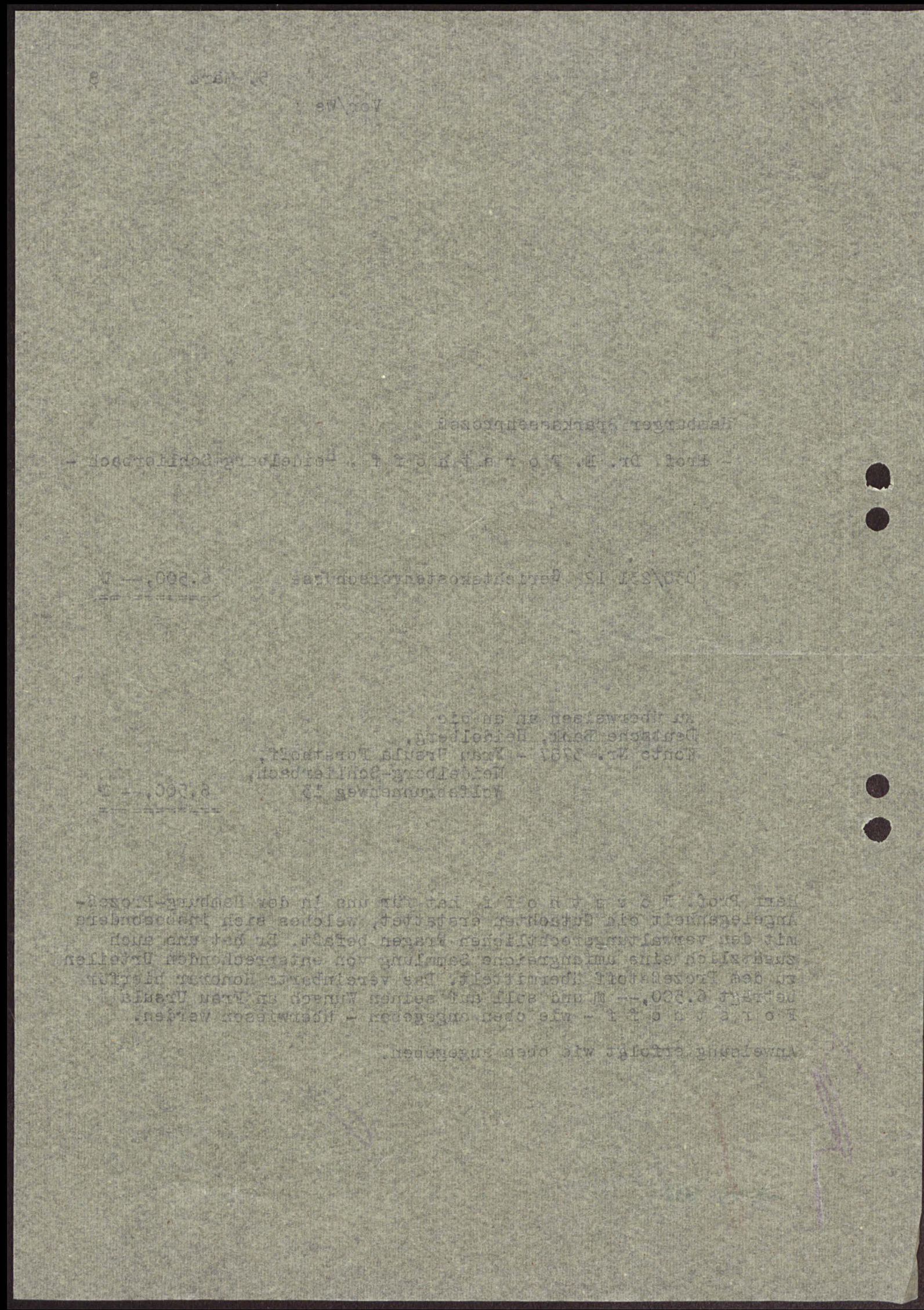






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



Professor Dr. E. Forsthoff

Heidelberg-Schlierbach

15. Februar 1958

An den Vorstand der  
Kreissparkasse Stormarn  
B a d O l d e s l o e

Sehr geehrte Herren!

Hiermit übermittle ich Ihnen das Rechtsgutachten im Original mit zwei Durchschlägen. Ich darf dazu folgendes bemerken. Bevor ich an die Auaarbeitung heranging, habe ich mir eine wie ich glaube vollständige Übersicht über Literatur und Judikatur verschafft und ich glaube nicht, daß mit eine Stelle entgangen ist, die irgendwie auf den Fall Bdzug haben könnte. Ich habe dann eine engere Auswahl zusammengestellt von solchen Stellen von denen ich annahm, daß man sie möglicherweise verwerten könnte. Ich füge sie bei, da sie für Sie vielleicht nützlich ist.

Ich habe, wie Sie bemerken werden, nur einen Teil dieses Materials zitiert. Je länger je mehr wurde ich mir nämlich darüber klar, daß sich entscheidend Neues zu dem, was schon herangezogen wurde, nicht auftreiben läßt und daß die Aufgabe des Gutachtens viel mehr darin bestehen muß, die juristischen Vorgänge, um die es sich handelt, scharf herauszupräparieren und deutlich zu machen, daß die mit Rechtsvermutungen arbeitende Argumentationsweise des OLG - Urteils nun aber schlechterdings unhaltbar ist. Darum habe ich mich bemüht und wie ich hoffe nicht ganz ohne Erfolg. Es ist meine Überzeugung, daß nur an dieser Stelle der Hebel mit Erfolg angesetzt werden kann. Und was insoweit bisher vorgetragen worden ist, konnte mich nicht befriedigen. Es würde mich freuen, wenn diese Anlegung des Gutachtens Ihre Zustimmung finden würde.

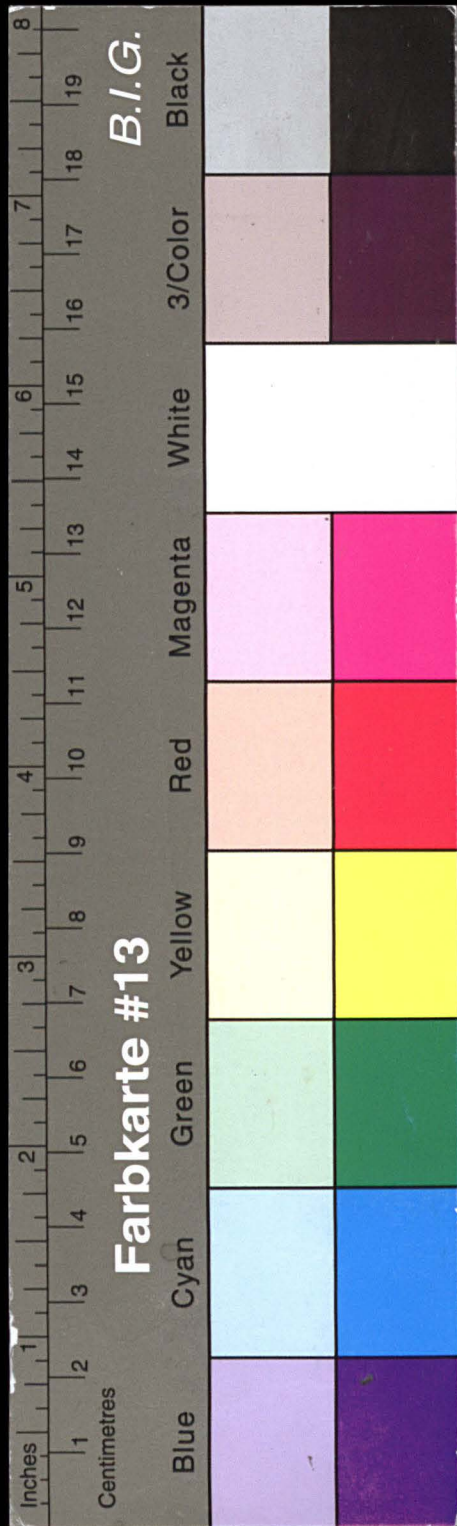
Sie boten mir damals ein Honorar von 6.000.- bis 7.000.- DM an. Darf ich, die Spanne halbierend, 6.500.-DM vorschlagen? Bejahendenfalls bitte ich um Überweisung auf das Konto Nr. 3787, Frau Ursula Forsthoff, bei der hiesigen Deutschen Bank.

Mit freundlichen Empfehlungen  
Ihr sehr ergebener

*p. p. die hundertlagen folgen  
Anfang der nächsten Woche.*

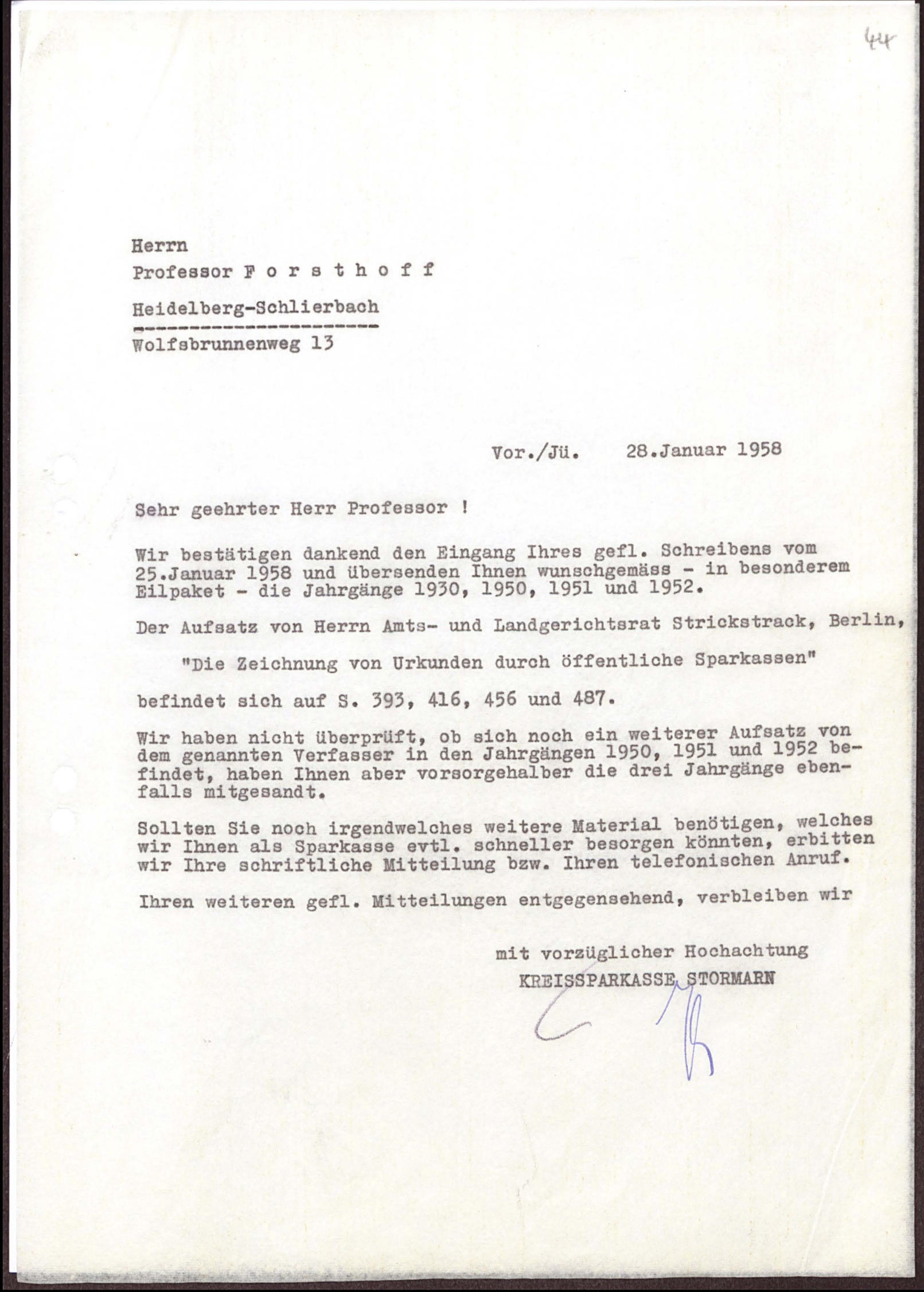
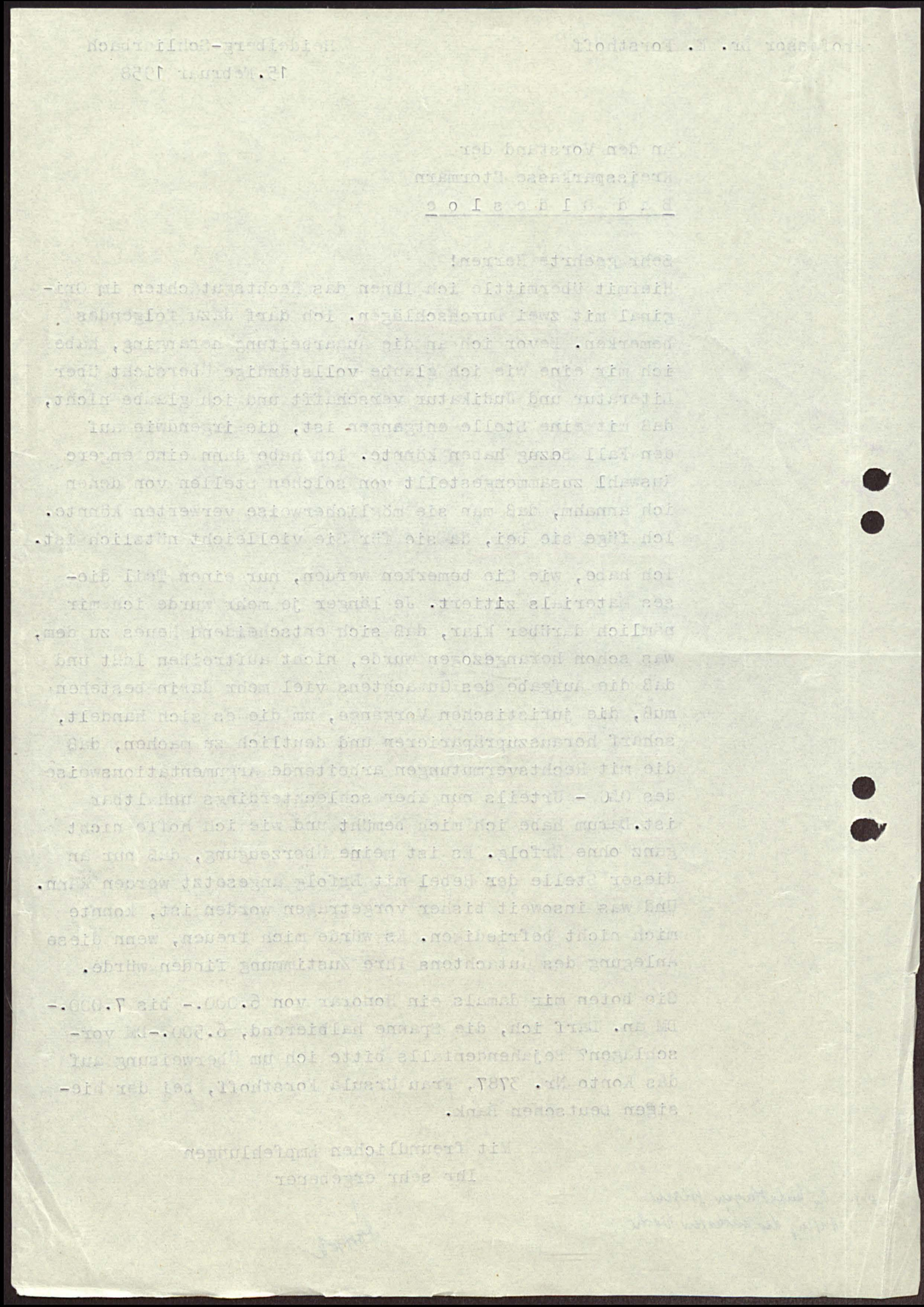
*Forsthoff*





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



Herrn  
Professor Forsthoef  
Heidelberg-Schlierbach  
Wolfsbrunnenweg 13

Vor./Jü. 28. Januar 1958

Sehr geehrter Herr Professor !

Wir bestätigen dankend den Eingang Ihres gefl. Schreibens vom  
25. Januar 1958 und übersenden Ihnen wunschgemäß - in besonderem  
Eilpaket - die Jahrgänge 1930, 1950, 1951 und 1952.

Der Aufsatz von Herrn Amts- und Landgerichtsrat Strickstrack, Berlin,

"Die Zeichnung von Urkunden durch öffentliche Sparkassen"

befindet sich auf S. 393, 416, 456 und 487.

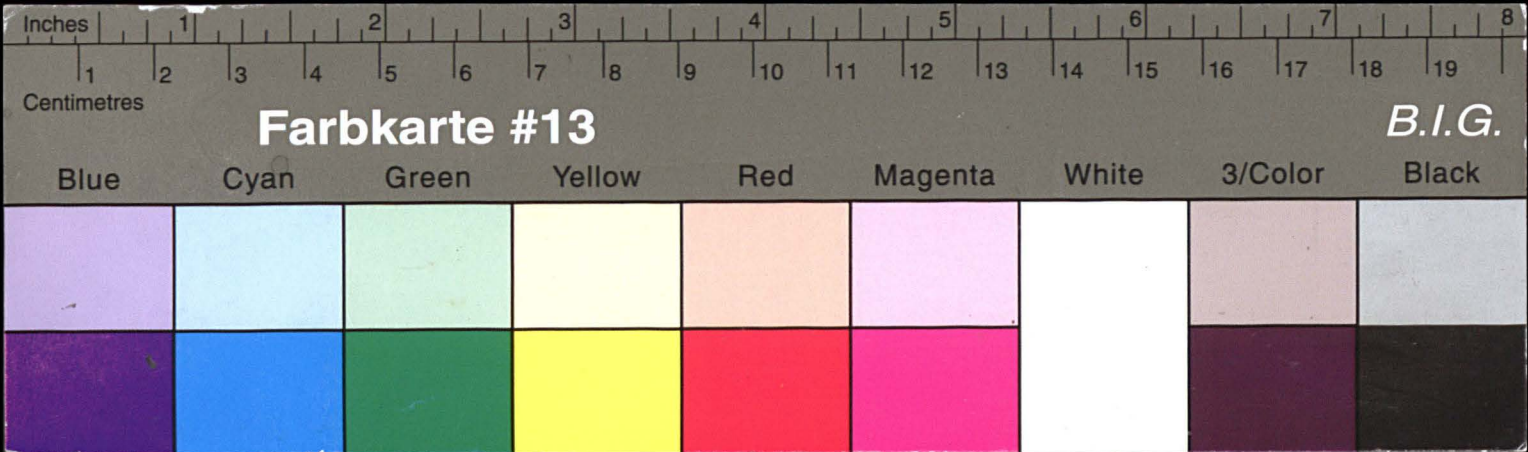
Wir haben nicht überprüft, ob sich noch ein weiterer Aufsatz von  
dem genannten Verfasser in den Jahrgängen 1950, 1951 und 1952 be-  
findet, haben Ihnen aber vorsorgehalber die drei Jahrgänge eben-  
falls mitgesandt.

Sollten Sie noch irgendwelches weitere Material benötigen, welches  
wir Ihnen als Sparkasse evtl. schneller besorgen könnten, erbitten  
wir Ihre schriftliche Mitteilung bzw. Ihren telefonischen Anruf.

Ihren weiteren gefl. Mitteilungen entgegensehend, verbleiben wir

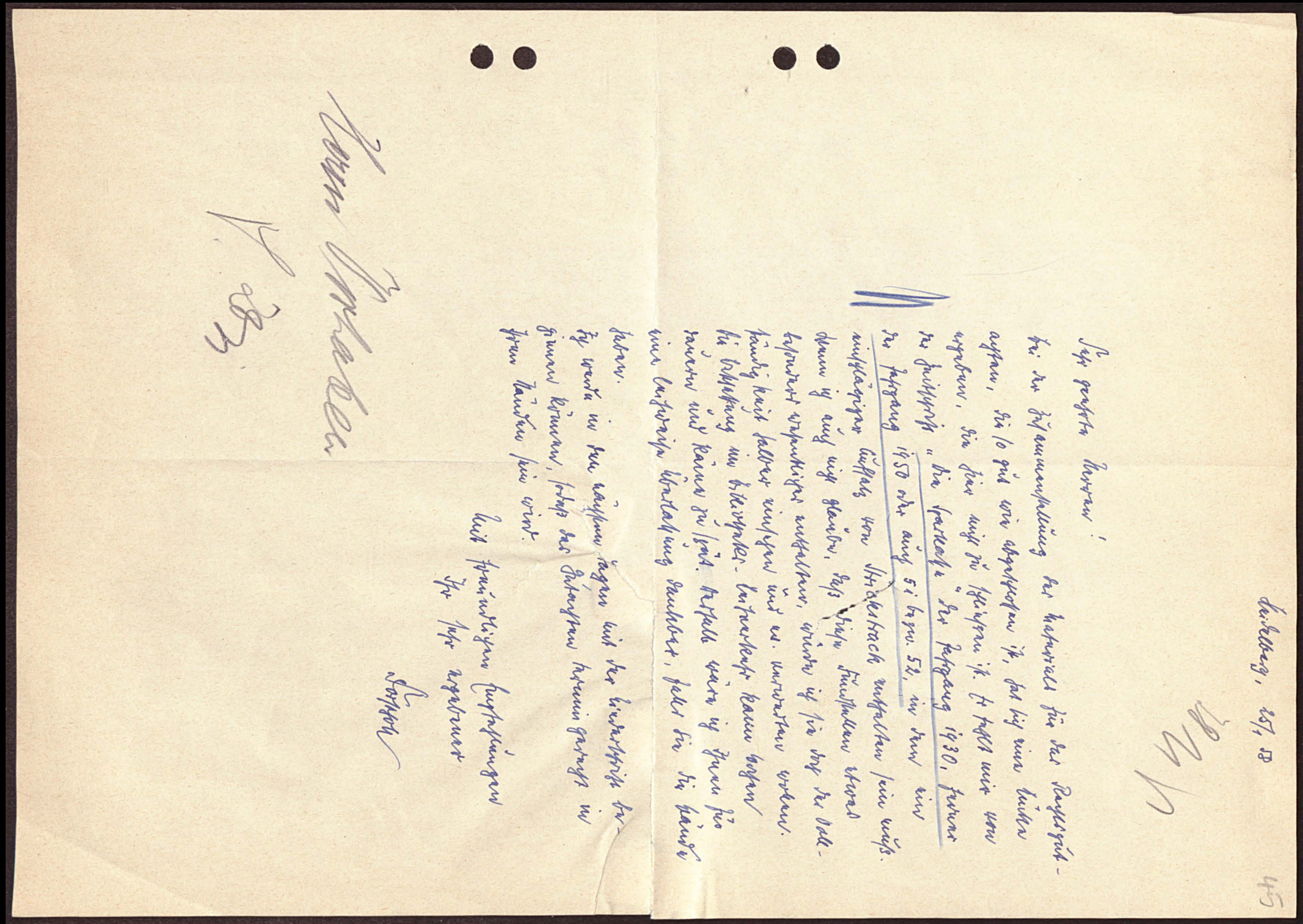
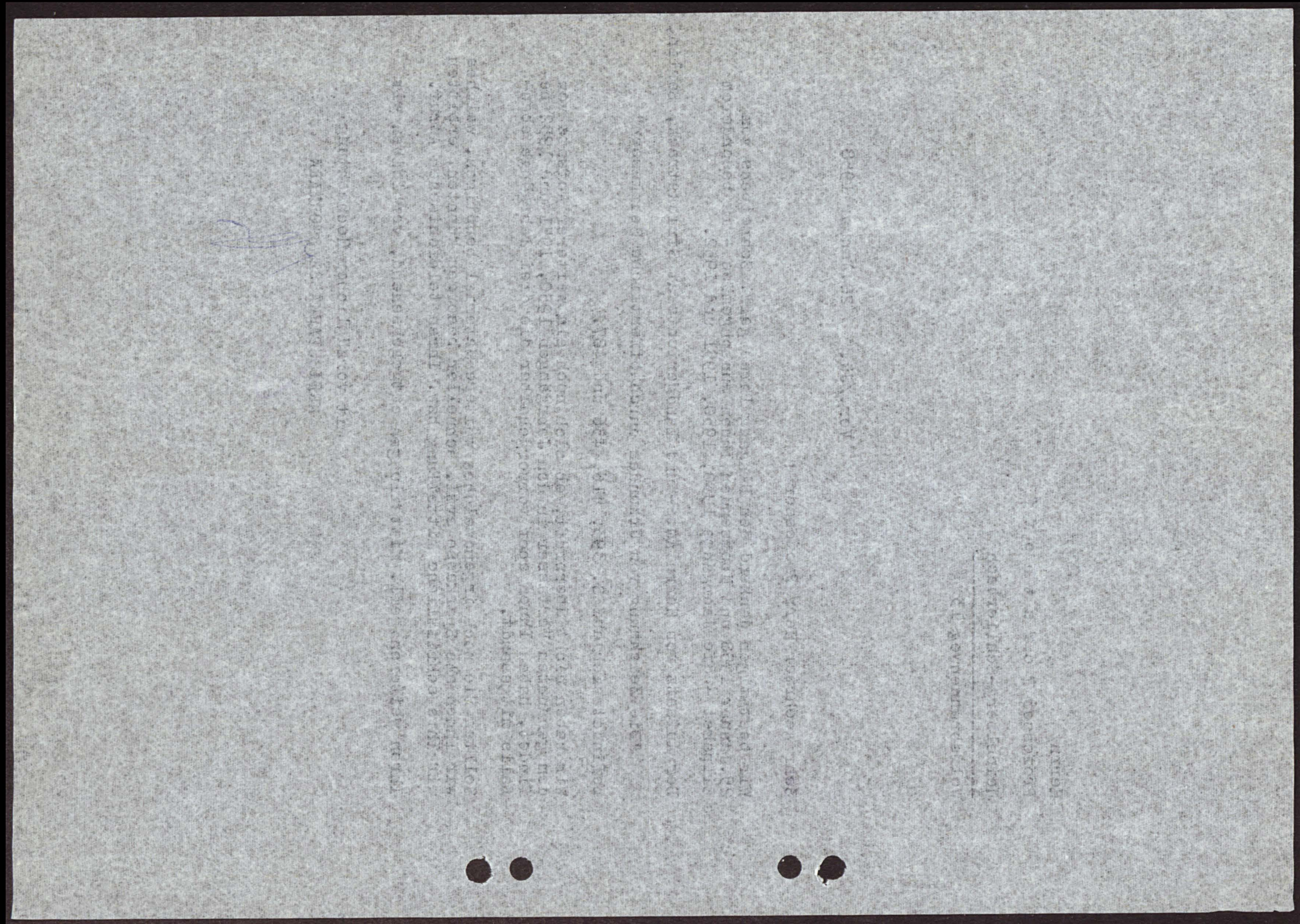
mit vorzüglicher Hochachtung  
KREISSPARKASSE STORMARN



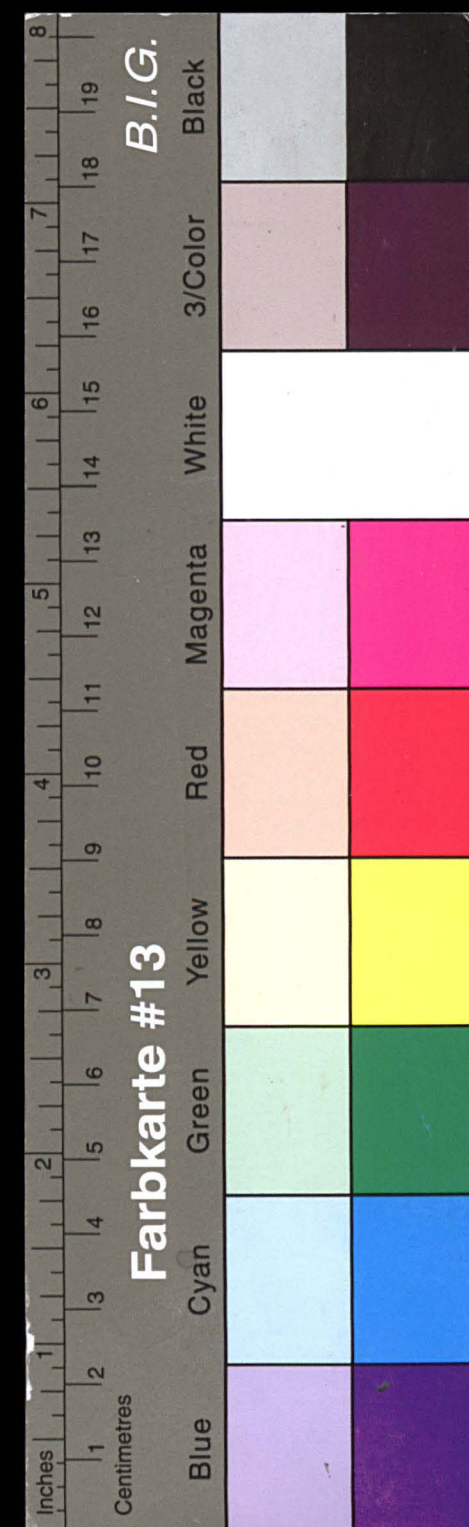


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

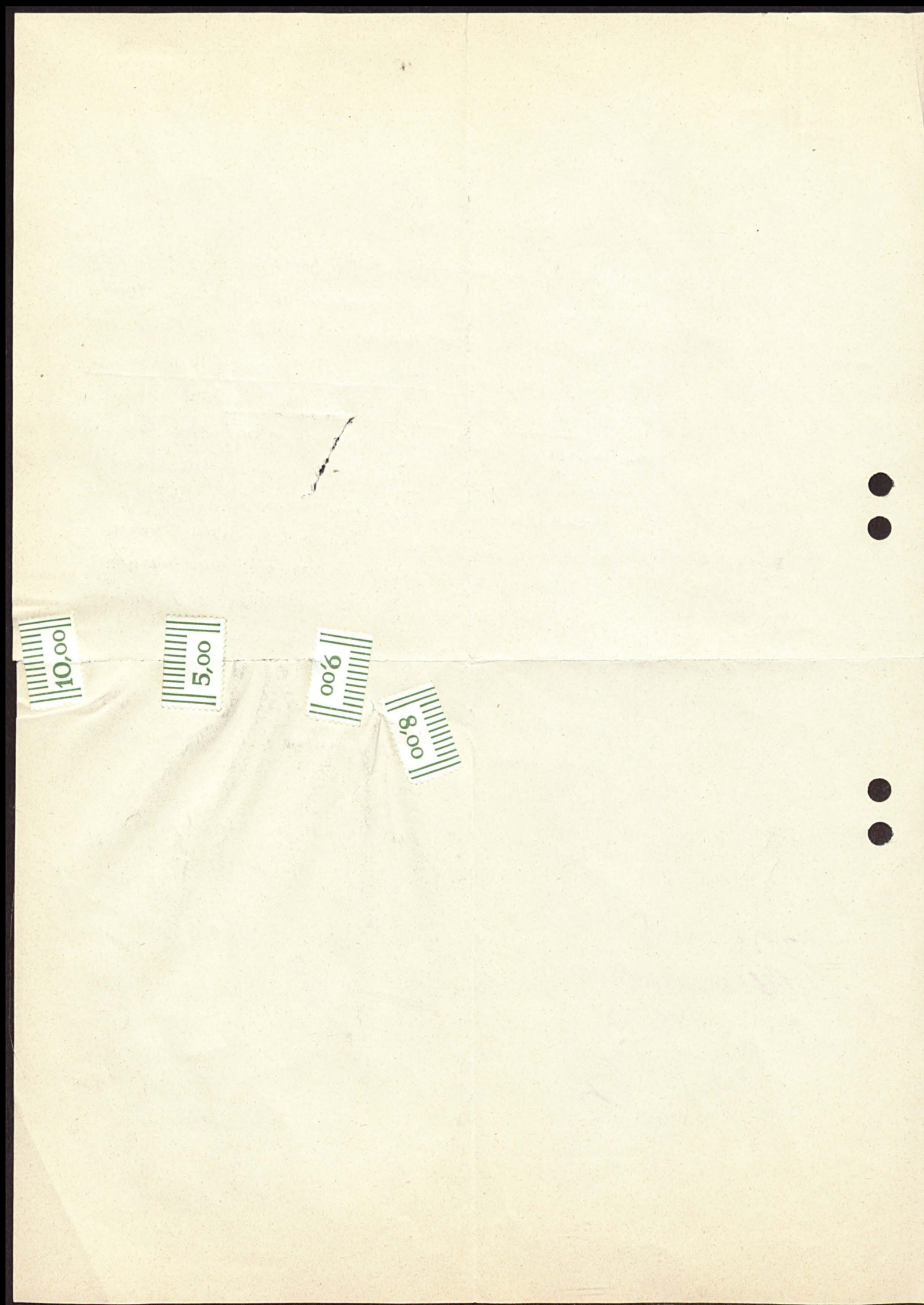






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



## 1.) V e r m e r k

Betr.: Hamburger Sparkassenprozeß

Heute morgen ist von beiden Rechtsanwälten die Mitteilung  
eingegangen, daß der Termin zur mündlichen Verhandlung vor  
dem Bundesgerichtshof am

10. März 1958, 10,30 Uhr,

ansteht.

Ich habe mich fernmündlich mit Herrn Prof. F o r s t h o f f  
in Verbindung gesetzt und bei ihm erfragt, ob er bereits zu  
übersehen vermag, wann er mit dem Gutachten fertig wird. Herr  
Prof. Forsthoff teilte mir mit, daß er damit rechnet, am  
10. Februar 1958 mit dieser Angelegenheit fertig zu sein (ich  
hatte Herrn Prof. Forsthoff in dem Gespräch vorher schon darauf  
hingewiesen, daß am 10. März Termin ansteht). Prof. Forsthoff  
meint auf Grund seiner Erfahrungen, daß dieser vorweg von ihm  
festgesetzte Termin - 10. Februar - ausreichend sei, um das  
Gutachten auch noch beim Bundesgerichtshof zu verwerten, da  
der Termin zur mündlichen Verhandlung am 10. März ds. Jrs. an-  
steht.

Ich habe Herrn Prof. F o r s t h o f f ferner noch einmal  
fern-mündlich zu verstehen gegeben, daß wir jederzeit zu einer  
mündlichen Besprechung in Heidelberg oder nach seinem Wunsche  
auch in Hamburg bereit sind. Soweit er irgendwelche Angaben  
benötigt, die uns vielleicht aus der örtlichen Kenntnis heraus  
besser bekannt sein könnten, möchte er sich doch ruhig tele-  
fonisch an uns um entsprechende Auskunftserteilung alsdann  
wenden.

## 2.) Herrn Landrat Dr. H a a r m a n n

mit der Bitte um gefl. Kenntnisnahme.

## 3.) Herrn Kreissyndikus K i e s l e r

mit der Bitte um gefl. Kenntnisnahme.

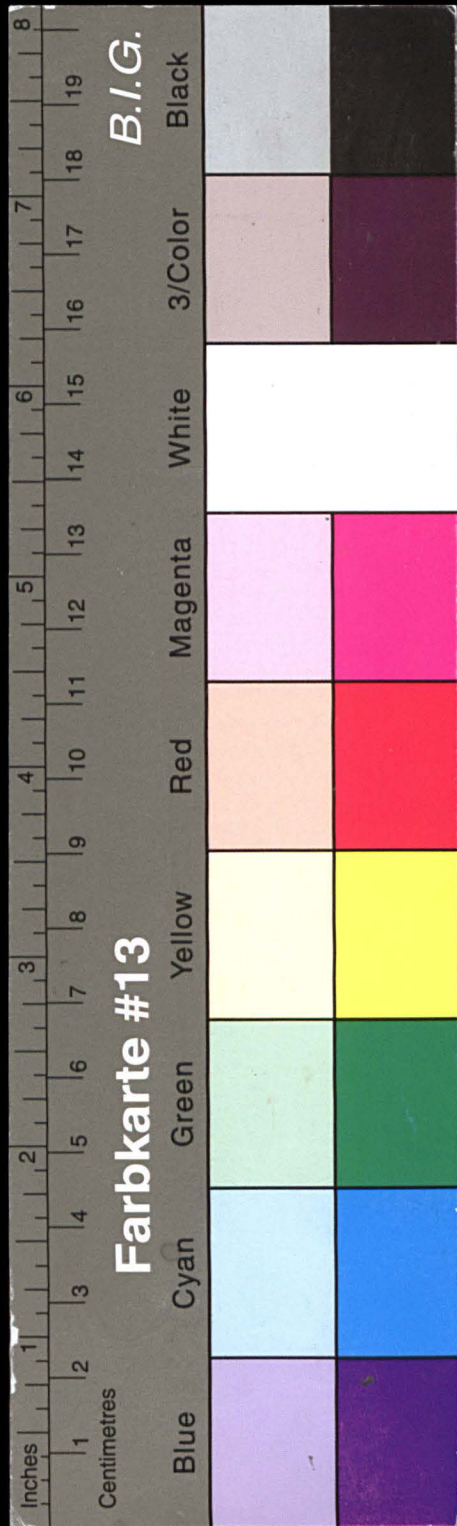
## 4.) Herrn Direktor S a n d e r

vorzulegen.

Bad Oldesloe, dem 13. Januar 1958  
Vor/We

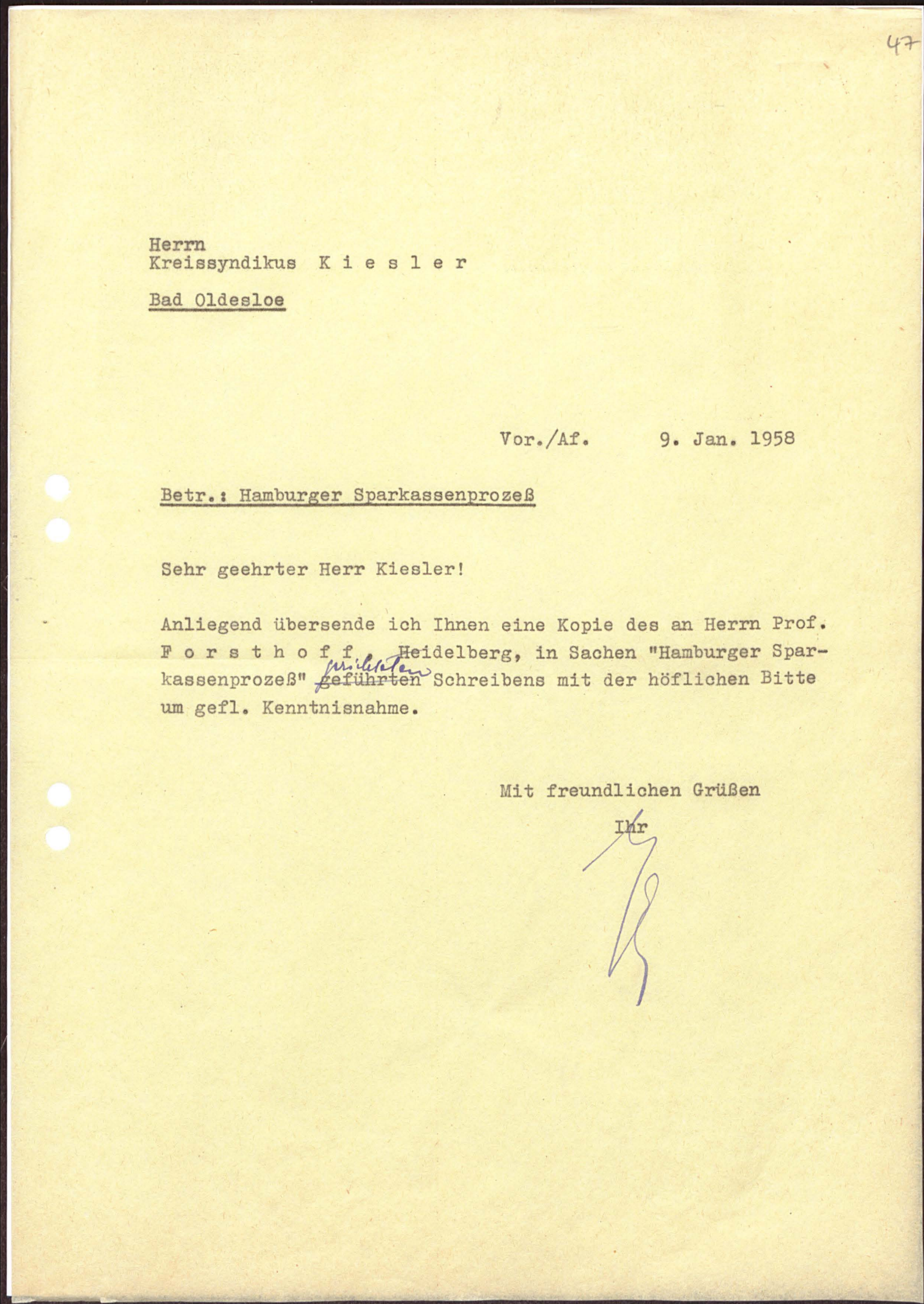
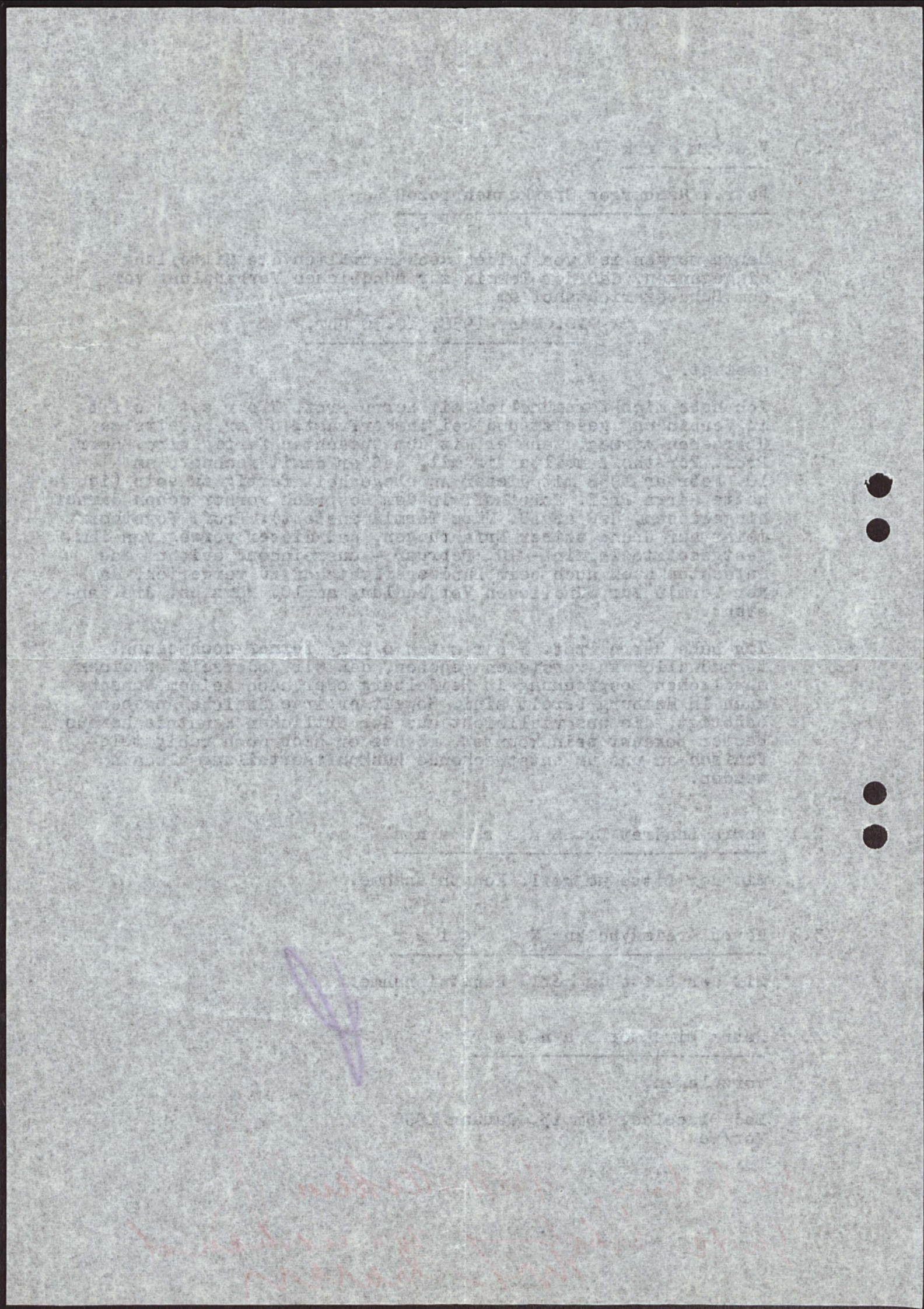
*weiterhin, trotzdem  
gute Erholung während  
der Winterferien*





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



Herrn  
Kreissyndikus K i e s l e r  
Bad Oldesloe

Vor./Af. 9. Jan. 1958

Betr.: Hamburger Sparkassenprozeß

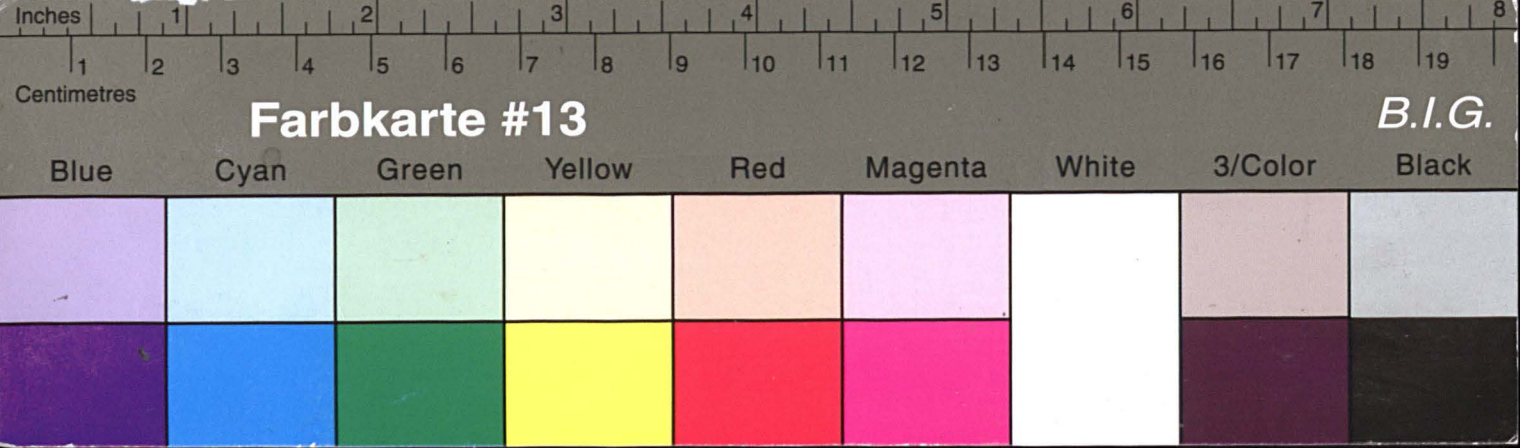
Sehr geehrter Herr Kiesler!

Anliegend übersende ich Ihnen eine Kopie des an Herrn Prof.  
F o r s t h o f f, Heidelberg, in Sachen "Hamburger Spar-  
kassenprozeß" <sup>geführten</sup> geführten Schreibens mit der höflichen Bitte  
um gefl. Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

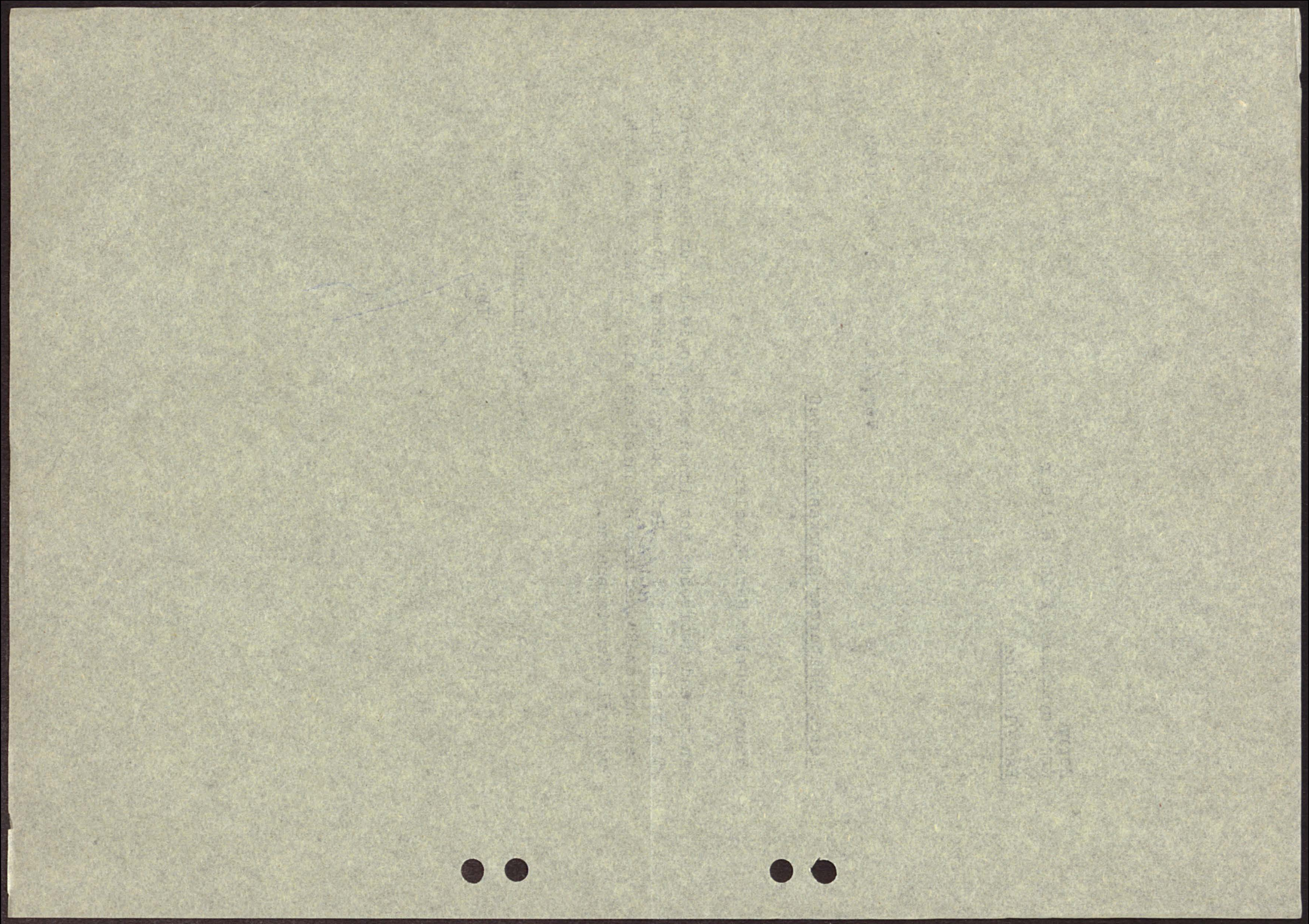
Ihr





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552







# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

**Zur geordneten Bezeichnung!**  
Die Angaben des Absenders auf dem Einlieferungschein sind nur dann rechtsverbindlich, wenn sie mit den Angaben auf dem Hauptteil der Packetscheite übereinstimmen.

Kennzeichnungen für das Empfänger-, z. B. Hinweis auf das Auftragszeichen, die Beschriftung des Absenders und die Angabe des Empfängers sind auf dem Hauptteil des Briefes an linken Rand der Packetscheite anzubringen. Die Rechtheit der Packetscheite darf durch diese Mitteilungen nicht beeinträchtigt werden.

Herrn  
Prof. Forsthoef  
Heidelberg - Schlierbach  
Wolfbrunnenweg 13

Vor./Af. 9. Jan. 1958

Betr.: Hamburger Sparkassenprozeß

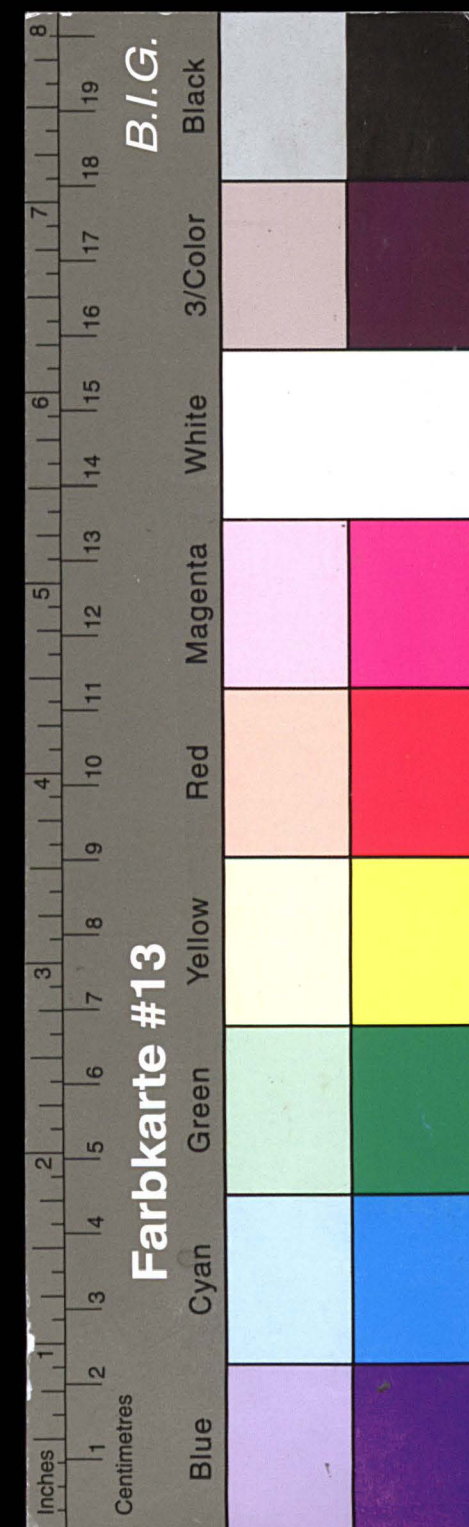
Sehr geehrter Herr Professor!

Wir kommen zurück auf die mit Ihnen in Ihrem Hause geführte Unterredung, in welcher Sie sich freundlicherweise bereit erklärten, für uns in obiger Prozeßangelegenheit ein Gutachten zu erstatten, das unserer Prozeßführung förderlich und dienlich sein kann.

Wir übersenden Ihnen - mit besonderer Post als Wertpaket - vereinbarungsgemäß den Prozeßstoff "Neue Sparcasse von 1864 gegen Kreissparkasse Stormarn" wobei wir darauf hinweisen, daß der Prozeßstoff in Sachen "Hamburger Sparcasse von 1827 gegen Kreissparkasse Stormarn" in der Sache selbst der gleiche ist. Es besteht nur insoweit eine Abweichung, als laut gemeinsamen Vertrag mit den beiden Hamburger Sparkassen an die Hamburger Sparcasse von 1827 irgendein Grundstück nicht zu übergeben war.

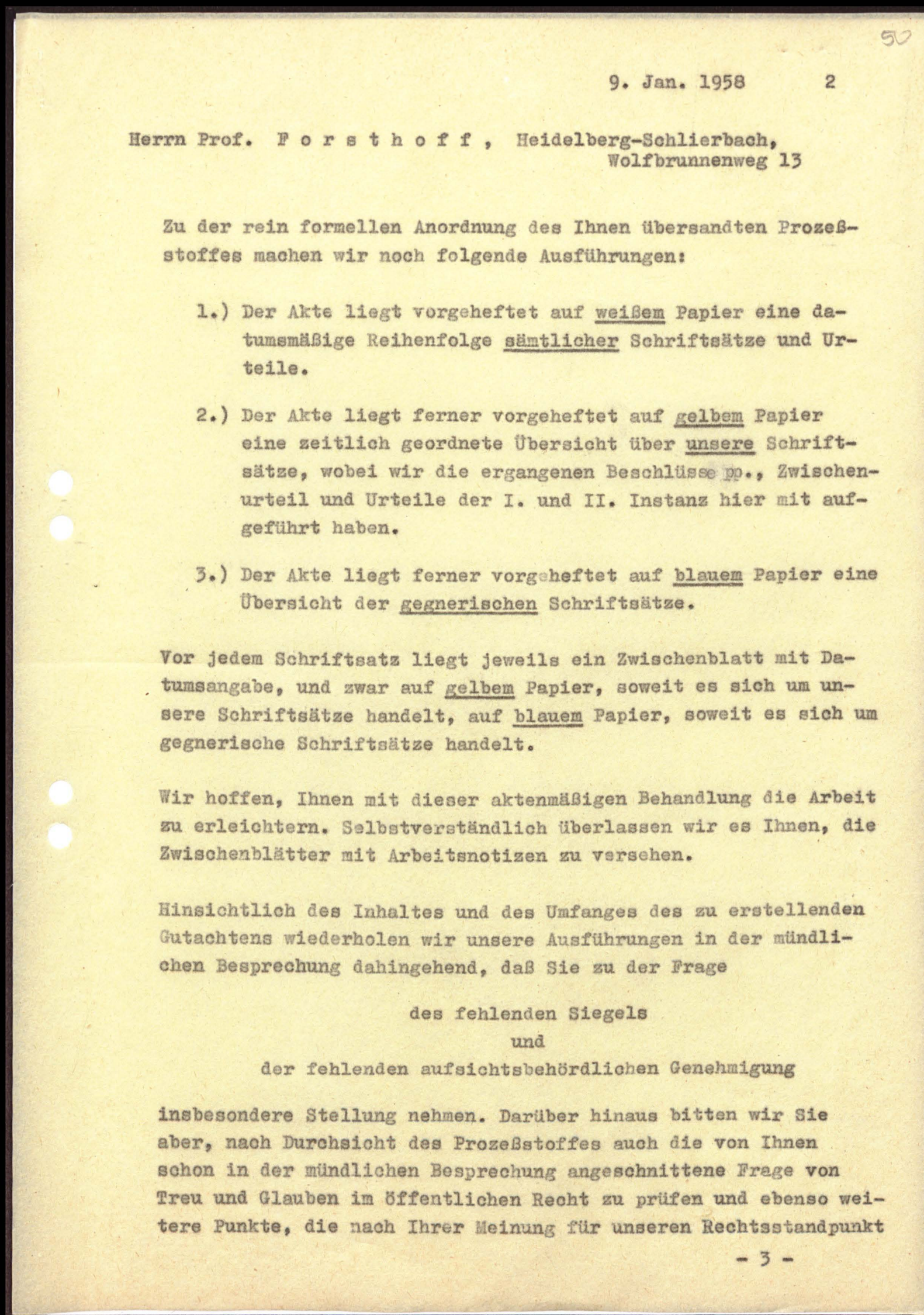
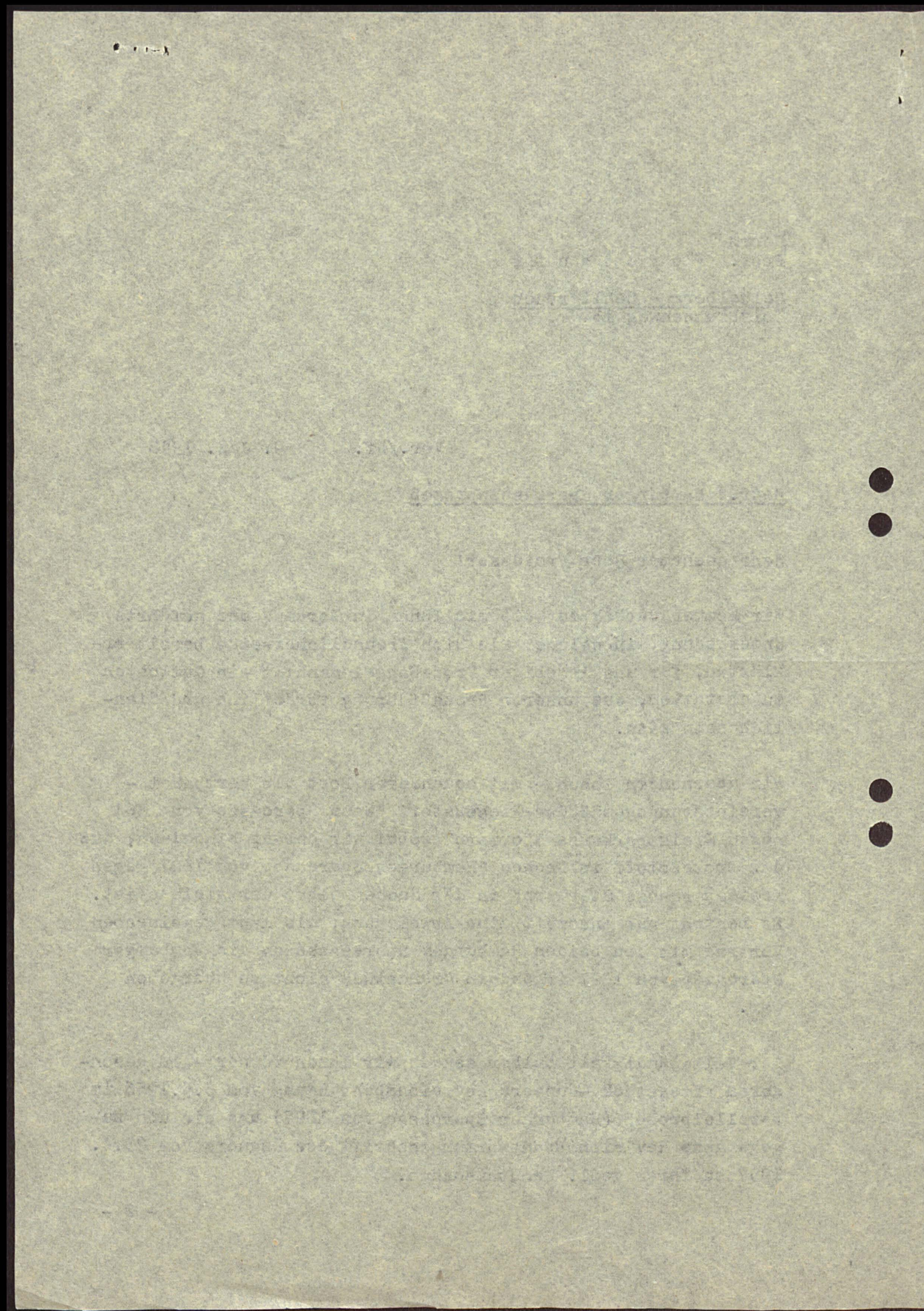
Der Vollständigkeit halber senden wir Ihnen ferner - in besonderem Aktenstück - unsere Revisionsbegründung vom 3.5.1956 im Parallelprozeß (Hamburger Sparcasse von 1827) und die uns zugewandene Revisionsbeantwortungsschrift des Gegners vom 23.4.1957 zu Ihrer gefl. Kenntnisnahme.





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



9. Jan. 1958 2

Herrn Prof. Forsthoff, Heidelberg-Schlierbach,  
Wolfbrunnenweg 13

Zu der rein formellen Anordnung des Ihnen übersandten Prozeß-  
stoffes machen wir noch folgende Ausführungen:

- 1.) Der Akte liegt vorgeheftet auf weißem Papier eine da-  
tumsmäßige Reihenfolge sämtlicher Schriftsätze und Ur-  
teile.
- 2.) Der Akte liegt ferner vorgeheftet auf gelbem Papier  
eine zeitlich geordnete Übersicht über unsere Schrift-  
sätze, wobei wir die ergangenen Beschlüsse pp., Zwischen-  
urteil und Urteile der I. und II. Instanz hier mit auf-  
geführt haben.
- 3.) Der Akte liegt ferner vorgeheftet auf blauem Papier eine  
Übersicht der gegnerischen Schriftsätze.

Vor jedem Schriftsatz liegt jeweils ein Zwischenblatt mit Da-  
tumsangabe, und zwar auf gelbem Papier, soweit es sich um un-  
sere Schriftsätze handelt, auf blauem Papier, soweit es sich um  
gegnerische Schriftsätze handelt.

Wir hoffen, Ihnen mit dieser aktenmäßigen Behandlung die Arbeit  
zu erleichtern. Selbstverständlich überlassen wir es Ihnen, die  
Zwischenblätter mit Arbeitsnotizen zu versehen.

Hinsichtlich des Inhaltes und des Umfanges des zu erstellenden  
Gutachtens wiederholen wir unsere Ausführungen in der mündli-  
chen Besprechung dahingehend, daß Sie zu der Frage

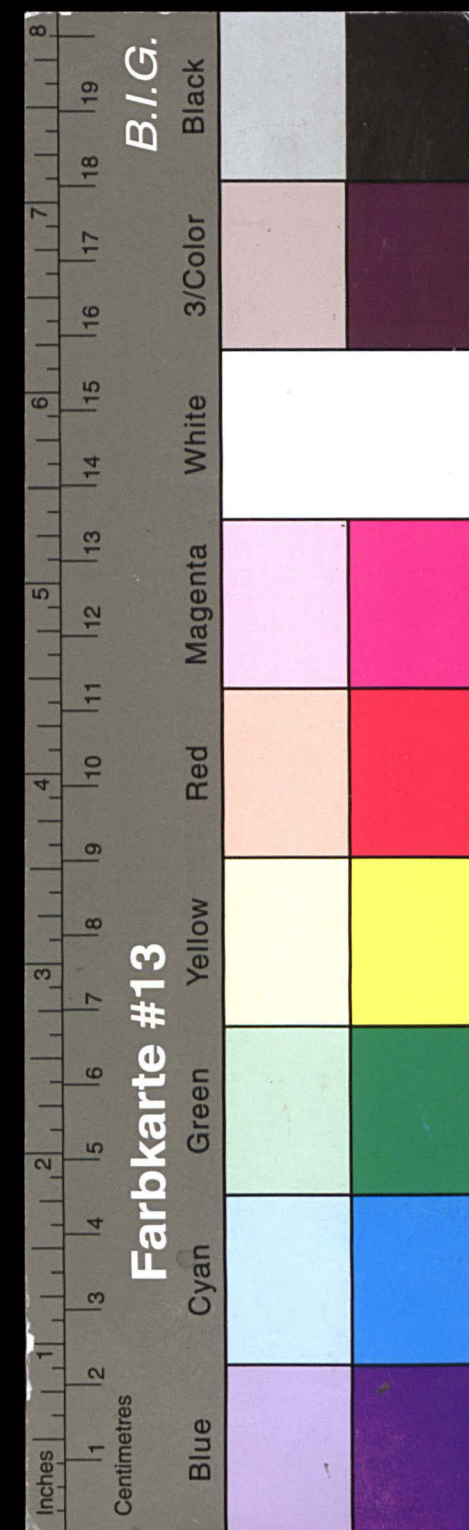
des fehlenden Siegels

und

der fehlenden aufsichtsbehördlichen Genehmigung

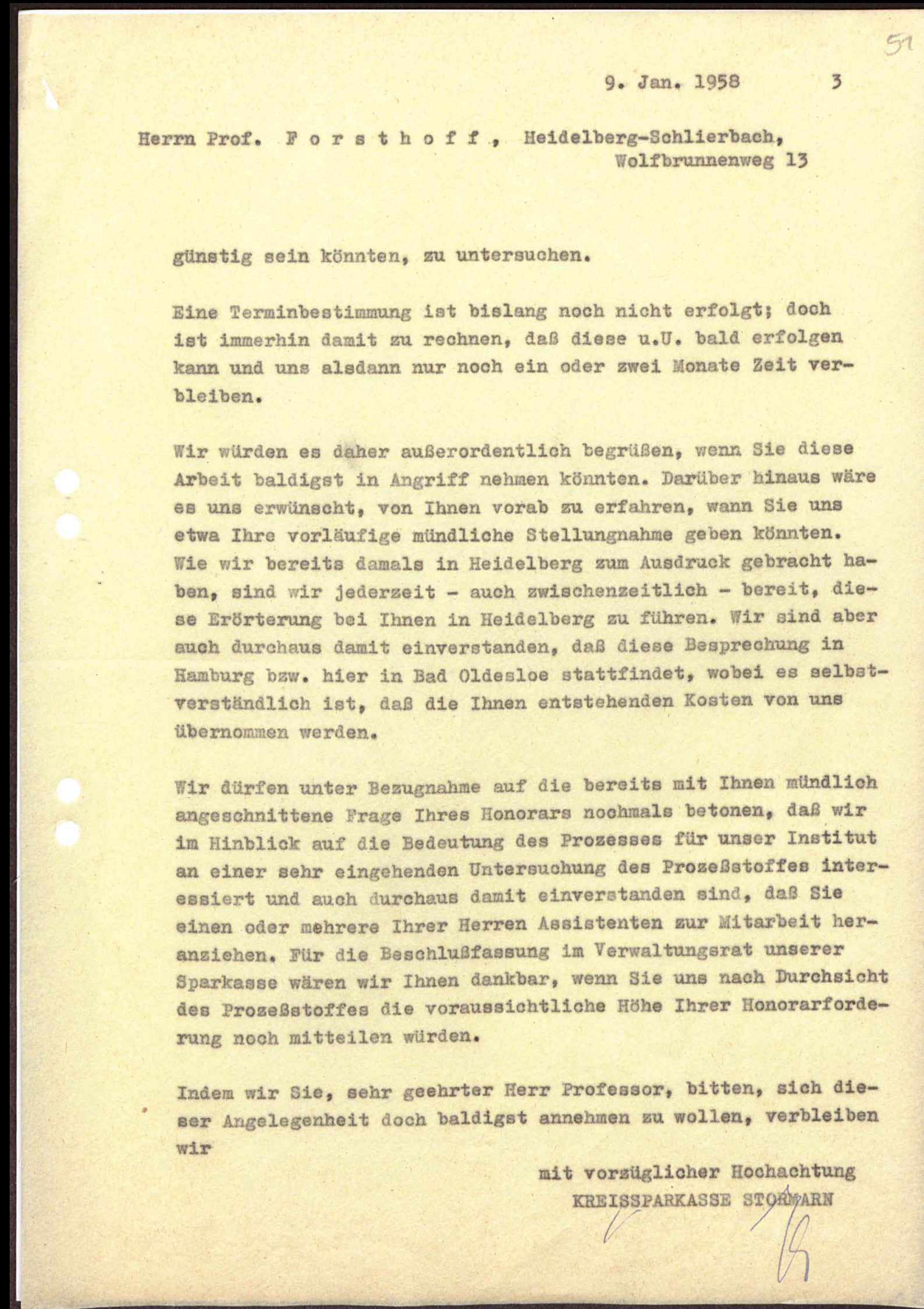
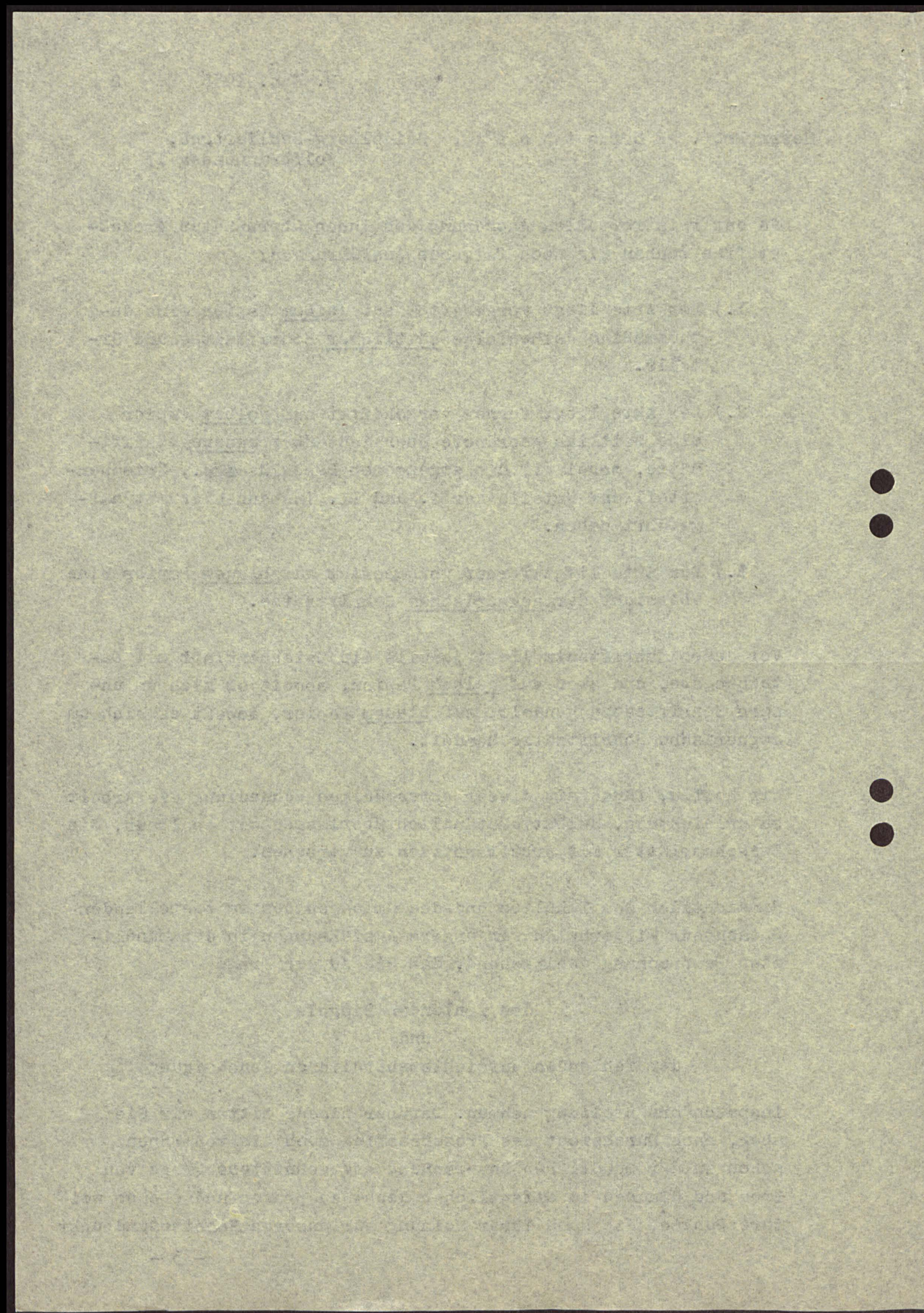
insbesondere Stellung nehmen. Darüber hinaus bitten wir Sie  
aber, nach Durchsicht des Prozeßstoffes auch die von Ihnen  
schon in der mündlichen Besprechung angeschnittene Frage von  
Treu und Glauben im öffentlichen Recht zu prüfen und ebenso wei-  
tere Punkte, die nach Ihrer Meinung für unseren Rechtsstandpunkt





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



9. Jan. 1958

3

Herrn Prof. F o r s t h o f f , Heidelberg-Schlierbach,  
Wolfbrunnenweg 13

günstig sein könnten, zu untersuchen.

Eine Terminbestimmung ist bislang noch nicht erfolgt; doch ist immerhin damit zu rechnen, daß diese u.U. bald erfolgen kann und uns alsdann nur noch ein oder zwei Monate Zeit verbleiben.

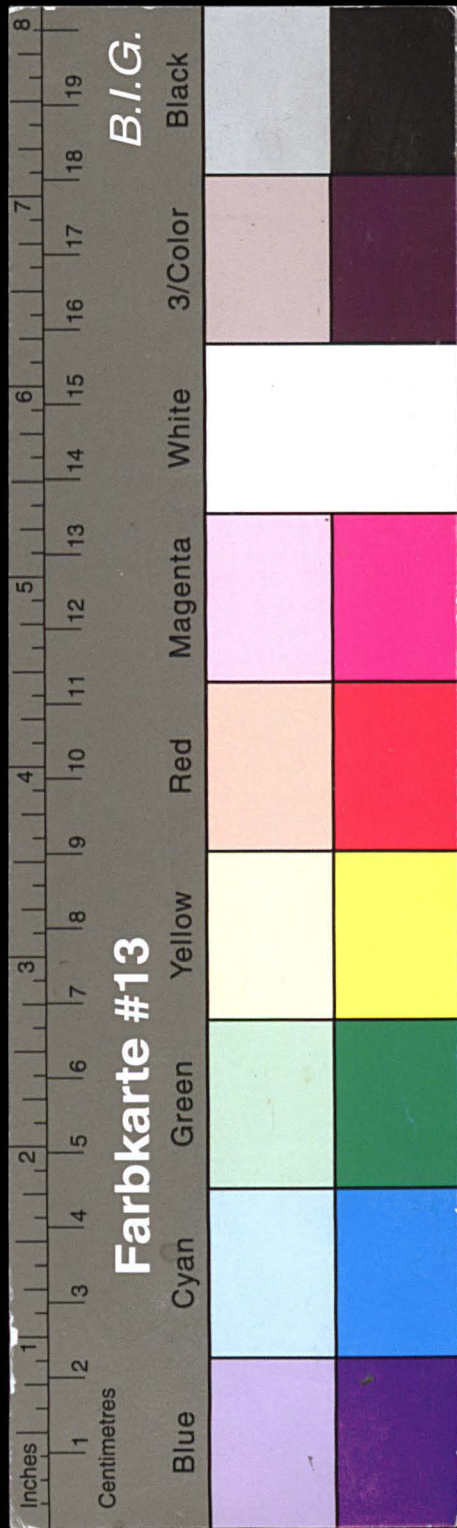
Wir würden es daher außerordentlich begrüßen, wenn Sie diese Arbeit baldigst in Angriff nehmen könnten. Darüber hinaus wäre es uns erwünscht, von Ihnen vorab zu erfahren, wann Sie uns etwa Ihre vorläufige mündliche Stellungnahme geben könnten. Wie wir bereits damals in Heidelberg zum Ausdruck gebracht haben, sind wir jederzeit - auch zwischenzeitlich - bereit, diese Erörterung bei Ihnen in Heidelberg zu führen. Wir sind aber auch durchaus damit einverstanden, daß diese Besprechung in Hamburg bzw. hier in Bad Oldesloe stattfindet, wobei es selbstverständlich ist, daß die Ihnen entstehenden Kosten von uns übernommen werden.

Wir dürfen unter Bezugnahme auf die bereits mit Ihnen mündlich angeschnittene Frage Ihres Honorars nochmals betonen, daß wir im Hinblick auf die Bedeutung des Prozesses für unser Institut an einer sehr eingehenden Untersuchung des Prozeßstoffes interessiert und auch durchaus damit einverstanden sind, daß Sie einen oder mehrere Ihrer Herren Assistenten zur Mitarbeit heranziehen. Für die Beschlußfassung im Verwaltungsrat unserer Sparkasse wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns nach Durchsicht des Prozeßstoffes die voraussichtliche Höhe Ihrer Honorarforderung noch mitteilen würden.

Indem wir Sie, sehr geehrter Herr Professor, bitten, sich dieser Angelegenheit doch baldigst annehmen zu wollen, verbleiben wir

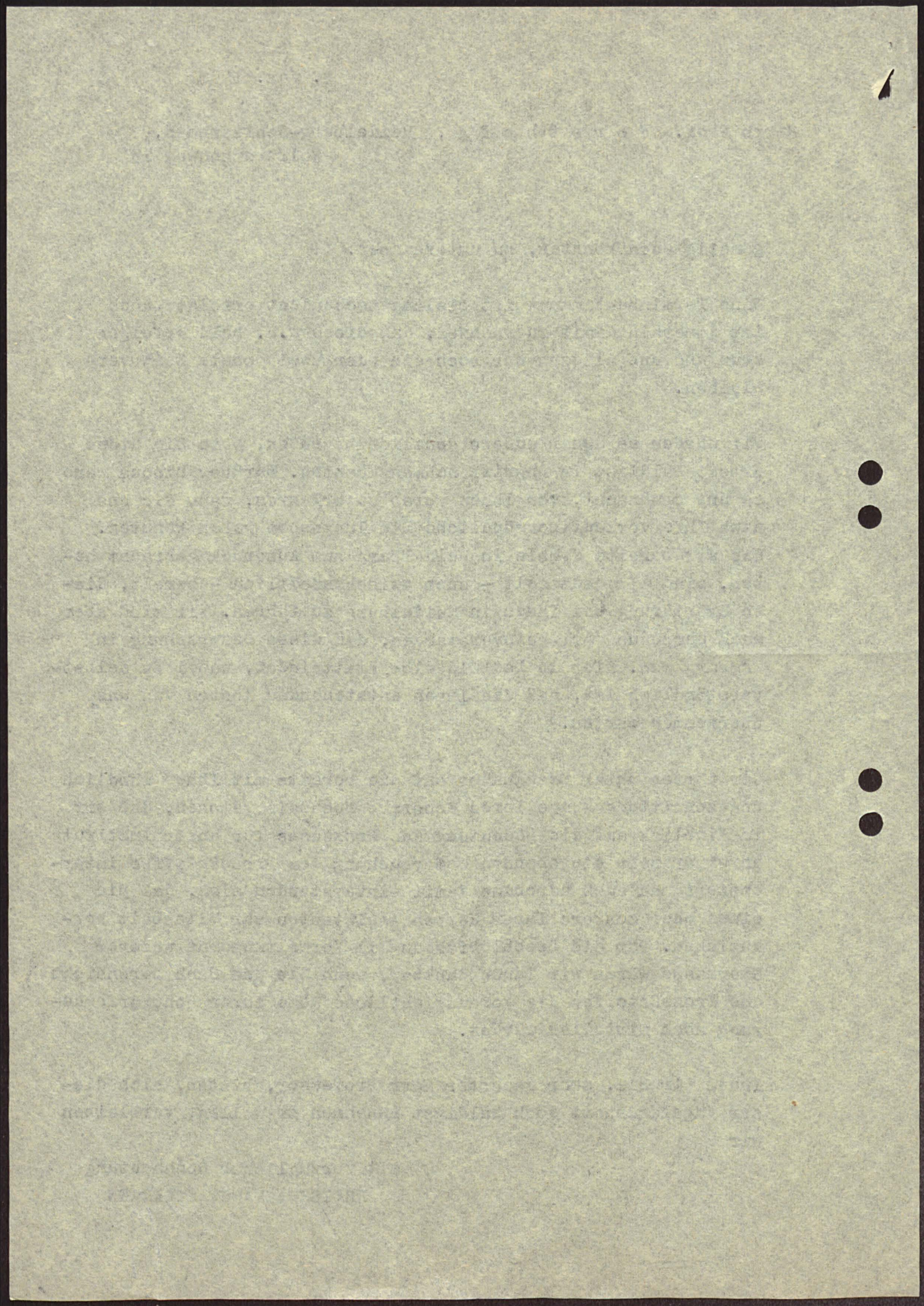
mit vorzüglicher Hochachtung  
KREISSPARKASSE STORMARN





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



52

Inhaltsverzeichnis  
=====

Prozeß

I. Instanz

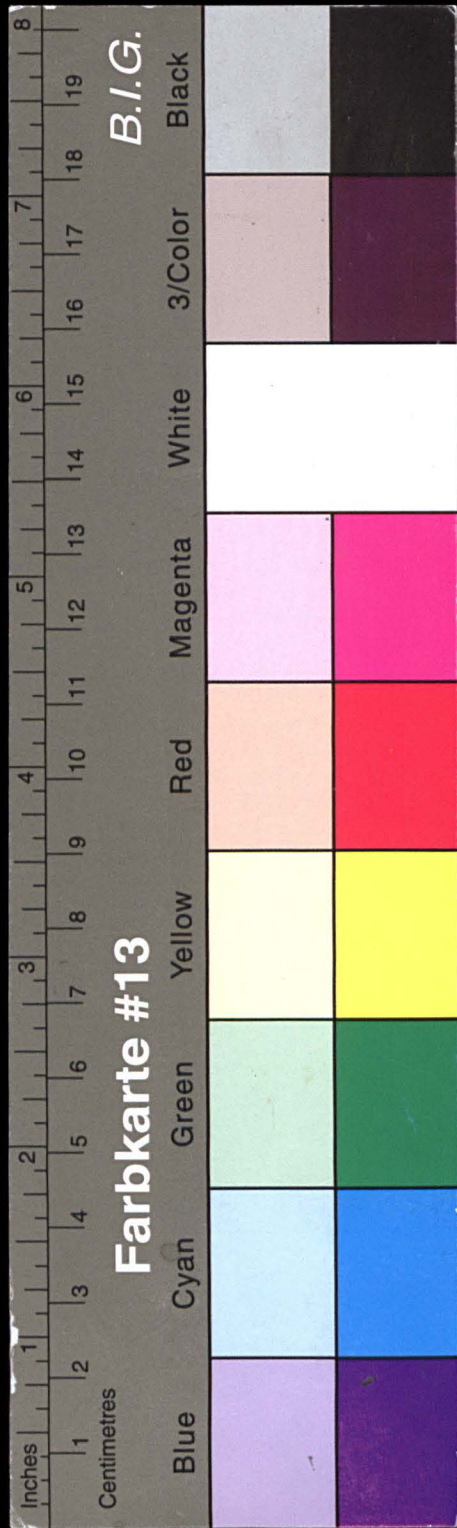
Neuspa 64 / Stospa

Klägerin / Beklagte

Neuspa 64	Stospa	
21. 2.51		Klage - Anlage 1 -
	15. 3.51	Schriftsatz
24. 4.51		Schriftsatz - Anlagen 2 und 3
	28. 4.51	Schriftsatz - fehlt
15. 5.51		Schriftsatz
	22. 5.51	Schriftsatz
	28. 5.51	Schriftsatz
	10. 8.51	Schriftsatz
	31. 8.51	Zwischenurteil
24.10.51		Schriftsatz
	17.11.51	Schriftsatz
18.12.51		Schriftsatz
	20.12.51	Schriftsatz
21. 1.52		Schriftsatz - Anlage I
	13. 2.52	Schriftsatz
	18. 2.52	Schriftsatz
	12. 8.52	Schriftsatz
4.10.52		Schriftsatz
	9.10.52	Schriftsatz
9.10.52		Schriftsatz
	14.10.52	Gerichtl. Vergl. Vorschl.
22.11.52		Schriftsatz
	8.12.52	Schriftsatz
20.12.52		Schriftsatz
31.12.52		Schriftsatz
	6. 1.53	Schriftsatz
	6.10.53	Schriftsatz
10.10.53		Schriftsatz
	9.11.53	Schriftsatz
14.11.53		Schriftsatz
17.11.53		Antrag
7.12.53		Schriftsatz
	8.12.53	Erneuter gerichtl.Vergl. Vorschl.

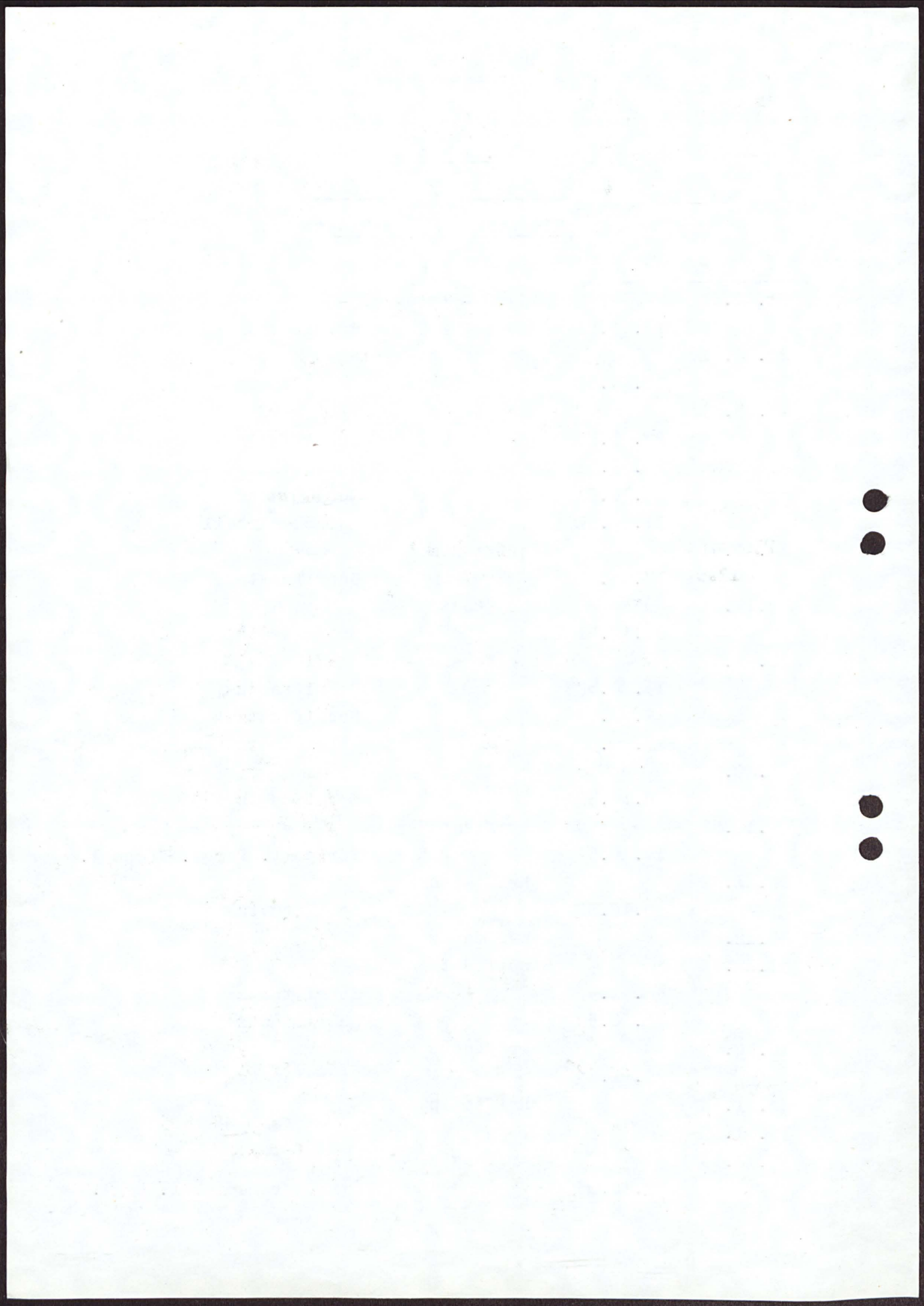
- 2 -





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



53

- 2 -

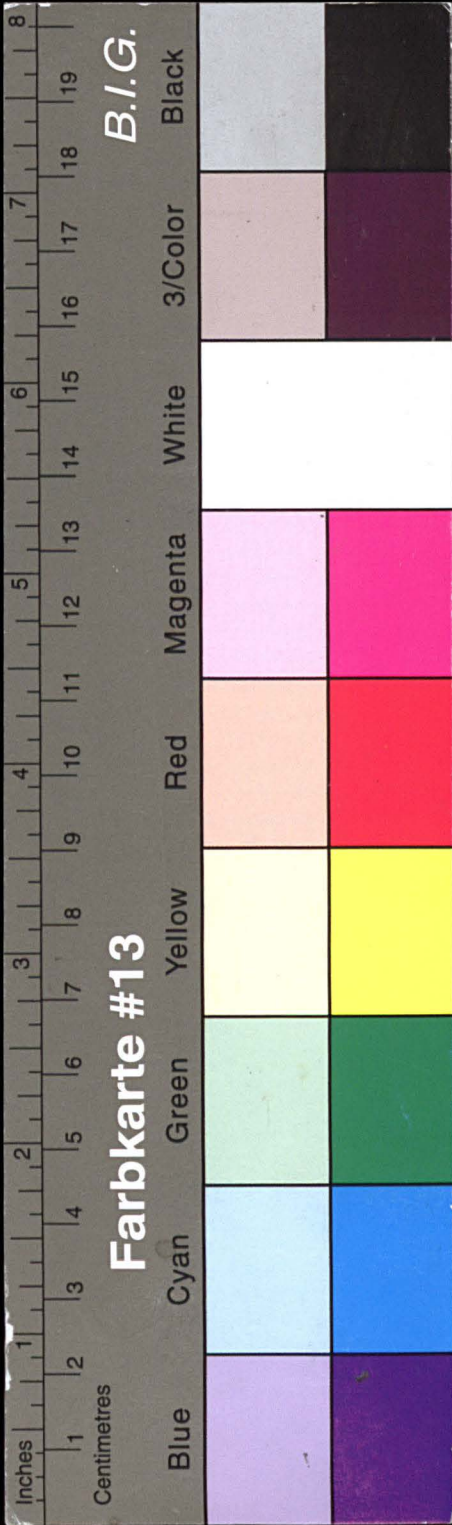
<u>Neuspa 64</u>	<u>Stospa</u>	
5. 1.54		Schriftsatz
	6. 1.54	Schriftsatz
	12. 1.54	Schriftsatz
	2. 3.54	Urteil der I. Instanz

II. Instanz

<u>Neuspa 64</u>	/	<u>Stospa</u>
<u>Klägerin und</u> <u>Berufungsbeklagte</u>	/	<u>Beklagte und</u> <u>Berufungsklägerin</u>
<u>Neuspa 64</u>	<u>Stospa</u>	
	30. 4.54	Berufung
	29. 6.54	Berufungsbegründung
23.11.54		Schriftsatz - Anlagen 1 - 13
7.12.54		Schriftsatz
	20.12.54	Schriftsatz
	20.12.54	Schriftsatz - Anl. 1 - 3
	20.12.54	Schriftsatz
	4. 1.55	Schriftsatz - Anl. 4 - 7
	27. 1.55	Schriftsatz
31. 1.55		Schriftsatz
	11. 3.55	Schriftsatz
	21. 3.55	Beweisaufnahme
	2. 4.55	Schriftsatz
	5. 5.55	Berichtigung (Beweisaufn. 21.3.55)
	16. 5.55	Schriftsatz
	19. 7.55	Beweisaufnahme
	5.10.55	Schriftsatz
7.10.55		Schriftsatz
	15.10.55	Schriftsatz
	11.11.55	Urteil der II. Instanz
	27.12.55	Schriftsatz
28.12.55		Schriftsatz
	6. 2.56	1. Beschluß OLG
	6. 2.56	2. Beschluß OLG

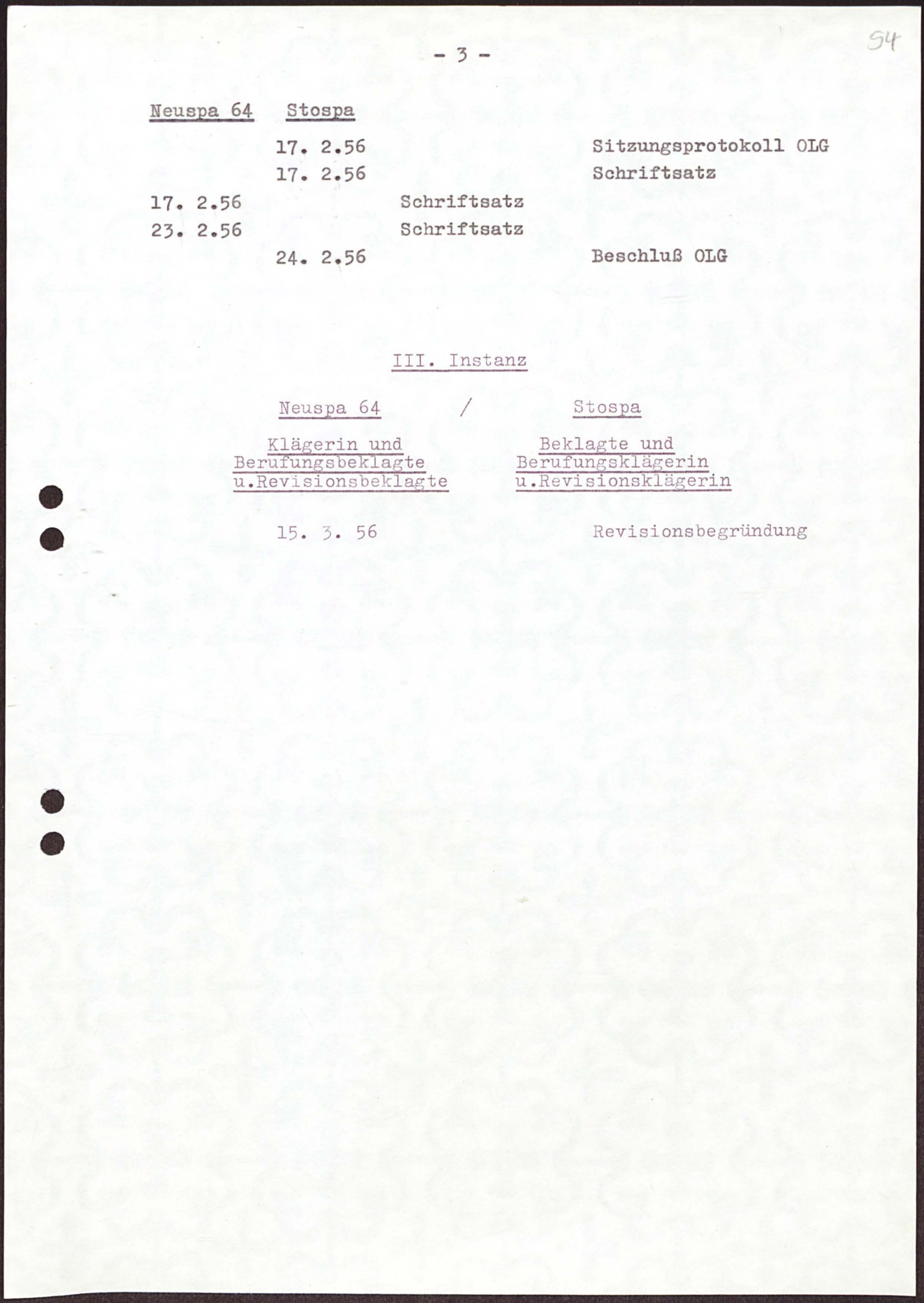
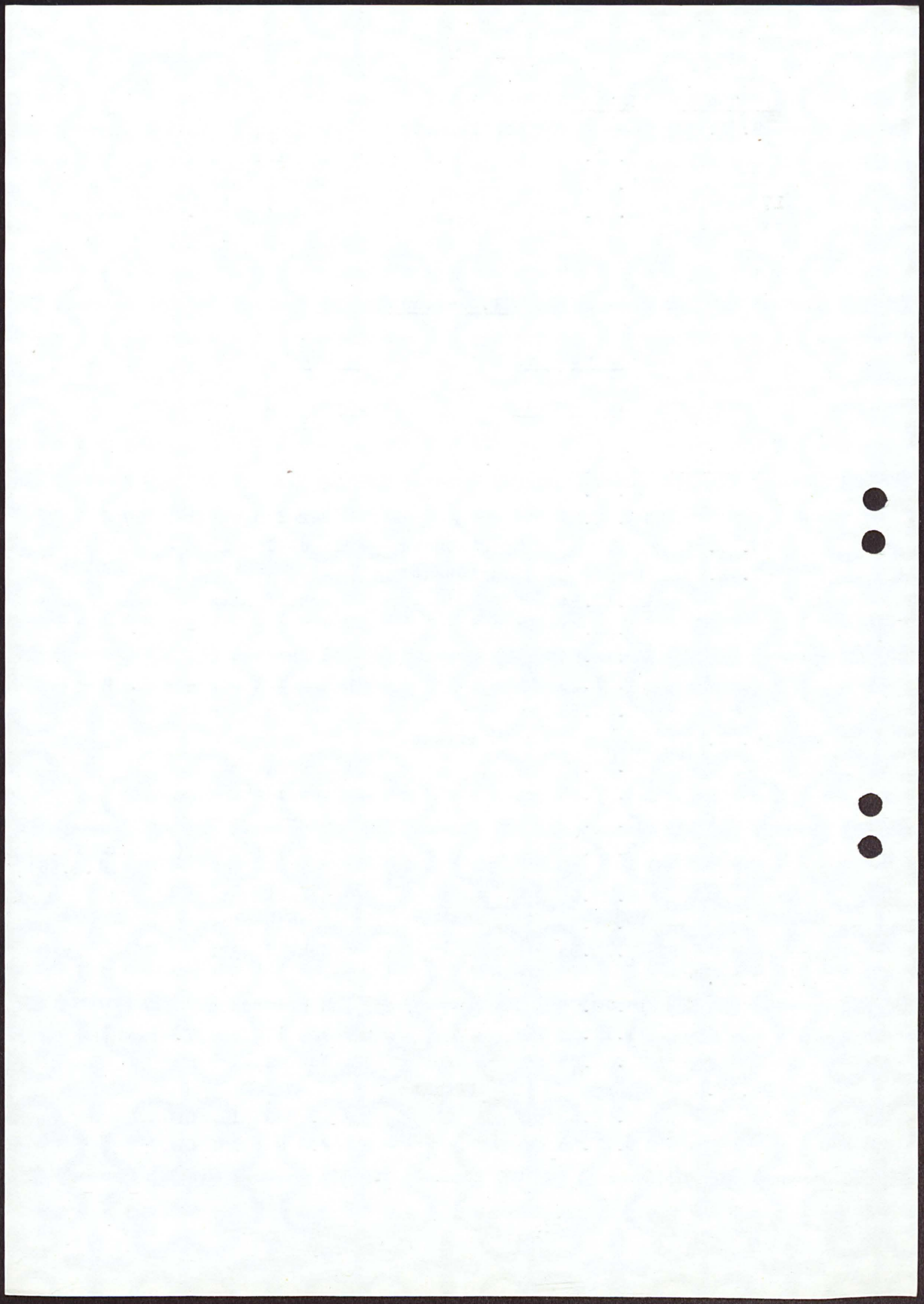
- 3 -





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

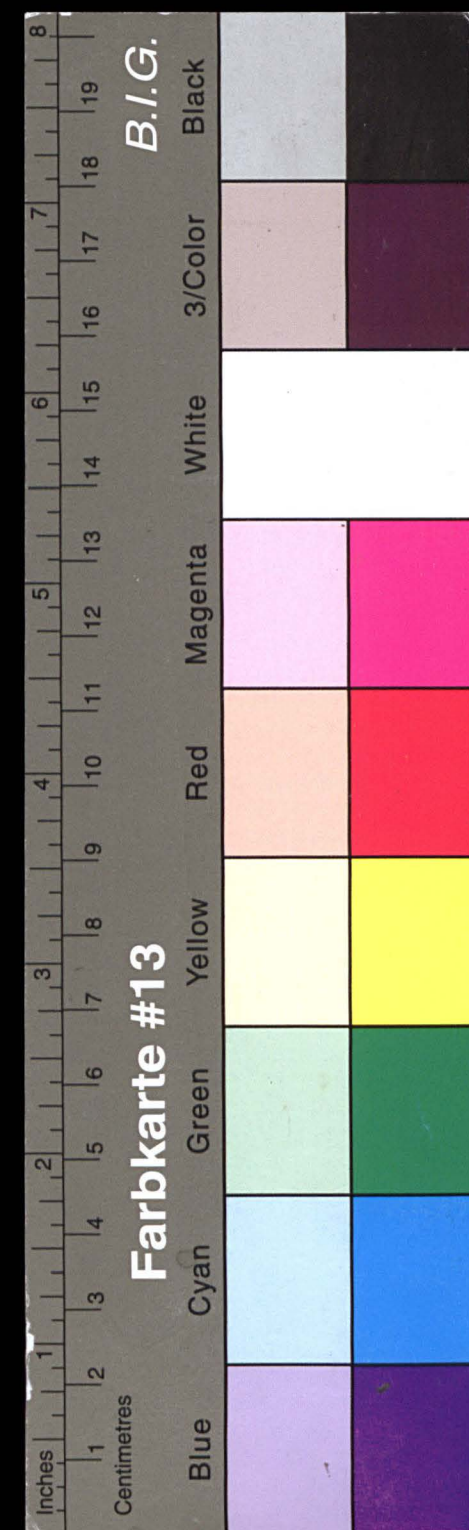


<u>Neuspa 64</u>	<u>Stospa</u>	
17. 2.56	17. 2.56	Sitzungsprotokoll OLG
23. 2.56	17. 2.56	Schriftsatz
		Schriftsatz
	24. 2.56	Beschluß OLG

III. Instanz

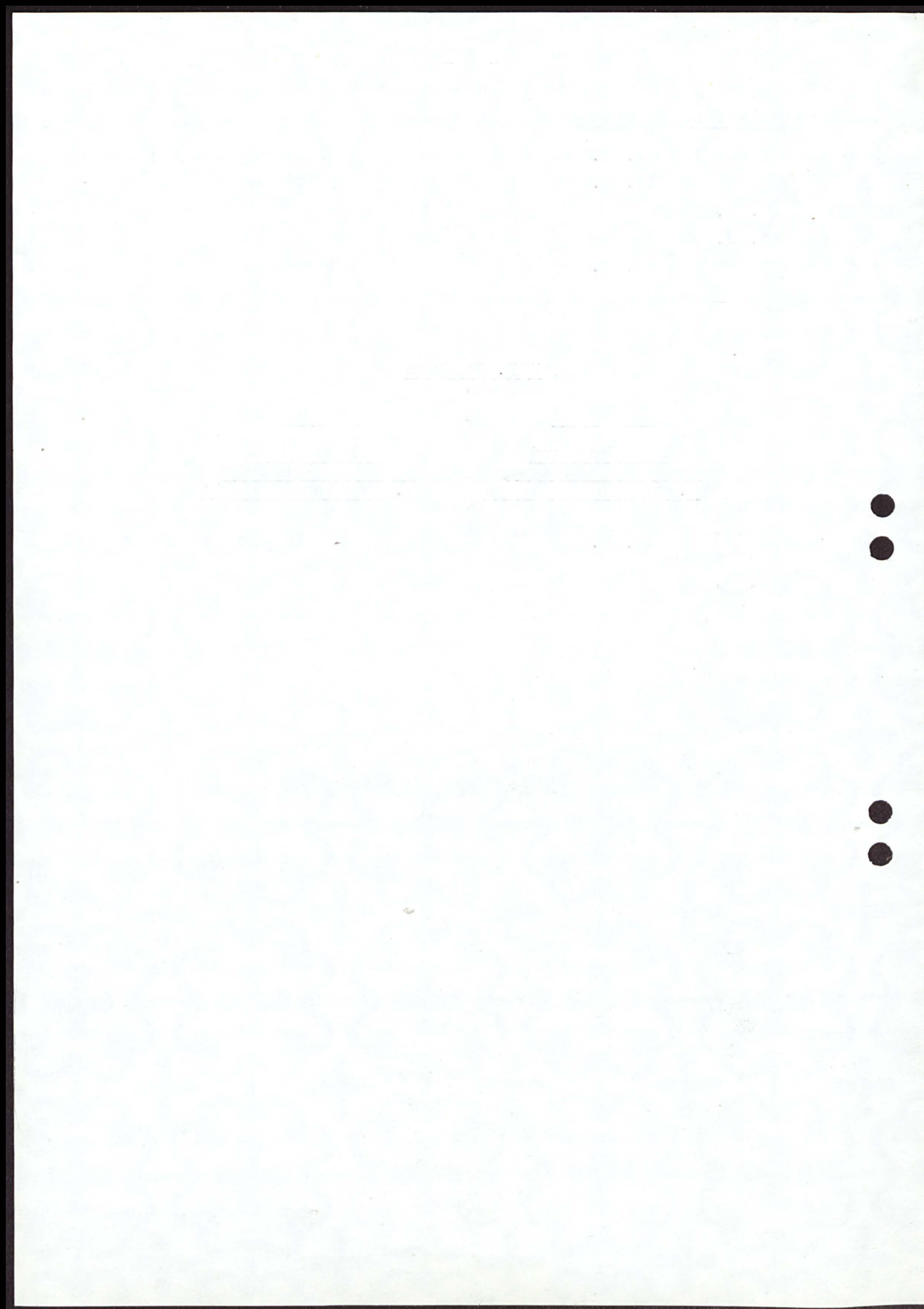
<u>Neuspa 64</u>	/	<u>Stospa</u>
<u>Klägerin und</u> <u>Berufungsbeklagte</u> <u>u.Revisionsbeklagte</u>		<u>Beklagte und</u> <u>Berufungsklägerin</u> <u>u.Revisionsklägerin</u>
15. 3. 56		Revisionsbegründung





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



55

Stospa . /. Neuspa 64

I. Instanz

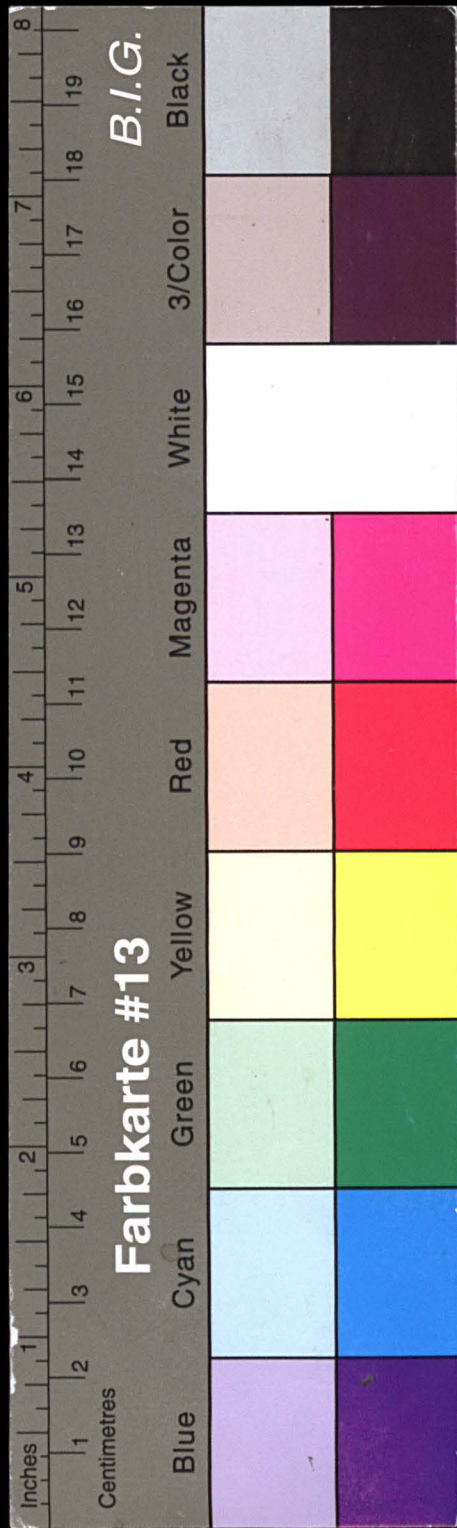
15. 3.51	- <del>XX</del> Schriftsatz
28. 4.51	- Schriftsatz - fehlt -
22. 5.51	- <del>XX</del> Schriftsatz - Zuständigkeit
28. 5.51	- <del>X</del> Schriftsatz
10. 8.51	- Schriftsatz - Zuständigkeit
31. 8.51	- <del>XX</del> <u>Zwischenurteil</u>
17.11.51	- <del>XX</del> Schriftsatz
20.12.51	- Schriftsatz
13. 2.52	- <del>XX</del> Schriftsatz
18. 2.52	- <del>XX</del> Schriftsatz
12. 8.52	- Schriftsatz
9.10.52	- <del>XX</del> Schriftsatz
14.10.52	- <del>XX</del> Gerichtl. Vergleichsvorschlag
8.12.52	- Schriftsatz
6. 1.53	- Schriftsatz
6.10.53	- Schriftsatz
9.11.53	- <del>XX</del> Schriftsatz
8.12.53	- <del>XX</del> Erneuter gerichtl. Vergleichsvorschlag
6. 1.54	- <del>XX</del> Schriftsatz
12. 1.54	- <del>XX</del> Schriftsatz
2. 3.54	- <del>X</del> <u>Urteil der I. Instanz</u>

II. Instanz

30. 4.54	- Berufung
29. 6.54	- <del>XX</del> Berufungsbegründung
20.12.54	- <del>XX</del> Schriftsatz - Grundstück Hellbrook
20.12.54	- <del>XX</del> Schriftsatz - Anlage 1 - 3
20.12.54	- Schriftsatz
4. 1.55	- <del>XX</del> Schriftsatz - Anlage 4 - 7
27. 1.55	- Schriftsatz
11. 3.55	- Schriftsatz
21. 3.55	- <del>XX</del> Beweisaufnahme
2. 4.55	- Schriftsatz
5. 5.55	- Berichtigung (Beweisaufnahme 21.3.55)

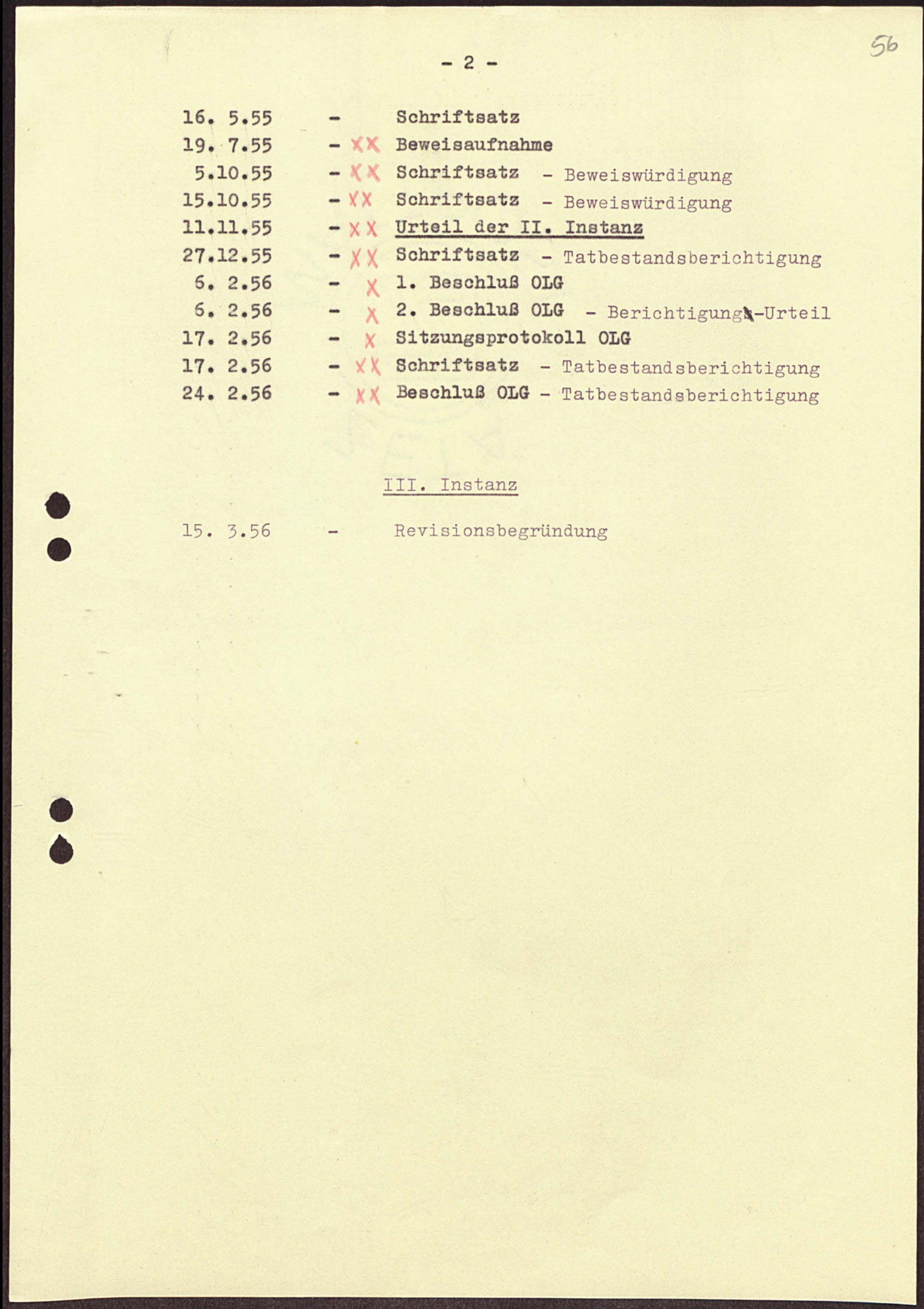
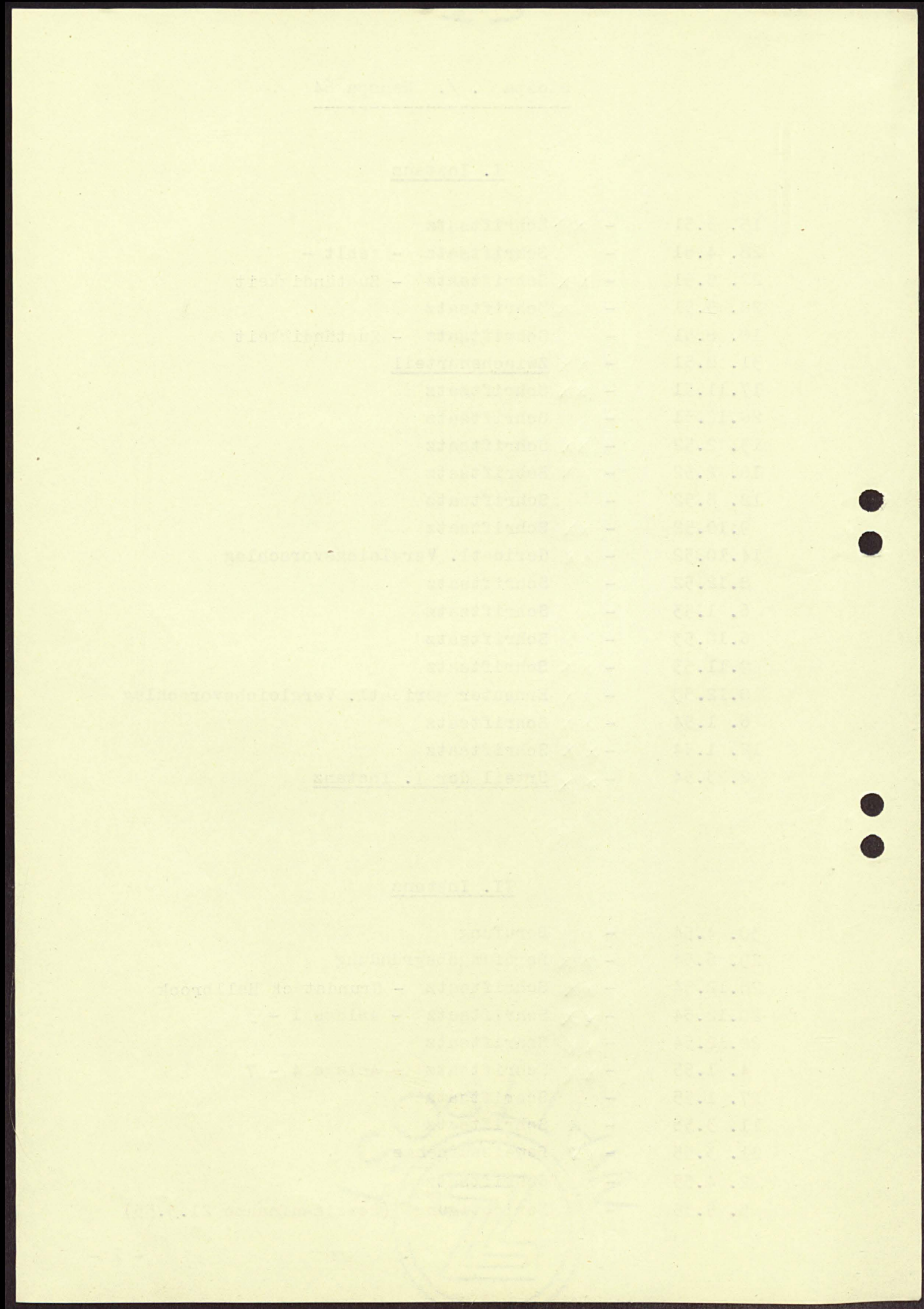
- 2 -





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



- 2 -

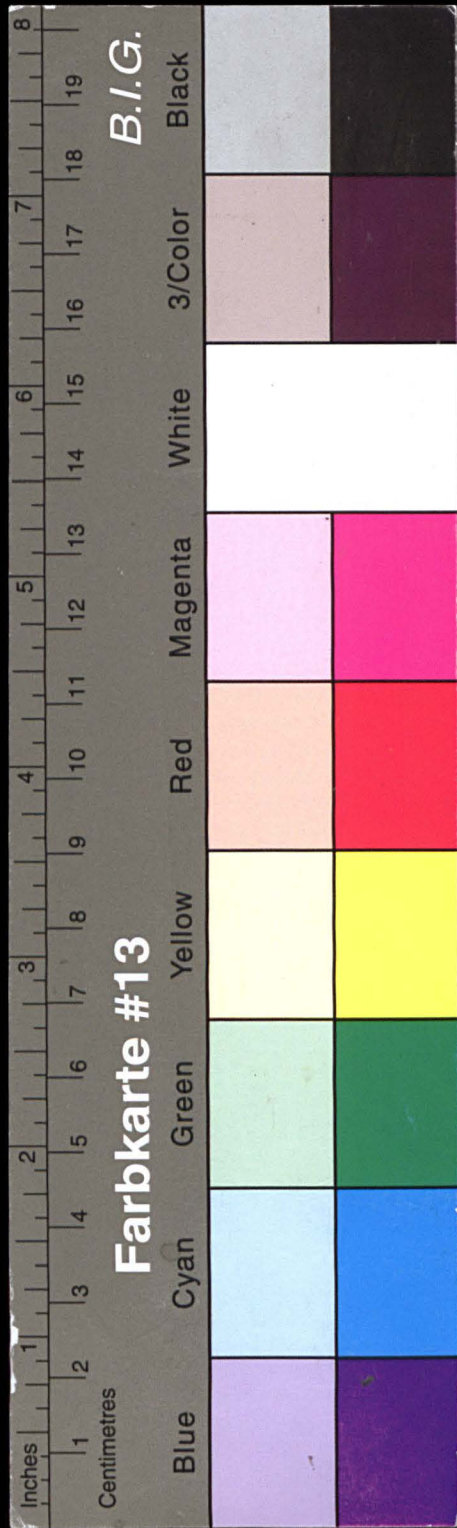
56

- 16. 5.55 - Schriftsatz
- 19. 7.55 - ~~XX~~ Beweisaufnahme
- 5.10.55 - ~~XX~~ Schriftsatz - Beweiswürdigung
- 15.10.55 - ~~XX~~ Schriftsatz - Beweiswürdigung
- 11.11.55 - ~~XX~~ Urteil der II. Instanz
- 27.12.55 - ~~XX~~ Schriftsatz - Tatbestandsberichtigung
- 6. 2.56 - ~~X~~ 1. Beschluß OLG
- 6. 2.56 - ~~X~~ 2. Beschluß OLG - Berichtigung\Urteil
- 17. 2.56 - ~~X~~ Sitzungsprotokoll OLG
- 17. 2.56 - ~~XX~~ Schriftsatz - Tatbestandsberichtigung
- 24. 2.56 - ~~XX~~ Beschluß OLG - Tatbestandsberichtigung

## III. Instanz

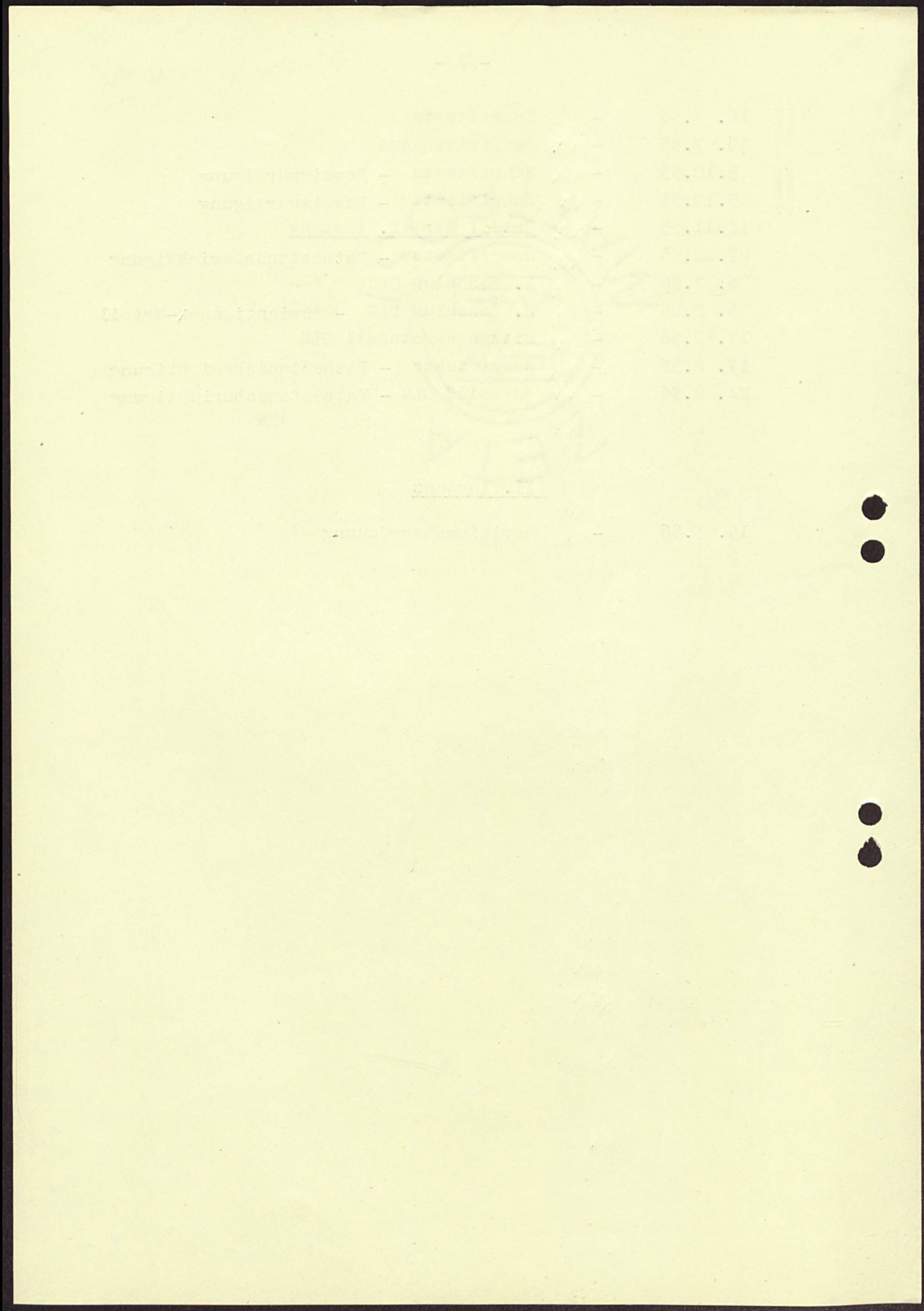
- 15. 3.56 - Revisionsbegründung





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



57

Neuspa 64 / Stospa

---

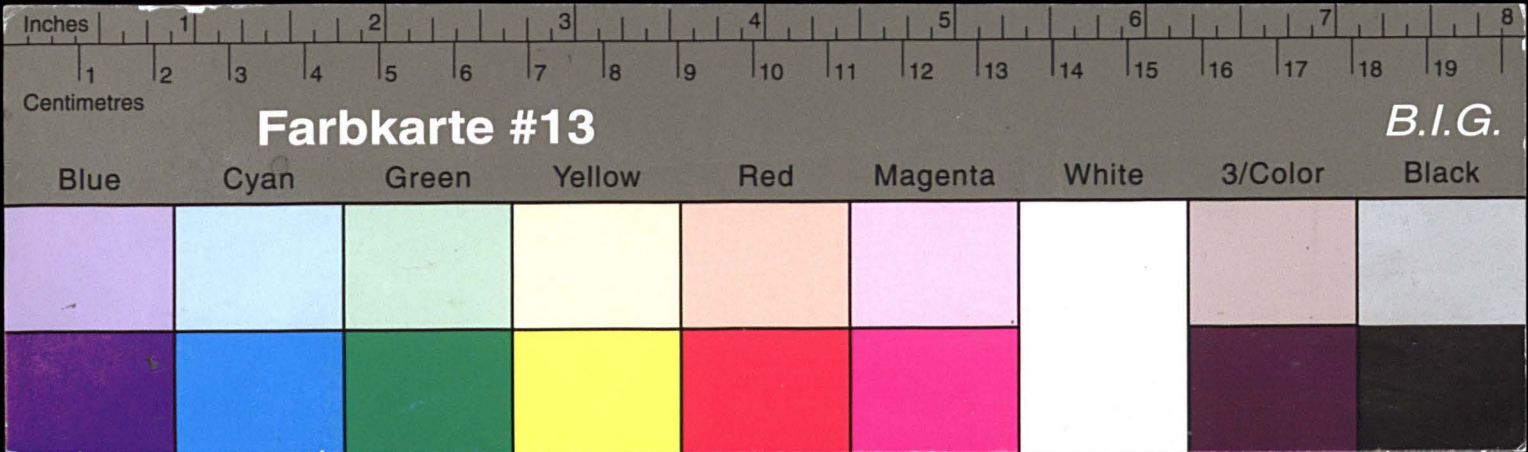
I. Instanz

21. 2. 51	- XX Klage	- Anlage 1 -
24. 4. 51	- XX Schriftsatz	- Anlagen 2 und 3 -
15. 5. 51	- Schriftsatz	- Zuständigkeit -
24. 10. 51	- Schriftsatz	
18. 12. 51	- Schriftsatz	
21. 1. 52	- XX Schriftsatz	- Anlage I -
4. 10. 52	- Schriftsatz	
9. 10. 52	- Schriftsatz	- Rendsburger Protokoll -
22. 11. 52	- Schriftsatz	
20. 12. 52	- Schriftsatz	
31. 12. 52	- Schriftsatz	
10. 10. 53	- X Schriftsatz	- Klagformulierung -
14. 11. 53	- Schriftsatz	
17. 11. 53	- X Antrag	
7. 12. 53	- Schriftsatz	
5. 1. 54	- X Schriftsatz	- Klagformulierung -

II. Instanz

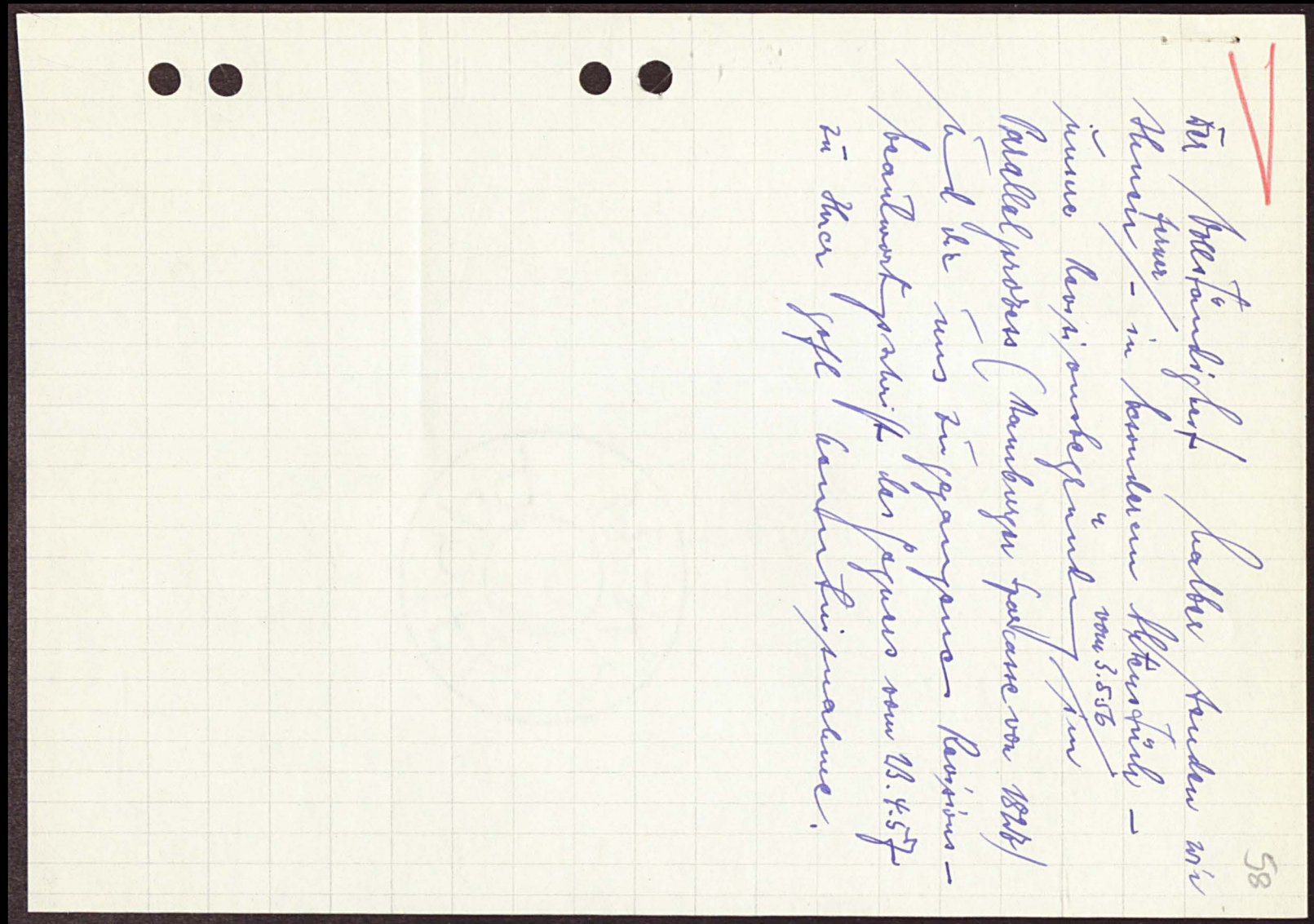
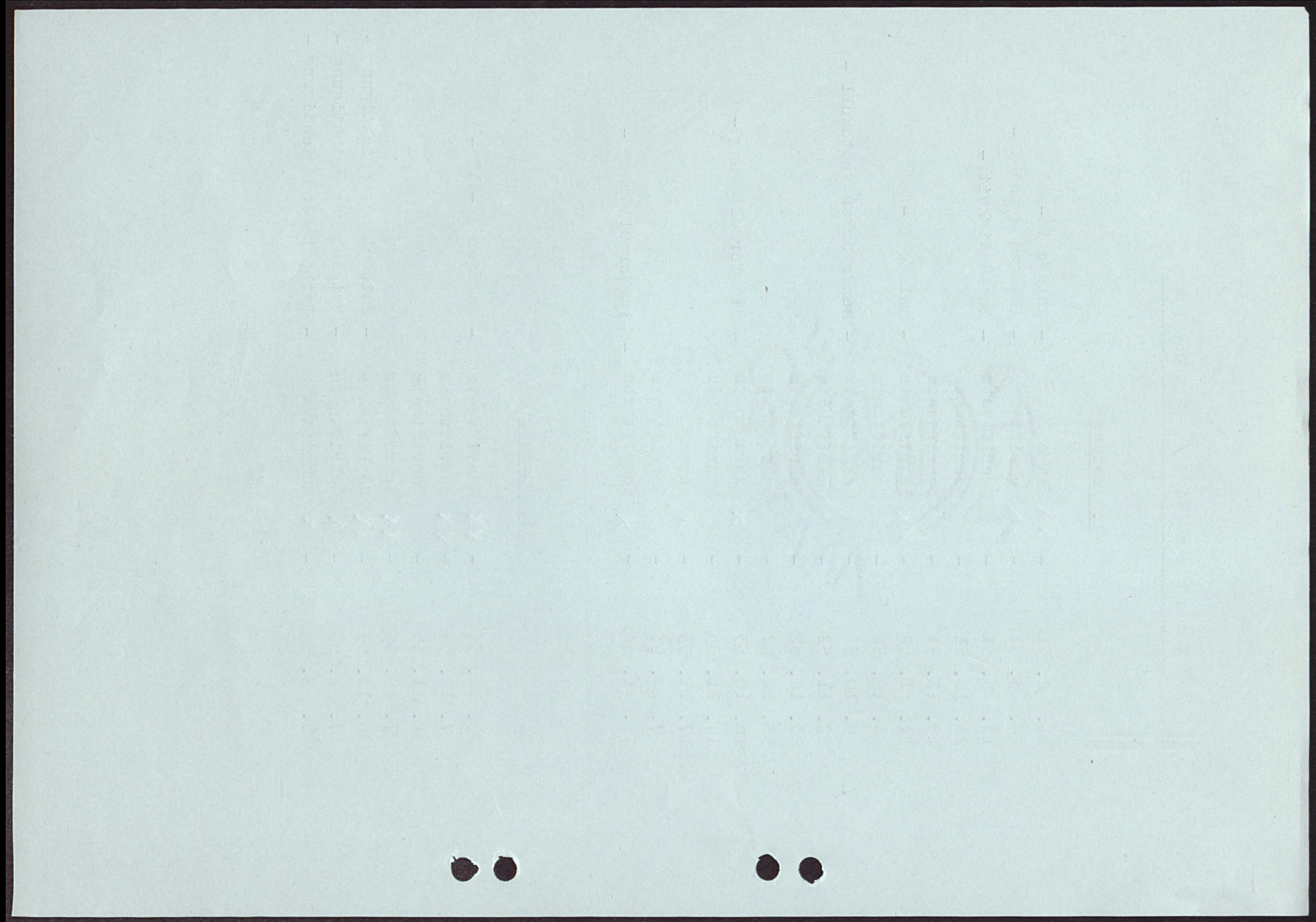
23. 11. 54	- XX Schriftsatz	- Anlagen 1 - 13 -
7. 12. 54	- XX Schriftsatz	
31. 1. 55	- Schriftsatz	
7. 10. 55	- XX Schriftsatz	- Tatbestandsberichtigung -
28. 12. 55	- XX Schriftsatz	- Tatbestandsberichtigung -
17. 2. 56	- X Schriftsatz	- Tatbestandsberichtigung -
23. 2. 56	- X Schriftsatz	- Tatbestandsberichtigung -





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

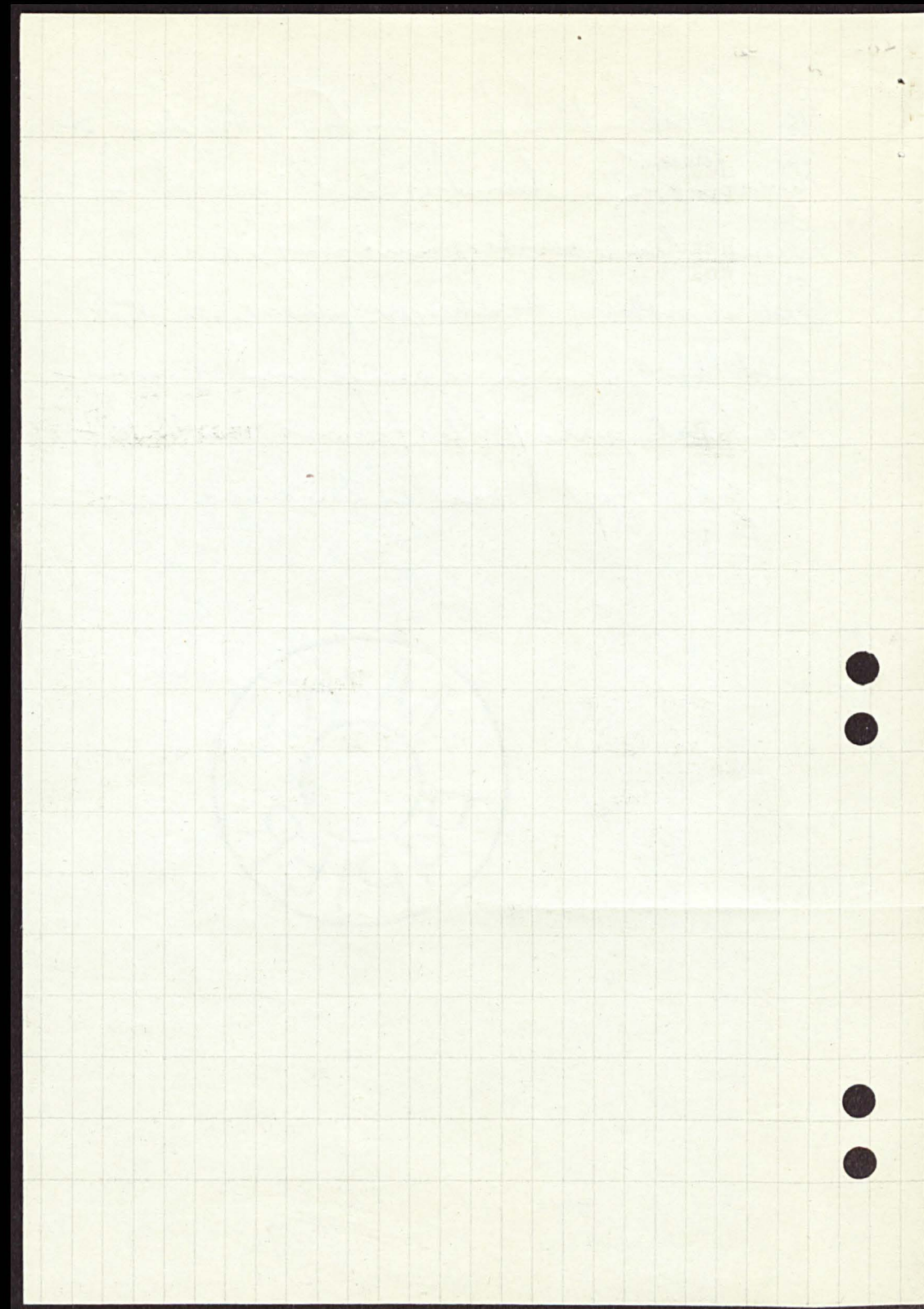






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



Entwurf!

59

Herrn  
Prof. F o r s t h o f f

Heidelberg - Schlierbach  
Wolfbrunnenweg 13

Betr.: Hamburger Sparkassenprozeß

Sehr geehrter Herr Professor!

Wir kommen zurück auf die mit Ihnen in Ihrem Hause geführte Unterredung, in welcher Sie sich freundlicherweise bereit erklärten, für uns in obiger Prozeßangelegenheit ein Gutachten zu erstatten, daß unserer Prozeßführung förderlich und dienlich sein kann.

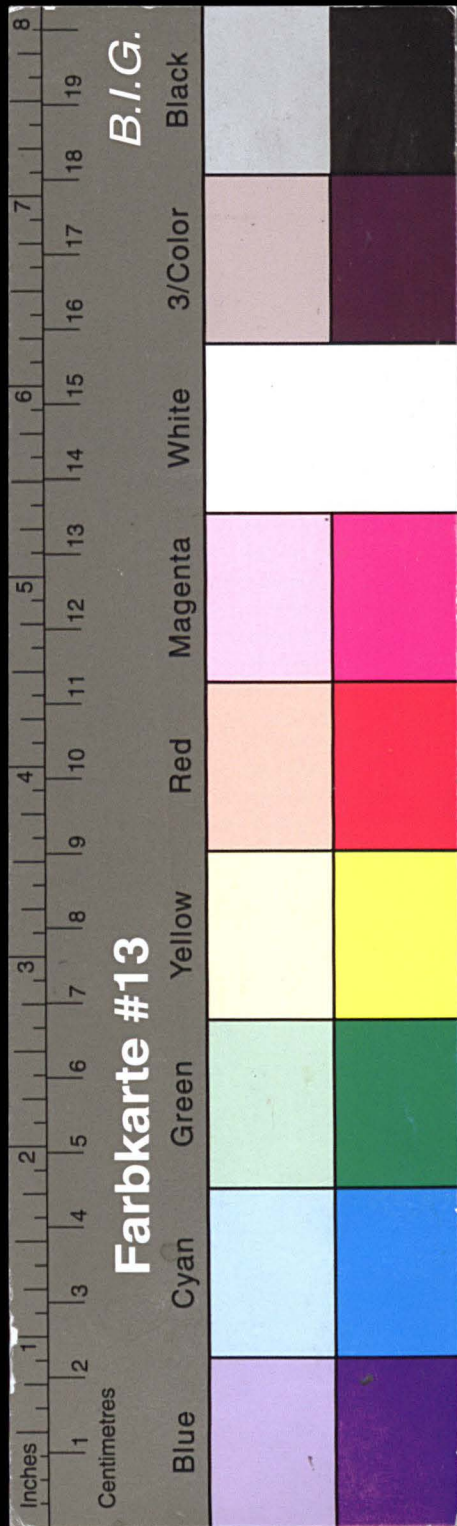
*als Vorprotokoll*

Wir übersenden Ihnen - mit besonderer Post/- vereinbarungsgemäß den Prozeßstoff "Neue Sparcasse von 1864 gegen Kreissparkasse Stormarn" wobei wir darauf hinweisen, daß der Prozeßstoff in Sachen "Hamburger Sparcasse von 1827 gegen Kreissparkasse Stormarn" in der Sache selbst der gleiche ist. Es besteht nur insoweit eine Abweichung, als laut gemeinsamen Vertrag mit den beiden Hamburger Sparkassen an die Hamburger Sparcasse von 1827 irgendein Grundstück nicht zu übergeben war.

Zu der rein formellen Anordnung des Ihnen übersandten Prozeßstoffes machen wir noch folgende Ausführungen:

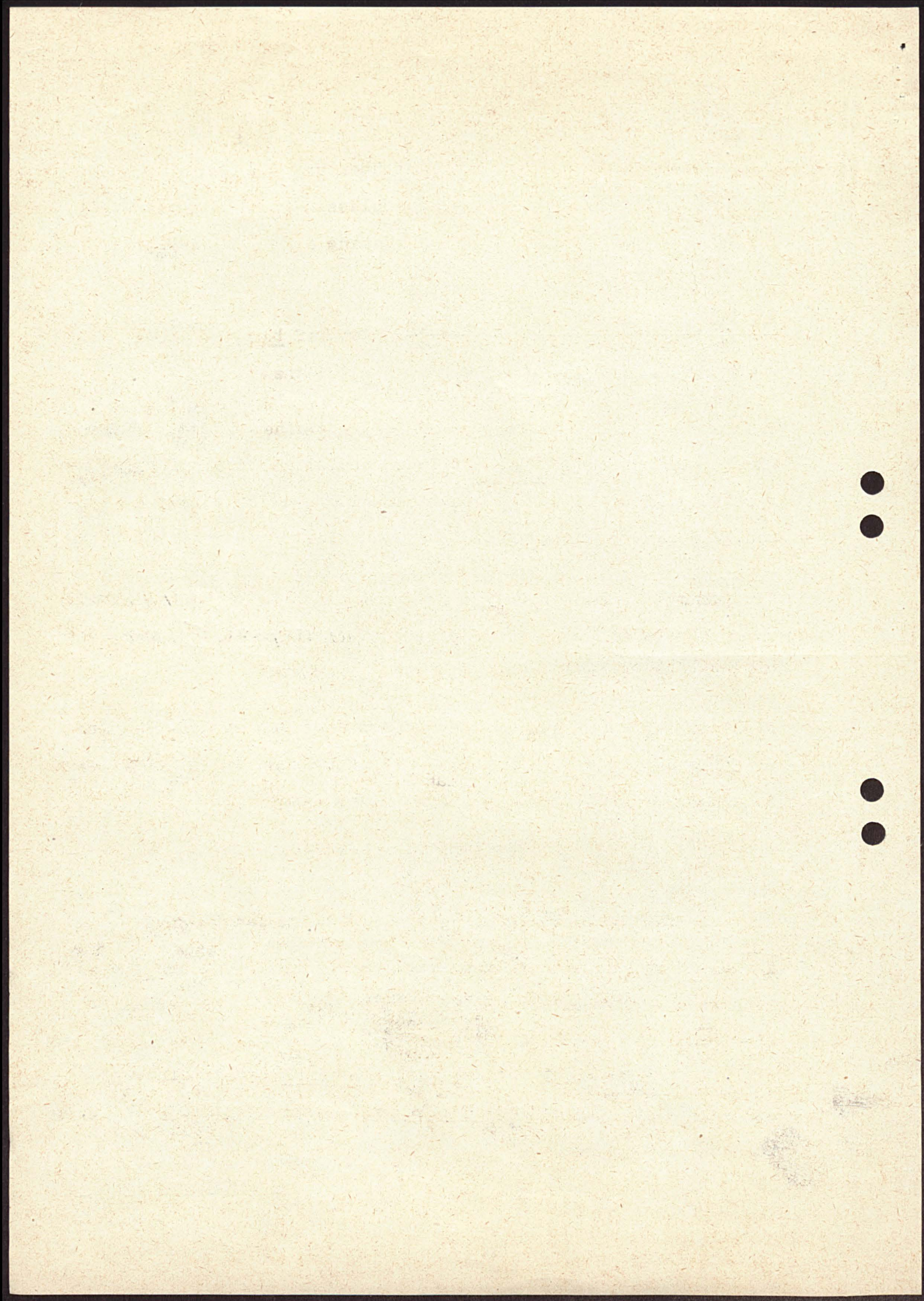
- 1.) Der Akte liegt vorgeheftet auf weißem Papier eine datumsmäßige Reihenfolge sämtlicher Schriftsätze und Urteile,





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



60

- 2 -

2.) Der Akte liegt ferner vorgeheftet auf gelbem Papier eine zeitlich geordnete Übersicht über unsere Schriftsätze, wobei wir die ergangenen Beschlüsse pp., Zwischenurteil und Urteile der I. und II. Instanz hier mit aufgeführt haben.

3.) Der Akte liegt ferner vorgeheftet auf blauem Papier eine Übersicht der gegnerischen Schriftsätze.

Vor jedem Schriftsatz liegt jeweils ein Zwischenblatt mit Datumsangabe, und zwar auf gelbem Papier, soweit es sich um unsere Schriftsätze handelt, auf blauem Papier, soweit es sich um gegnerische Schriftsätze handelt.

Wir hoffen, Ihnen mit dieser aktenmäßigen Behandlung die Arbeit zu erleichtern. Selbstverständlich überlassen wir es Ihnen, die Zwischenblätter mit Arbeitsnotizen zu versehen.

Hinsichtlich des Inhaltes und des Umfanges des zu erstellenden Gutachtens wiederholen wir unsere Ausführungen in der mündlichen Besprechend dahingehend, daß Sie zu der Frage

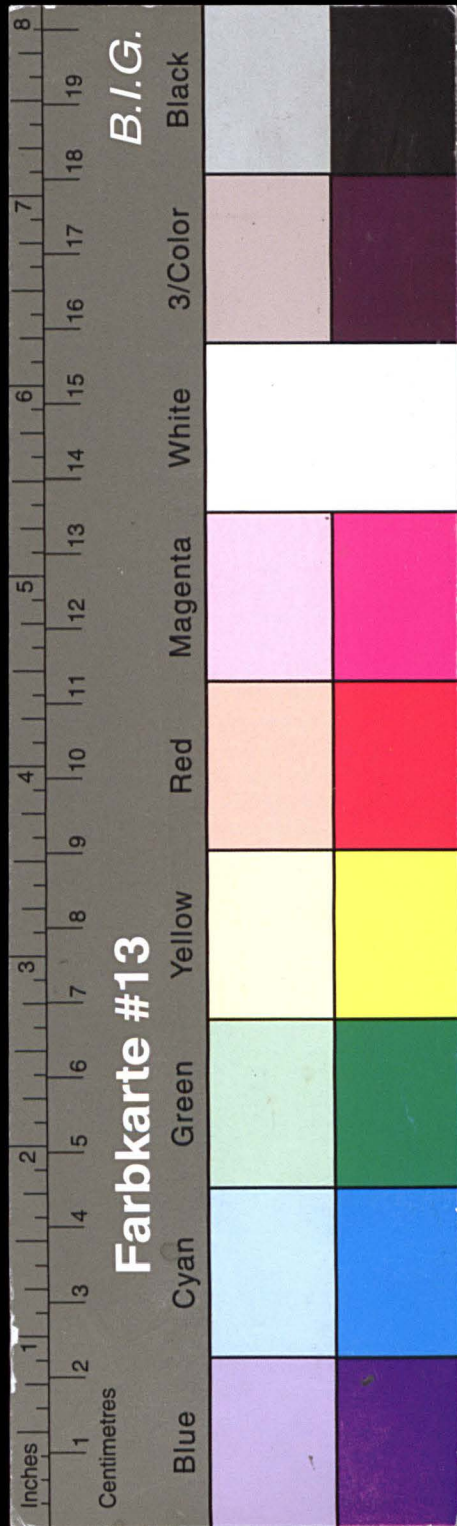
des fehlenden Siegels

und

der fehlenden aufsichtsbehördlichen Genehmigung

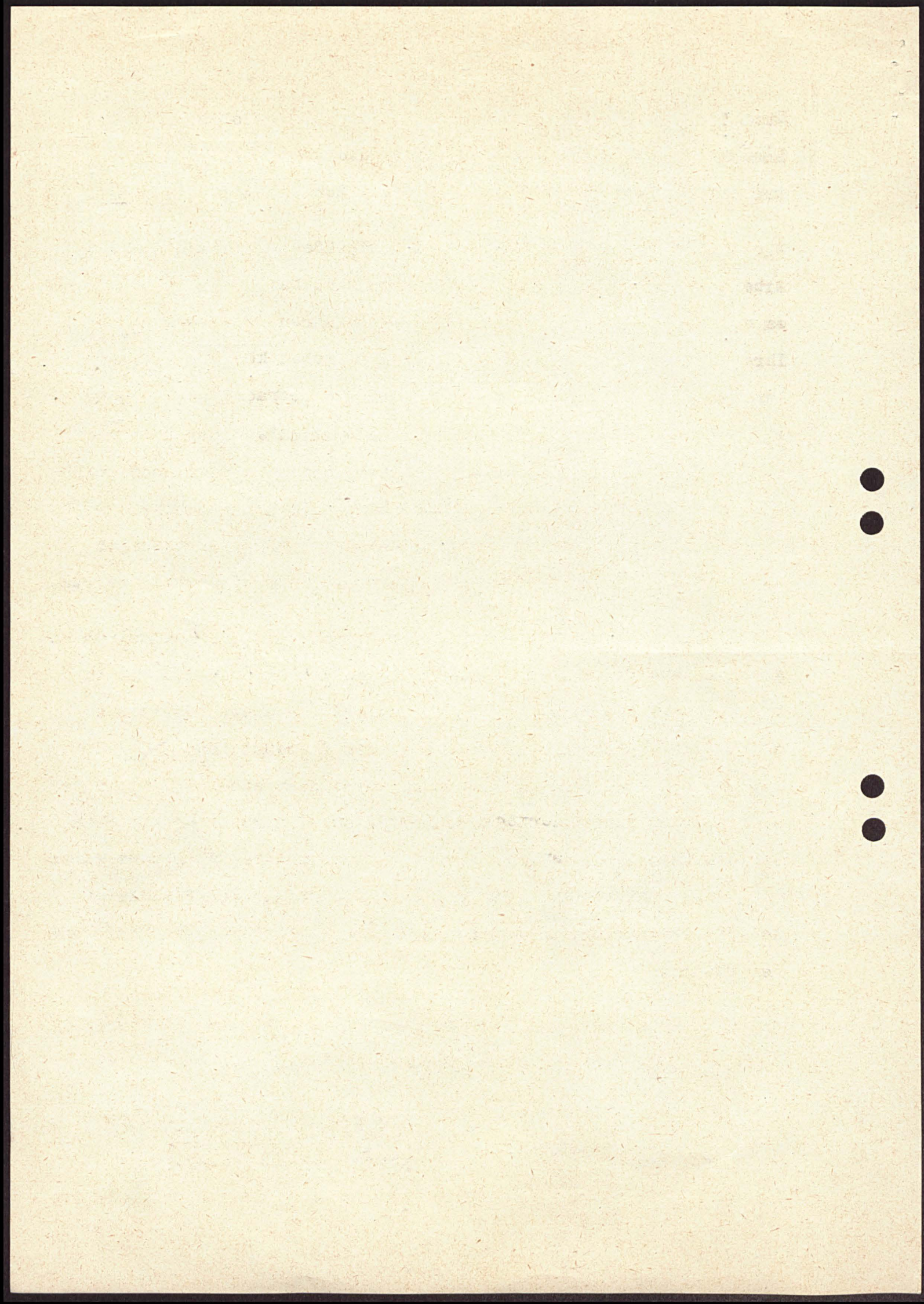
insbesondere Stellung nehmen. Darüber hinaus bitten wir Sie aber, nach Durchsicht des Prozeßstoffes auch die von Ihnen schon in der mündlichen Besprechung angeschnittene Frage von Treu und Glauben im öffentlichen Recht zu prüfen und ebenso weitere Punkte, die nach Ihrer Meinung für unseren Rechtsstandpunkt günstig sein könnten, zu untersuchen.





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



61

- 3 -

Eine Terminbestimmung ist bislang noch nicht erfolgt; doch ist immerhin damit zu rechnen, daß diese u.U. bald erfolgen kann und uns alsdann nur noch ein oder zwei Monate Zeit verbleiben.

Wir würden es daher außerordentlich begrüßen, wenn Sie diese Arbeit baldigst in Angriff nehmen könnten. Darüber hinaus wäre es uns erwünscht, von Ihnen vorab zu erfahren, wann Sie uns etwa Ihre vorläufige mündliche Stellungnahme geben könnten. Wie wir bereits damals in Heidelberg zum Ausdruck gebracht haben, sind wir jederzeit - auch zwischenzeitlich - bereit, diese Erörterung bei Ihnen in Heidelberg zu führen. Wir sind aber auch durchaus damit einverstanden, daß diese Besprechung in Hamburg bzw. hier in Bad Oldesloe stattfindet, wobei es selbstverständlich ist, daß die Ihnen entstehenden Kosten von uns übernommen werden.

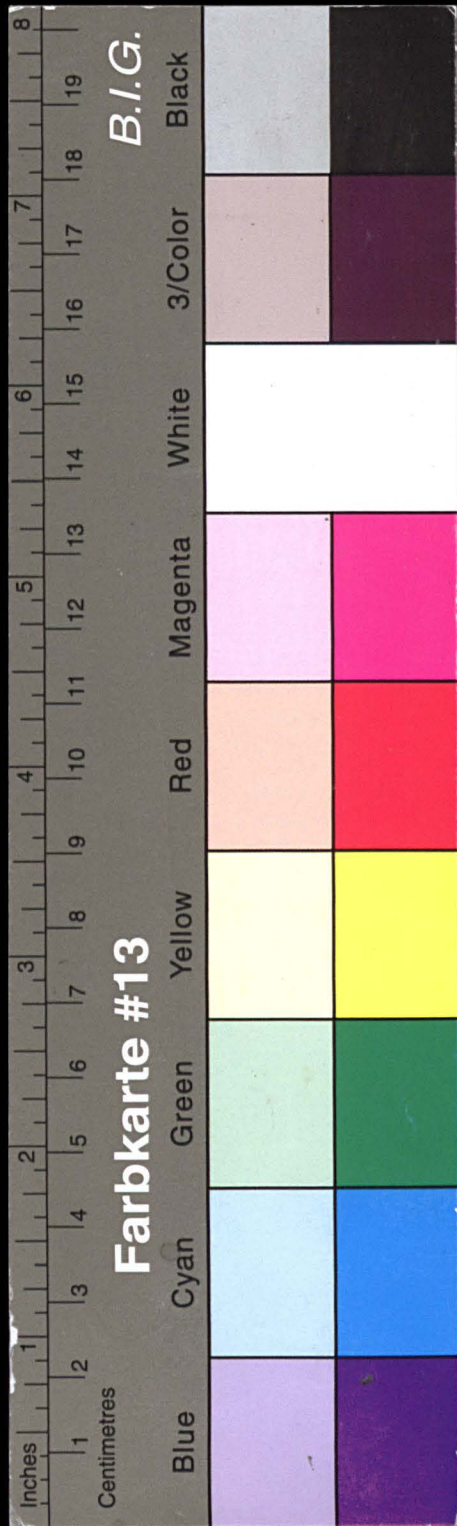
Wir dürfen unter Bezugnahme auf die bereits mit Ihnen mündlich angeschnittene Frage Ihres Honorars nochmals betonen, daß wir im Hinblick auf die Bedeutung des Prozesses für unser Institut an einer sehr eingehenden Untersuchung des Prozeßstoffes ~~sehr~~ interessiert und auch durchaus damit einverstanden sind, daß Sie einen oder mehrere Ihrer Herren Assistenten zur Mitarbeit heranziehen. Für die Beschlußfassung im Verwaltungsrat unserer Sparkasse wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns nach Durchsicht des Prozeßstoffes die voraussichtliche Höhe Ihrer Honorarforderung noch mitteilen würden.

Indem wir Sie, sehr geehrter Herr Professor, bitten, sich dieser Angelegenheit doch baldigst annehmen zu wollen, verbleiben wir

mit vorzüglicher Hochachtung  
KREISSPARKASSE STORMARN

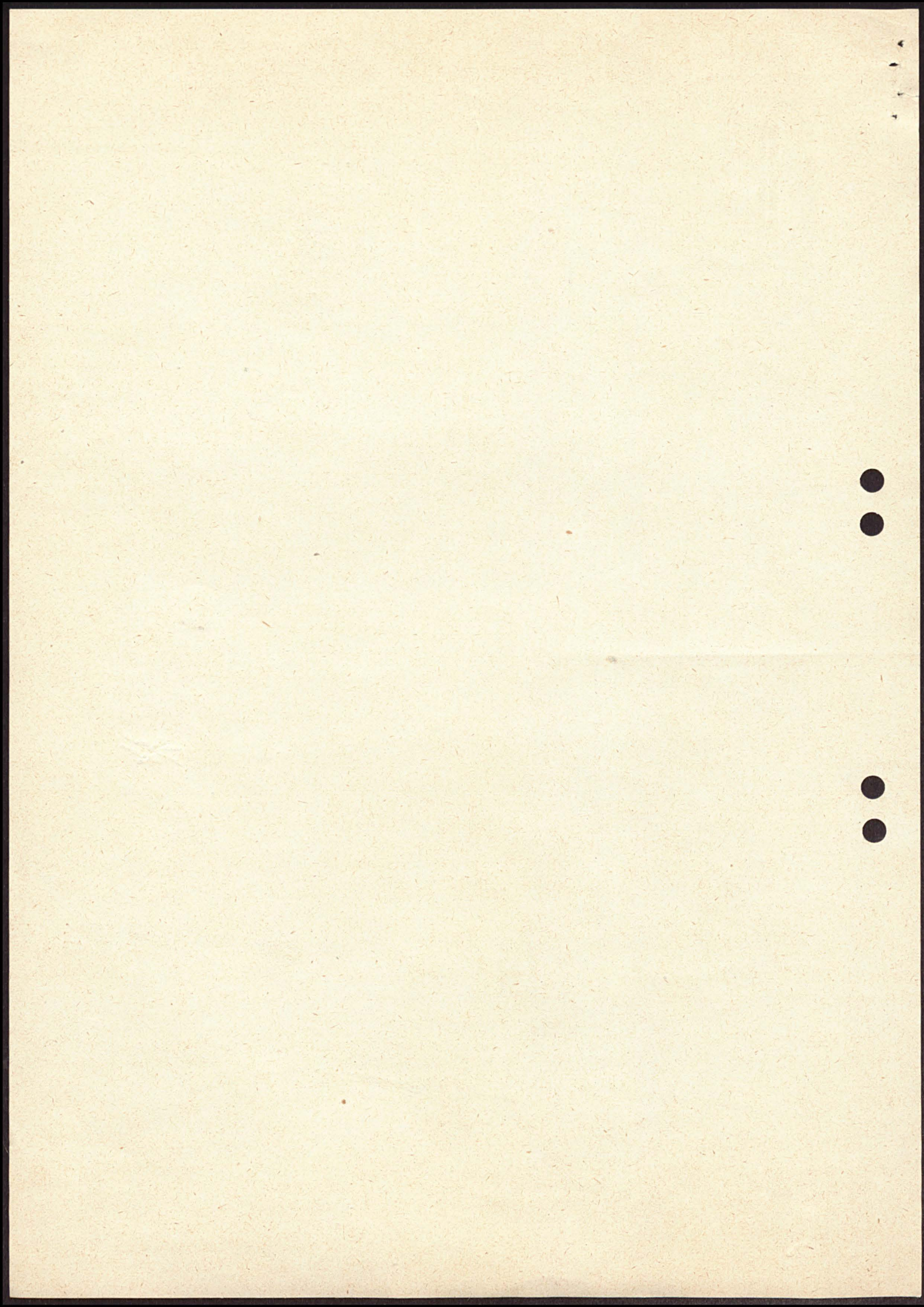
*H. Kimmwende 8/1.55 Kimmwende*






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552





## KREIS STORMARN

Der Landrat  
von der Groeben

G.-Z. \_\_\_\_\_

249 Bad Oldesloe, den 24. Juli 1957

Fernruf-Sammel-Nr. 2151  
Bank-Konto: Nr. 1025 bei der Kreissparkasse  
Postcheck-Konto: Hamburg 13  
Sprechstunden:  
Montags, mittwochs und freitags von 8-19 Uhr

Einschreiben

Herrn  
Professor Dr. Forsthoff  
in Heidelberg - Schlierbach  
-----  
Wolfsbrunnenweg 13

Sehr verehrter Herr Professor !

Sie werden sich vielleicht an unser Beisammensein gelegentlich einer Tagung des "Bielefelder Kreises" 1956 erinnern. Sie erzählten damals von Ihren schleswig-holsteinischen Eindrücken und von Land und Leuten hier, die Sie in gutem Andenken hatten.

Darf ich Sie wohl heute in Anknüpfung an jenes Gespräch fragen, ob Sie unter Umständen bereit wären, uns hier im Kreise Stormarn, den ich gerade damals übernahm, mit einem Rechtsgutachten zu helfen? Es handelt sich um folgendes:

Auf Grund einer am 30.12.1944 geschlossenen privatschriftlichen Vereinbarung verlangen die Hamburger Sparcasse von 1827 und die Neue Sparcasse von 1864 die Überführung der nach dem Gross-Hamburg Gesetz jetzt auf Hamburger Gebiet liegenden Zweigstellen der Kreissparkasse. Das Landgericht, sowie das Oberlandesgericht Hamburg haben die Kreissparkasse für verpflichtet erklärt, die Zweigstellen zu überführen. Hiergegen läuft die von der Kreissparkasse eingelegte Revision. Ich füge zu Ihrer Orientierung das Urteil des Oberlandesgerichts in Sachen der Neuen Sparcasse in der Anlage bei; das Urteil in Sachen der Hamburger Sparcasse von 1827 ist im wesentlichen gleichlautend.

Nach unserer Auffassung hat das OLG die allgemeinen Verhältnisse im Zeitpunkt des Vertrages, insbesondere aber die Frage der fehlenden Genehmigung des Vertrages durch den Regierungspräsidenten als Sparkassenaufsicht unrichtig beurteilt.

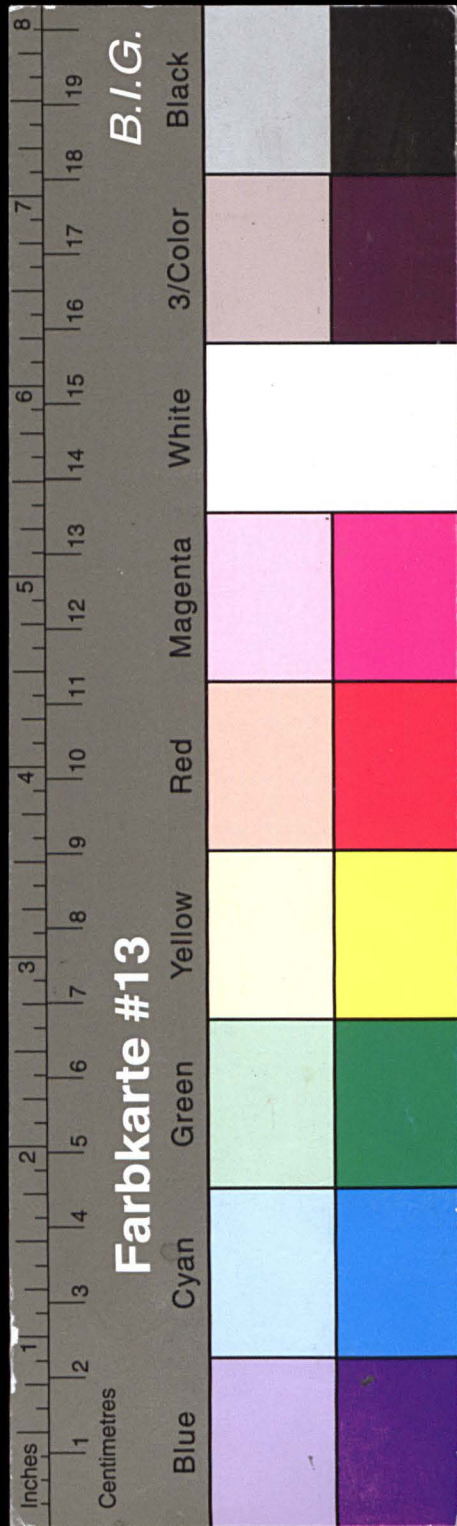
*Handwritten notes:*

*Wunderlich und ich werden heute die Ausführungen in Teil 5. 20 ff. zur Aufrechterhaltung der Genehmigung.*

*Für Archivmaterial mit 24/II 587*

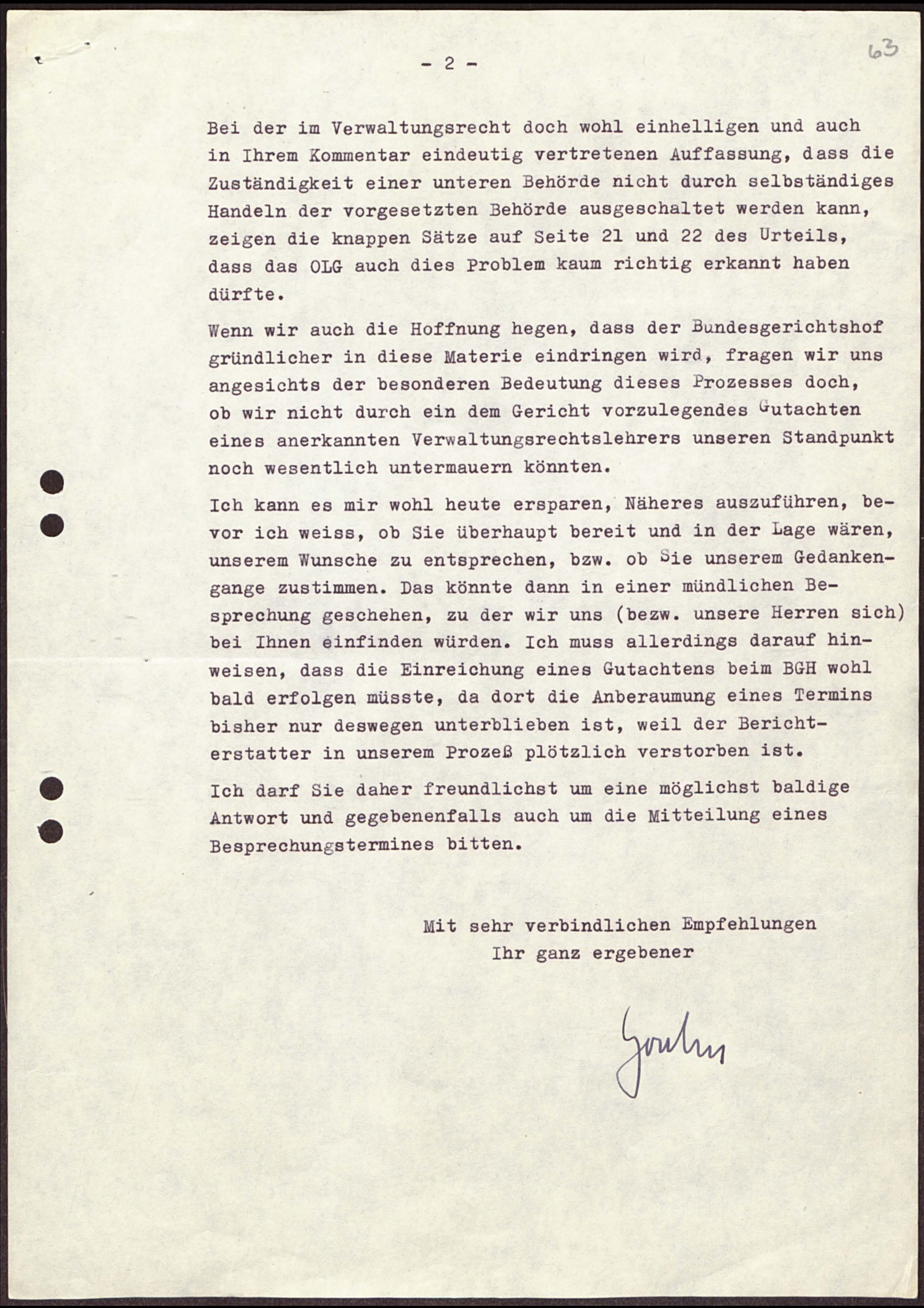
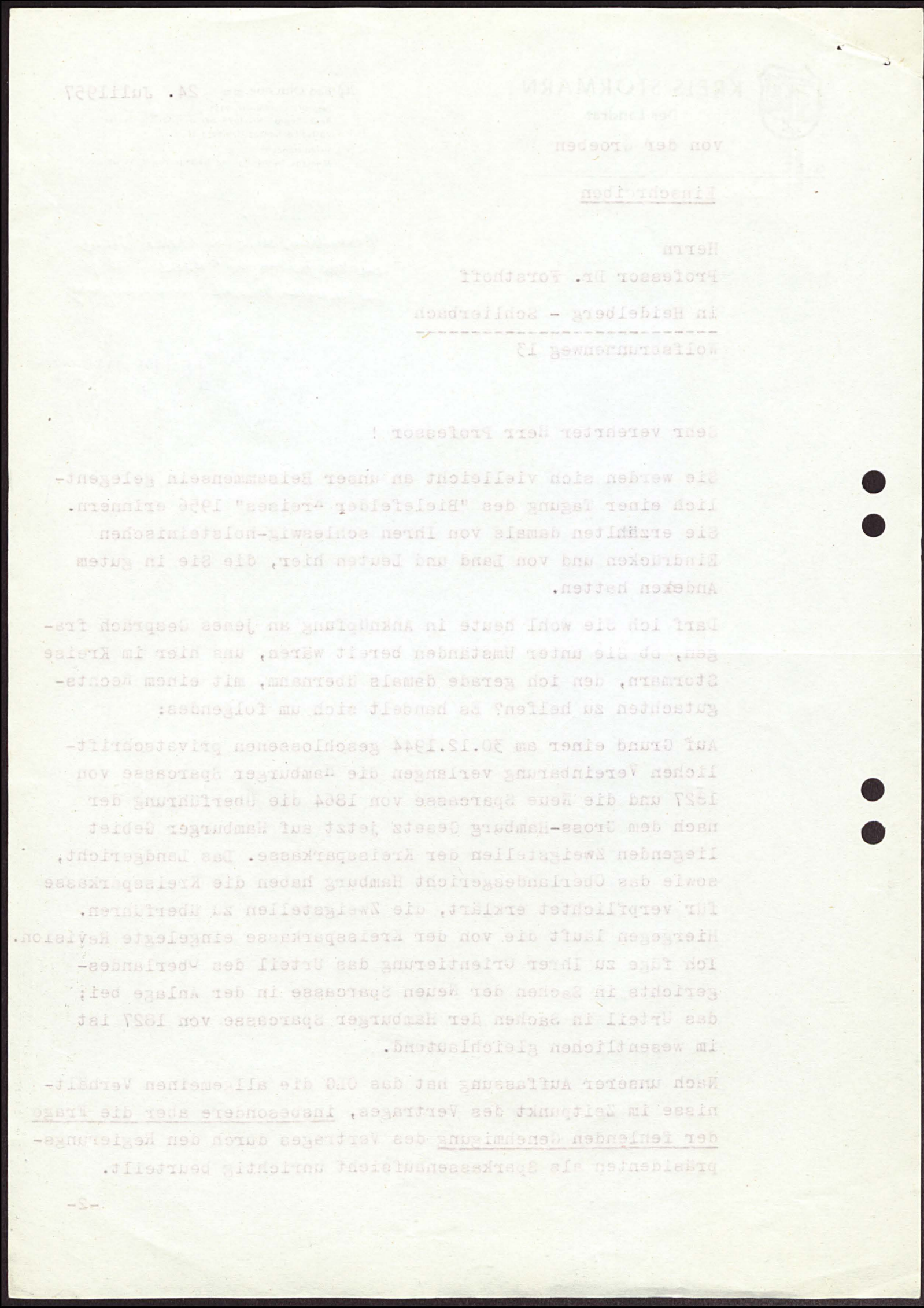
-2-



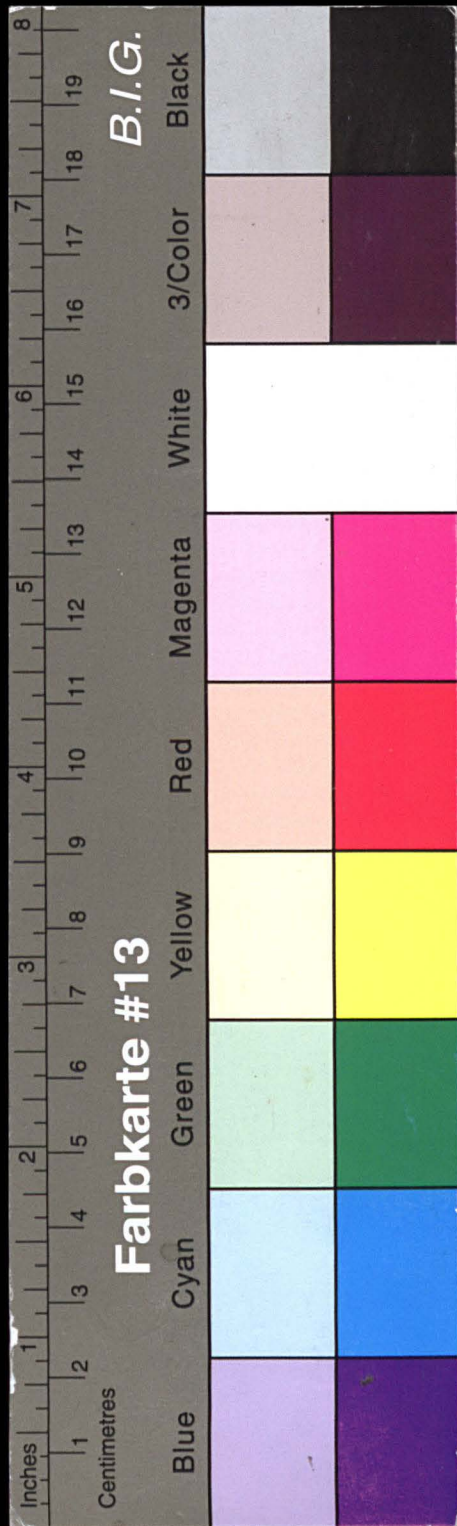


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

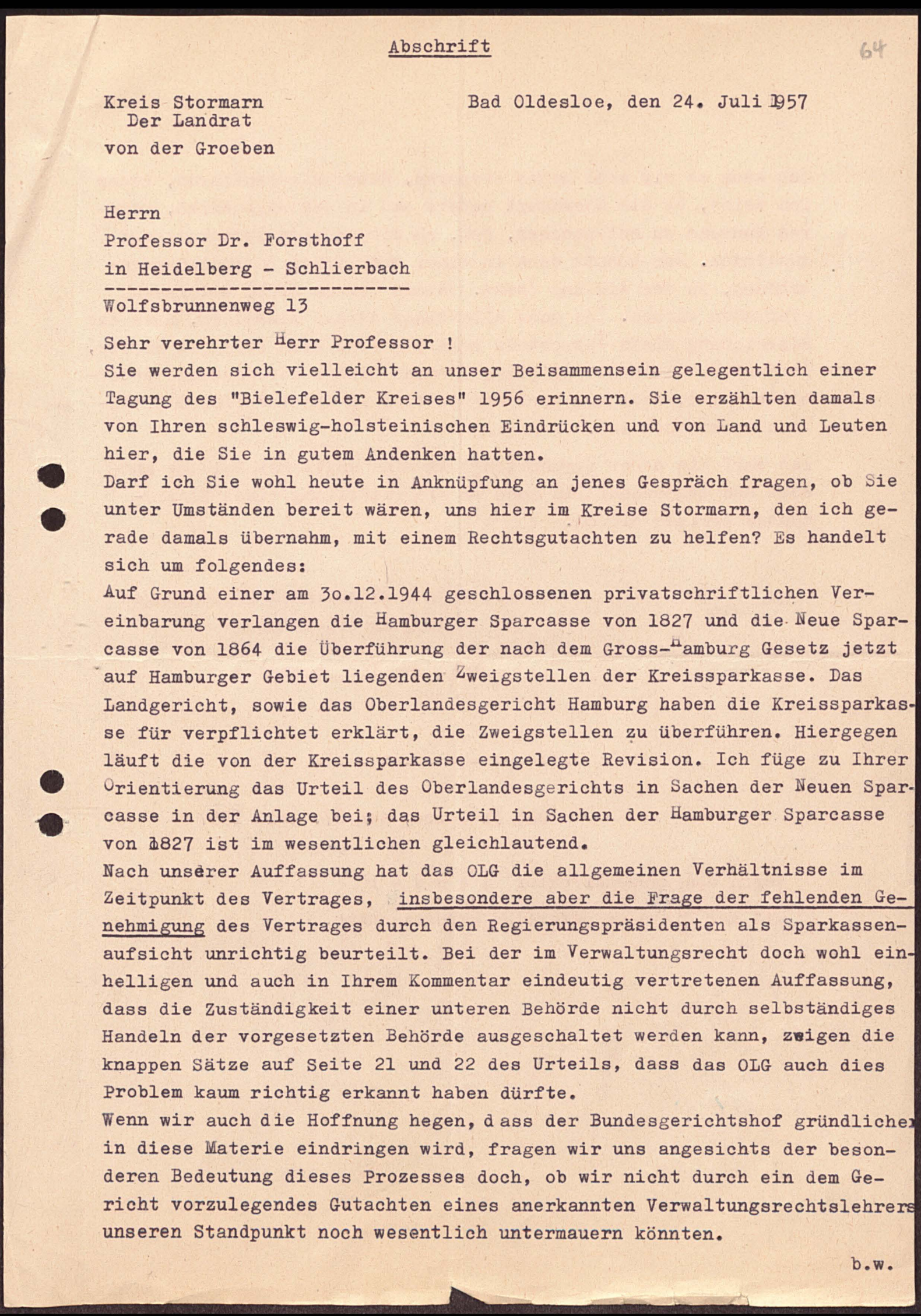
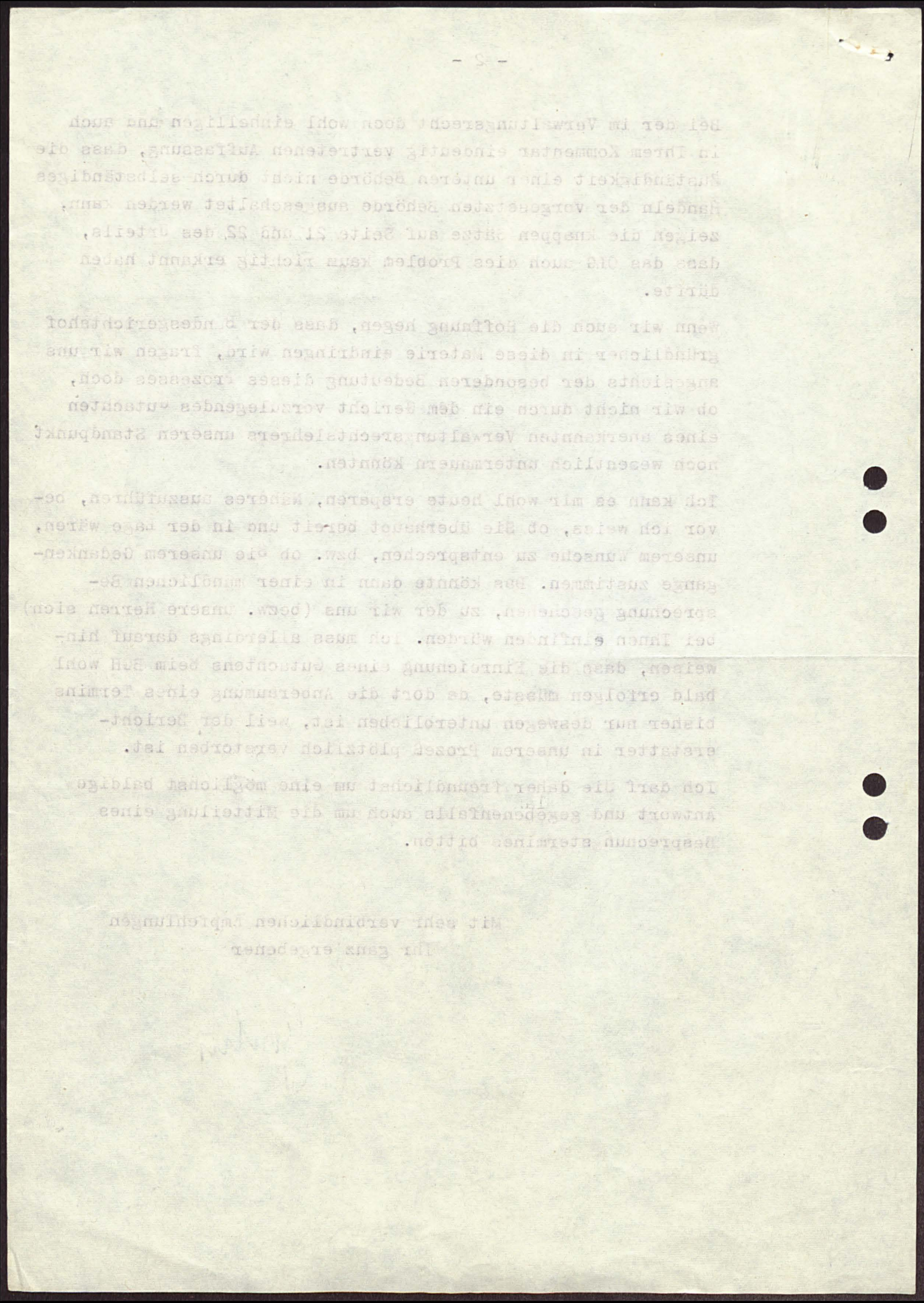






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



## Abschrift

64

Kreis Stormarn  
Der Landrat  
von der Groeben

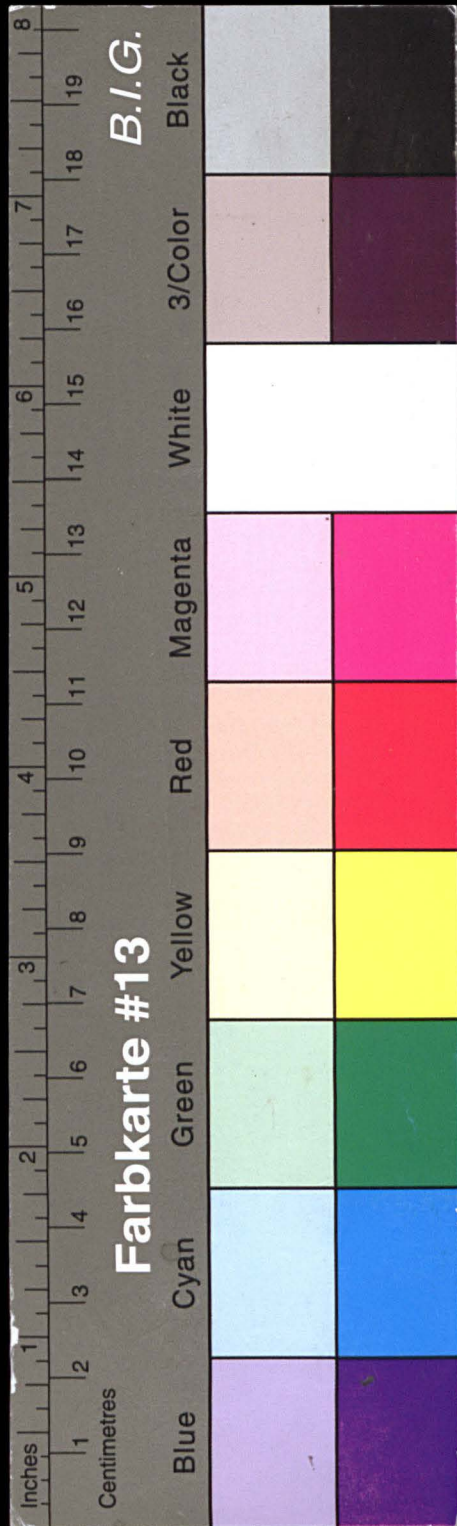
Bad Oldesloe, den 24. Juli 1957

Herrn  
Professor Dr. Forsthoff  
in Heidelberg - Schlierbach  
-----  
Wolfsbrunnenweg 13

Sehr verehrter Herr Professor !  
Sie werden sich vielleicht an unser Beisammensein gelegentlich einer Tagung des "Bielefelder Kreises" 1956 erinnern. Sie erzählten damals von Ihren schleswig-holsteinischen Eindrücken und von Land und Leuten hier, die Sie in gutem Andenken hatten.  
Darf ich Sie wohl heute in Anknüpfung an jenes Gespräch fragen, ob Sie unter Umständen bereit wären, uns hier im Kreise Stormarn, den ich gerade damals übernahm, mit einem Rechtsgutachten zu helfen? Es handelt sich um folgendes:  
Auf Grund einer am 30.12.1944 geschlossenen privatschriftlichen Vereinbarung verlangen die Hamburger Sparcasse von 1827 und die Neue Sparcasse von 1864 die Überführung der nach dem Gross-Hamburg Gesetz jetzt auf Hamburger Gebiet liegenden Zweigstellen der Kreissparkasse. Das Landgericht, sowie das Oberlandesgericht Hamburg haben die Kreissparkasse für verpflichtet erklärt, die Zweigstellen zu überführen. Hiergegen läuft die von der Kreissparkasse eingelegte Revision. Ich füge zu Ihrer Orientierung das Urteil des Oberlandesgerichts in Sachen der Neuen Sparcasse in der Anlage bei; das Urteil in Sachen der Hamburger Sparcasse von 1827 ist im wesentlichen gleichlautend.  
Nach unserer Auffassung hat das OLG die allgemeinen Verhältnisse im Zeitpunkt des Vertrages, insbesondere aber die Frage der fehlenden Genehmigung des Vertrages durch den Regierungspräsidenten als Sparkassenaufsicht unrichtig beurteilt. Bei der im Verwaltungsrecht doch wohl einhelligen und auch in Ihrem Kommentar eindeutig vertretenen Auffassung, dass die Zuständigkeit einer unteren Behörde nicht durch selbständiges Handeln der vorgesetzten Behörde ausgeschaltet werden kann, zeigen die knappen Sätze auf Seite 21 und 22 des Urteils, dass das OLG auch dies Problem kaum richtig erkannt haben dürfte.  
Wenn wir auch die Hoffnung hegen, dass der Bundesgerichtshof gründlicher in diese Materie eindringen wird, fragen wir uns angesichts der besonderen Bedeutung dieses Prozesses doch, ob wir nicht durch ein dem Gericht vorzulegendes Gutachten eines anerkannten Verwaltungsrechtslehrers unseren Standpunkt noch wesentlich untermauern könnten.

b.w.





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

Ich kann es mir wohl heute ersparen, Näheres auszuführen, bevor ich weiss, ob Sie überhaupt bereit und in der Lage wären, unserem Wunsche zu entsprechen, bzw. ob Sie unserem Gedankengange zustimmen. Das könnte dann in einer mündlichen Besprechung geschehen, zu der wir uns (bezw. unsere Herren sich) bei Ihnen einfinden würden. Ich muss allerdings darauf hinweisen, dass die Einreichung eines Gutachtens beim BGH wohl bald erfolgen müsste, da dort die Anberaumung eines Termins bisher nur deswegen unterblieben ist, weil der Berichterstatter in unserem Prozeß plötzlich verstorben ist.

Ich darf Sie daher freundlichst um eine möglichst baldige Antwort und gegebenenfalls auch um die Mitteilung eines Besprechungstermines bitten.

Mit sehr verbindlichen Empfehlungen  
Ihr ganz ergebener

gez. von der Groeben

Bad Oldesloe, den 27. Juli 1957

Herrn Sparkassendirektor S a n d e r  
mit der Bitte um gefällige Kenntnisnahme.

*Herrn Forsthoff*  
*z. Herg.*  
*29/7*  
*Vinsler*

65

Endgültige Fassung

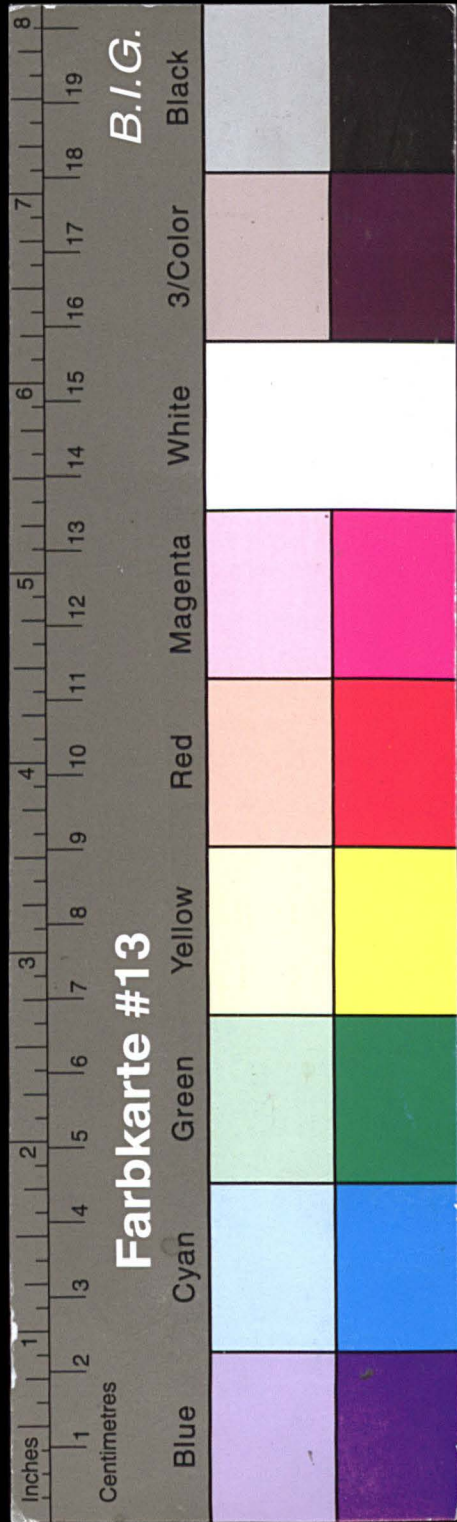
Rechtsgutachten  
in dem Rechtsstreit

Kreissparkasse Stormarn gegen Neue Sparcasse v. 1864, Hamburg

für die  
Kreissparkasse Stormarn

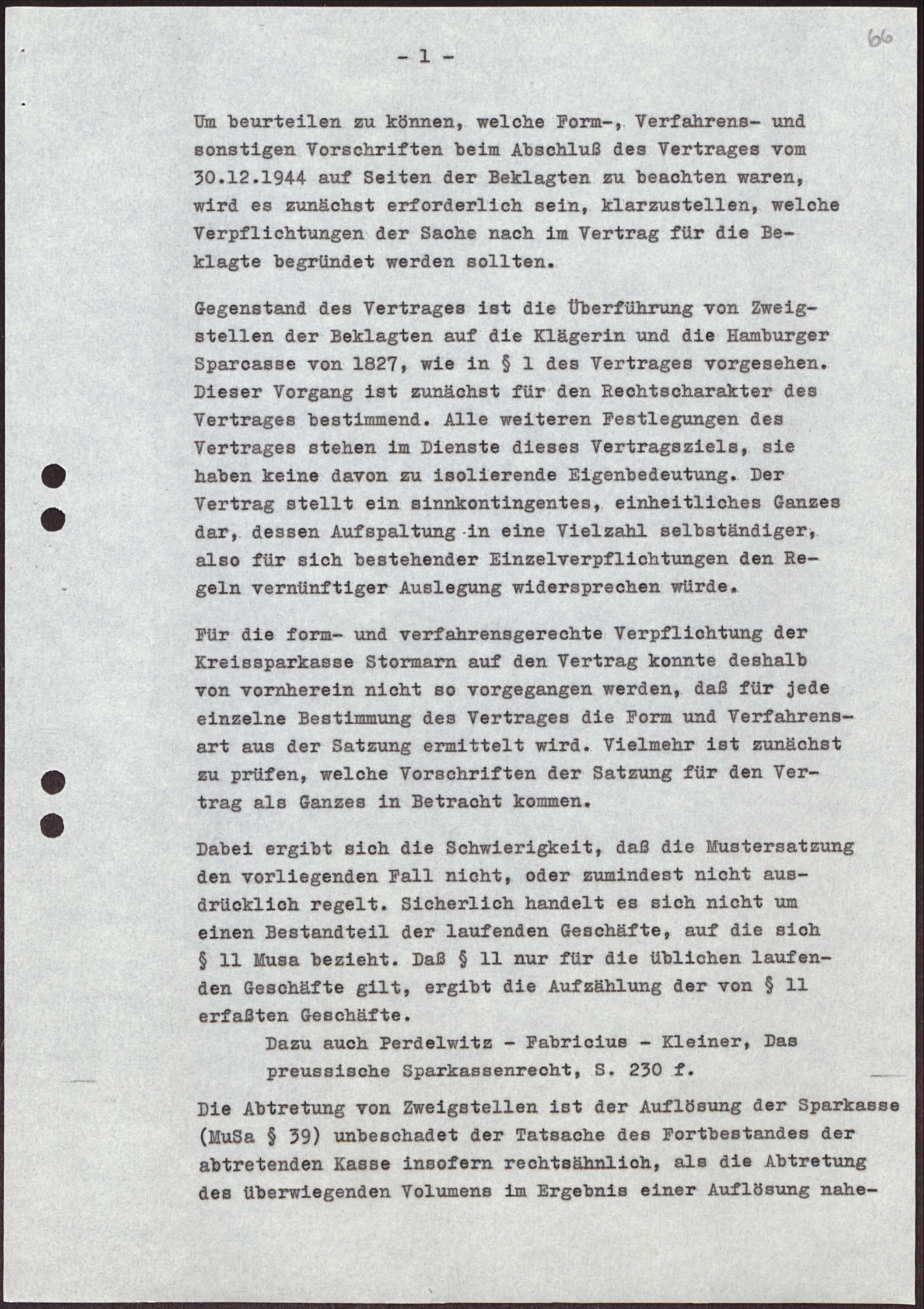
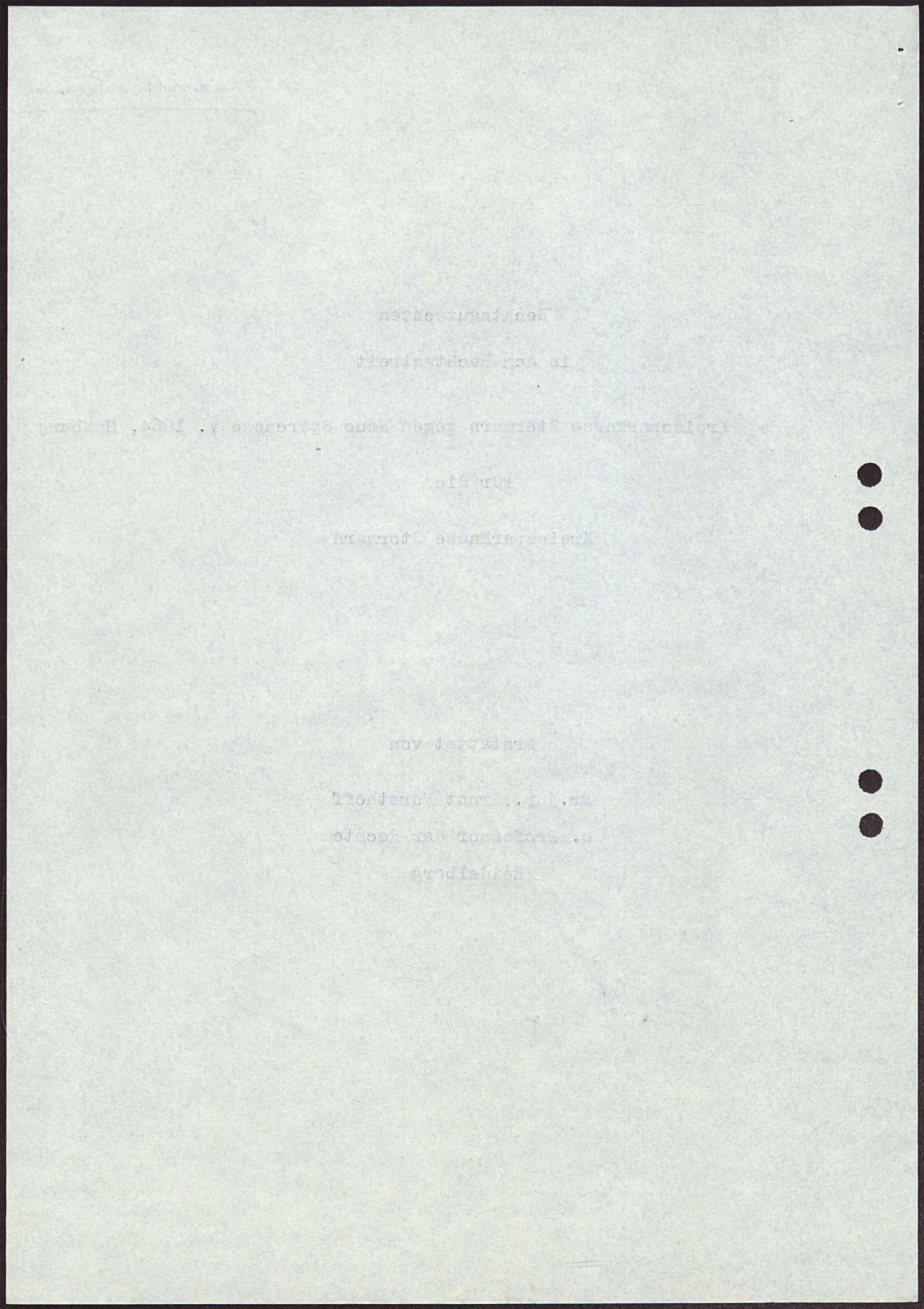
erstattet von  
Dr.jur. Ernst Forsthoff  
o. Professor der Rechte  
Heidelberg



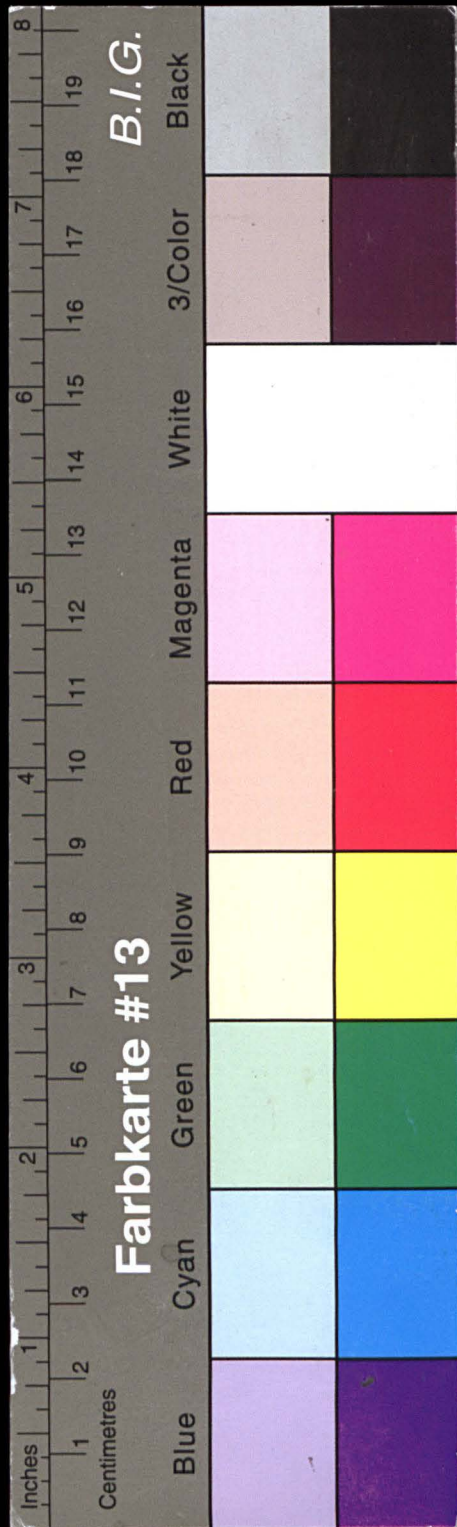


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

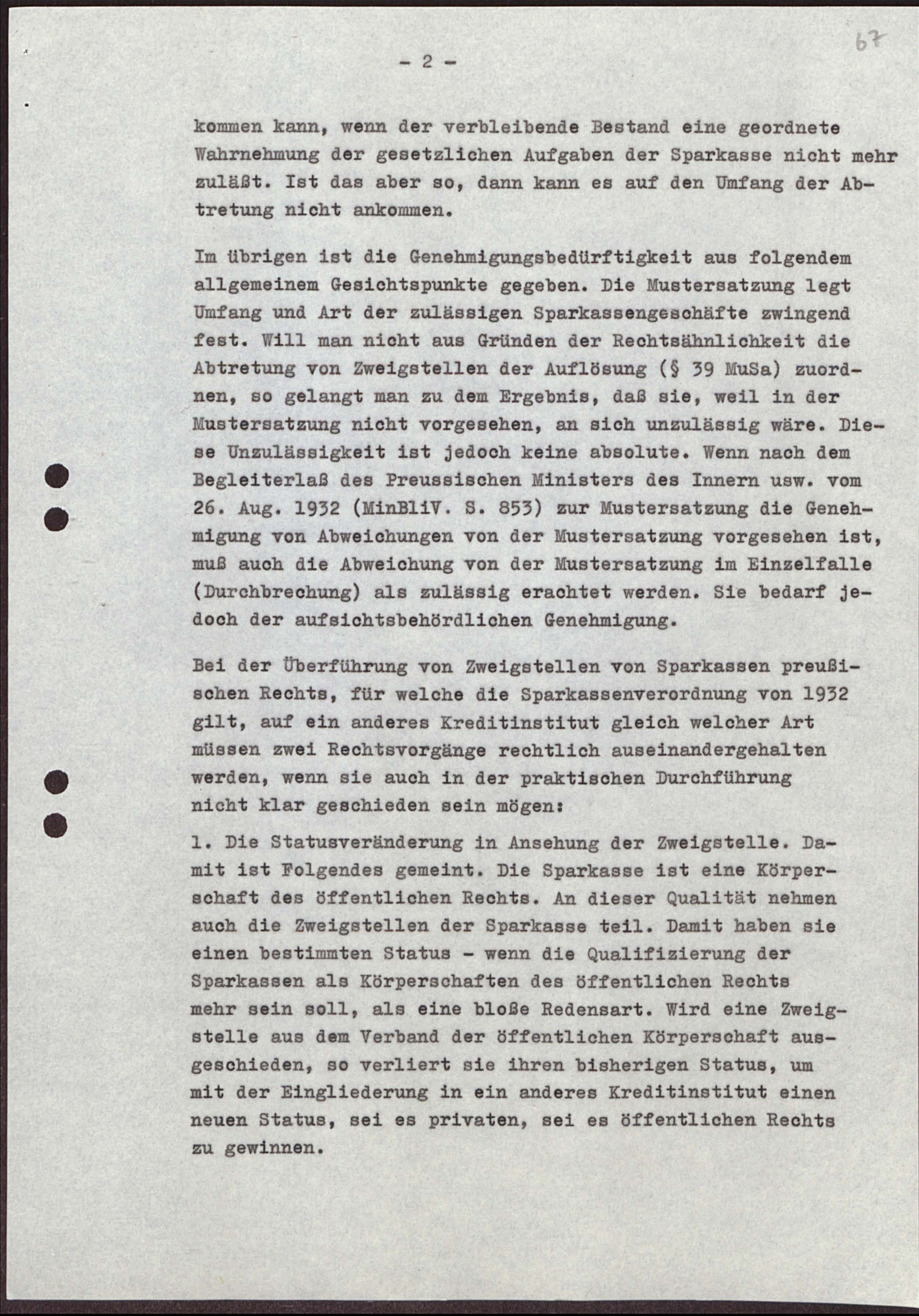
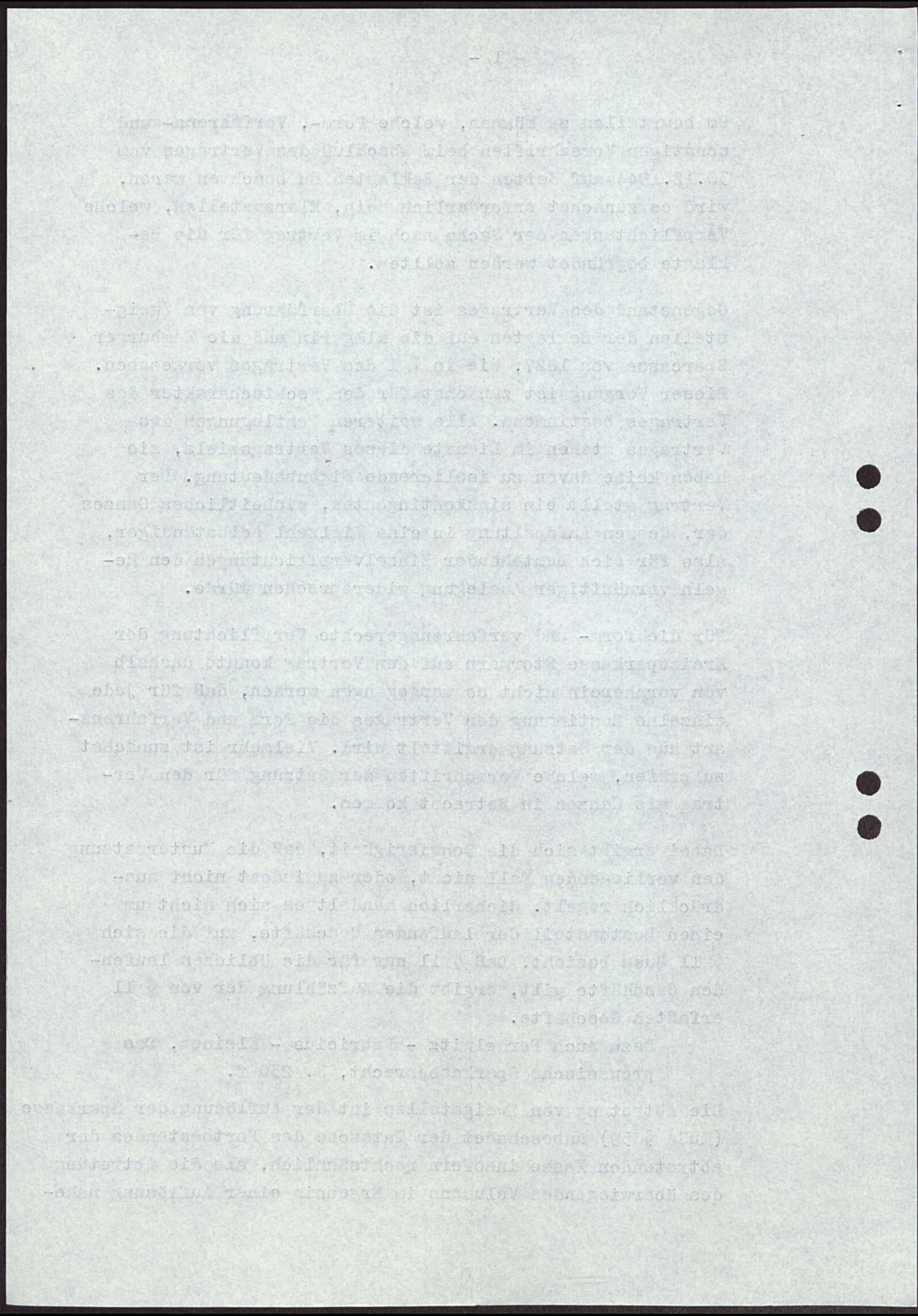






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

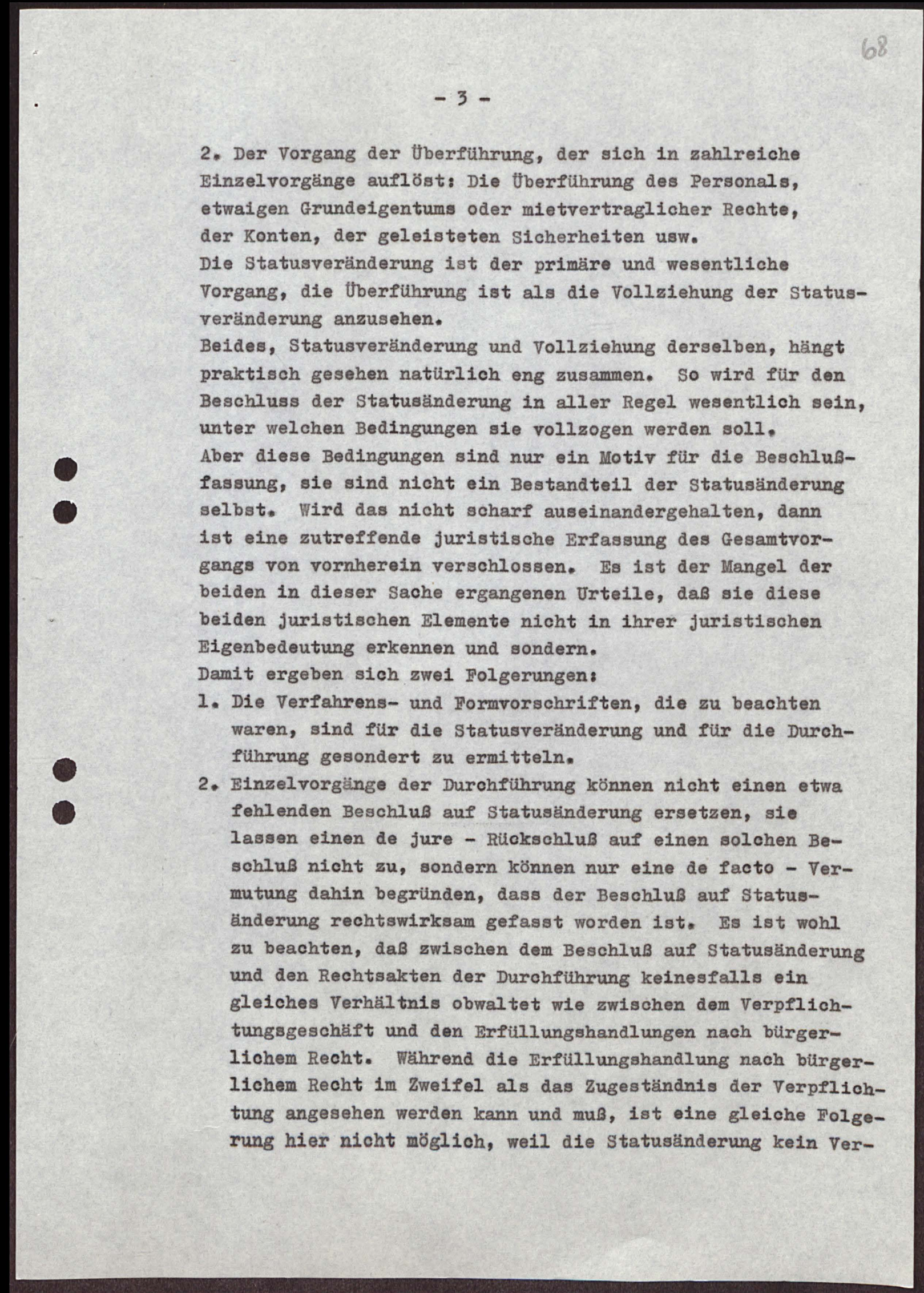
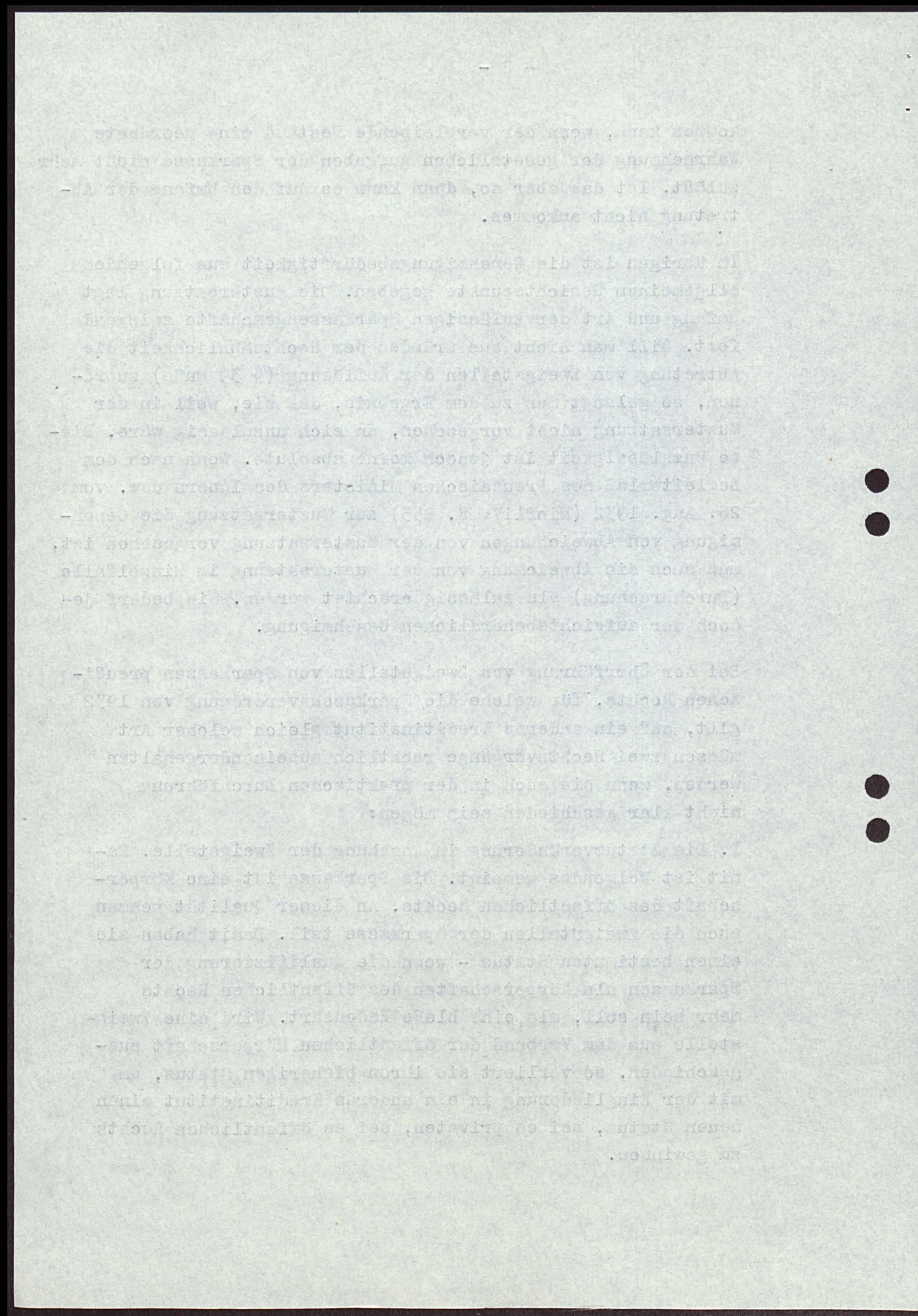




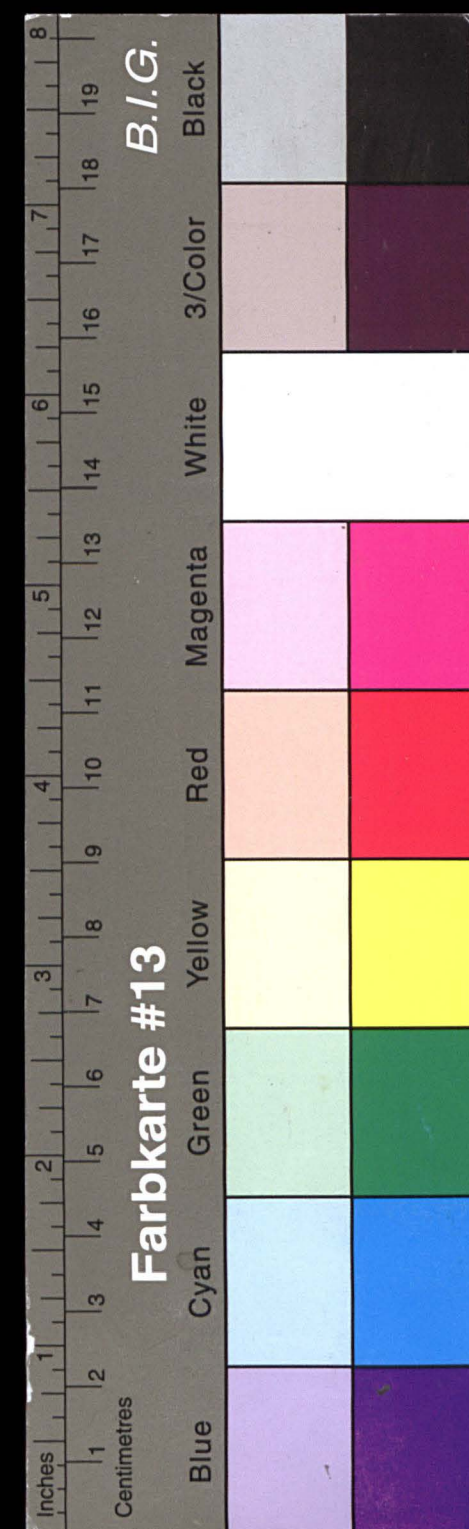


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552







# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



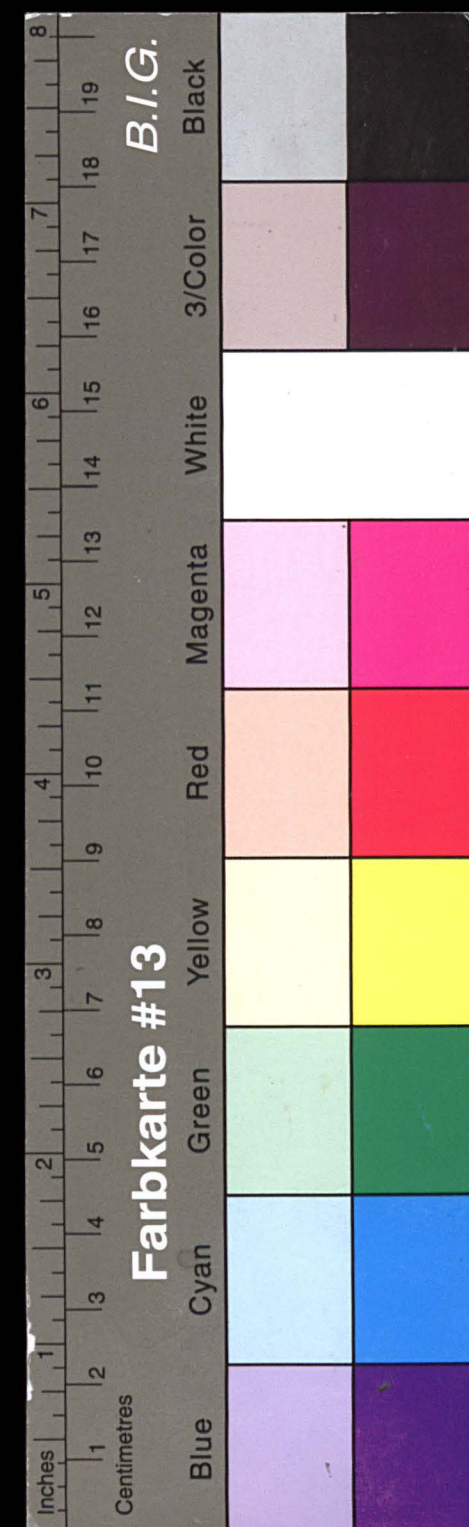
44



pflichtungsgeschäft ist. Das von den Klägern als rechtswirksam zustande gekommen behauptete Verpflichtungsgeschäft darf mit dem Beschluß auf Statusänderung nicht verwechselt werden. Darauf wird im folgenden noch zurückzukommen sein.

Der rechtswirksamen Verpflichtung steht auch die Tatsache entgegen, daß die Urkunde insofern mit einem Formmangel behaftet ist, als die Beifügung des Dienstsiegels, die in § 11 ausdrücklich vorgeschrieben ist, unterblieben ist.





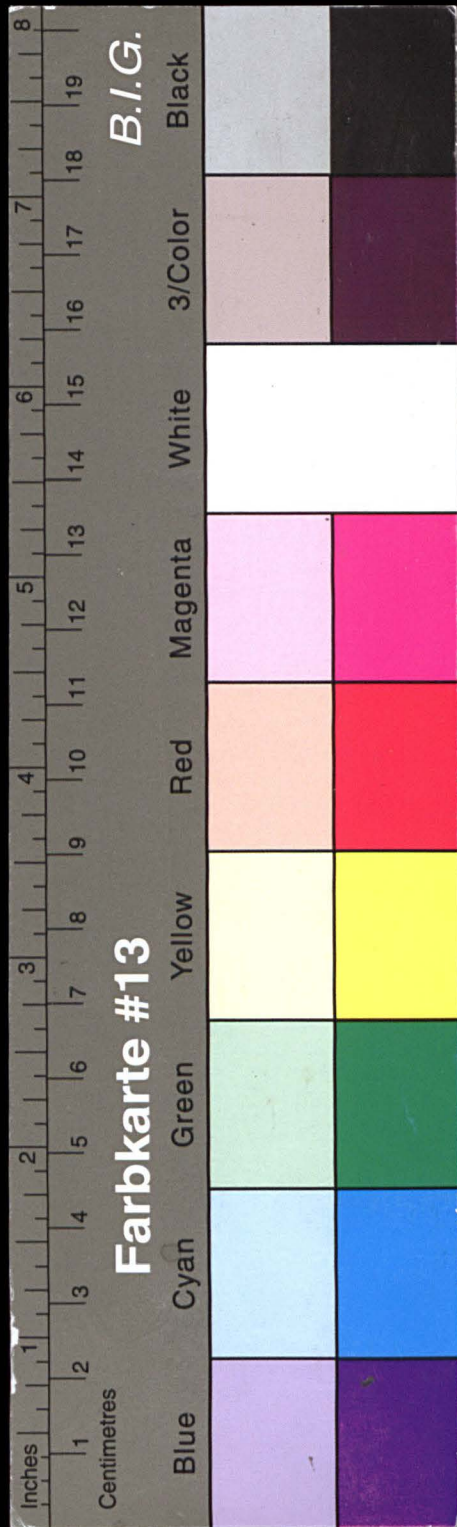
# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

Obgleich es m.E., wie oben dargelegt, auf § 11 und die hier vorgeschriebene Form nicht ankommt, soll doch - in der Art eines Exkurses - zu der Formverletzung Stellung genommen werden, da sie im bisherigen Rechtsstreit Gegenstand eingehender Erörterungen geworden ist.

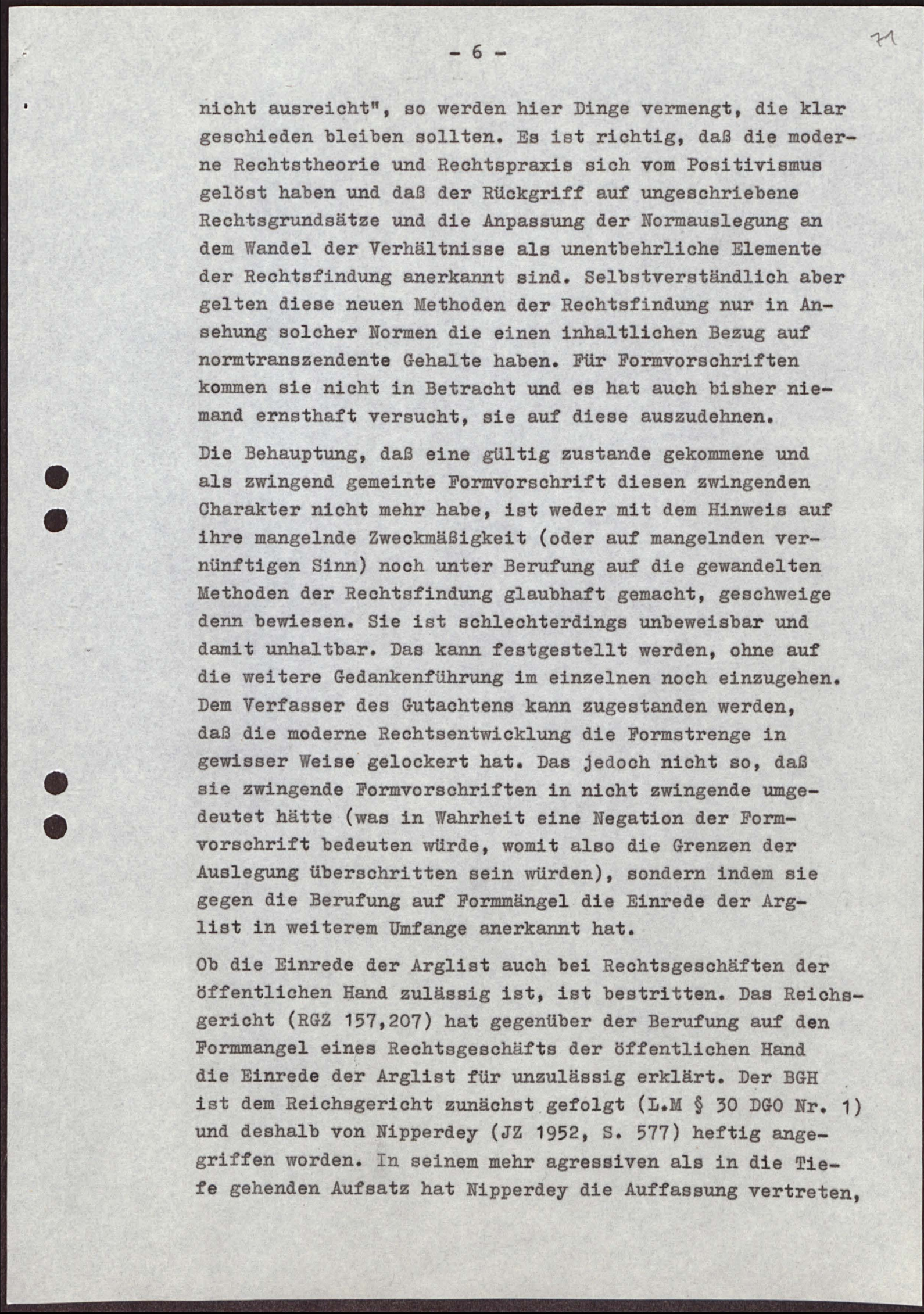
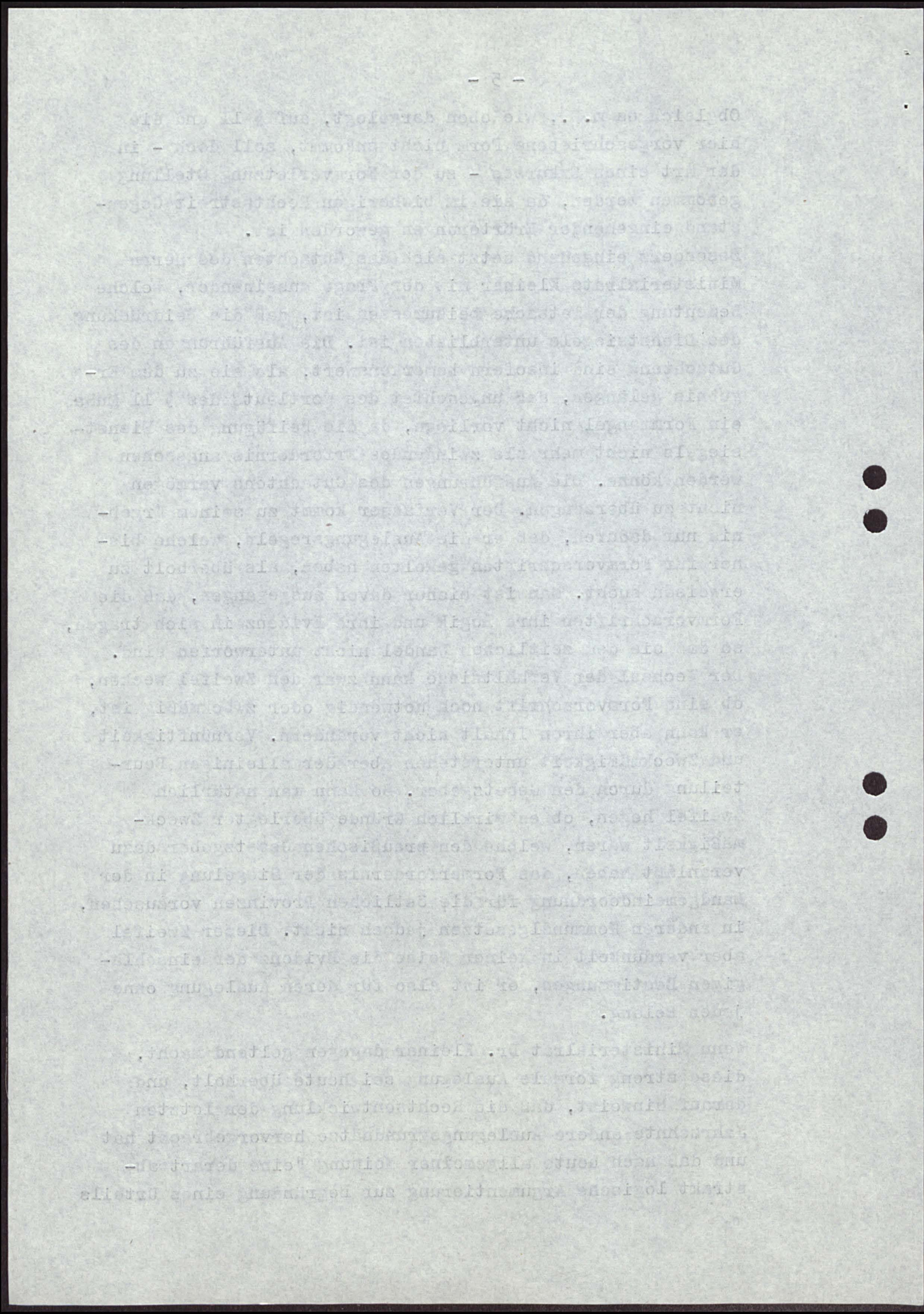
Besonders eingehend setzt sich das Gutachten des Herrn Ministerialrats Kleiner mit der Frage auseinander, welche Bedeutung der Tatsache beizumessen ist, daß die Beidrückung des Dienstsiegels unterblieben ist. Die Ausführungen des Gutachtens sind insofern bemerkenswert, als sie zu dem Ergebnis gelangen, daß ungeachtet des Wortlauts des § 11 MuSa ein Formmangel nicht vorliege, da die Beifügung des Dienstsiegels nicht mehr als zwingendes Erfordernis angesehen werden könne. Die Ausführungen des Gutachtens vermögen nicht zu überzeugen. Der Verfasser kommt zu seinem Ergebnis nur dadurch, daß er die Auslegungsregeln, welche bisher für Formvorschriften gegolten haben, als überholt zu erweisen sucht. Man ist bisher davon ausgegangen, daß die Formvorschriften ihre Logik und ihre Evidenz in sich tragen, so daß sie dem zeitlichen Wandel nicht unterworfen sind. Der Wechsel der Verhältnisse kann zwar den Zweifel wecken, ob eine Formvorschrift noch notwendig oder zweckmäßig ist, er kann aber ihren Inhalt nicht verändern. Vernünftigkeit und Zweckmäßigkeit unterstehen aber der alleinigen Beurteilung durch den Gesetzgeber. So kann man natürlich Zweifel hegen, ob es wirklich Gründe überlegter Zweckmäßigkeit waren, welche den preußischen Gesetzgeber dazu veranlaßt haben, das Formerfordernis der Siegelung in der Landgemeindeordnung für die östlichen Provinzen vorzusehen, in anderen Kommunalgesetzen jedoch nicht. Dieser Zweifel aber verdunkelt in keiner Weise die Evidenz der einschlägigen Bestimmungen, er ist also für deren Auslegung ohne jeden Belang.



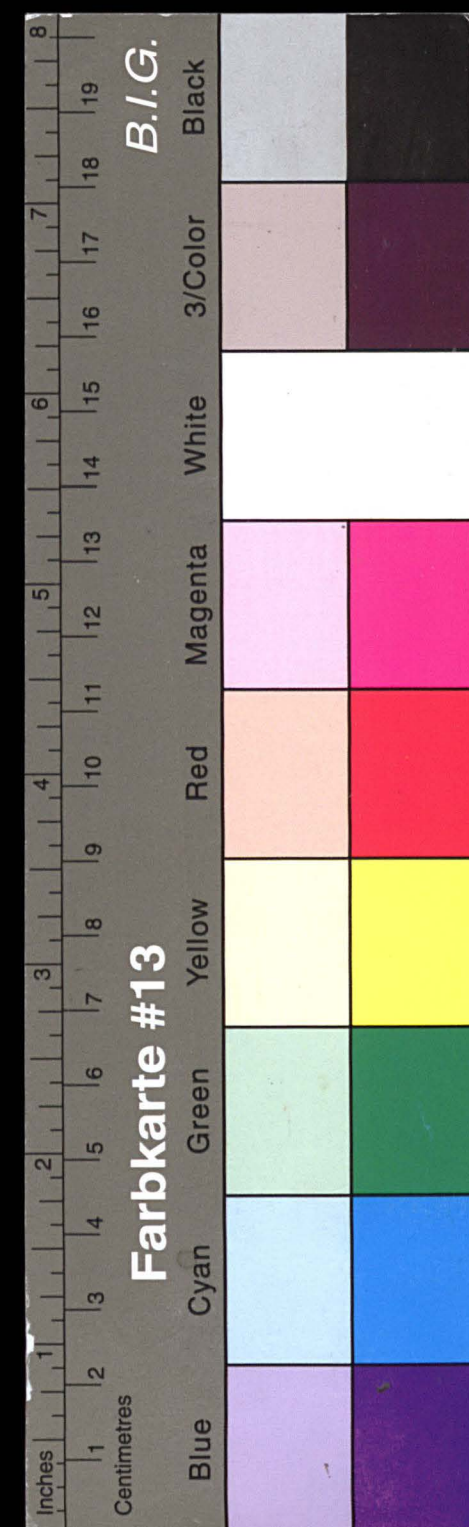


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

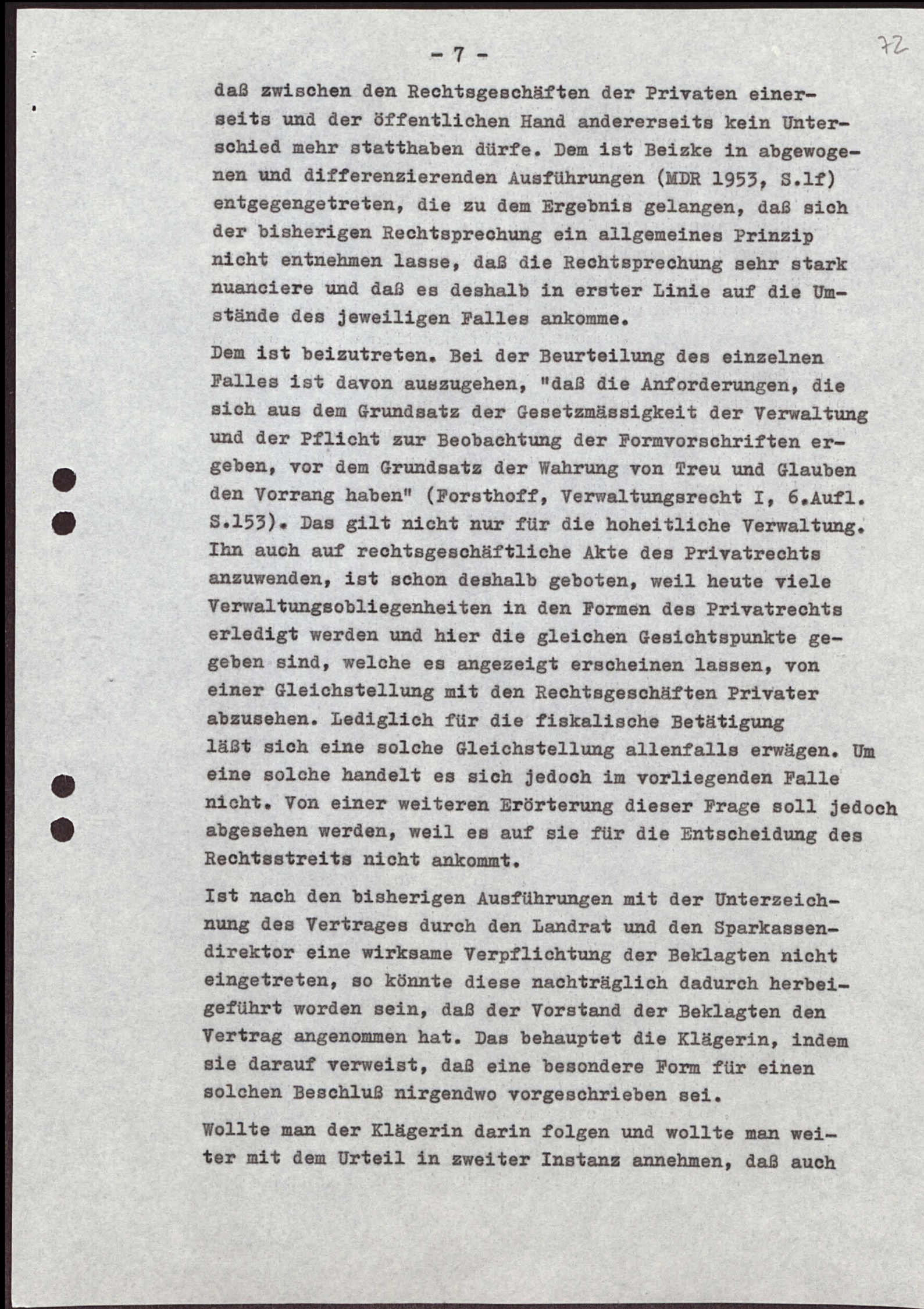
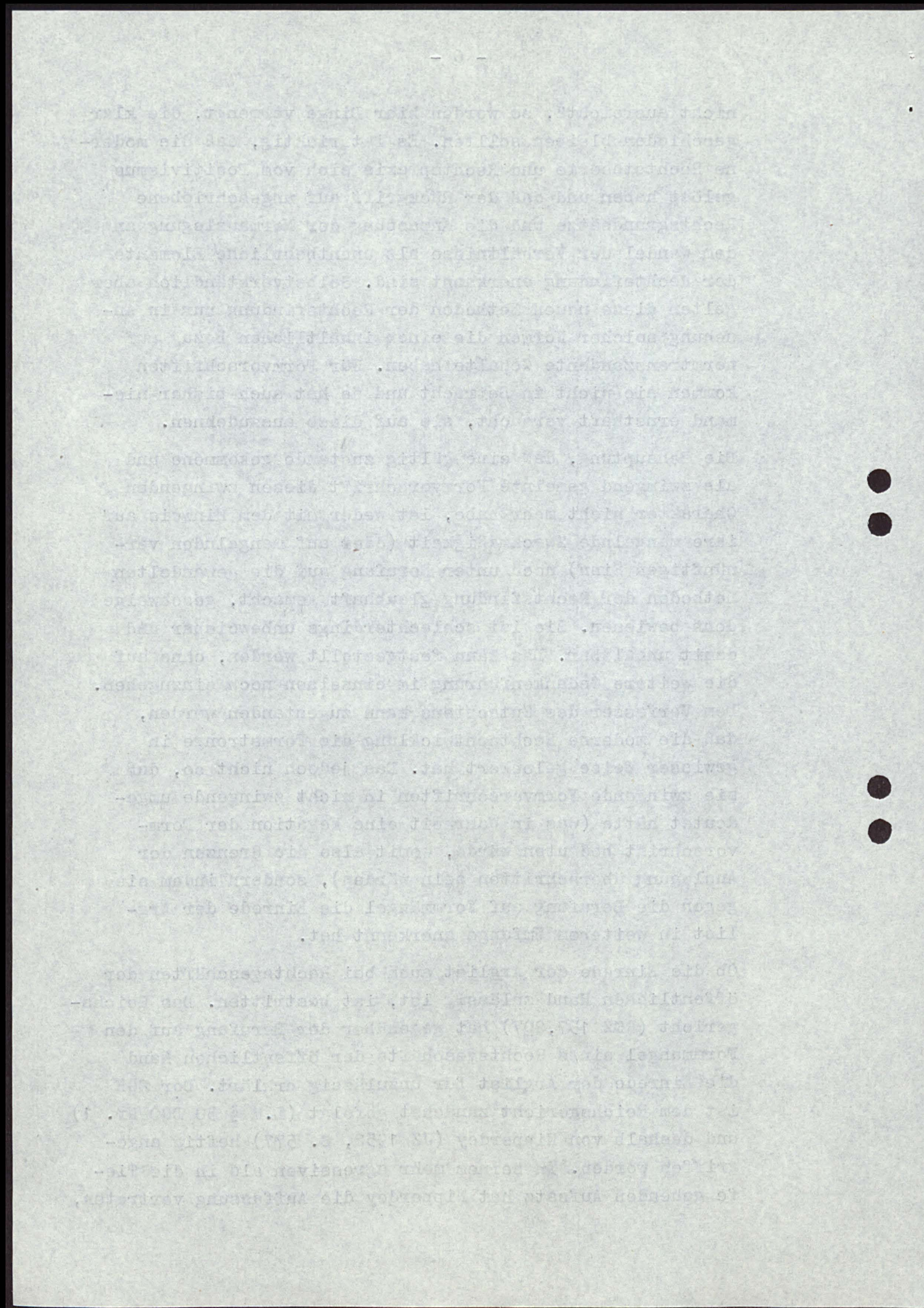






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



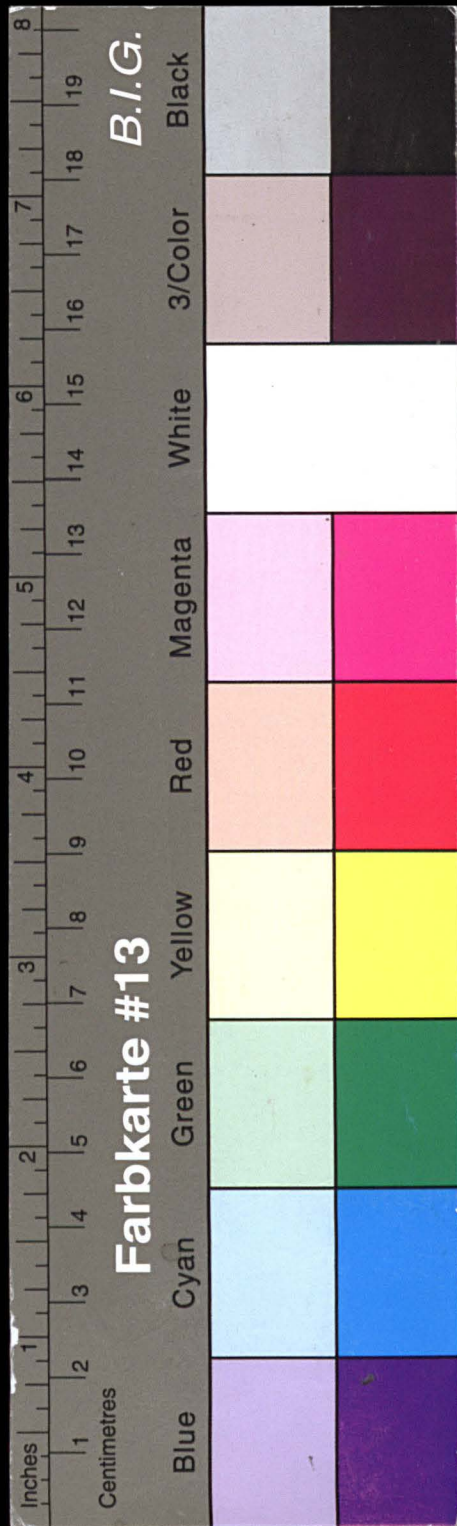




# Kreisarchiv Stormarn E103

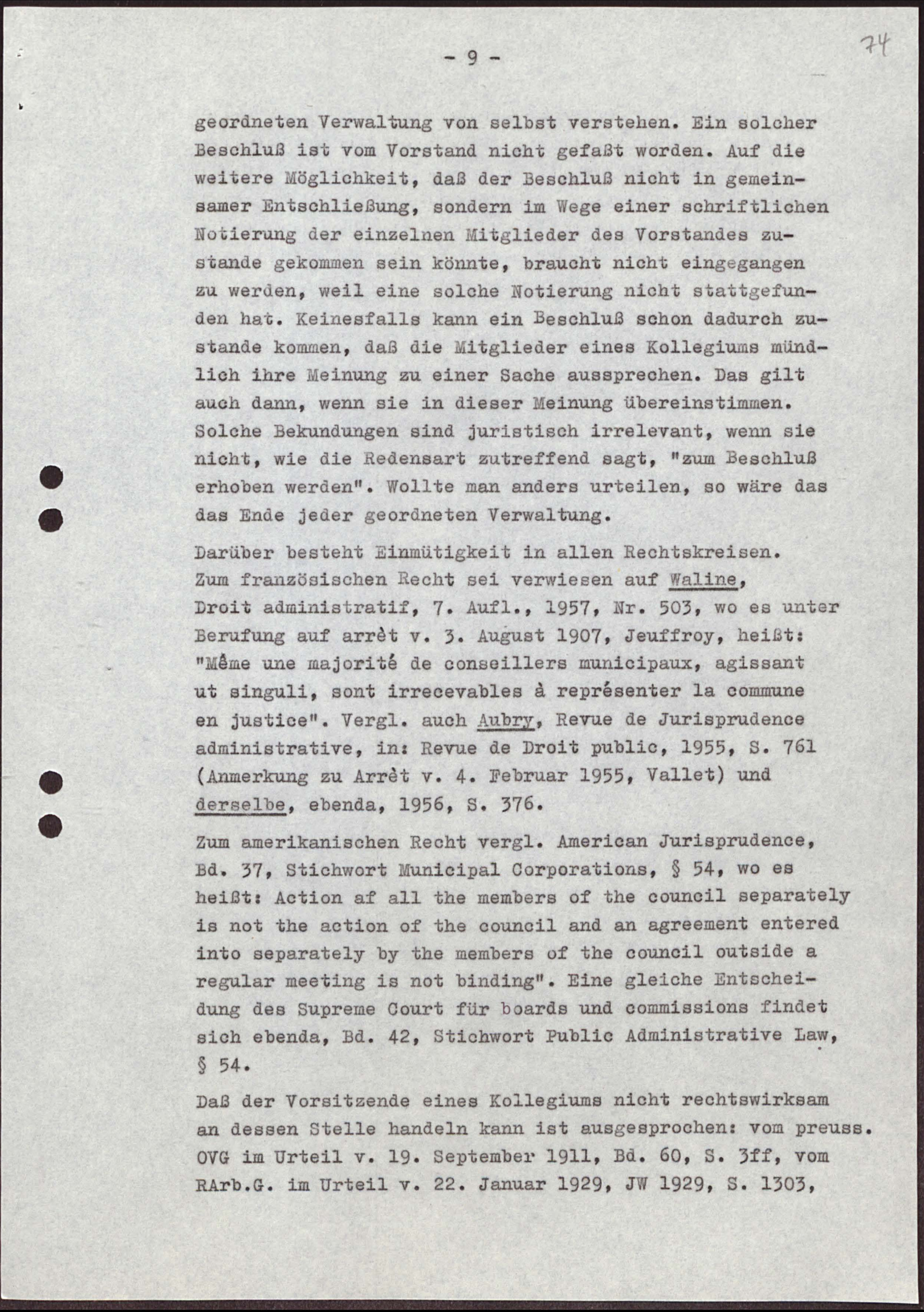
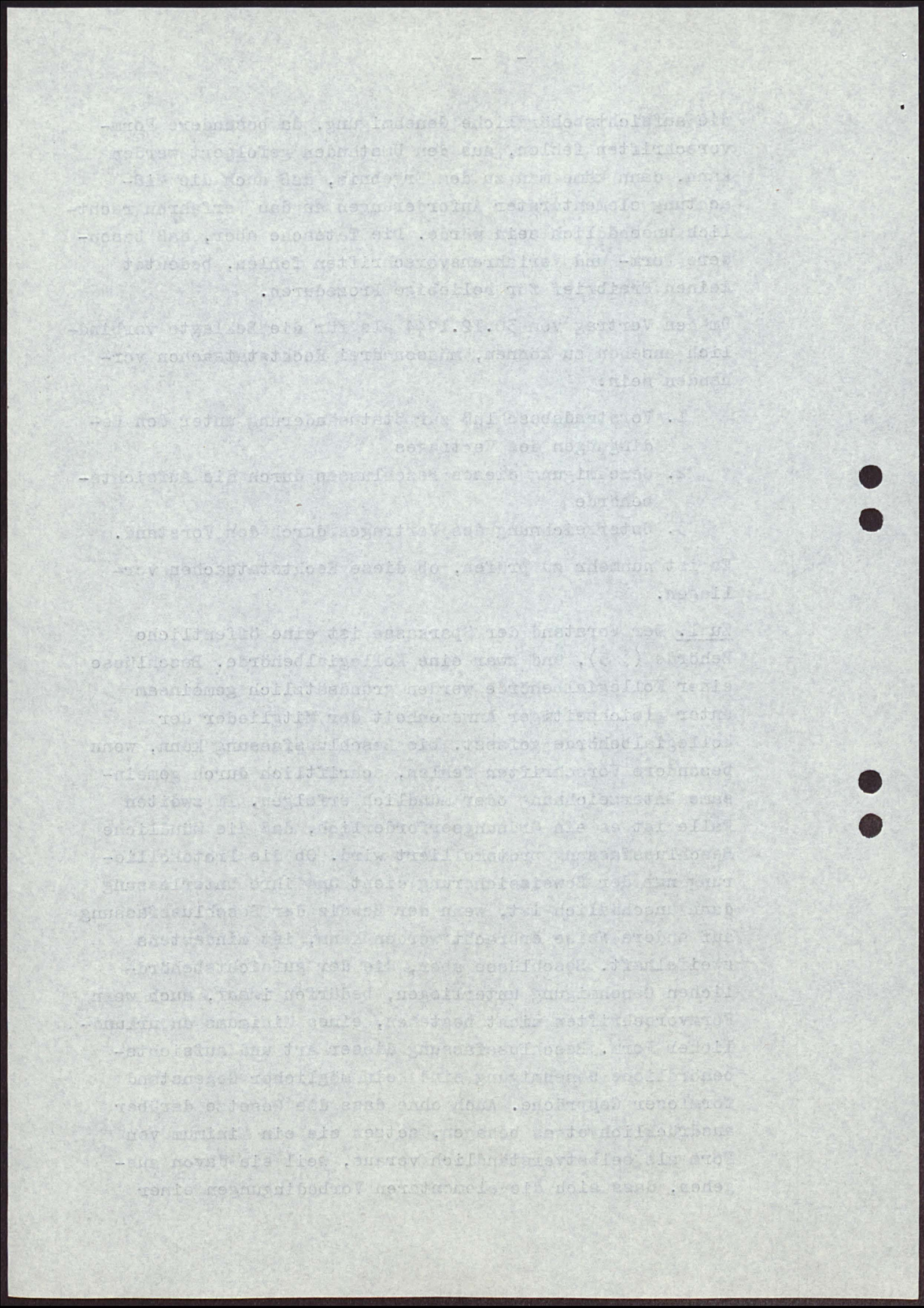
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



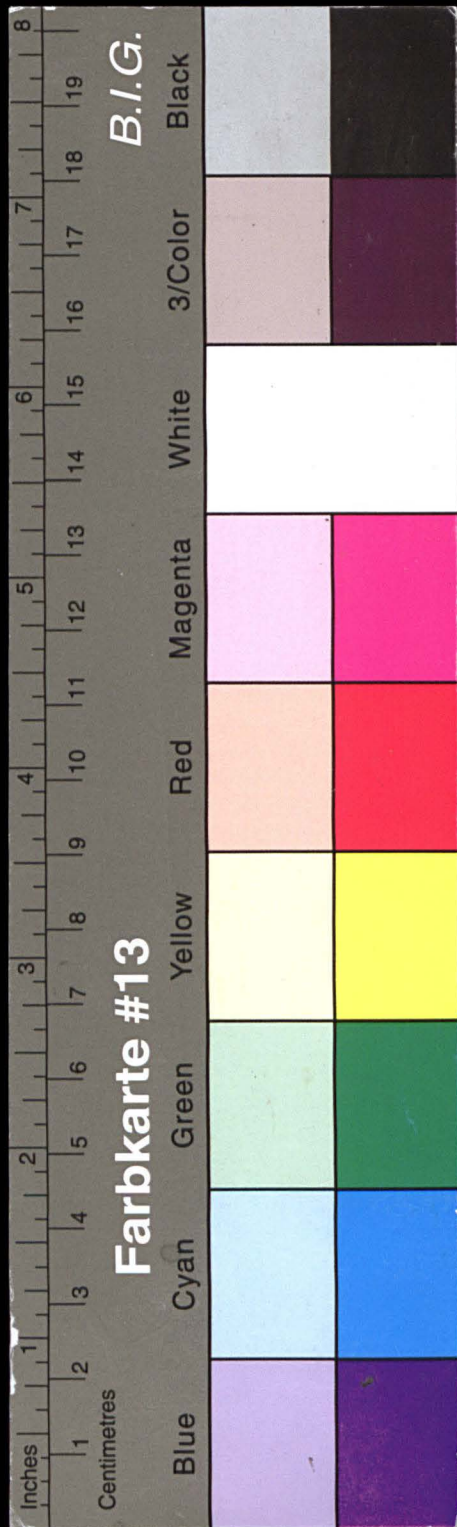
geordneten Verwaltung von selbst verstehen. Ein solcher Beschluß ist vom Vorstand nicht gefaßt worden. Auf die weitere Möglichkeit, daß der Beschluß nicht in gemeinsamer Entschließung, sondern im Wege einer schriftlichen Notierung der einzelnen Mitglieder des Vorstandes zustande gekommen sein könnte, braucht nicht eingegangen zu werden, weil eine solche Notierung nicht stattgefunden hat. Keinesfalls kann ein Beschluß schon dadurch zustande kommen, daß die Mitglieder eines Kollegiums mündlich ihre Meinung zu einer Sache aussprechen. Das gilt auch dann, wenn sie in dieser Meinung übereinstimmen. Solche Bekundungen sind juristisch irrelevant, wenn sie nicht, wie die Redensart zutreffend sagt, "zum Beschluß erhoben werden". Wollte man anders urteilen, so wäre das das Ende jeder geordneten Verwaltung.

Darüber besteht Einmütigkeit in allen Rechtskreisen. Zum französischen Recht sei verwiesen auf Waline, Droit administratif, 7. Aufl., 1957, Nr. 503, wo es unter Berufung auf arrêt v. 3. August 1907, Jeuffroy, heißt: "Même une majorité de conseillers municipaux, agissant ut singuli, sont irrecevables à représenter la commune en justice". Vergl. auch Aubry, Revue de Jurisprudence administrative, in: Revue de Droit public, 1955, S. 761 (Anmerkung zu Arrêt v. 4. Februar 1955, Vallet) und derselbe, ebenda, 1956, S. 376.

Zum amerikanischen Recht vergl. American Jurisprudence, Bd. 37, Stichwort Municipal Corporations, § 54, wo es heißt: Action of all the members of the council separately is not the action of the council and an agreement entered into separately by the members of the council outside a regular meeting is not binding". Eine gleiche Entscheidung des Supreme Court für boards und commissions findet sich ebenda, Bd. 42, Stichwort Public Administrative Law, § 54.

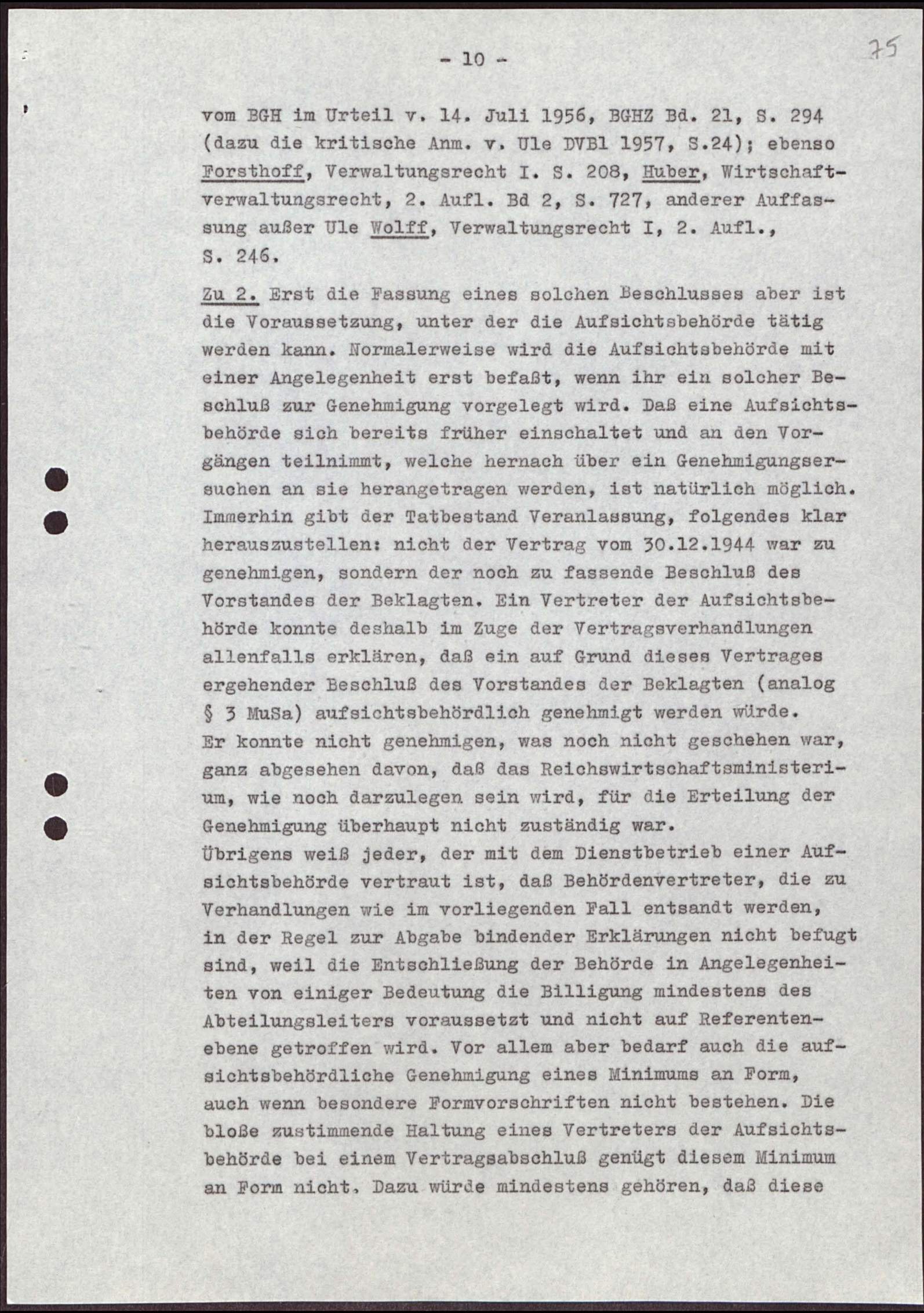
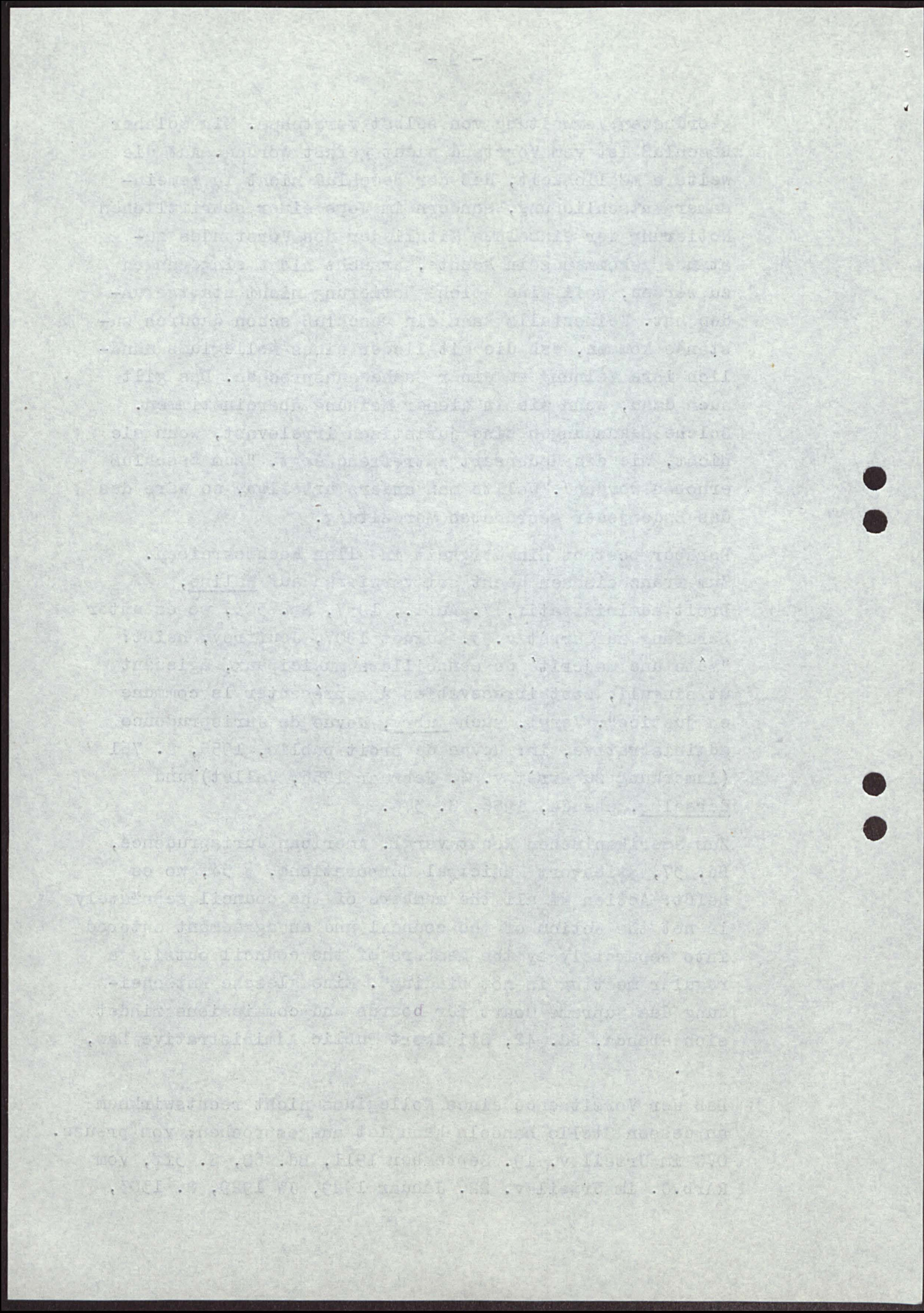
Daß der Vorsitzende eines Kollegiums nicht rechtswirksam an dessen Stelle handeln kann ist ausgesprochen: vom preuss. OVG im Urteil v. 19. September 1911, Bd. 60, S. 3ff, vom RARb.G. im Urteil v. 22. Januar 1929, JW 1929, S. 1303,





# Kreisarchiv Stormarn E103

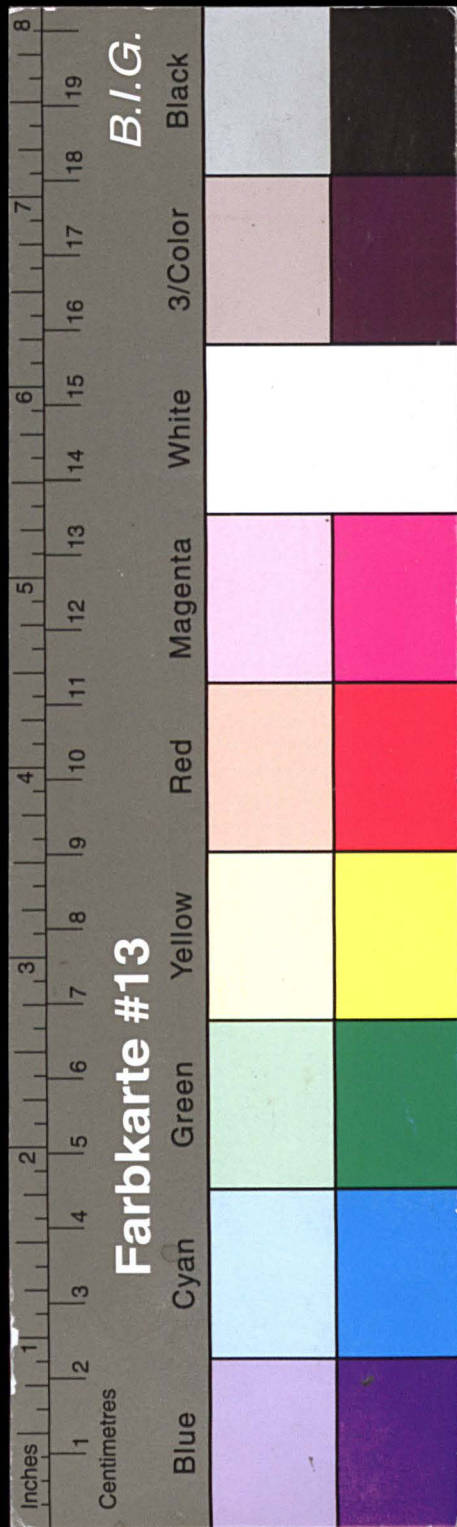
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



vom BGH im Urteil v. 14. Juli 1956, BGHZ Bd. 21, S. 294 (dazu die kritische Anm. v. Ule DVBl 1957, S.24); ebenso Forsthoff, Verwaltungsrecht I. S. 208, Huber, Wirtschaftsverwaltungsrecht, 2. Aufl. Bd 2, S. 727, anderer Auffassung außer Ule Wolff, Verwaltungsrecht I, 2. Aufl., S. 246.

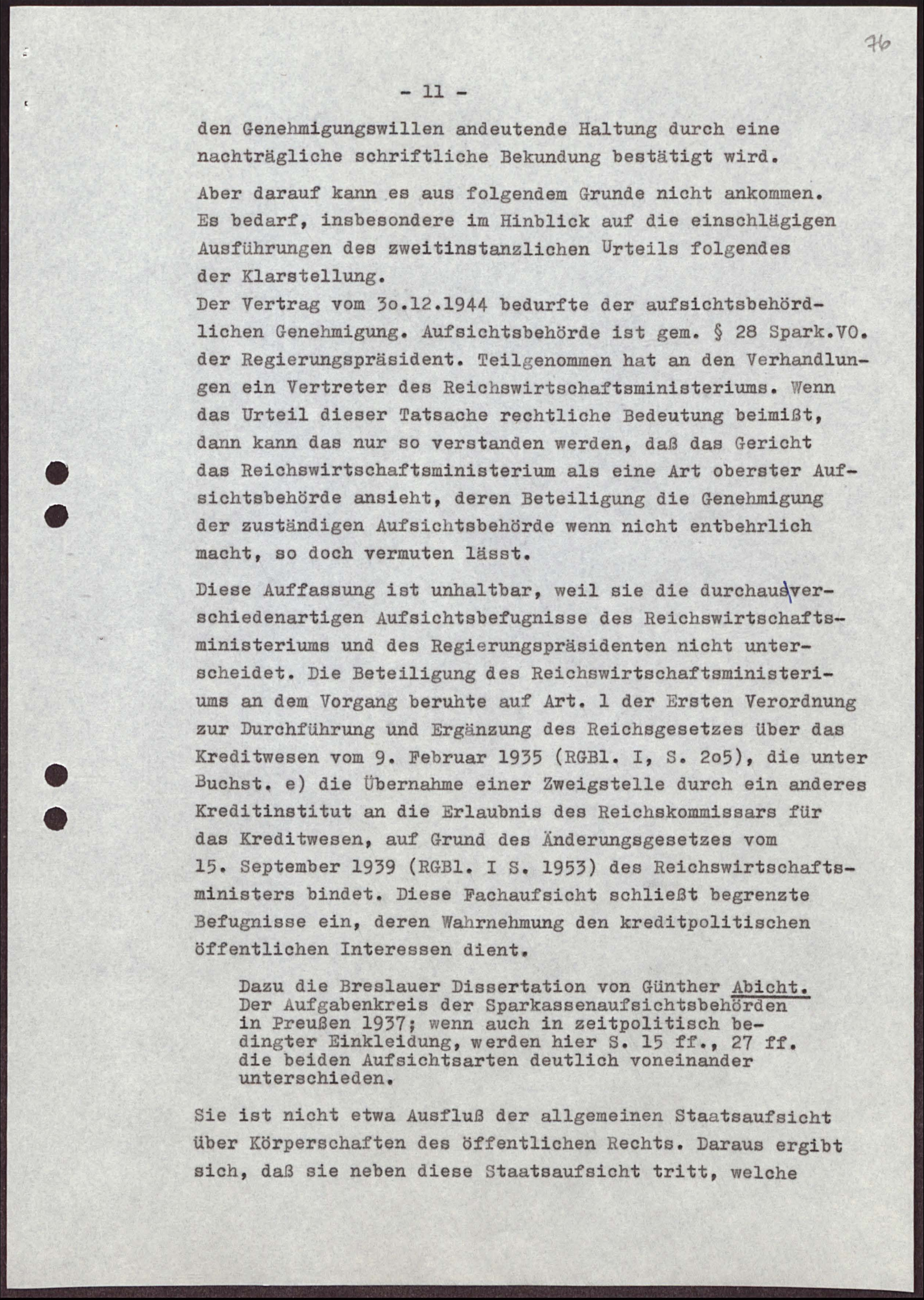
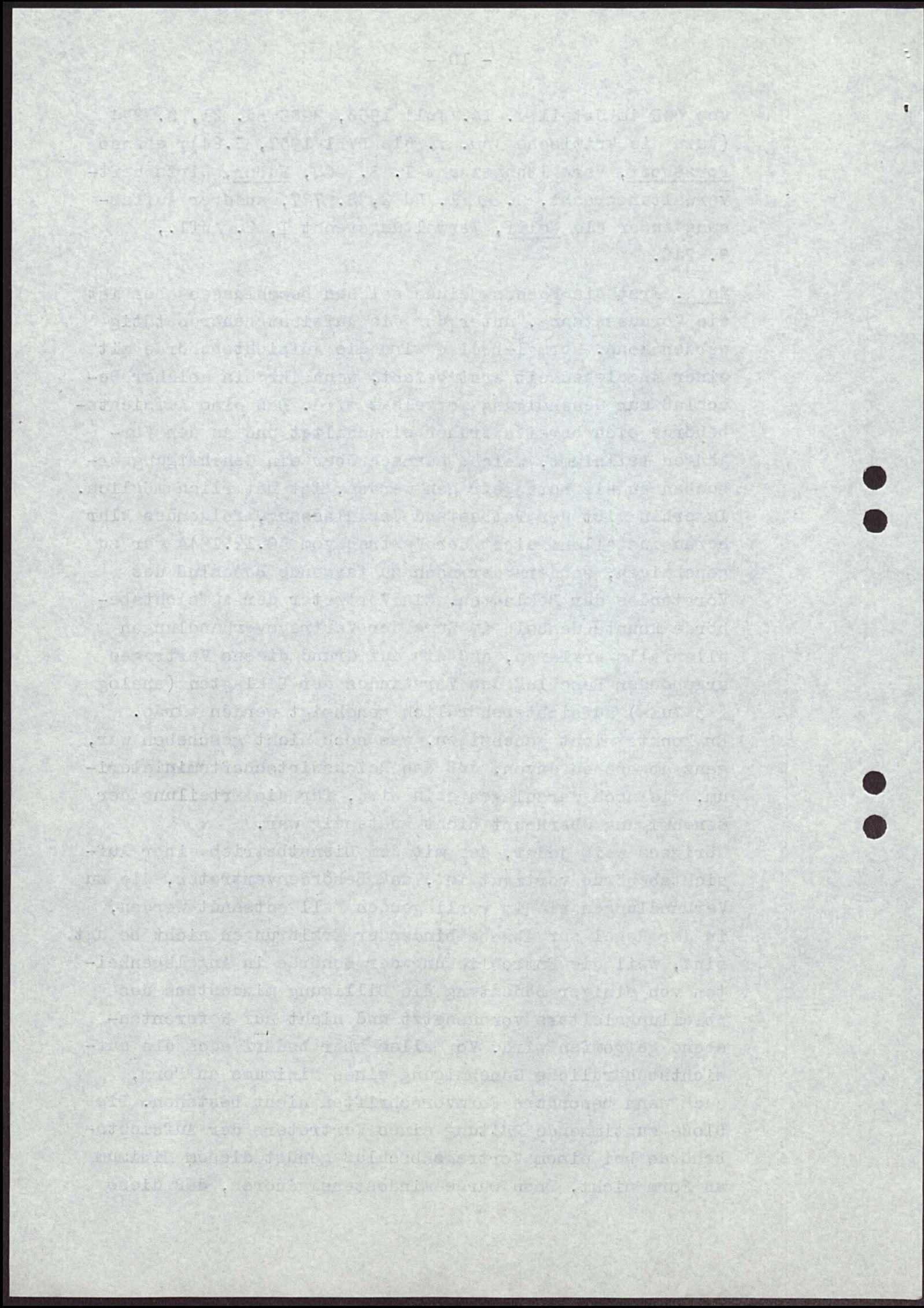
Zu 2. Erst die Fassung eines solchen Beschlusses aber ist die Voraussetzung, unter der die Aufsichtsbehörde tätig werden kann. Normalerweise wird die Aufsichtsbehörde mit einer Angelegenheit erst befaßt, wenn ihr ein solcher Beschluß zur Genehmigung vorgelegt wird. Daß eine Aufsichtsbehörde sich bereits früher einschaltet und an den Vorgängen teilnimmt, welche hernach über ein Genehmigungsersuchen an sie herangetragen werden, ist natürlich möglich. Immerhin gibt der Tatbestand Veranlassung, folgendes klar herauszustellen: nicht der Vertrag vom 30.12.1944 war zu genehmigen, sondern der noch zu fassende Beschluß des Vorstandes der Beklagten. Ein Vertreter der Aufsichtsbehörde konnte deshalb im Zuge der Vertragsverhandlungen allenfalls erklären, daß ein auf Grund dieses Vertrages ergehender Beschluß des Vorstandes der Beklagten (analog § 3 MuSa) aufsichtsbehördlich genehmigt werden würde. Er konnte nicht genehmigen, was noch nicht geschehen war, ganz abgesehen davon, daß das Reichswirtschaftsministerium, wie noch darzulegen sein wird, für die Erteilung der Genehmigung überhaupt nicht zuständig war. Übrigens weiß jeder, der mit dem Dienstbetrieb einer Aufsichtsbehörde vertraut ist, daß Behördenvertreter, die zu Verhandlungen wie im vorliegenden Fall entsandt werden, in der Regel zur Abgabe bindender Erklärungen nicht befugt sind, weil die Entschließung der Behörde in Angelegenheiten von einiger Bedeutung die Billigung mindestens des Abteilungsleiters voraussetzt und nicht auf Referentenebene getroffen wird. Vor allem aber bedarf auch die aufsichtsbehördliche Genehmigung eines Minimums an Form, auch wenn besondere Formvorschriften nicht bestehen. Die bloße zustimmende Haltung eines Vertreters der Aufsichtsbehörde bei einem Vertragsabschluß genügt diesem Minimum an Form nicht. Dazu würde mindestens gehören, daß diese



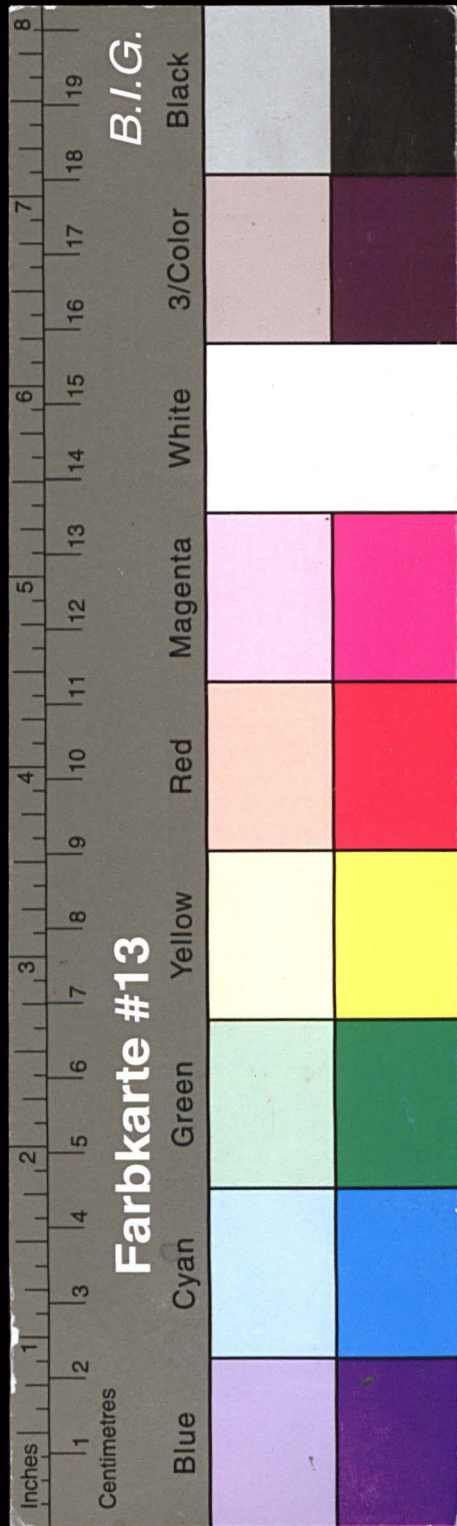


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

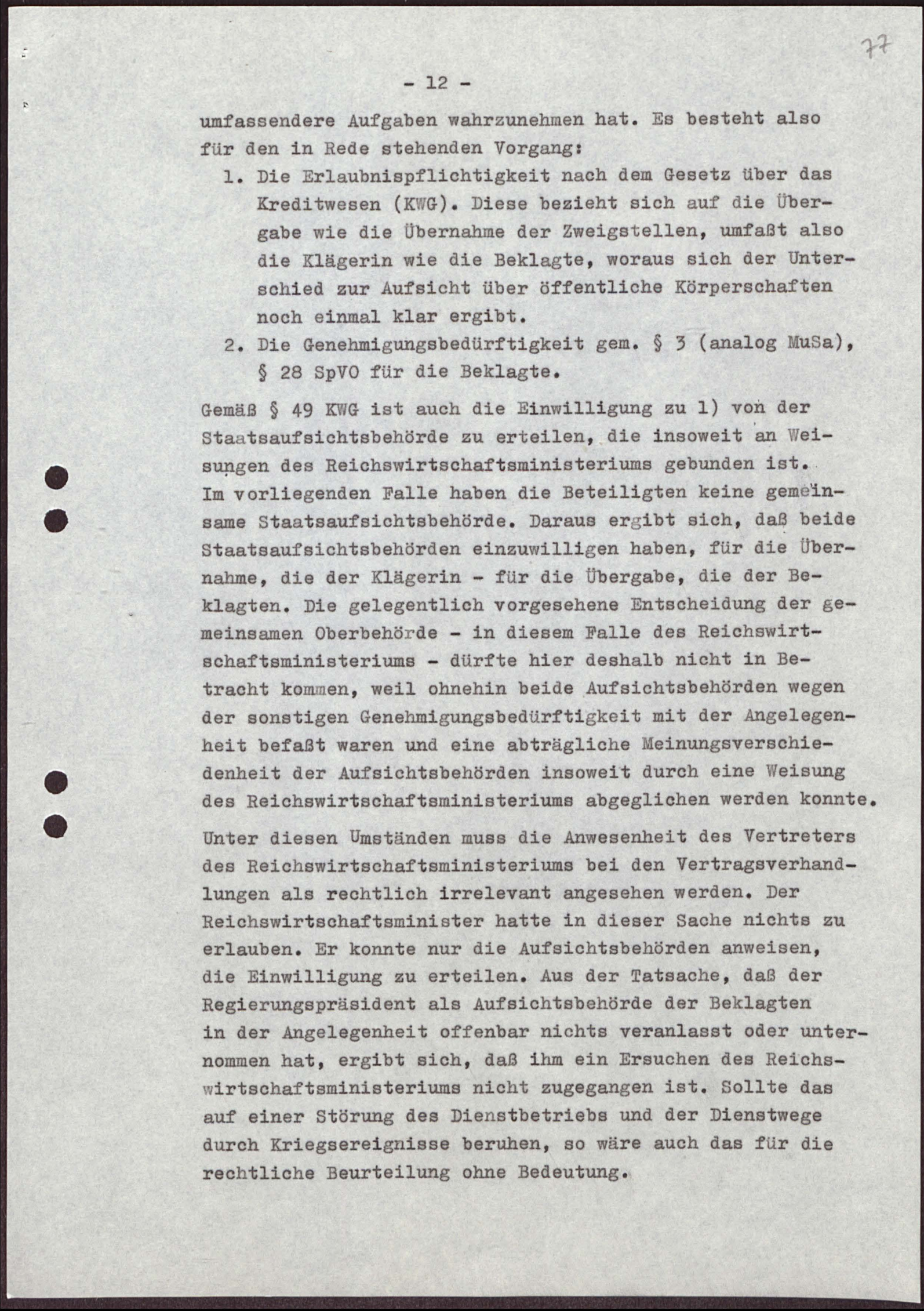
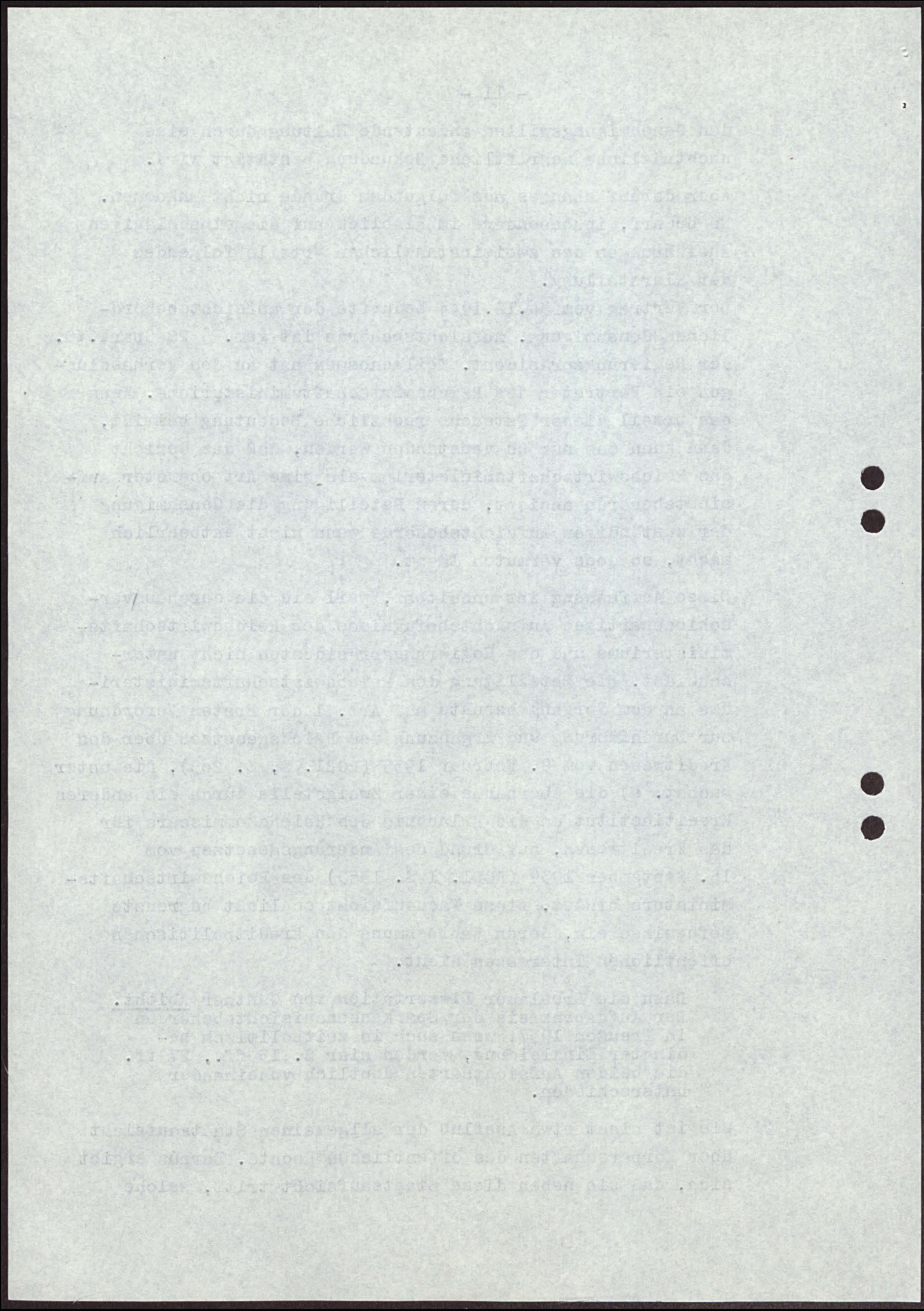




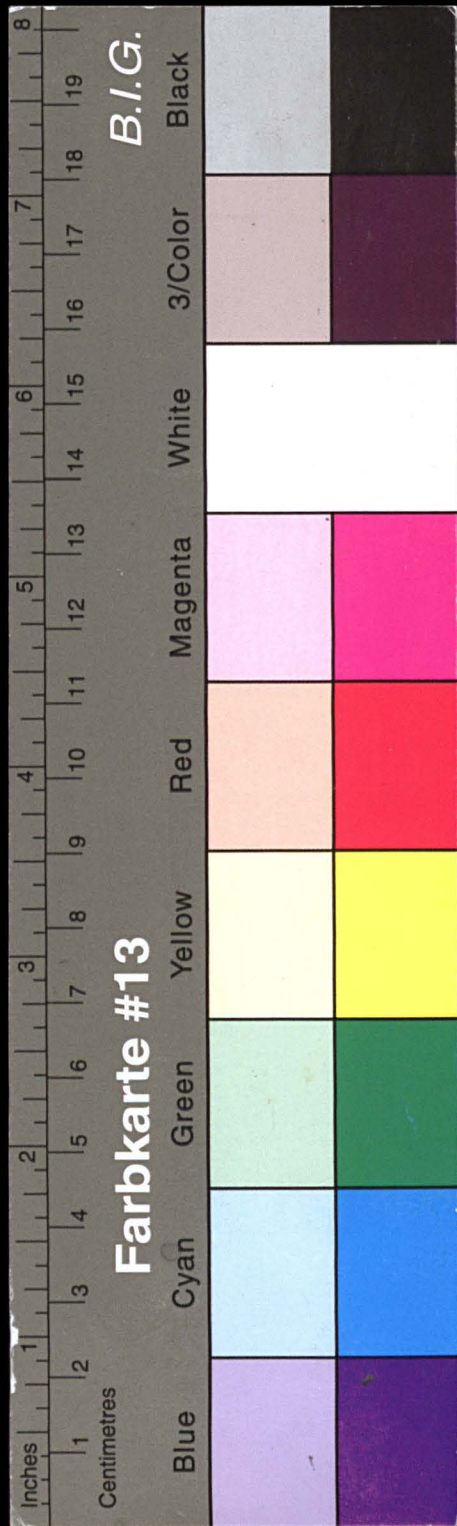


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

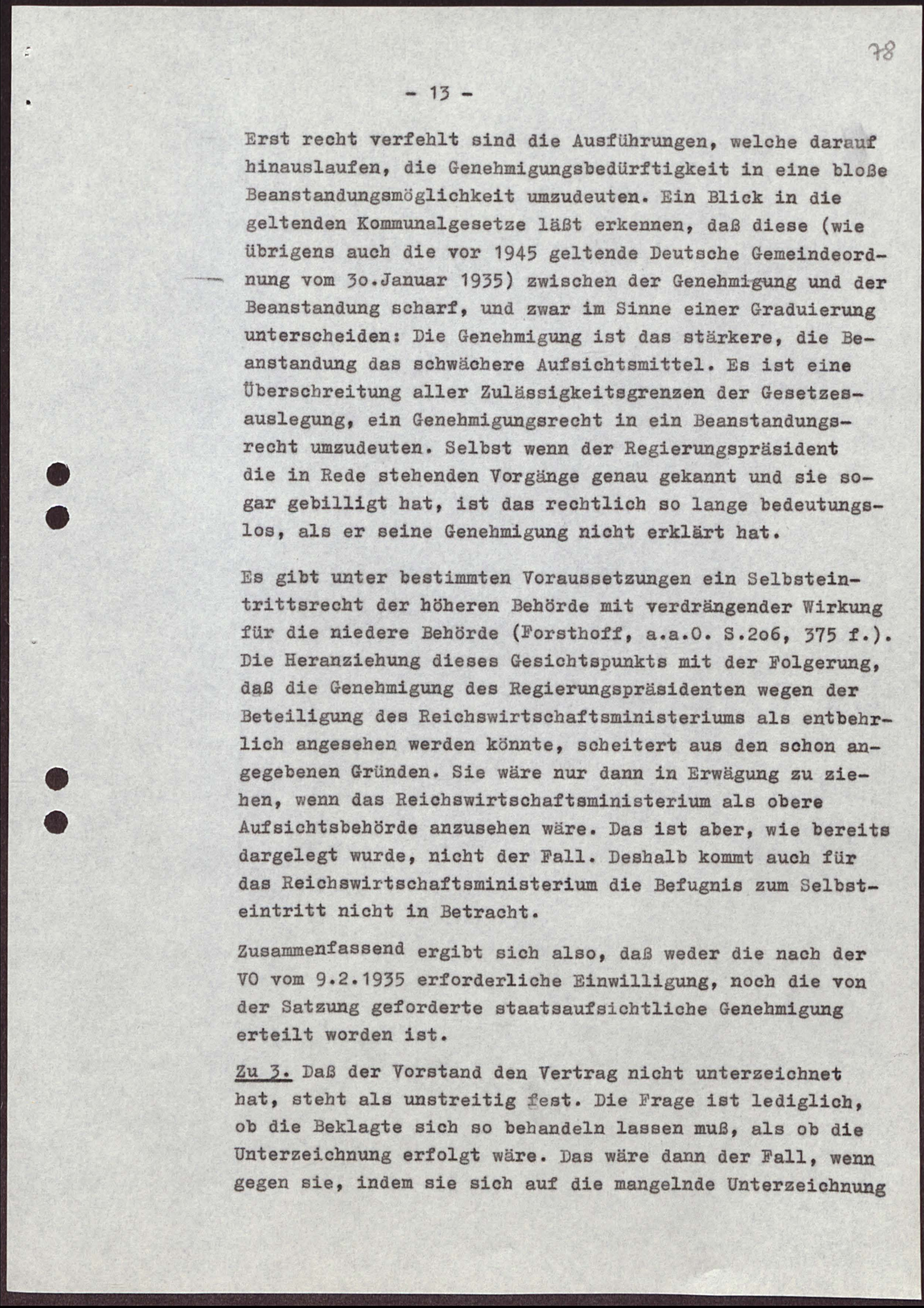
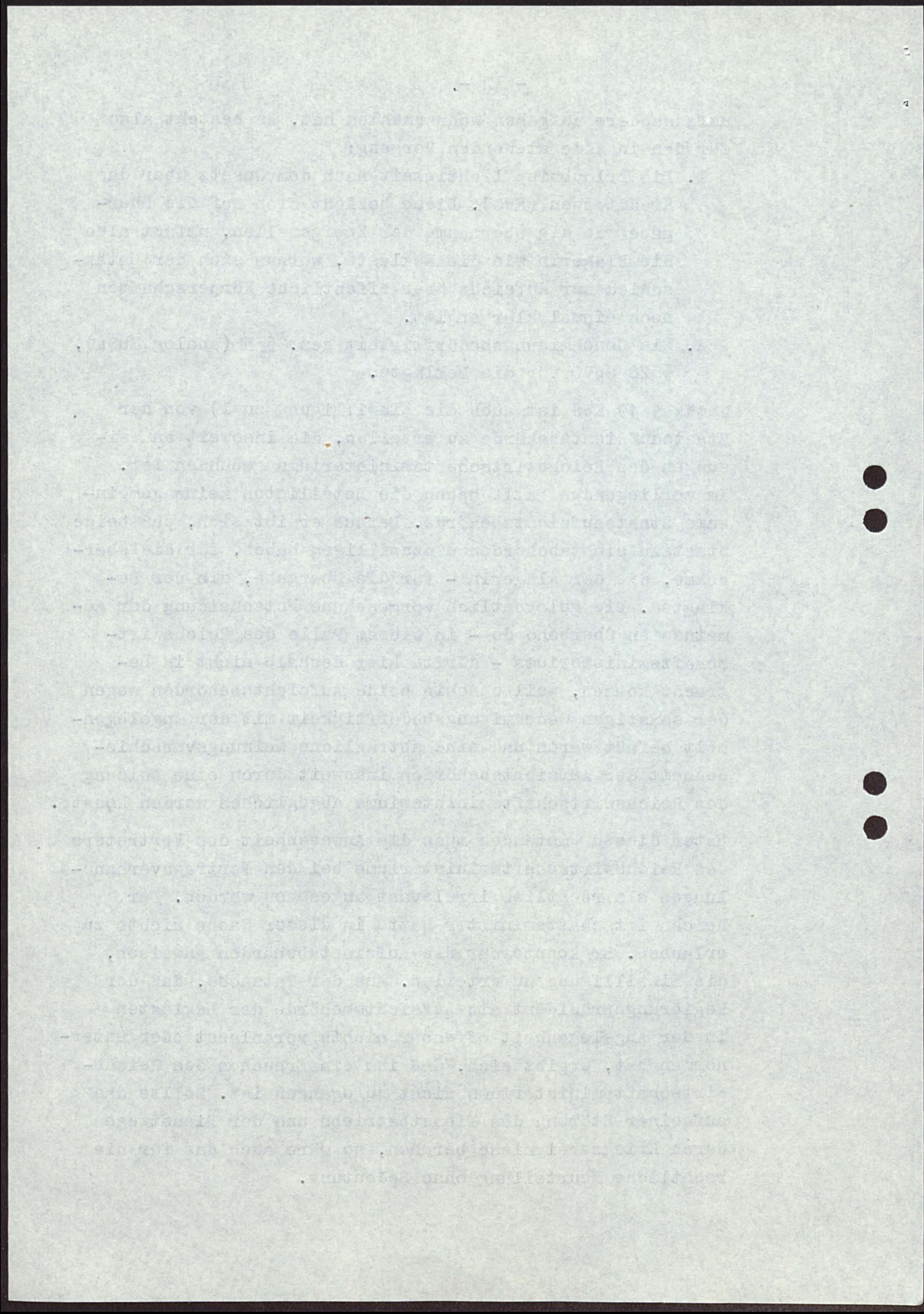




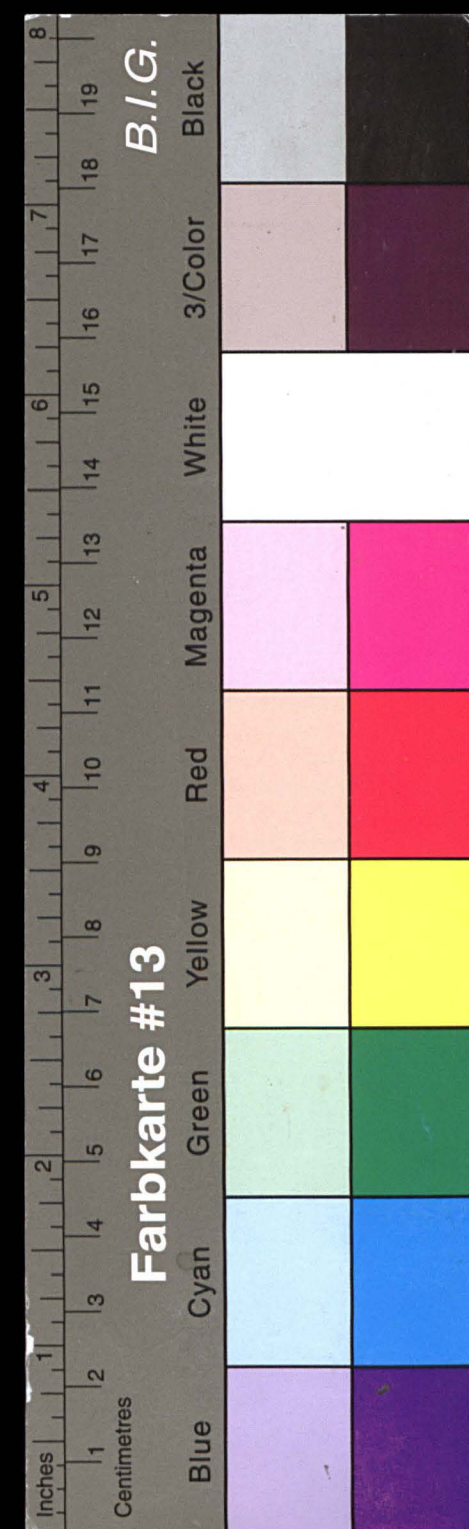


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

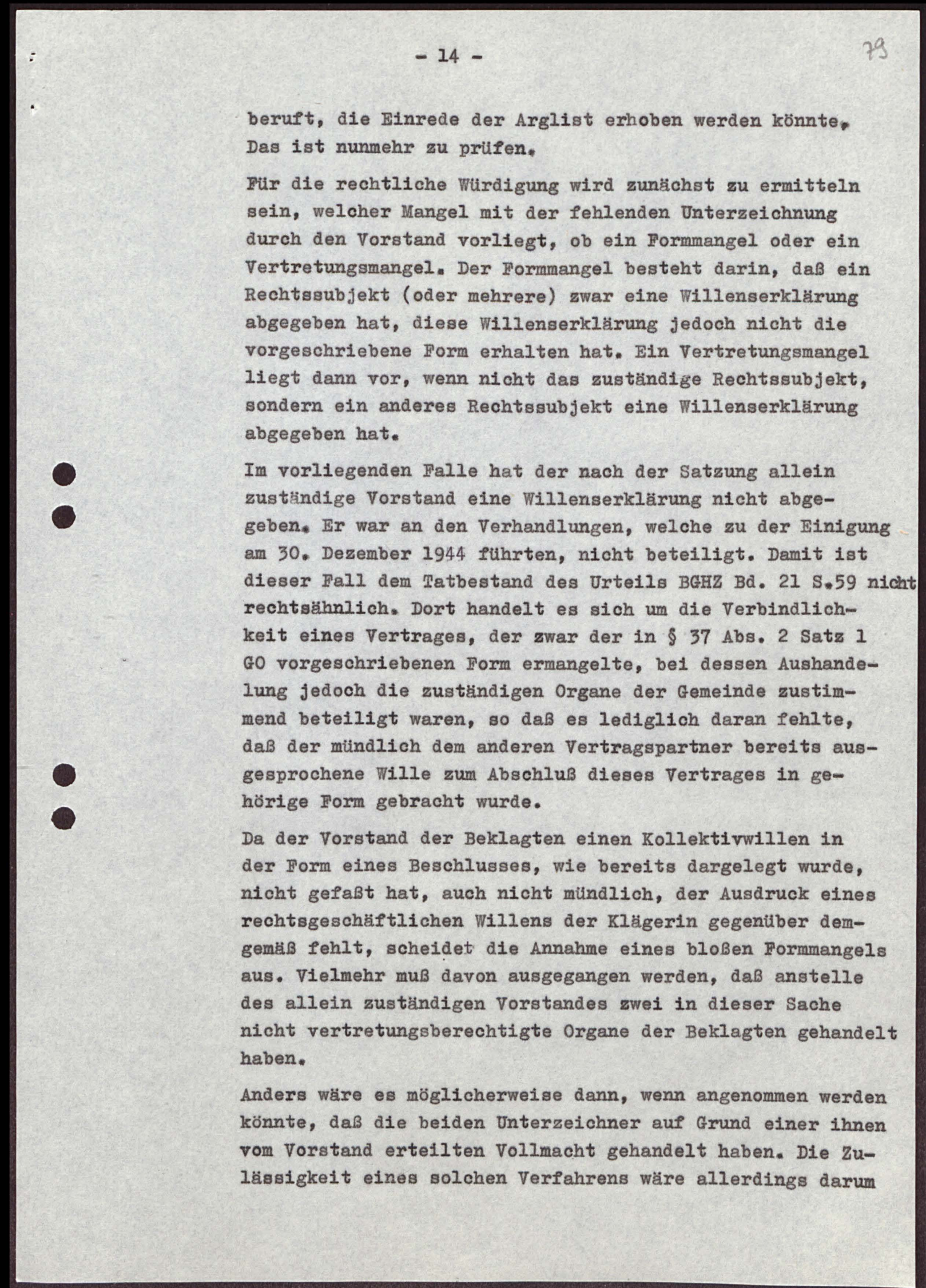
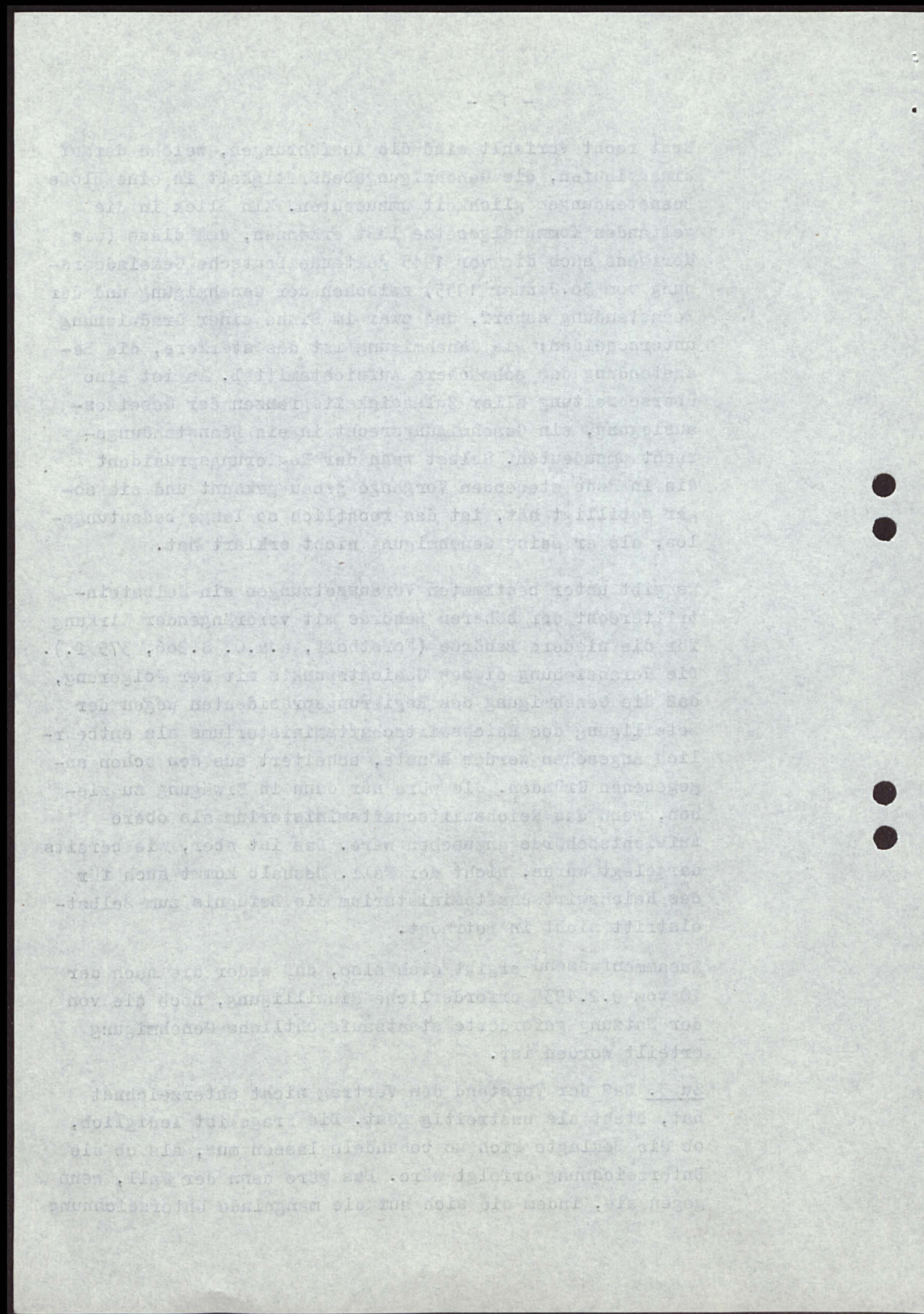






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

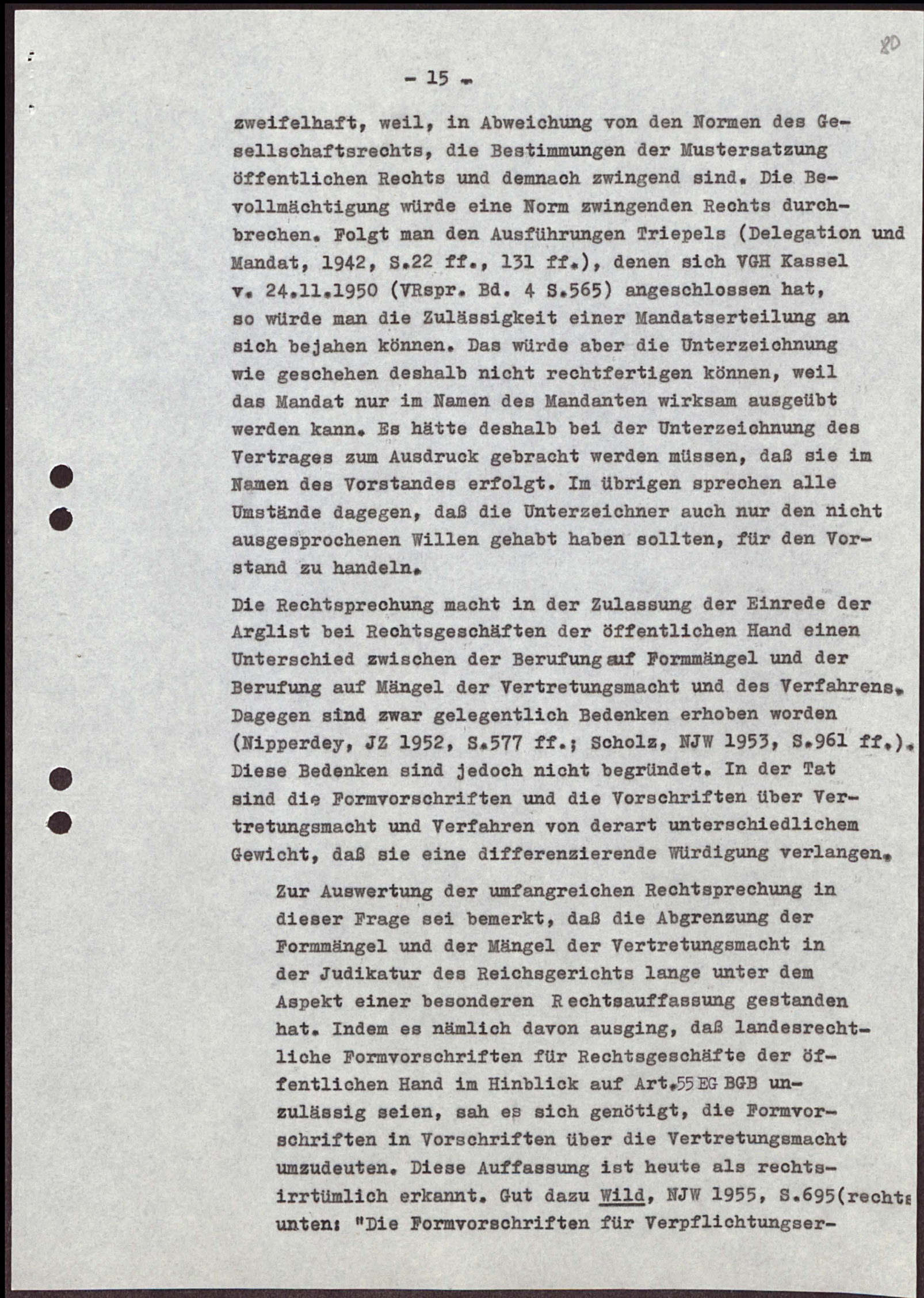
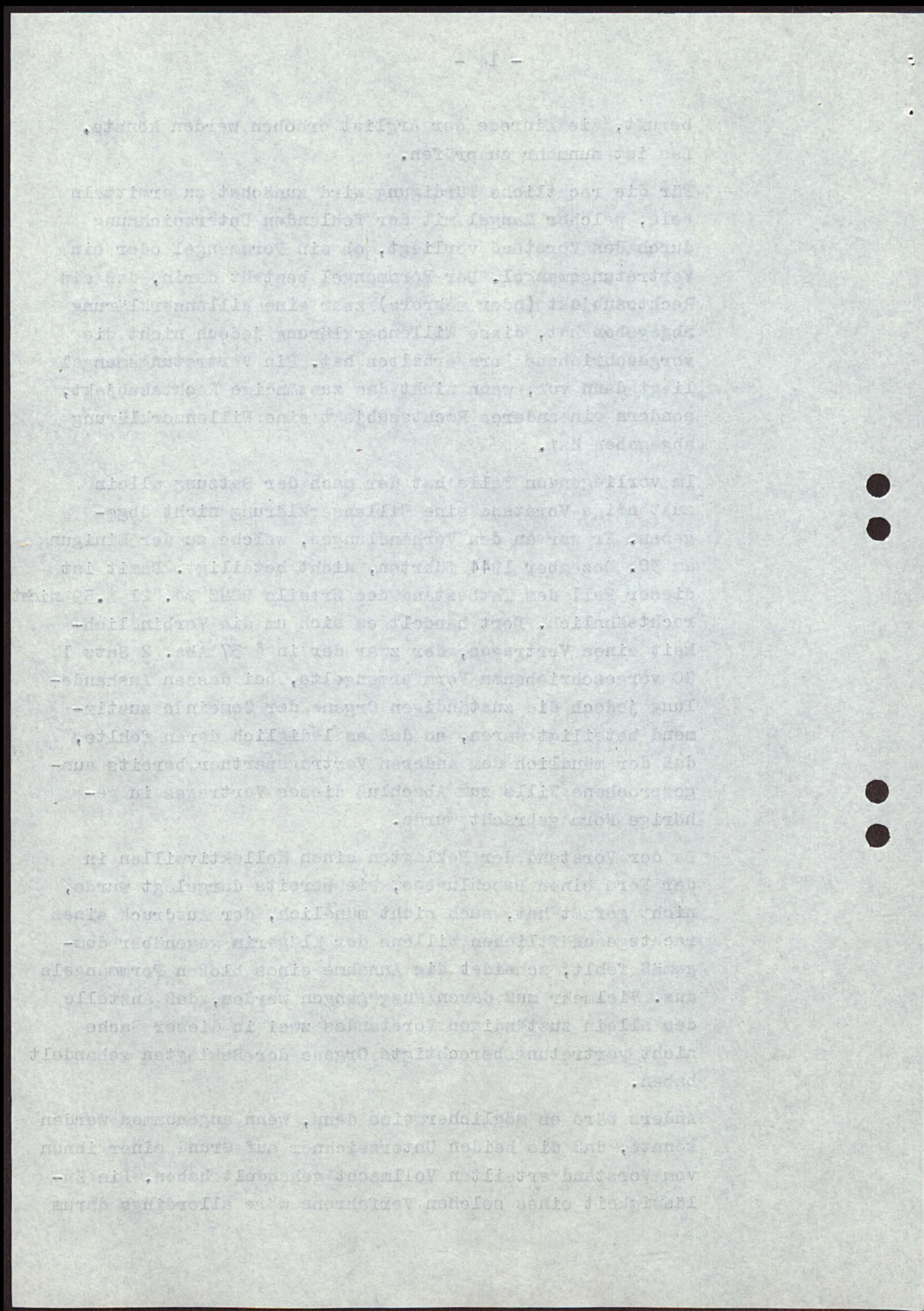




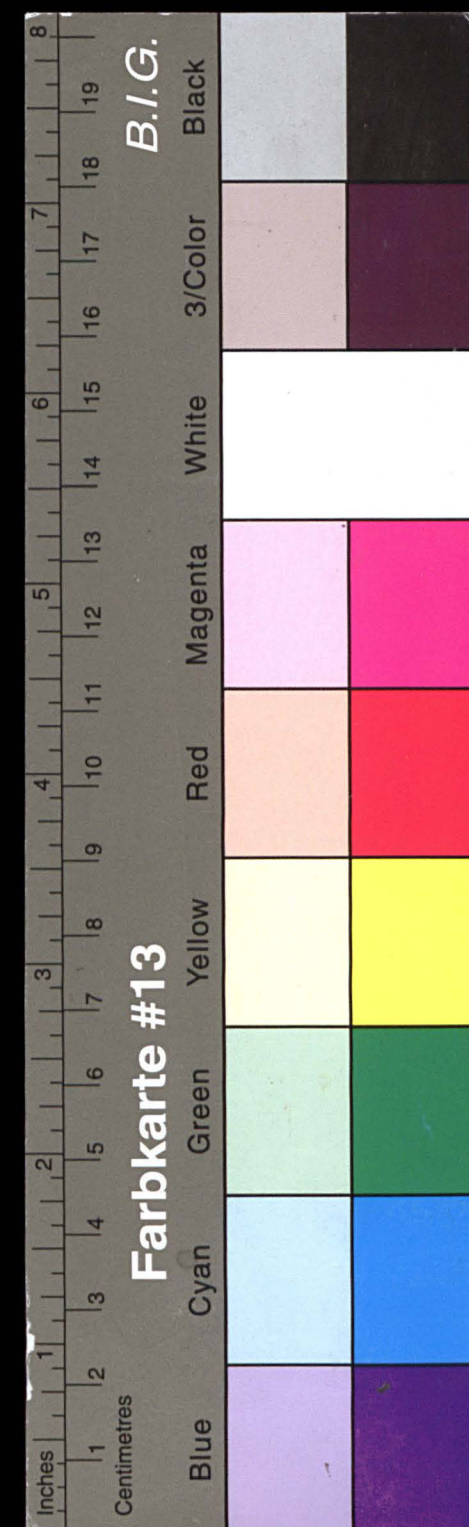


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

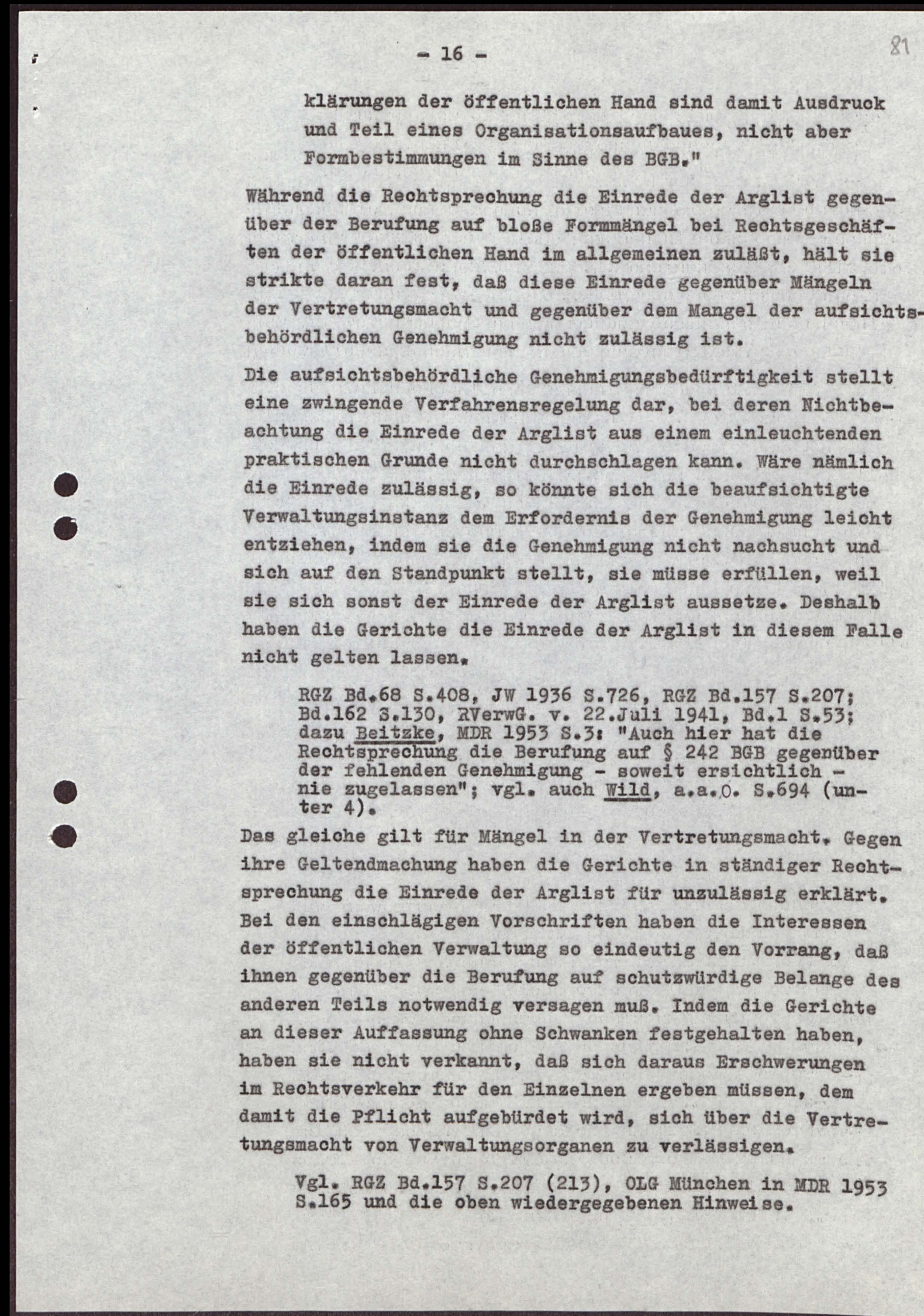
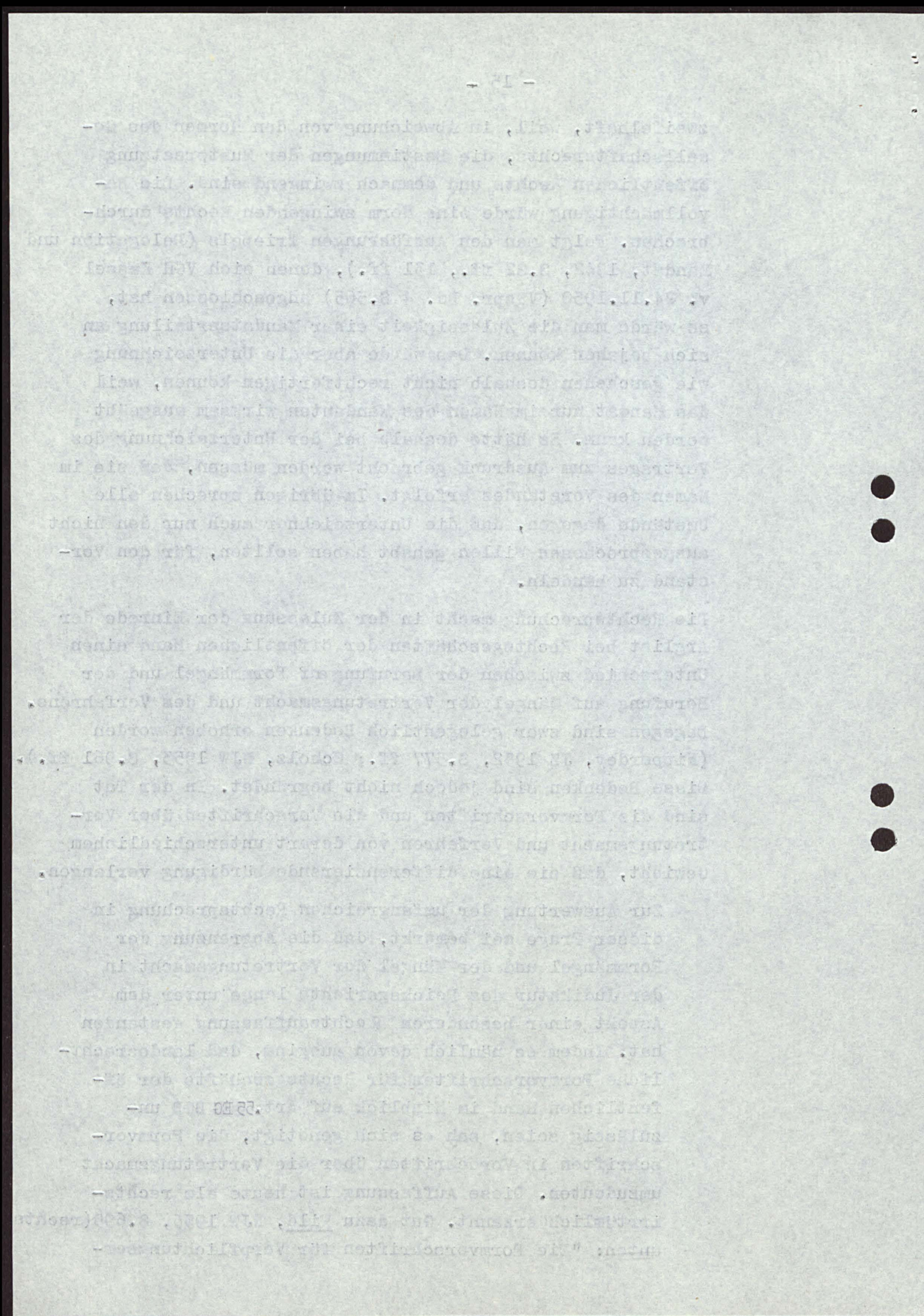




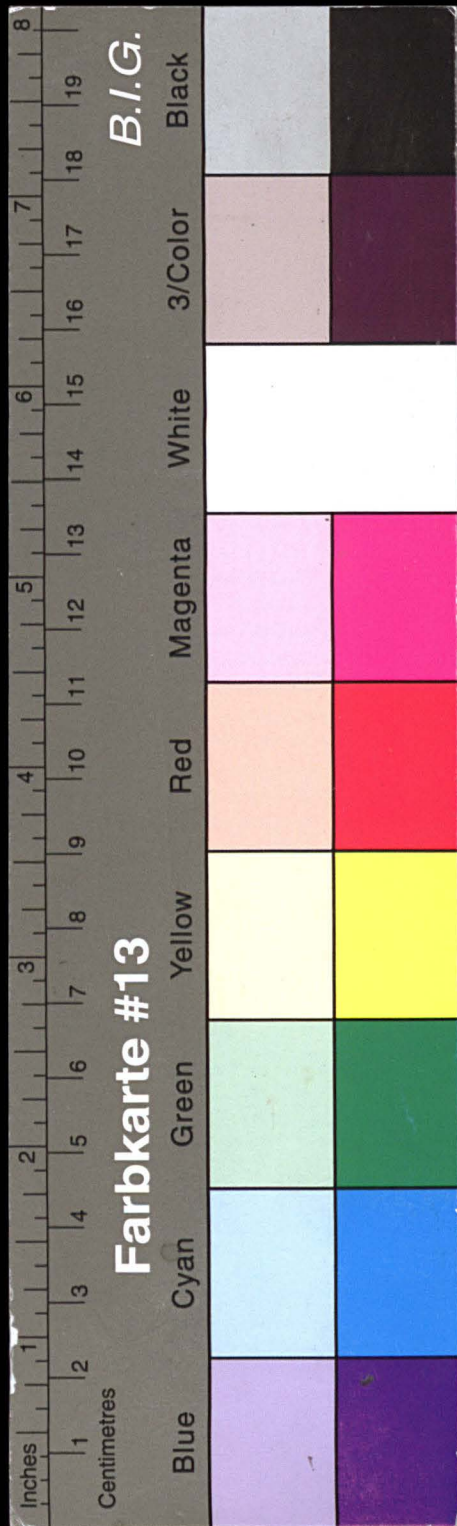


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

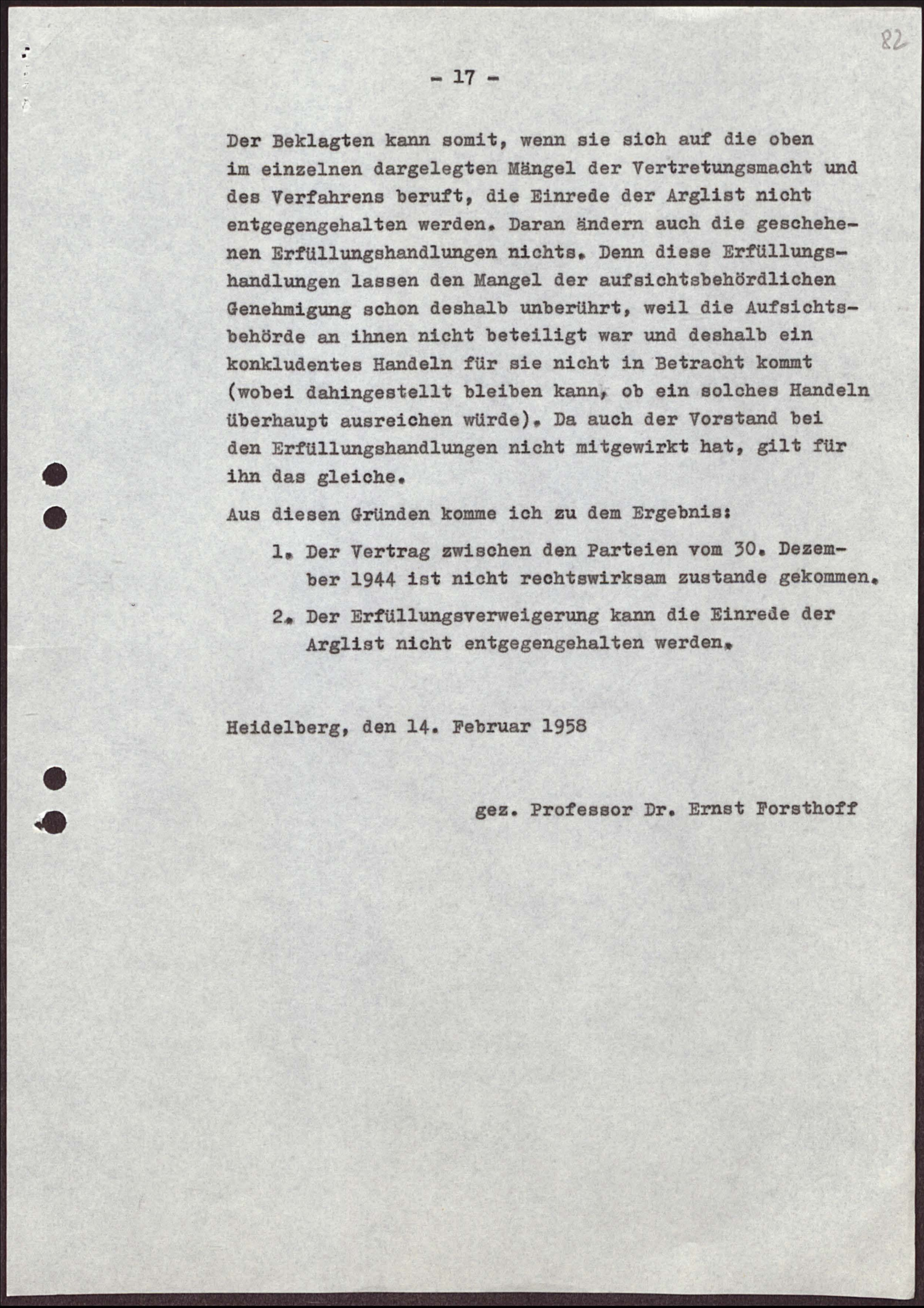
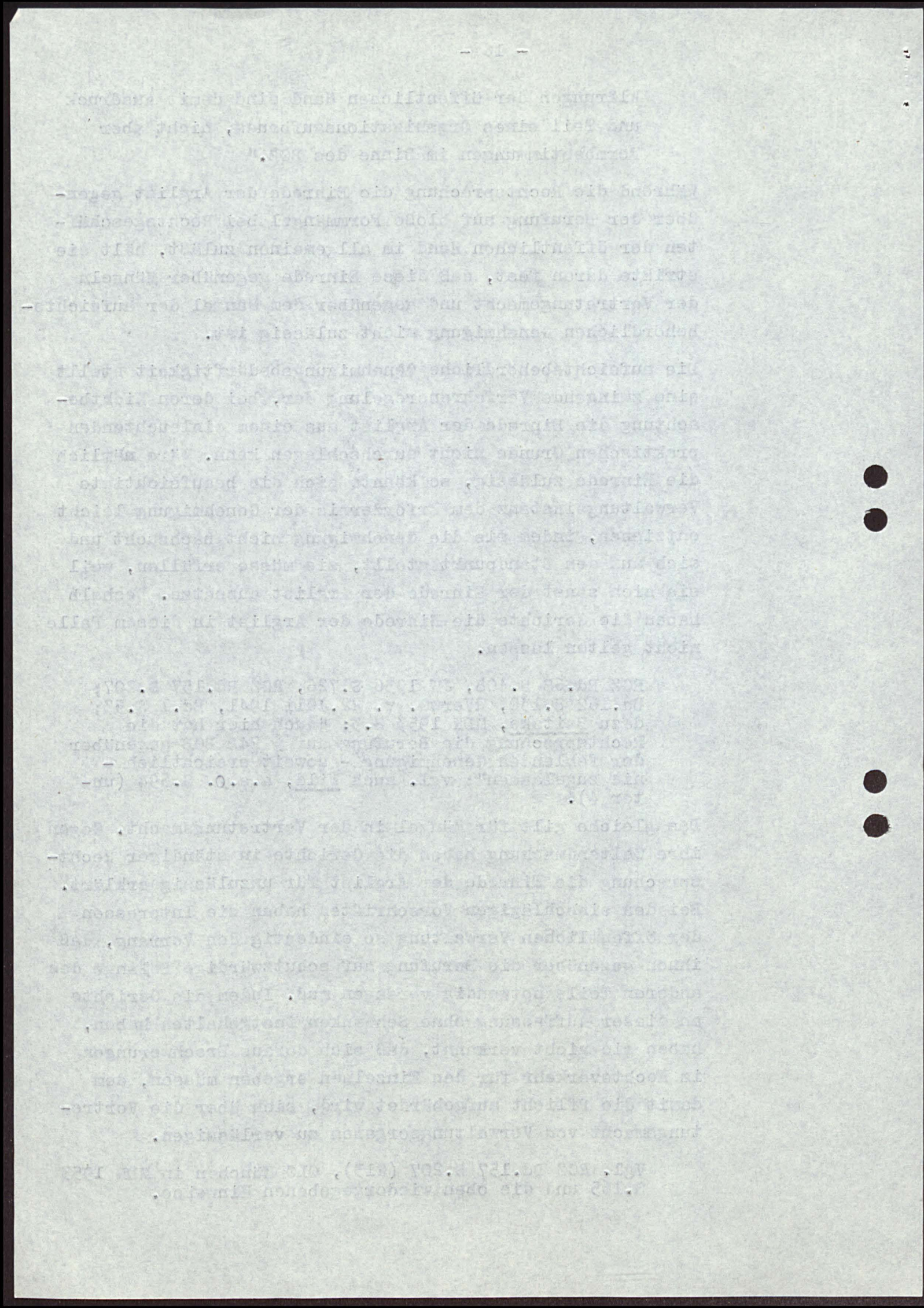






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



Der Beklagten kann somit, wenn sie sich auf die oben im einzelnen dargelegten Mängel der Vertretungsmacht und des Verfahrens beruft, die Einrede der Arglist nicht entgegengehalten werden. Daran ändern auch die geschehenen Erfüllungshandlungen nichts. Denn diese Erfüllungshandlungen lassen den Mangel der aufsichtsbehördlichen Genehmigung schon deshalb unberührt, weil die Aufsichtsbehörde an ihnen nicht beteiligt war und deshalb ein konkludentes Handeln für sie nicht in Betracht kommt (wobei dahingestellt bleiben kann, ob ein solches Handeln überhaupt ausreichen würde). Da auch der Vorstand bei den Erfüllungshandlungen nicht mitgewirkt hat, gilt für ihn das gleiche.

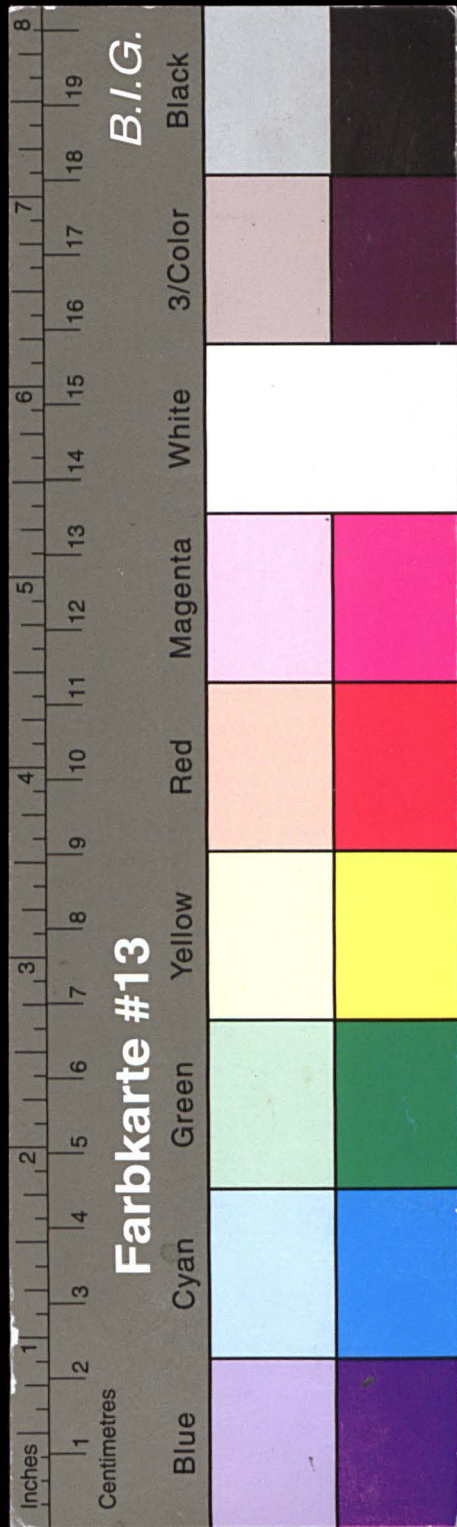
Aus diesen Gründen komme ich zu dem Ergebnis:

1. Der Vertrag zwischen den Parteien vom 30. Dezember 1944 ist nicht rechtswirksam zustande gekommen.
2. Der Erfüllungsverweigerung kann die Einrede der Arglist nicht entgegengehalten werden.

Heidelberg, den 14. Februar 1958

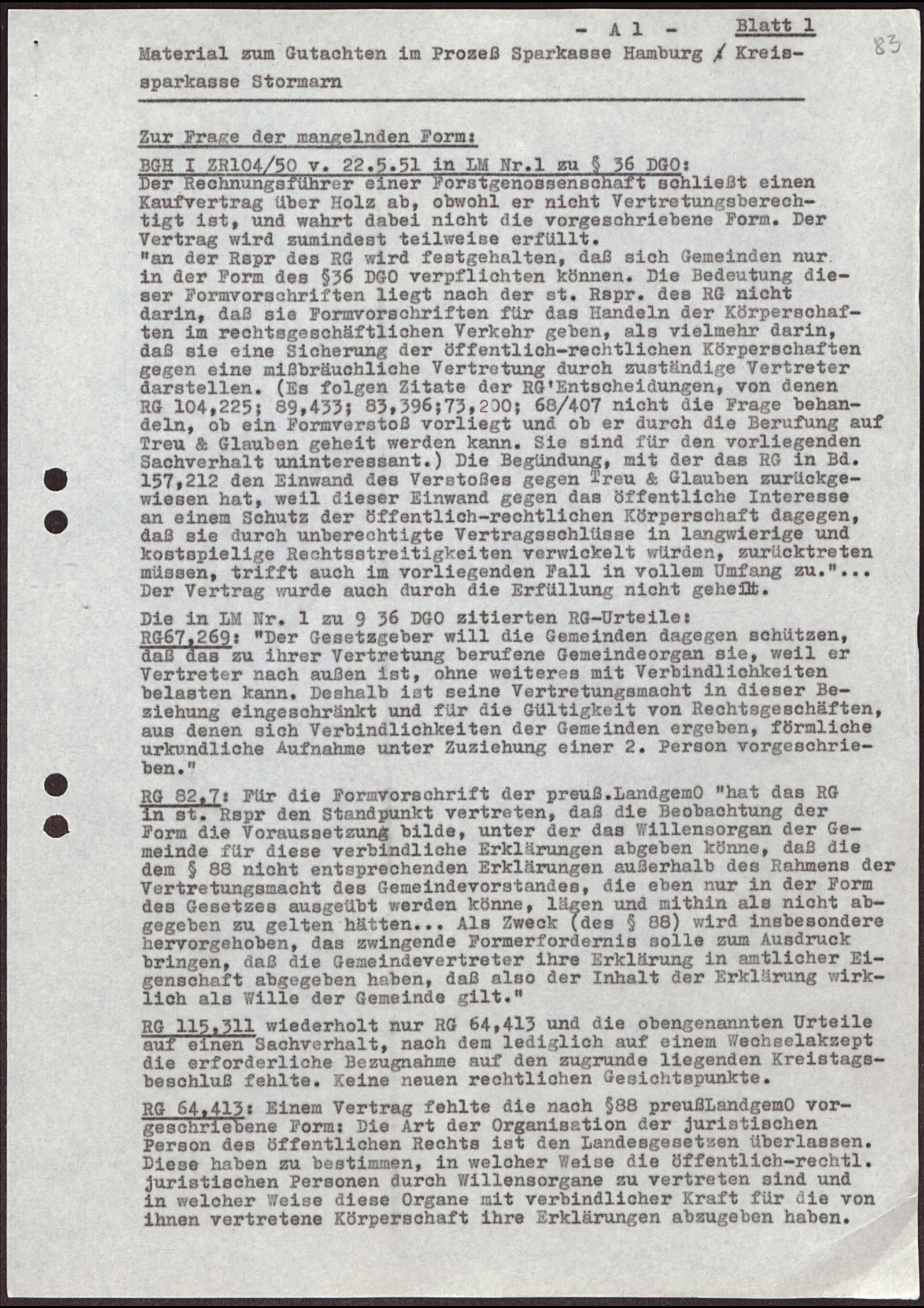
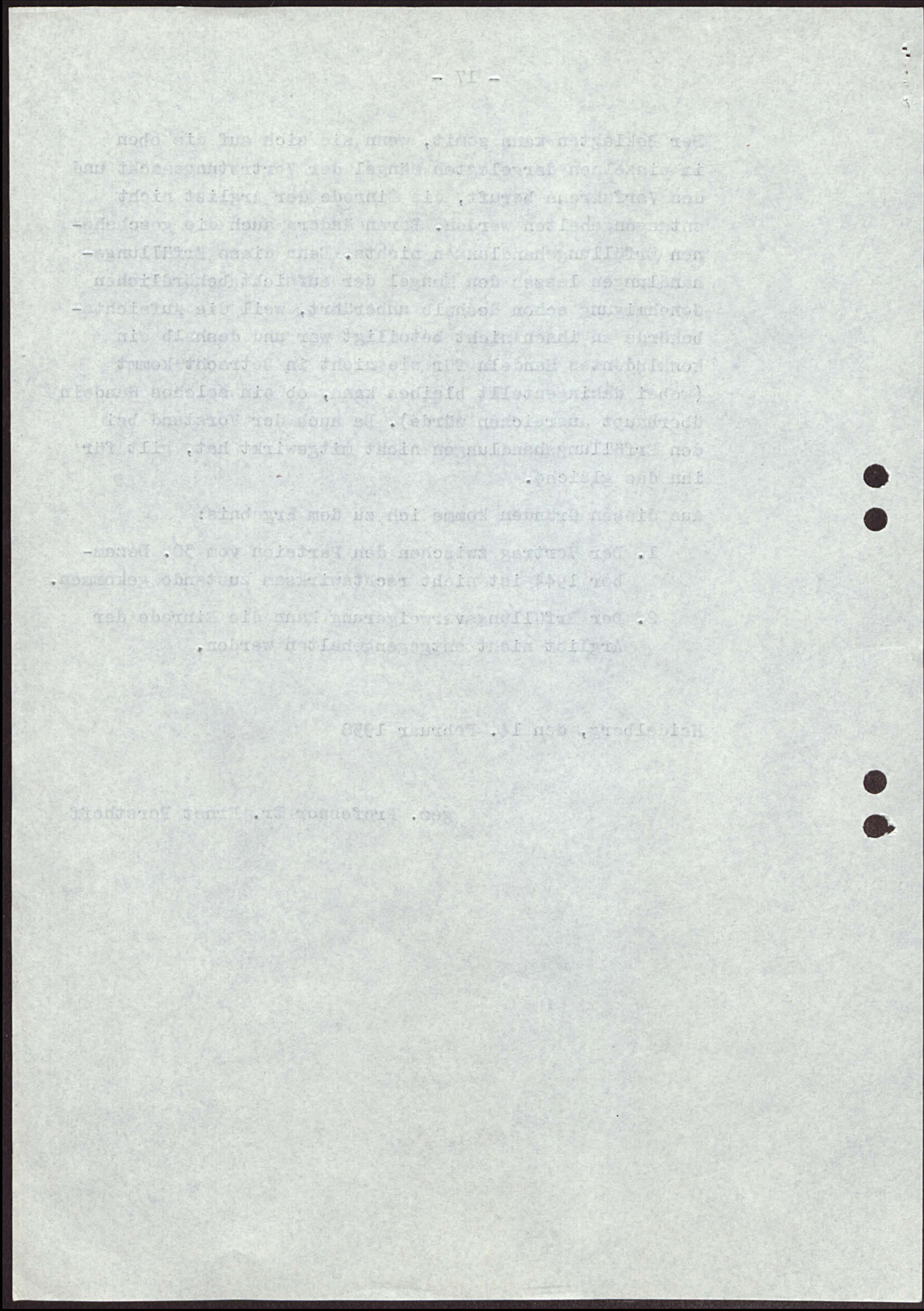
gez. Professor Dr. Ernst Forsthoff



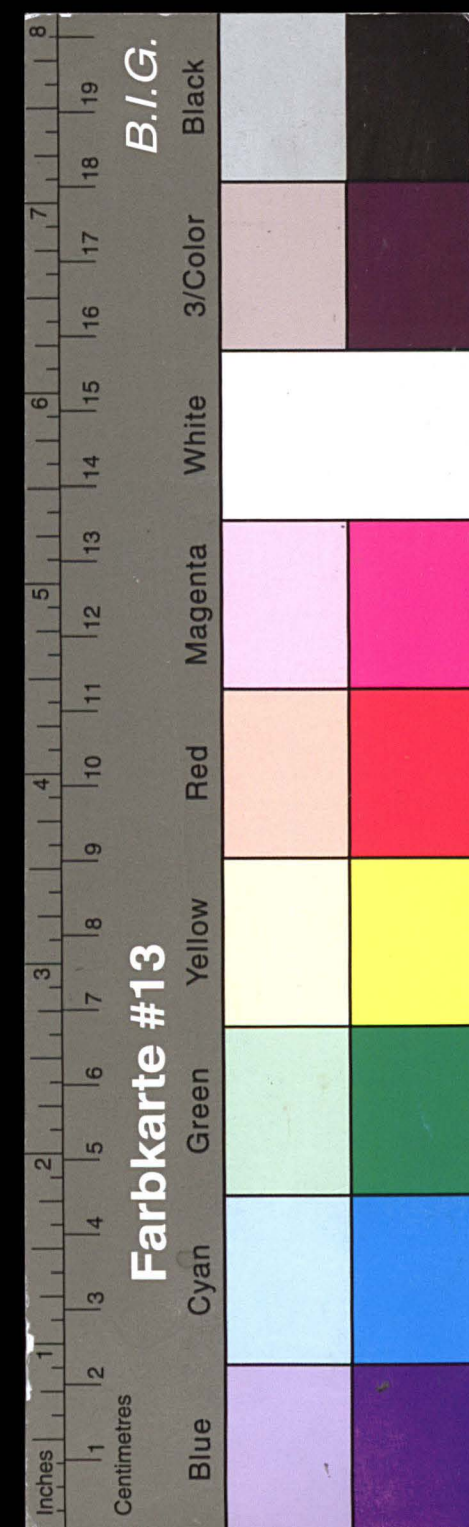


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

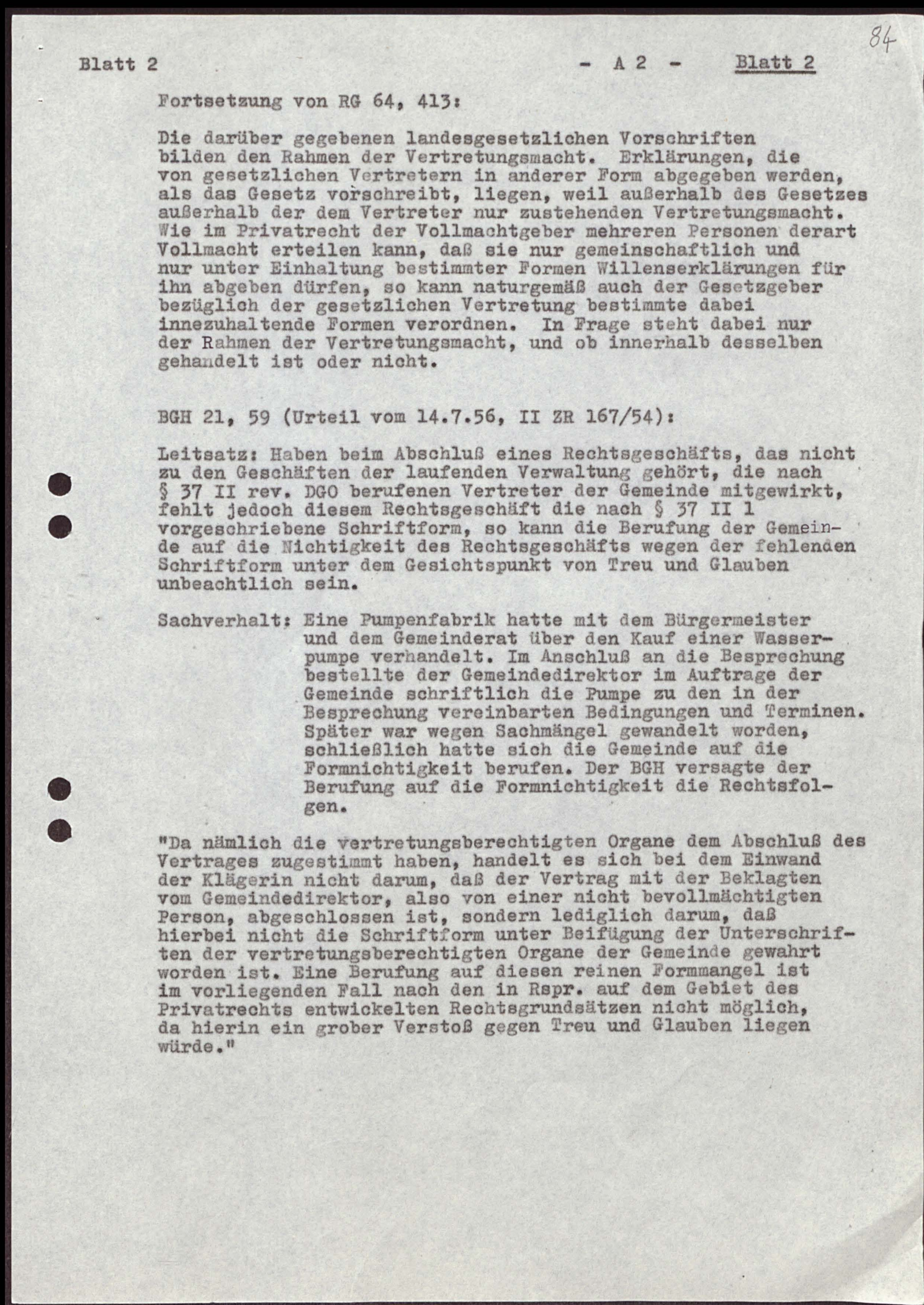
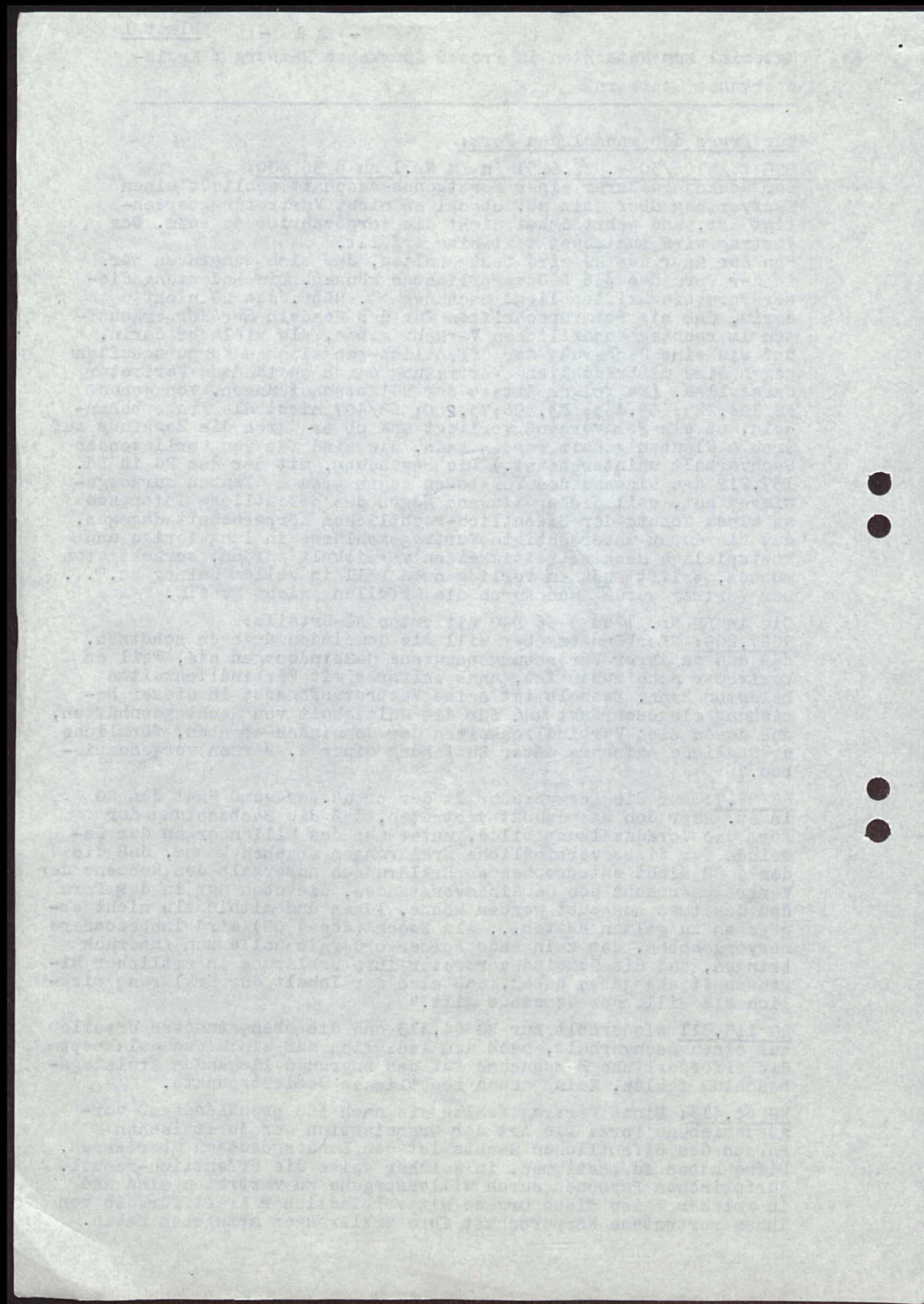




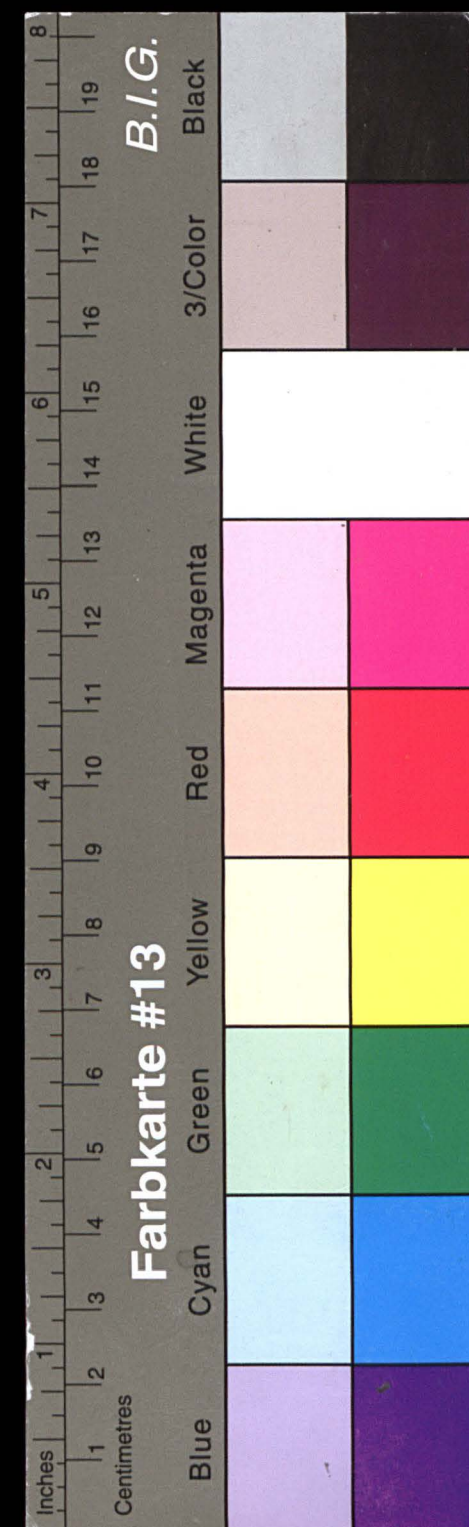


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

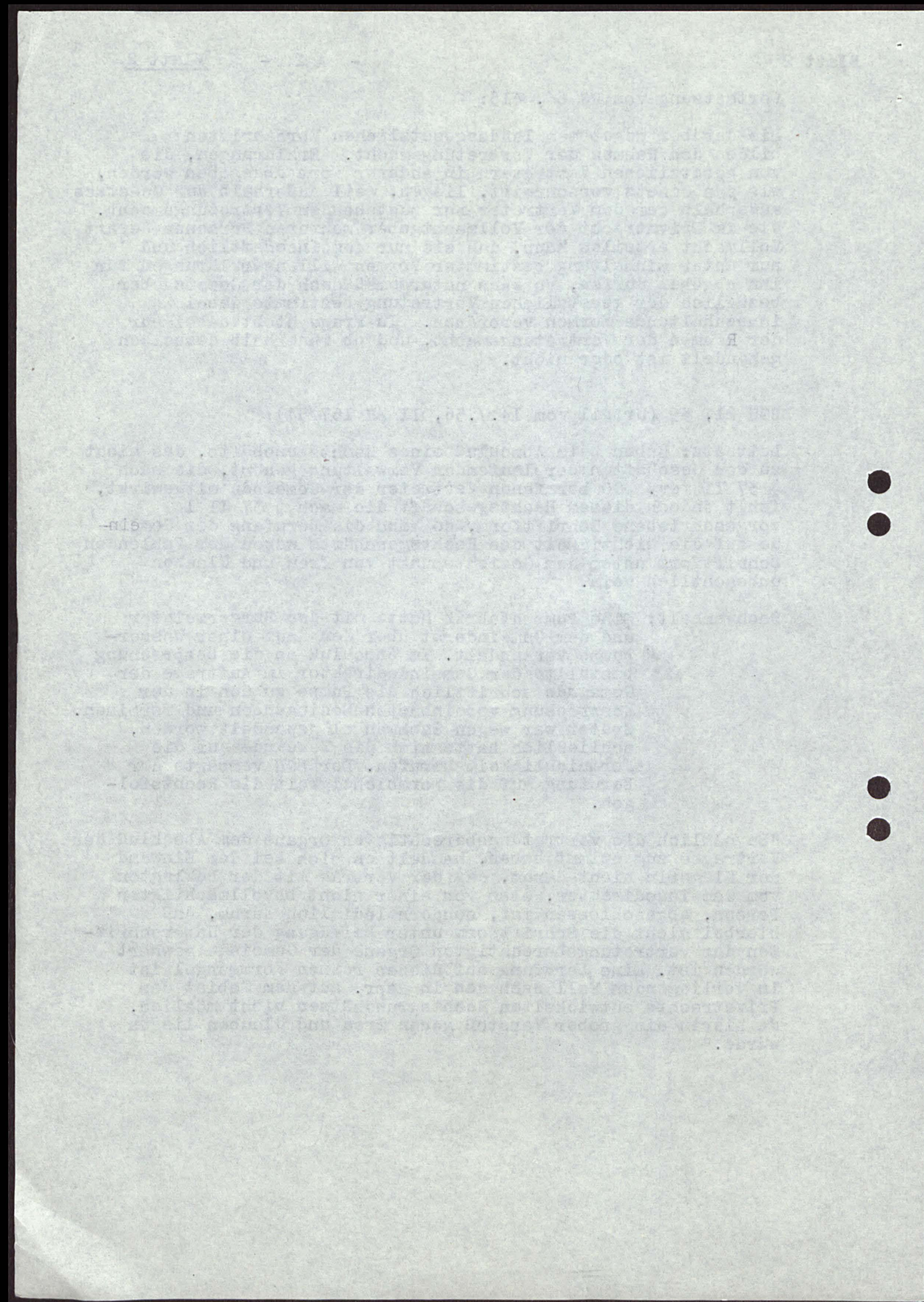






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



- A 3 -

Blatt 3

85

LG Lübeck v. 21.5.52 IS 97/52 in MDR 52,745:

Eine Gemeinde haftet auch dann aus Vertrag, wenn für eine Erklärung an sich Schriftlichkeit vorgesehen ist, die Berufung darauf aber arglistig ist.

(Zunächst wird dargelegt, daß der zur Vertretung der Stadt befugte Bürgermeister mündlich gegenüber der Klägerin die käuflichen Abnahme der Sache zugesagt habe. Nach der GemO für Schl.-Holt. i.V. mit der Hauptsatzung der Stadt M bedürfe eine derartige Erklärung des Bürgermeisters zu ihrer Rechtswirksamkeit an sich der Schriftform.)

Mit der Berufung auf die Nichteinhaltung der nach §50 III GemO vorgeschriebenen Form kann die Bekl. nicht gehört werden. Dieser Einwendung der Bekl. steht die Einrede der Arglist entgegen. Die Rspr hat den Grundsatz herausgearbeitet, ein Vertragsschließender könne dem anderen gegenüber nicht die Formnichtigkeit des Vertrages geltend machen, wenn dies mit Rücksicht auf sein früheres Verhalten gegen die guten Sitten oder gegen Treu & Glauben verstoße; dies sei namentlich dann anzunehmen, wenn er den anderen Teil durch sein Verhalten, wenn auch ohne böse Absicht, in den Irrtum versetze, oder in dem Irrtum erhalten habe, der Vertrag sei formlos gültig. Das RG hat sogar in letzter Zeit ausgesprochen, die Berufung auf den Formmangel sei schon dann nach §242 BGB unzulässig, wenn es nach den Beziehungen der Parteien und den gesamten Umständen Treu & Glauben widerspreche, den Vertragsanspruch an der Formnichtigkeit scheitern zu lassen (RG 157,207). Hier handelt es sich um eine Erklärung, die der Bürgermeister selbständig abgeben kann und die nach der Vorschrift keiner Genehmigung bedarf.

RG in JW 1936, 1820:

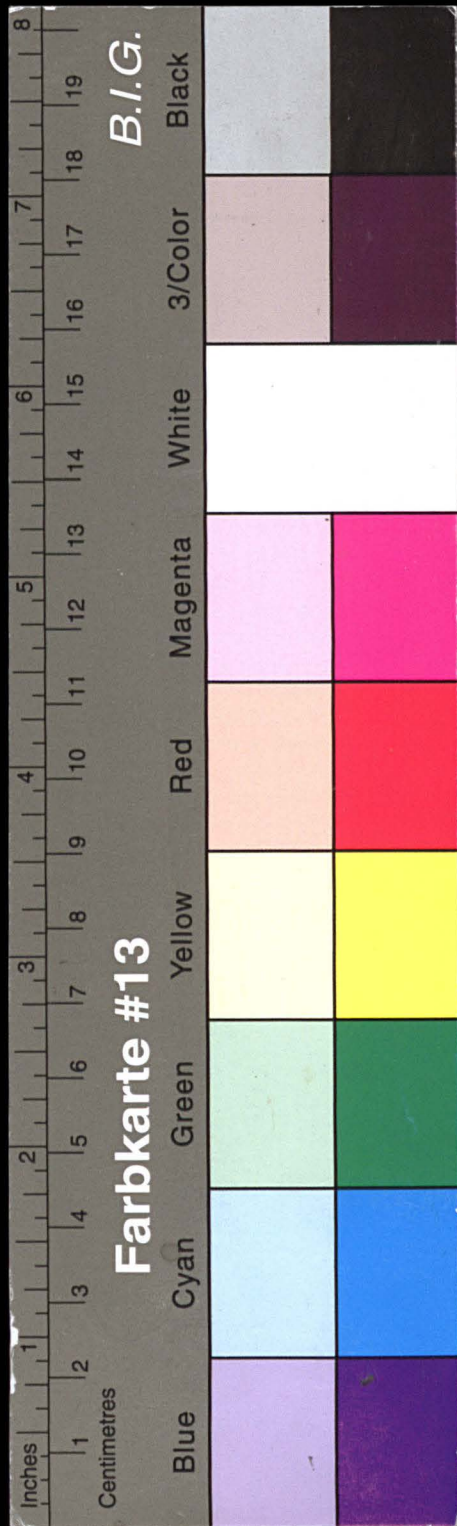
Leitsätze: Einrede unerlaubter Rechtsausübung bei wegen Formmangels nichtigen einseitigen Verpflichtungserklärungen, die öffentliche Behörden auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts in urkundlicher Form übernommen haben.

Sachverhalt: Für einen Landkreis waren durch ein Kreisausschußmitglied unterzeichnete Schuldurkunden ausgestellt. Auf die Anfrage bei dem Landratsamt wurde dem Empfänger erklärt, die Urkunden seien in dieser Form gültig. Daraufhin nahm er weitere Urkunden dieser Art entgegen. Später machte der Kreis Nichtigkeit wegen Formmangels geltend.

Begründung: Bei formbedürftigen Verträgen, namentlich über den Verkauf von Grundstücken, kann sich nach der ständigen Rspr. des RG der Teil auf die Form nicht berufen, der den Vertragsgegner über das Formerfordernis oder dessen Tragweite, wenn auch nur fahrlässig, irre geführt hat. Da aber allen Vertragsteilnehmern, insbesondere die Pflicht obliegt die in § 313 vorgeschriebene Form zu erfüllen, so bedarf die Behauptung der eine Teil sei durch den anderen in den Irrtum versetzt, die Form sei unnötig, besonderer Begründung.

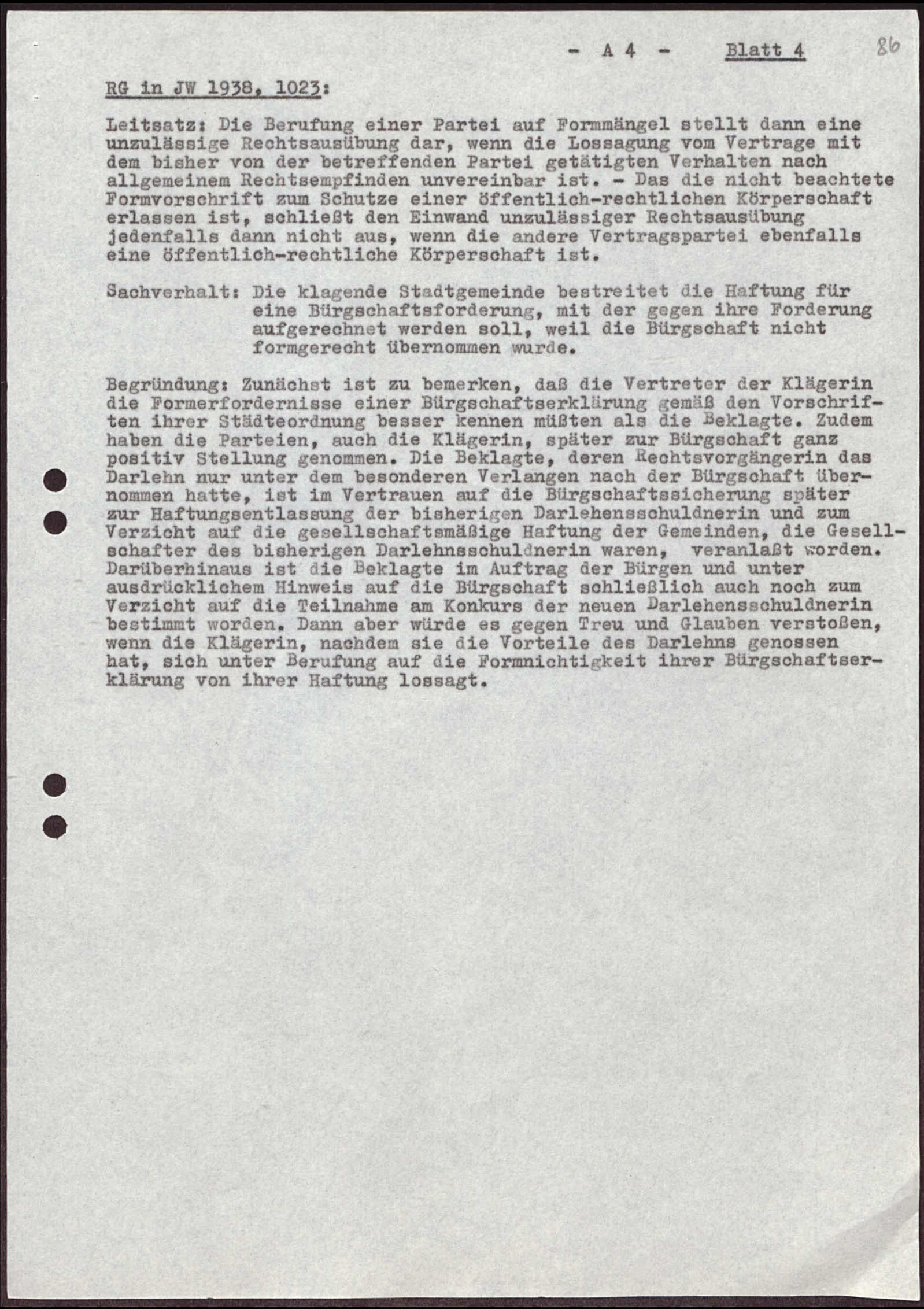
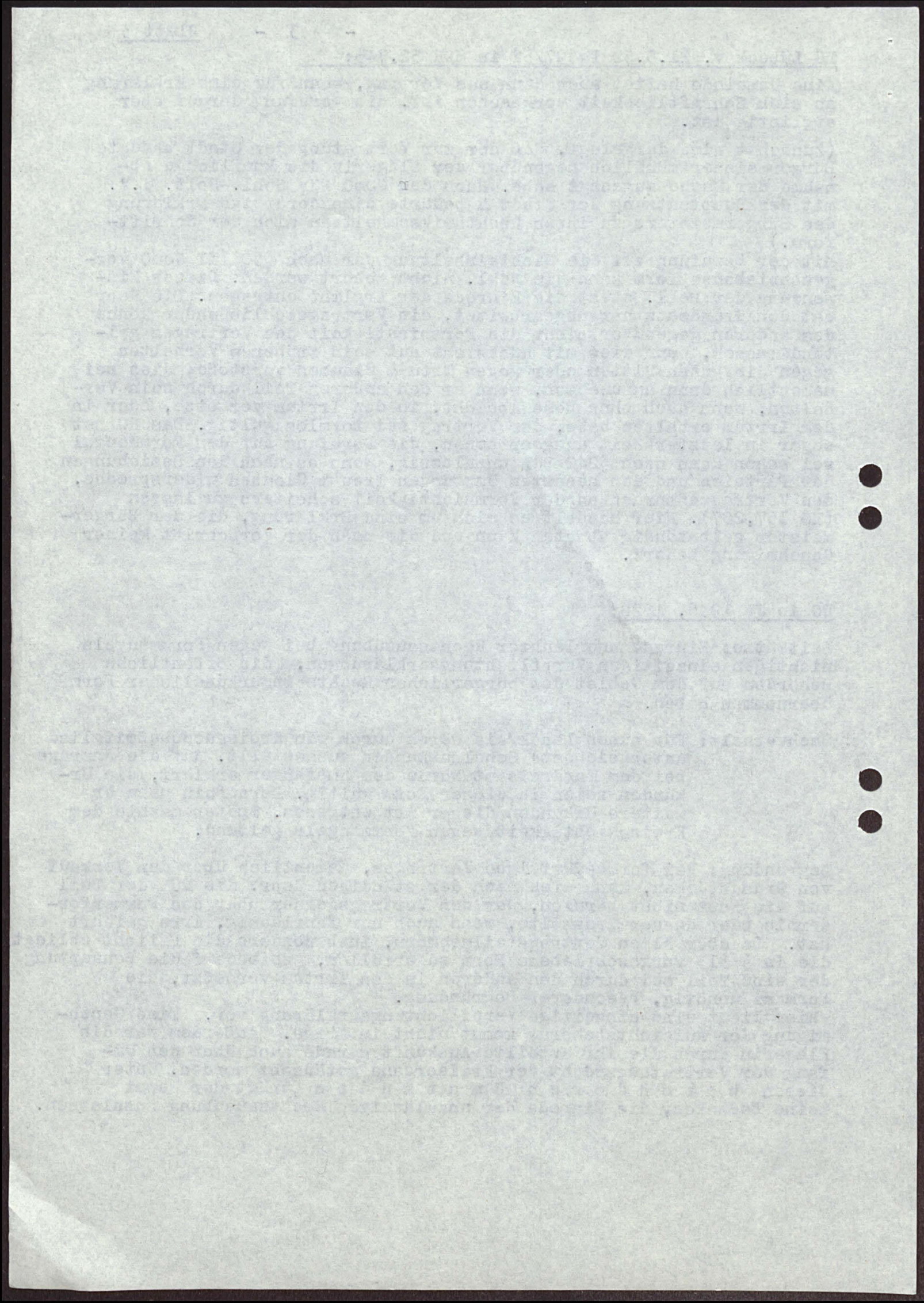
Hier liegt eine einseitige Verpflichtungserklärung vor. Eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde kommt nicht in Frage. Außerdem war die Klägerin durch die ihr erteilte Auskunft gerade auch über den Umfang der Vertretungsmacht der Kreisorgane getäuscht worden. Unter diesen besonderen Umständen trägt der Senat keine Bedenken, die Einrede der unzulässigen Rechtsausübung zuzulassen.





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



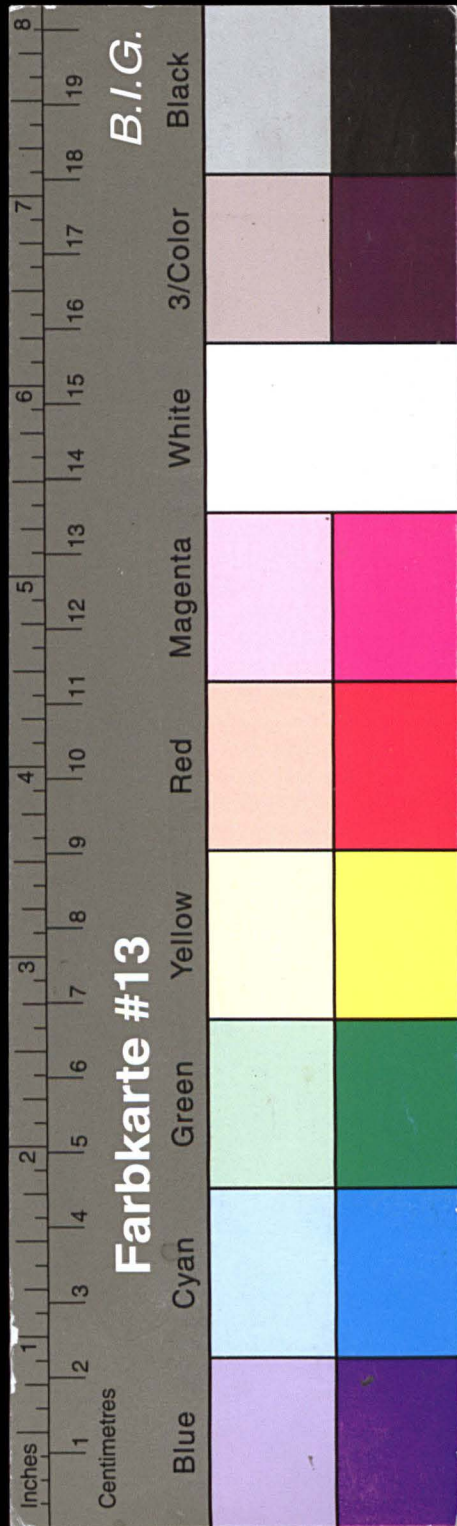
RG in JW 1938, 1023:

**Leitsatz:** Die Berufung einer Partei auf Formmängel stellt dann eine unzulässige Rechtsausübung dar, wenn die Lossagung vom Verträge mit dem bisher von der betreffenden Partei getätigten Verhalten nach allgemeinem Rechtsempfinden unvereinbar ist. - Das die nicht beachtete Formvorschrift zum Schutze einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft erlassen ist, schließt den Einwand unzulässiger Rechtsausübung jedenfalls dann nicht aus, wenn die andere Vertragspartei ebenfalls eine öffentlich-rechtliche Körperschaft ist.

**Sachverhalt:** Die klagende Stadtgemeinde bestreitet die Haftung für eine Bürgschaftsforderung, mit der gegen ihre Forderung aufgerechnet werden soll, weil die Bürgschaft nicht formgerecht übernommen wurde.

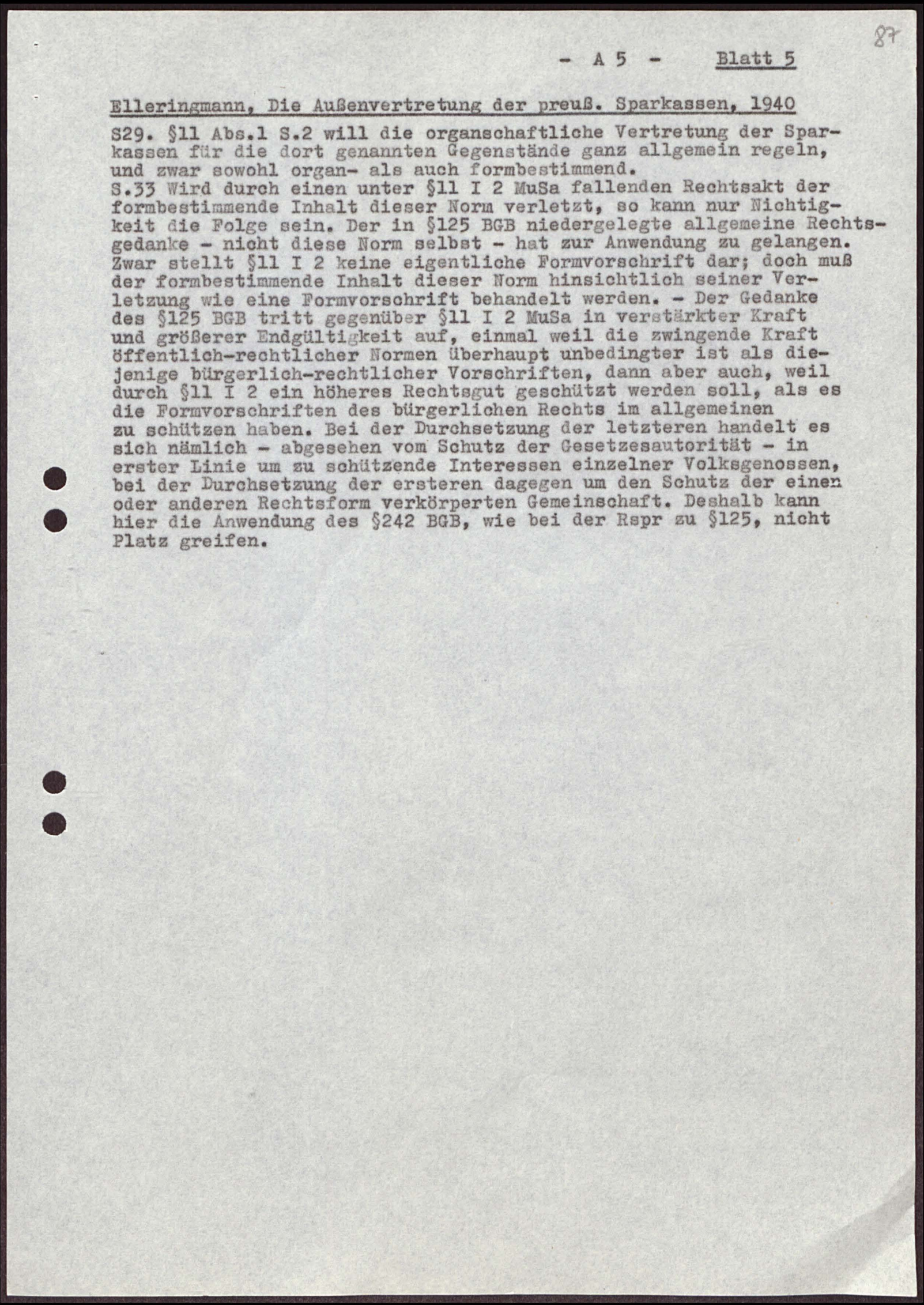
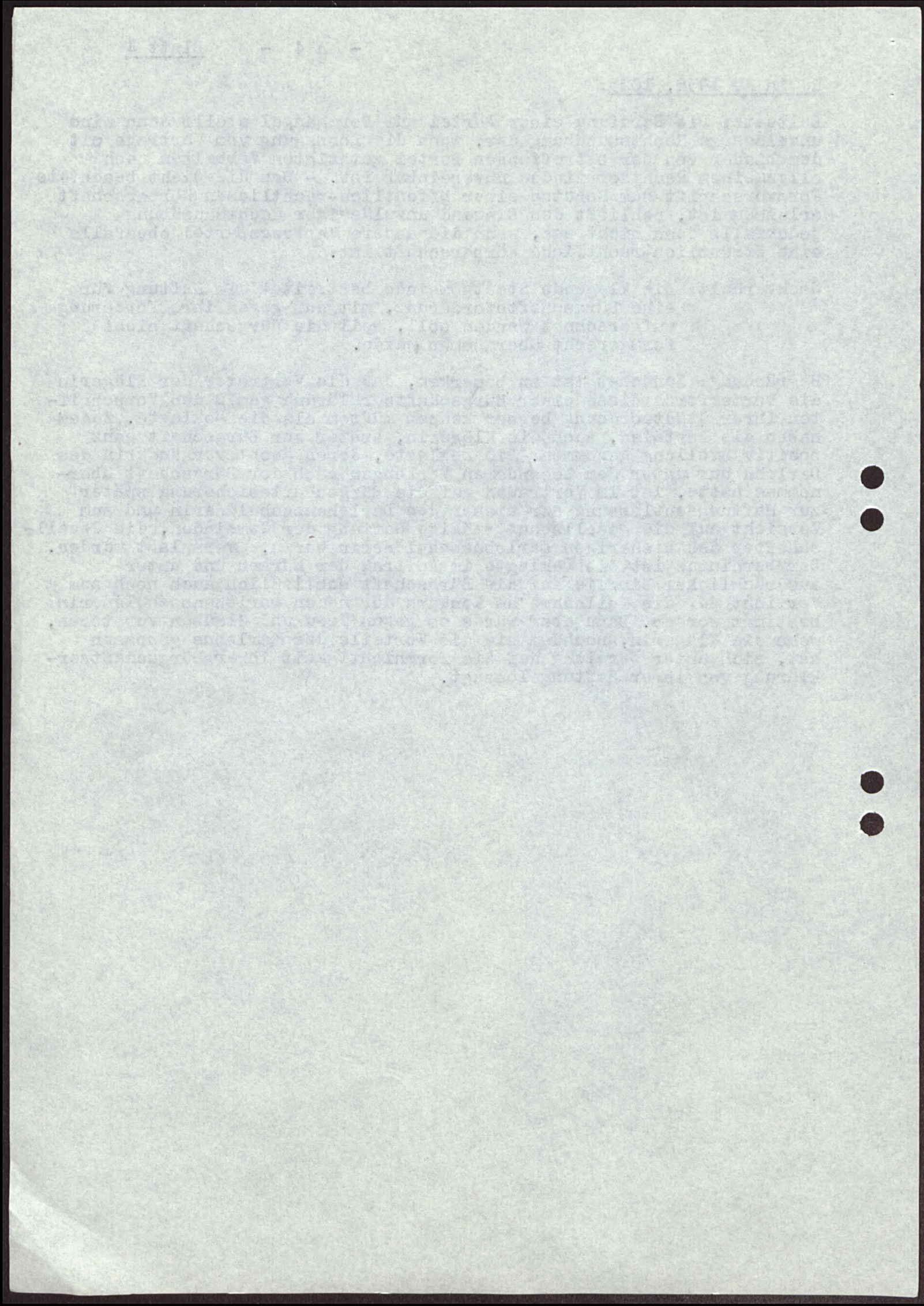
**Begründung:** Zunächst ist zu bemerken, daß die Vertreter der Klägerin die Formerfordernisse einer Bürgschaftserklärung gemäß den Vorschriften ihrer Städteordnung besser kennen müßten als die Beklagte. Zudem haben die Parteien, auch die Klägerin, später zur Bürgschaft ganz positiv Stellung genommen. Die Beklagte, deren Rechtsvorgängerin das Darlehn nur unter dem besonderen Verlangen nach der Bürgschaft übernommen hatte, ist im Vertrauen auf die Bürgschaftssicherung später zur Haftungsentlassung der bisherigen Darlehensschuldnerin und zum Verzicht auf die gesellschaftsmäßige Haftung der Gemeinden, die Gesellschafter des bisherigen Darlehensschuldnerin waren, veranlaßt worden. Darüberhinaus ist die Beklagte im Auftrag der Bürgen und unter ausdrücklichem Hinweis auf die Bürgschaft schließlich auch noch zum Verzicht auf die Teilnahme am Konkurs der neuen Darlehensschuldnerin bestimmt worden. Dann aber würde es gegen Treu und Glauben verstoßen, wenn die Klägerin, nachdem sie die Vorteile des Darlehns genossen hat, sich unter Berufung auf die Formnichtigkeit ihrer Bürgschaftserklärung von ihrer Haftung lossagt.





# Kreisarchiv Stormarn E103

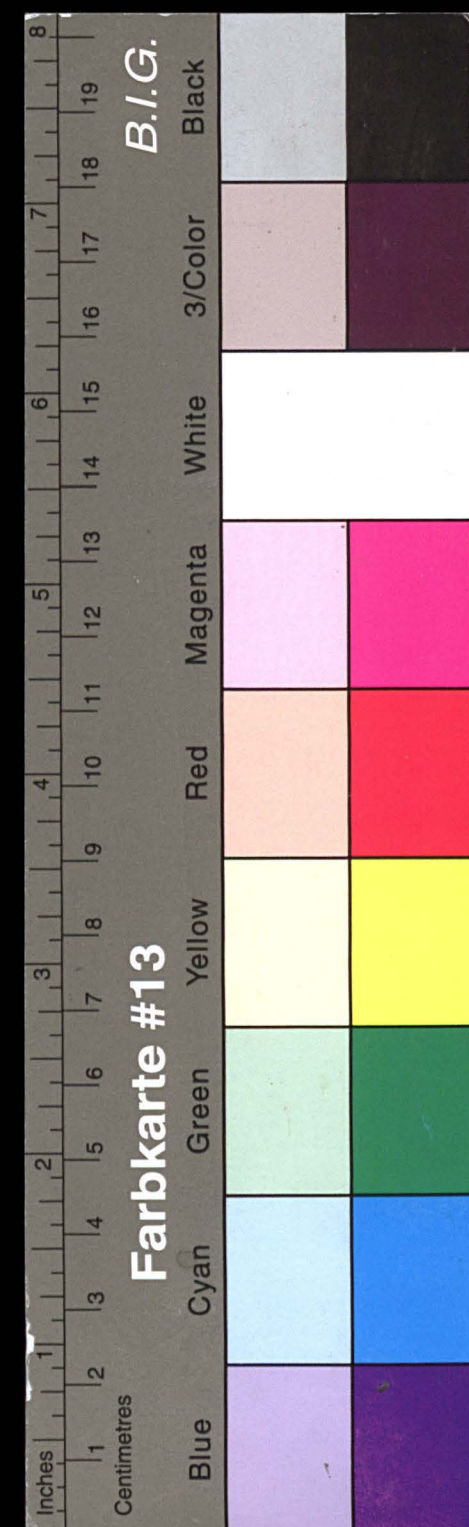
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



Elleringmann, Die Außenvertretung der preuß. Sparkassen, 1940

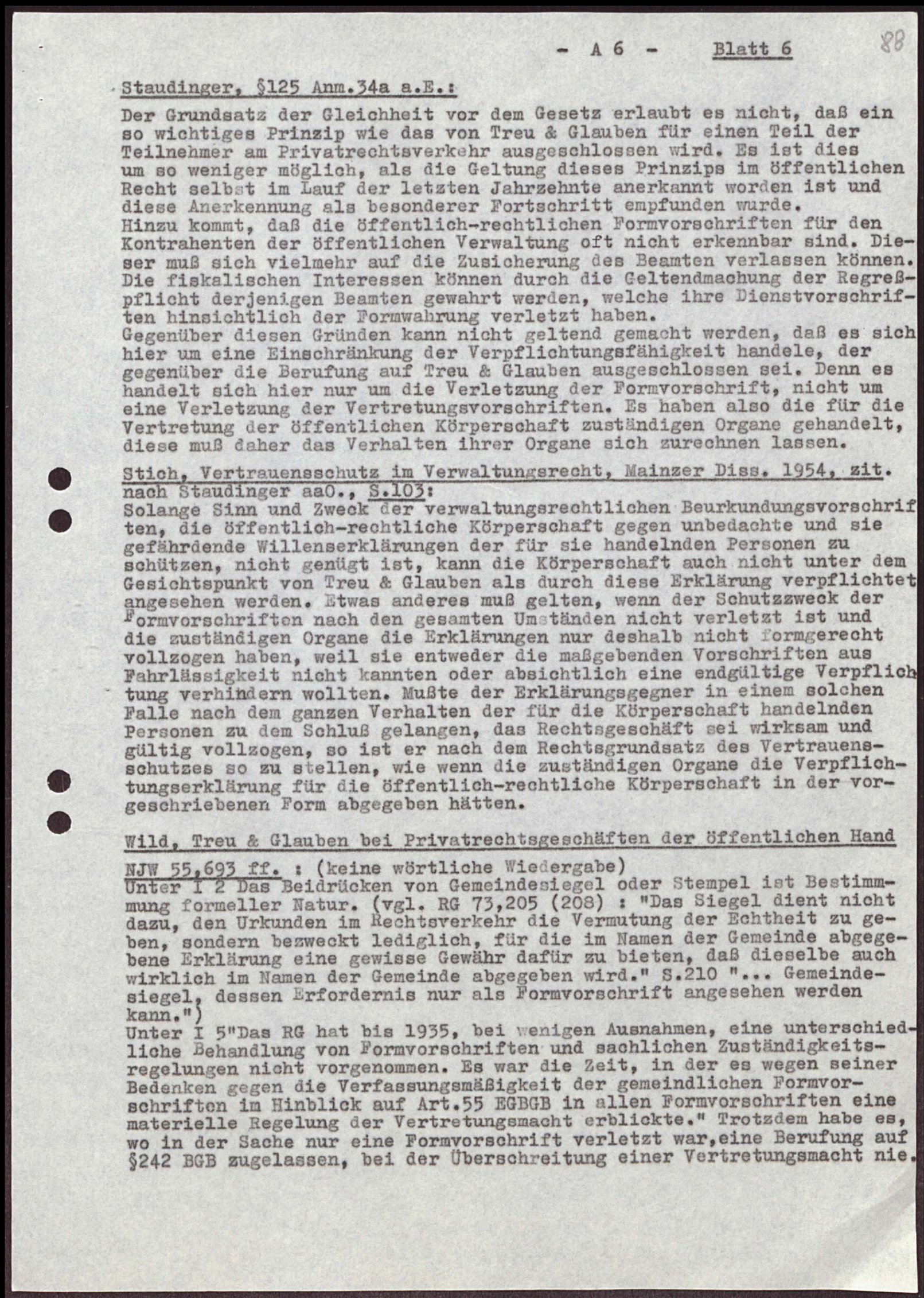
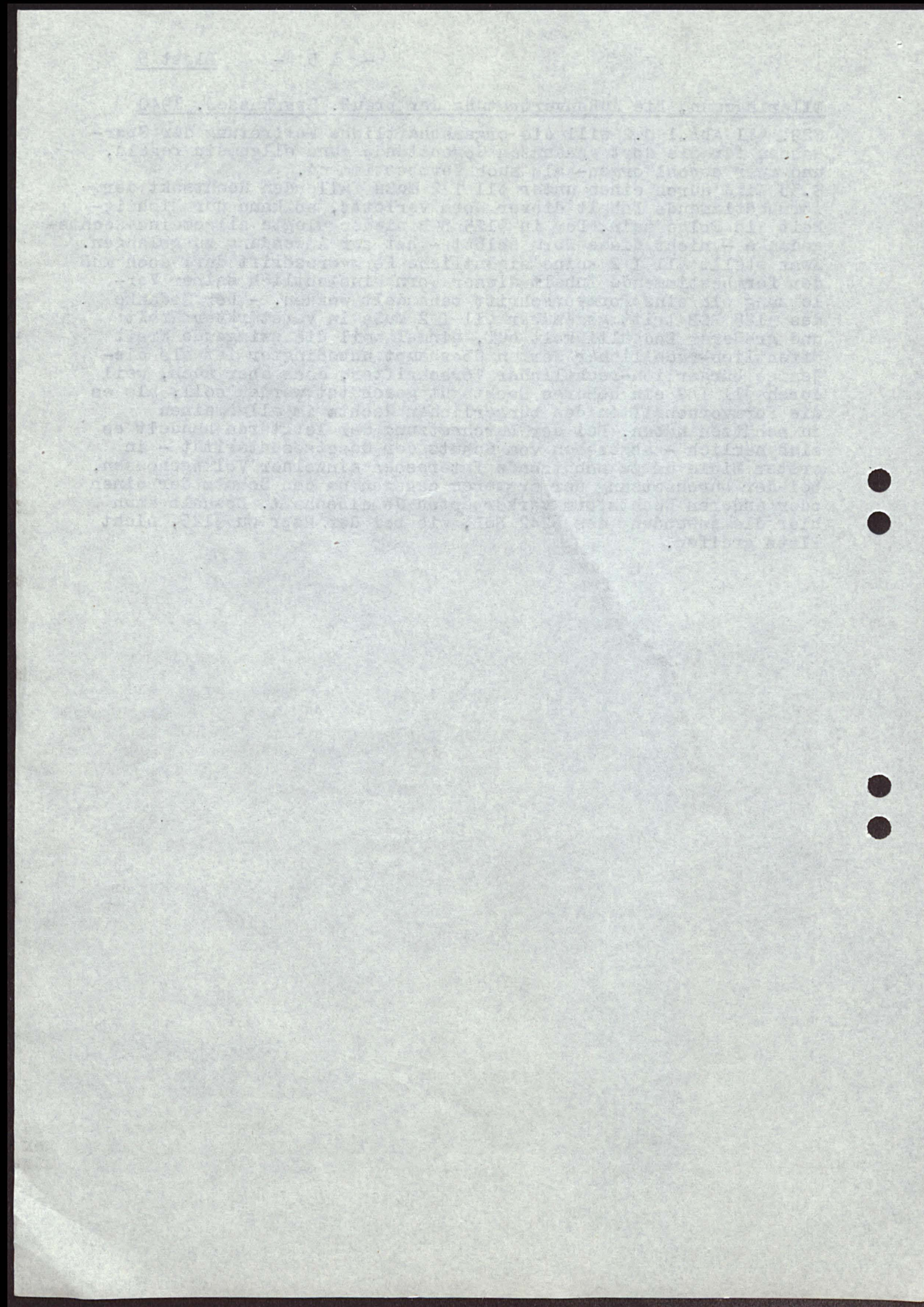
S29. §11 Abs.1 S.2 will die organschaftliche Vertretung der Sparkassen für die dort genannten Gegenstände ganz allgemein regeln, und zwar sowohl organ- als auch formbestimmend.  
S.33 Wird durch einen unter §11 I 2 MuSa fallenden Rechtsakt der formbestimmende Inhalt dieser Norm verletzt, so kann nur Nichtigkeit die Folge sein. Der in §125 BGB niedergelegte allgemeine Rechtsgedanke - nicht diese Norm selbst - hat zur Anwendung zu gelangen. Zwar stellt §11 I 2 keine eigentliche Formvorschrift dar; doch muß der formbestimmende Inhalt dieser Norm hinsichtlich seiner Verletzung wie eine Formvorschrift behandelt werden. - Der Gedanke des §125 BGB tritt gegenüber §11 I 2 MuSa in verstärkter Kraft und größerer Endgültigkeit auf, einmal weil die zwingende Kraft öffentlich-rechtlicher Normen überhaupt unbedingter ist als diejenige bürgerlich-rechtlicher Vorschriften, dann aber auch, weil durch §11 I 2 ein höheres Rechtsgut geschützt werden soll, als es die Formvorschriften des bürgerlichen Rechts im allgemeinen zu schützen haben. Bei der Durchsetzung der letzteren handelt es sich nämlich - abgesehen vom Schutz der Gesetzesautorität - in erster Linie um zu schützende Interessen einzelner Volksgenossen, bei der Durchsetzung der ersteren dagegen um den Schutz der einen oder anderen Rechtsform verkörpertten Gemeinschaft. Deshalb kann hier die Anwendung des §242 BGB, wie bei der Rspr zu §125, nicht Platz greifen.



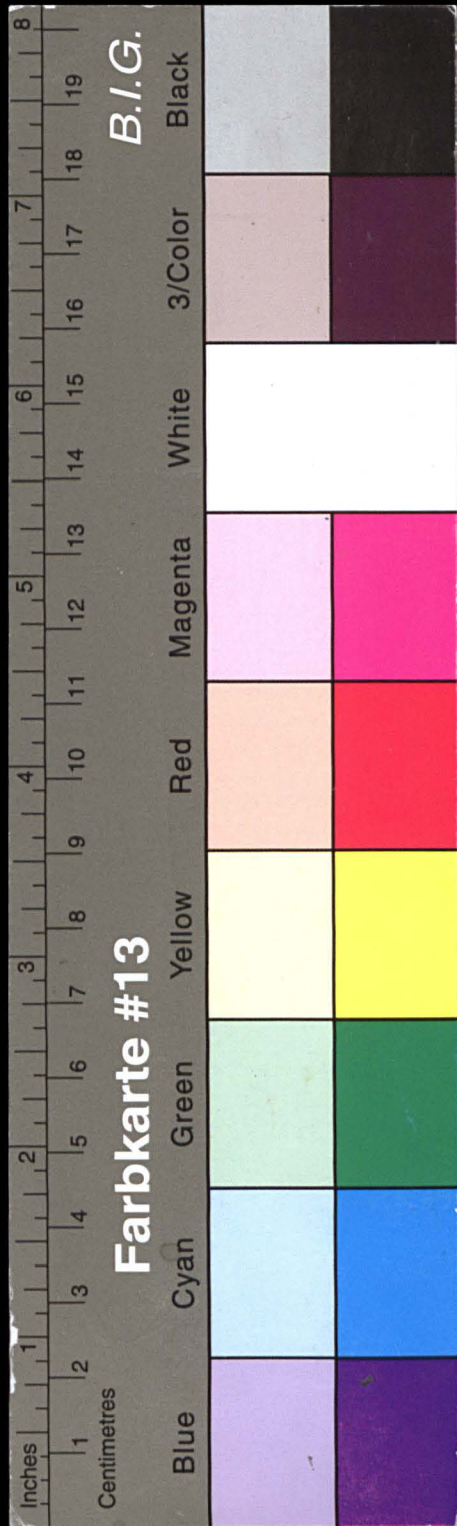


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

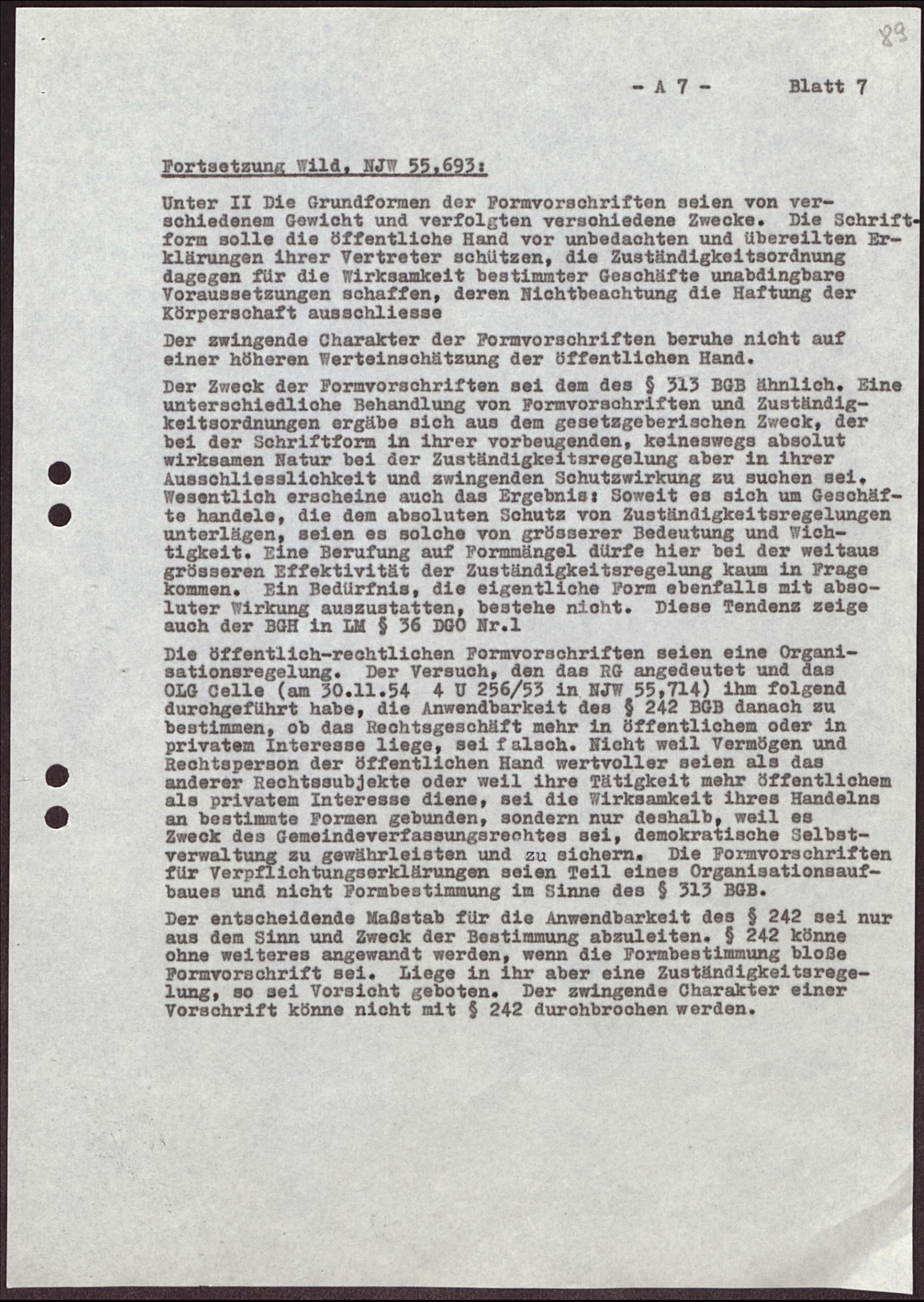
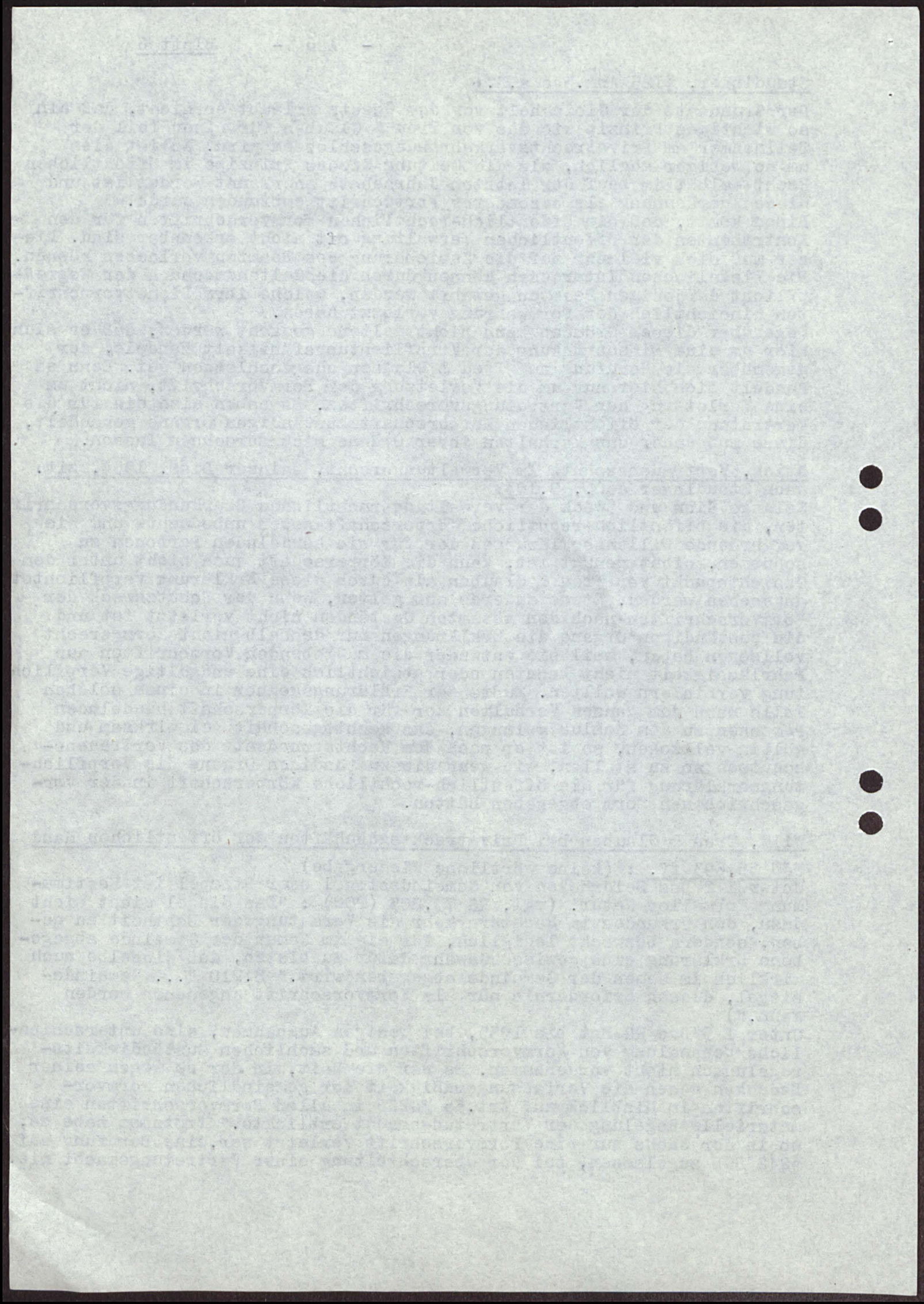






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



Fortsetzung Wild, NJW 55,693:

Unter II Die Grundformen der Formvorschriften seien von verschiedenem Gewicht und verfolgten verschiedene Zwecke. Die Schriftform solle die öffentliche Hand vor unbedachten und übereilten Erklärungen ihrer Vertreter schützen, die Zuständigkeitsordnung dagegen für die Wirksamkeit bestimmter Geschäfte unabdingbare Voraussetzungen schaffen, deren Nichtbeachtung die Haftung der Körperschaft ausschliesse

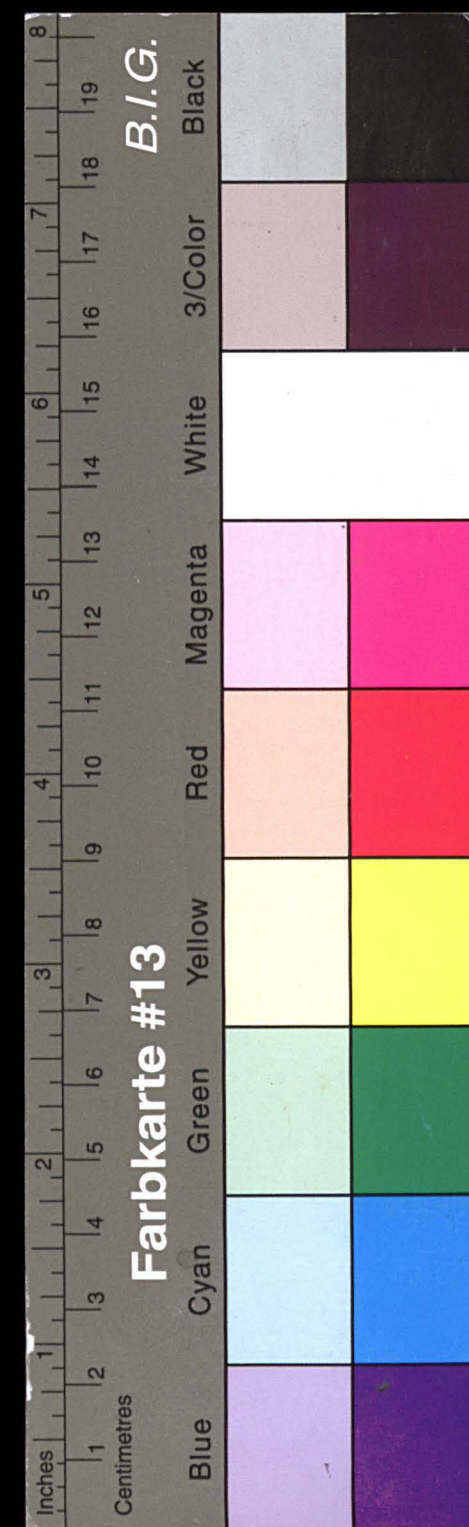
Der zwingende Charakter der Formvorschriften beruhe nicht auf einer höheren Werteinschätzung der öffentlichen Hand.

Der Zweck der Formvorschriften sei dem des § 313 BGB ähnlich. Eine unterschiedliche Behandlung von Formvorschriften und Zuständigkeitsordnungen ergäbe sich aus dem gesetzgeberischen Zweck, der bei der Schriftform in ihrer vorbeugenden, keineswegs absolut wirksamen Natur bei der Zuständigkeitsregelung aber in ihrer Ausschliesslichkeit und zwingenden Schutzwirkung zu suchen sei. Wesentlich erscheine auch das Ergebnis: Soweit es sich um Geschäfte handle, die dem absoluten Schutz von Zuständigkeitsregelungen unterlägen, seien es solche von grösserer Bedeutung und Wichtigkeit. Eine Berufung auf Formmängel dürfe hier bei der weitaus grösseren Effektivität der Zuständigkeitsregelung kaum in Frage kommen. Ein Bedürfnis, die eigentliche Form ebenfalls mit absoluter Wirkung auszustatten, bestehe nicht. Diese Tendenz zeige auch der BGH in LM § 36 DGO Nr.1

Die öffentlich-rechtlichen Formvorschriften seien eine Organisationsregelung. Der Versuch, den das RG angedeutet und das OLG Celle (am 30.11.54 4 U 256/53 in NJW 55,714) ihm folgend durchgeführt habe, die Anwendbarkeit des § 242 BGB danach zu bestimmen, ob das Rechtsgeschäft mehr in öffentlichem oder in privatem Interesse liege, sei falsch. Nicht weil Vermögen und Rechtsperson der öffentlichen Hand wertvoller seien als das anderer Rechtssubjekte oder weil ihre Tätigkeit mehr öffentlichem als privatem Interesse diene, sei die Wirksamkeit ihres Handelns an bestimmte Formen gebunden, sondern nur deshalb, weil es Zweck des Gemeindeverfassungsrechtes sei, demokratische Selbstverwaltung zu gewährleisten und zu sichern. Die Formvorschriften für Verpflichtungserklärungen seien Teil eines Organisationsaufbaues und nicht Formbestimmung im Sinne des § 313 BGB.

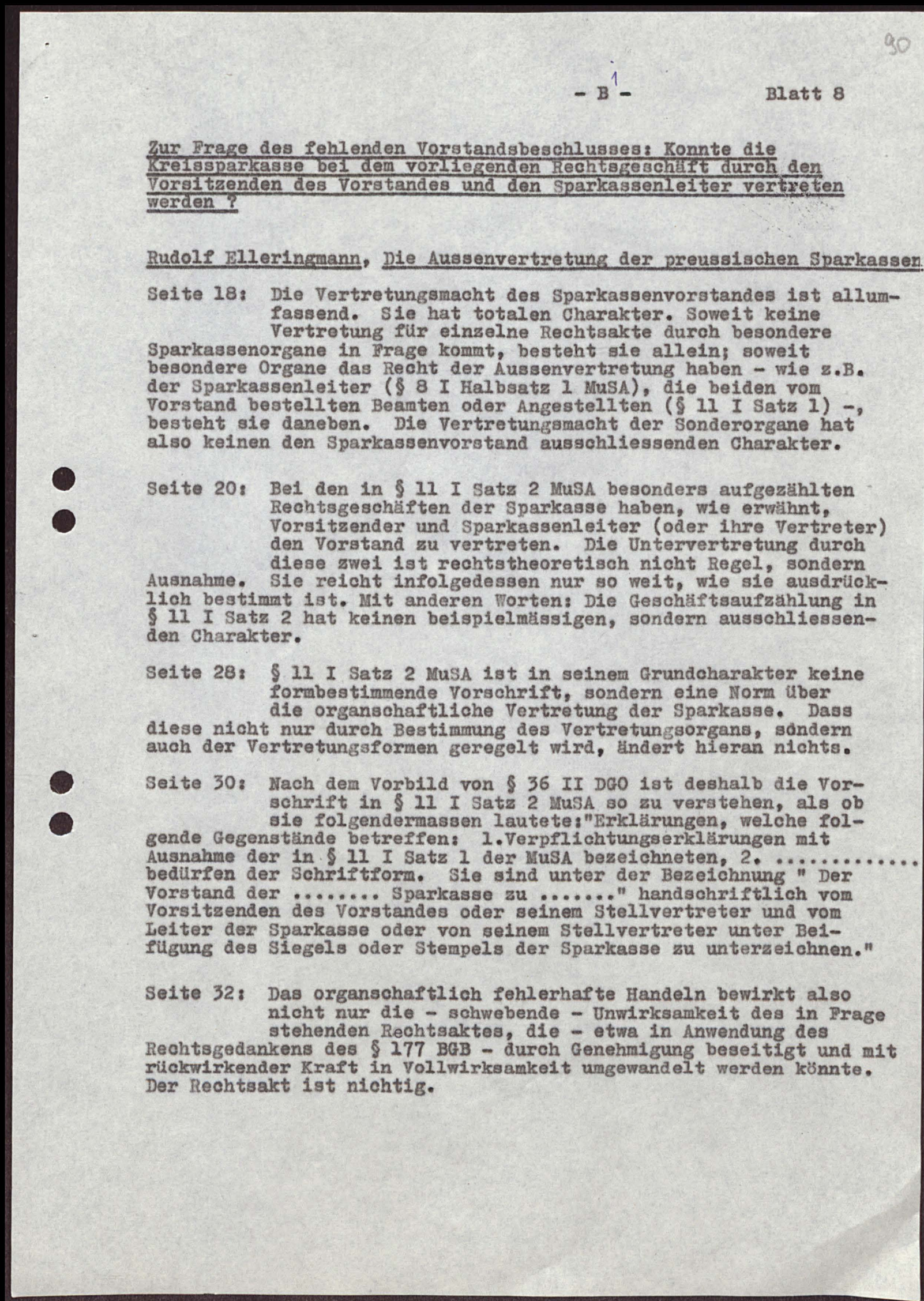
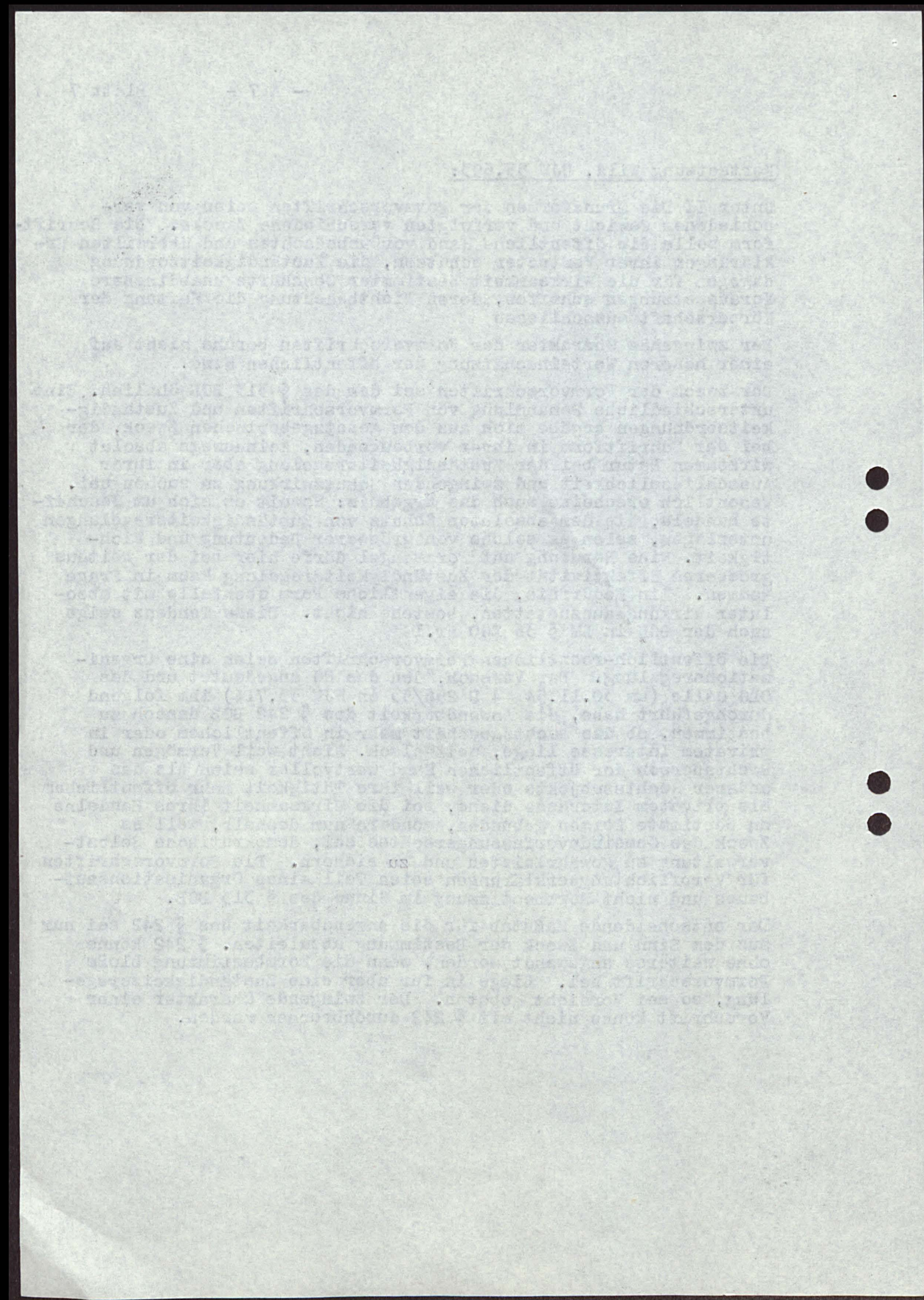
Der entscheidende Maßstab für die Anwendbarkeit des § 242 sei nur aus dem Sinn und Zweck der Bestimmung abzuleiten. § 242 könne ohne weiteres angewandt werden, wenn die Formbestimmung bloße Formvorschrift sei. Liege in ihr aber eine Zuständigkeitsregelung, so sei Vorsicht geboten. Der zwingende Charakter einer Vorschrift könne nicht mit § 242 durchbrochen werden.



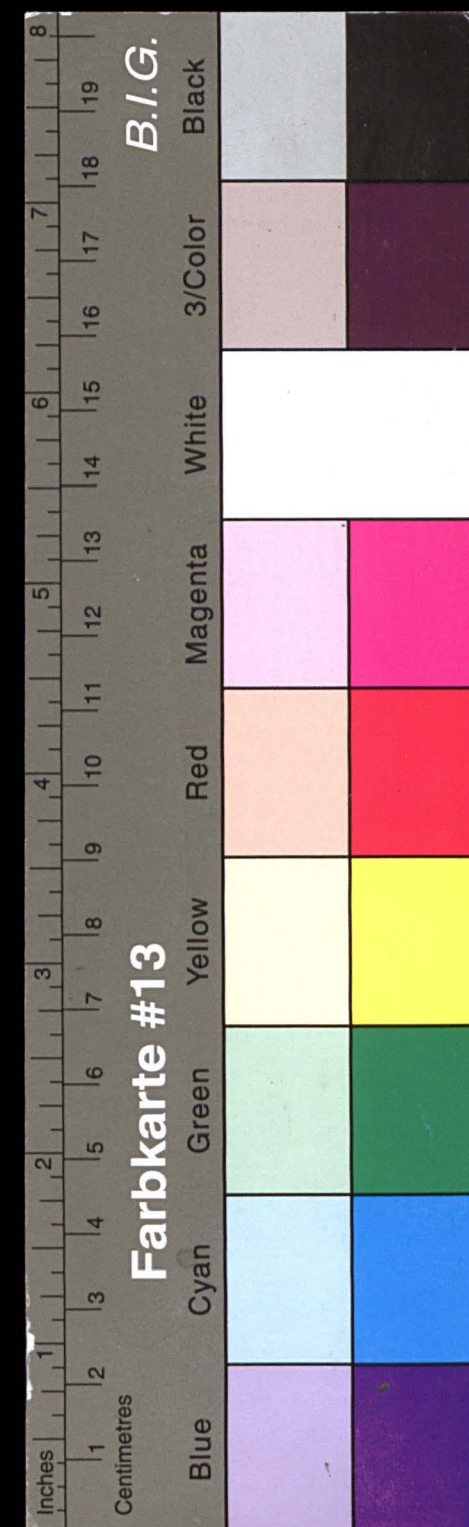


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

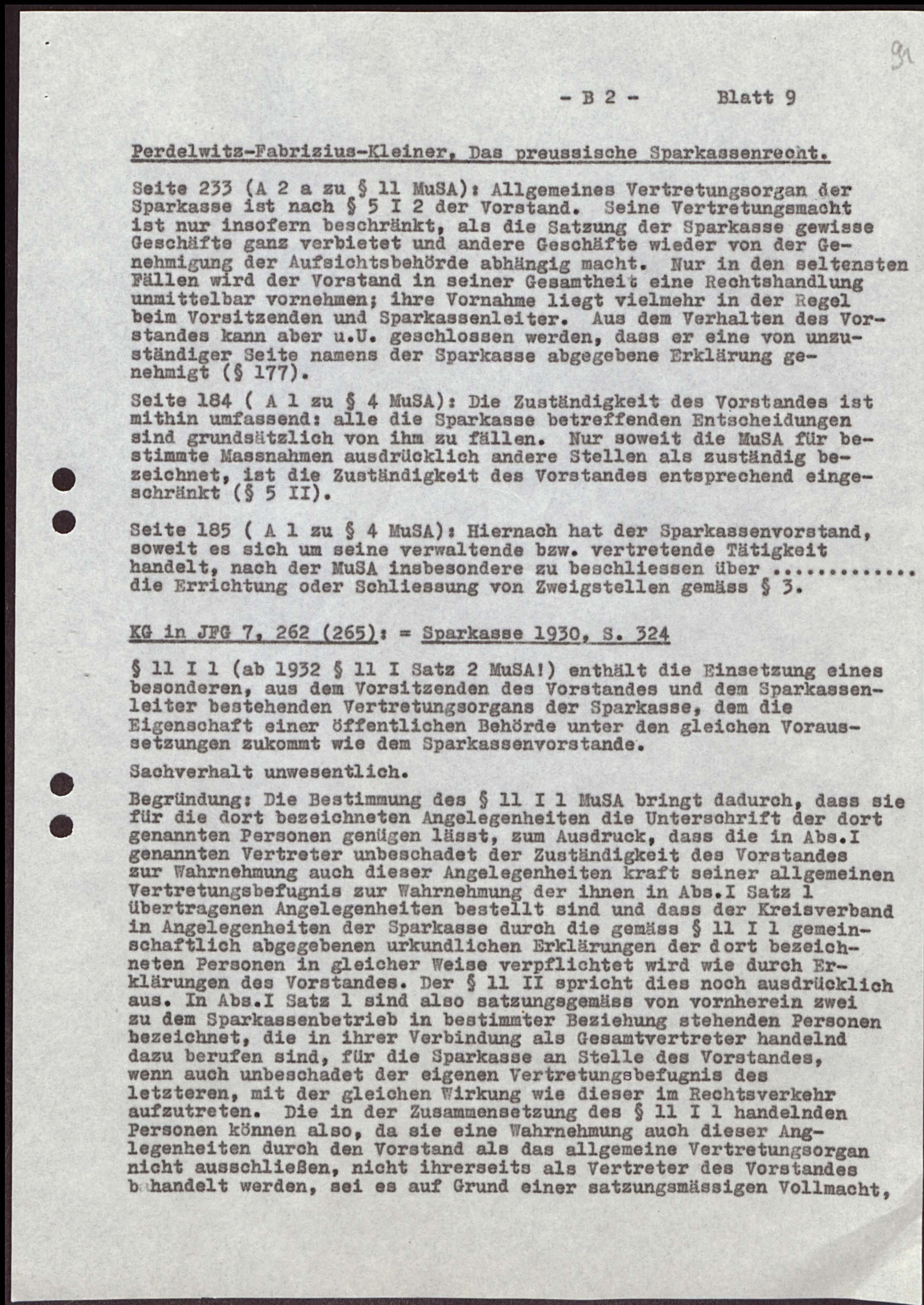
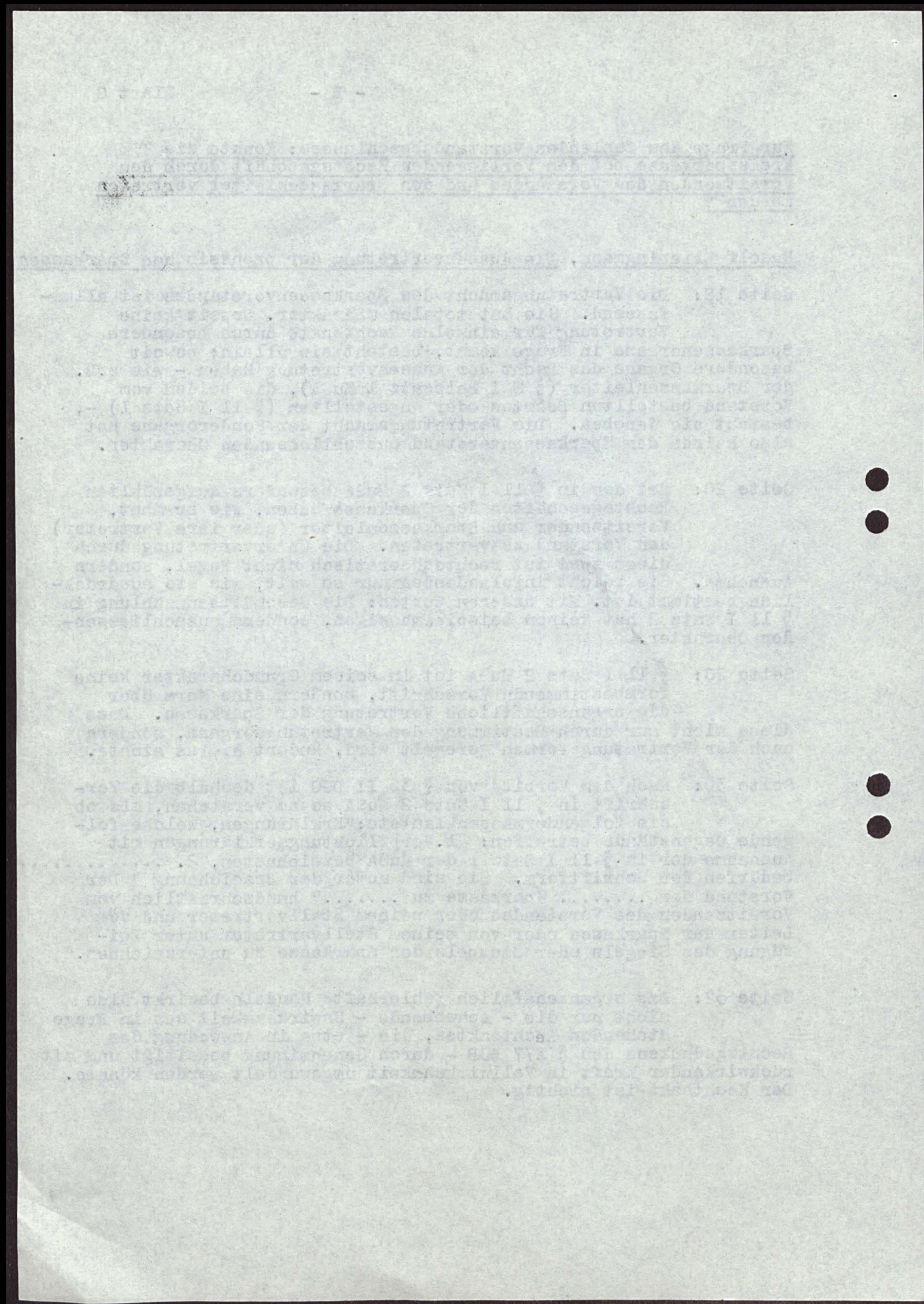




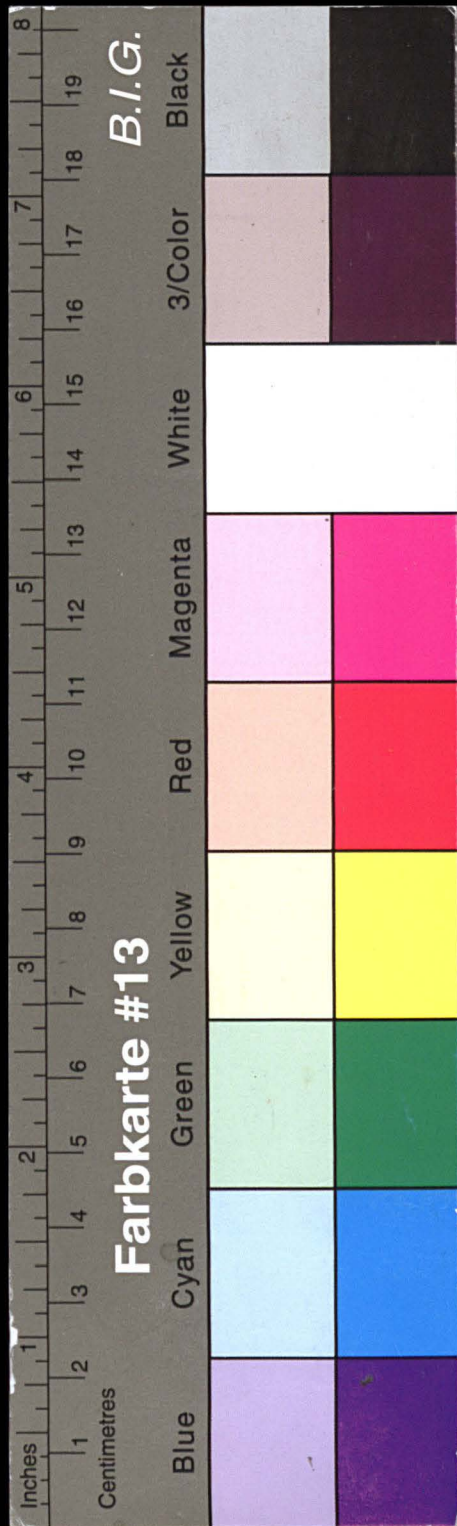


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

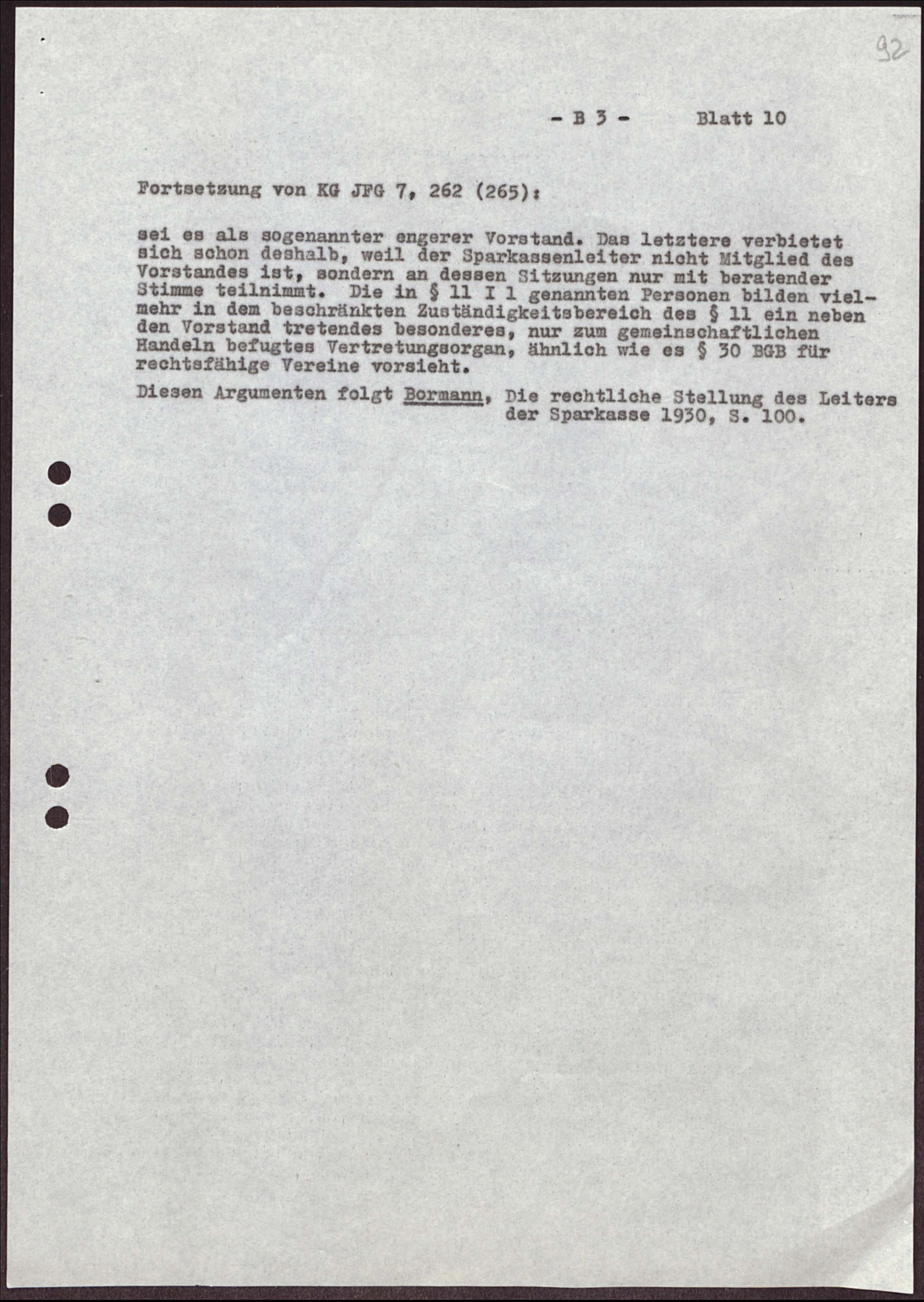
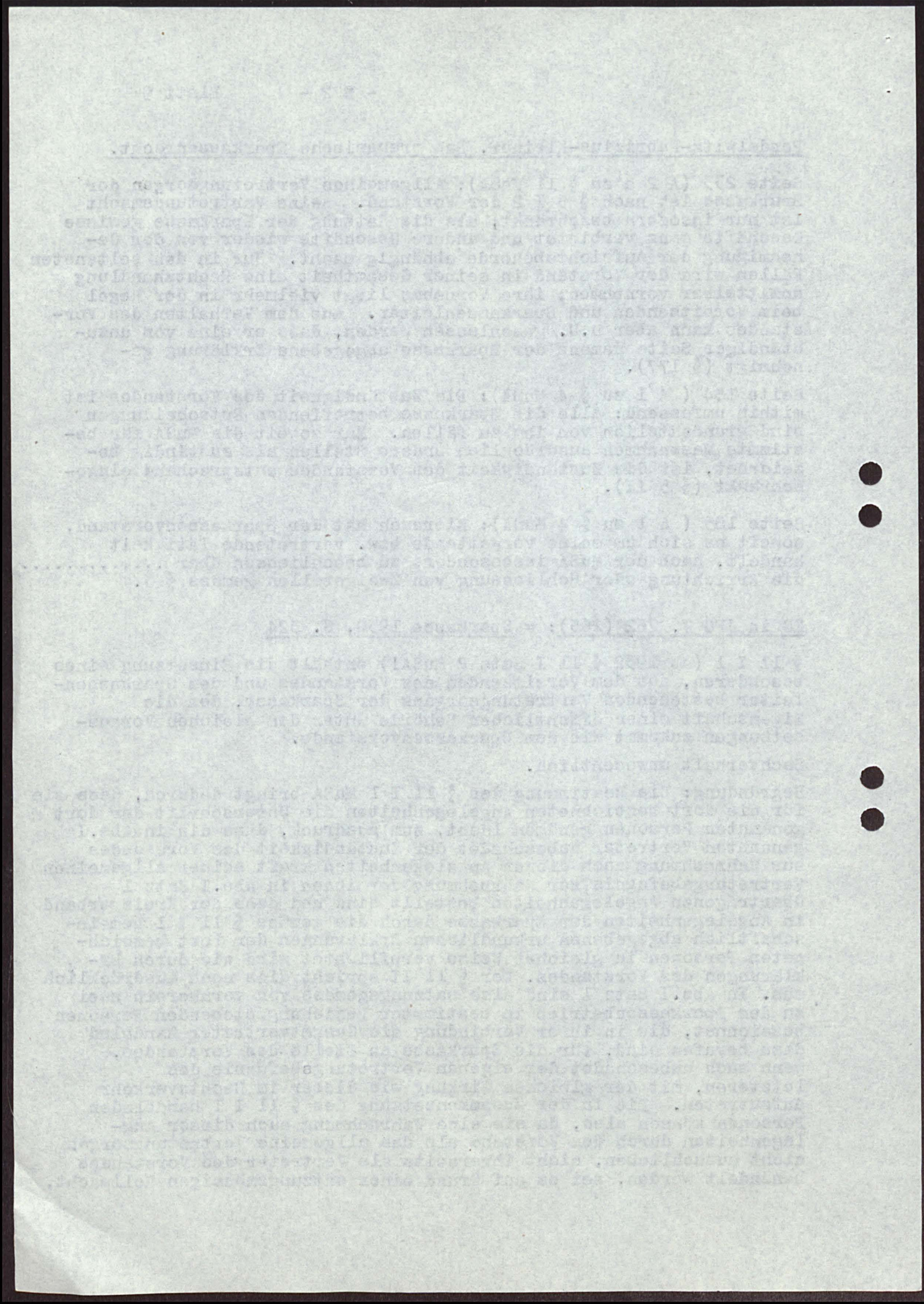




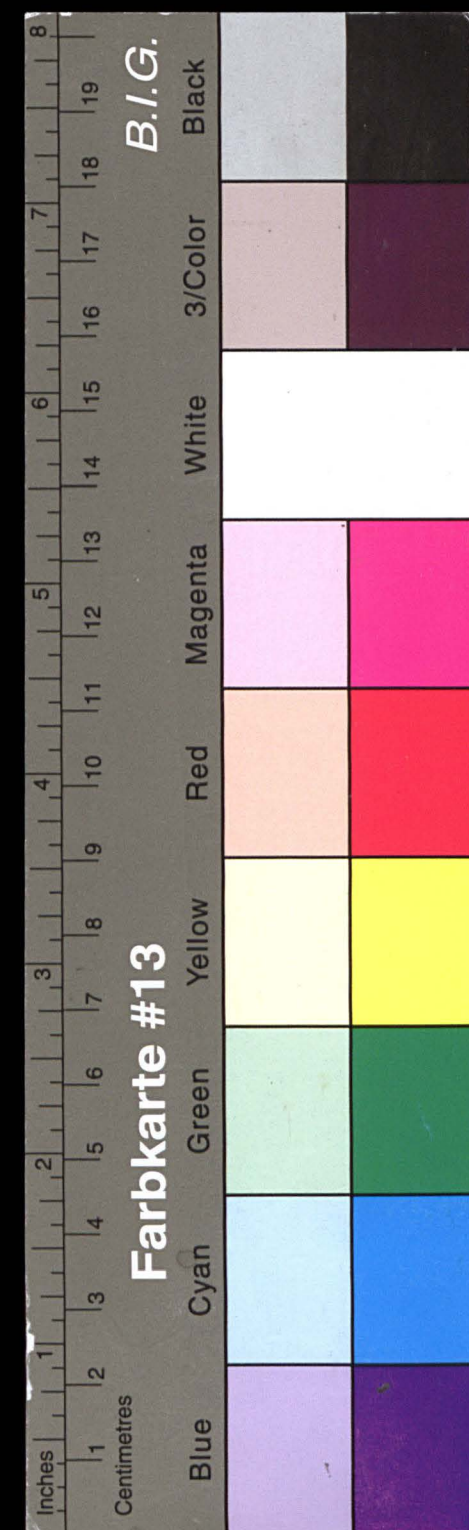


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

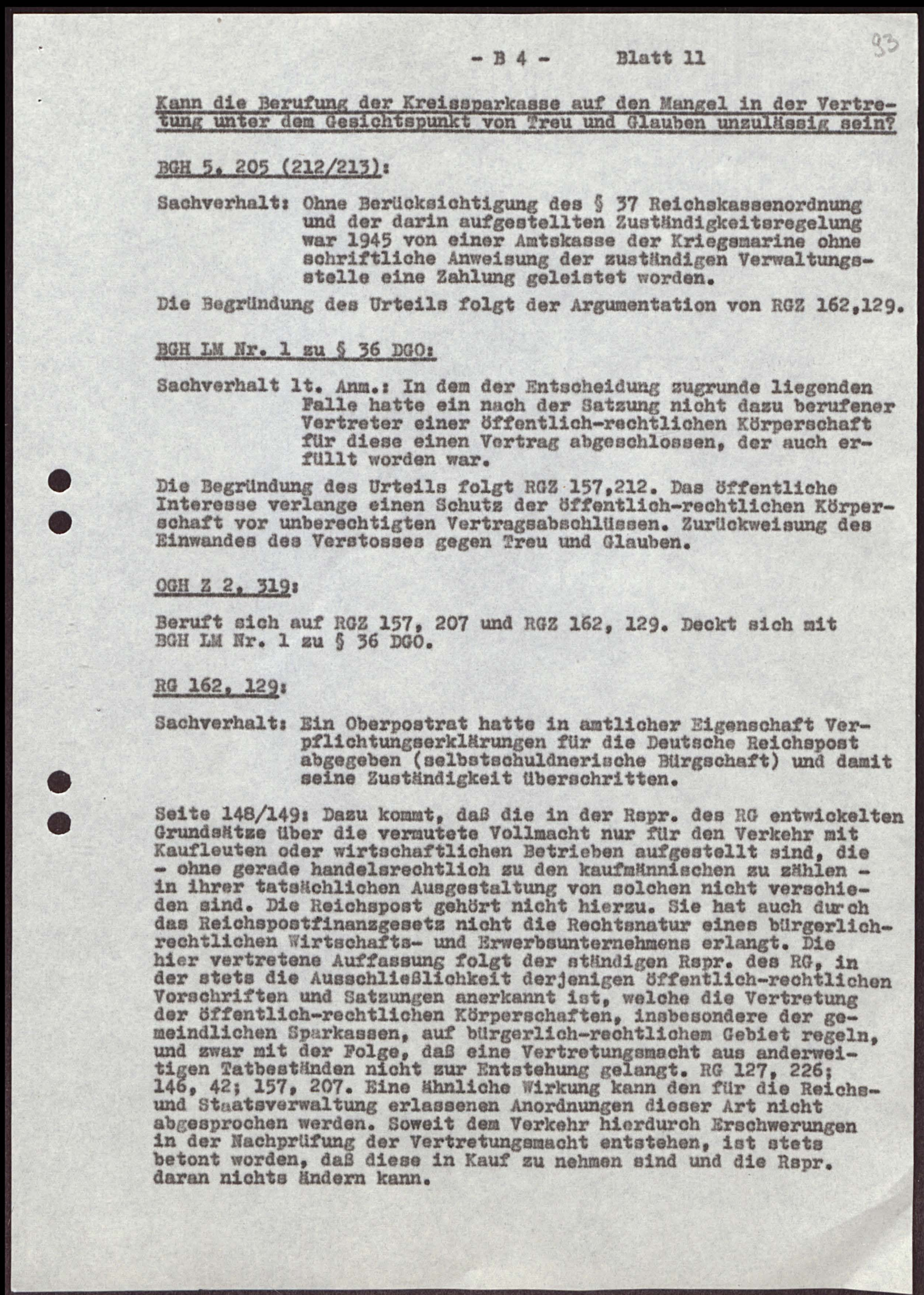
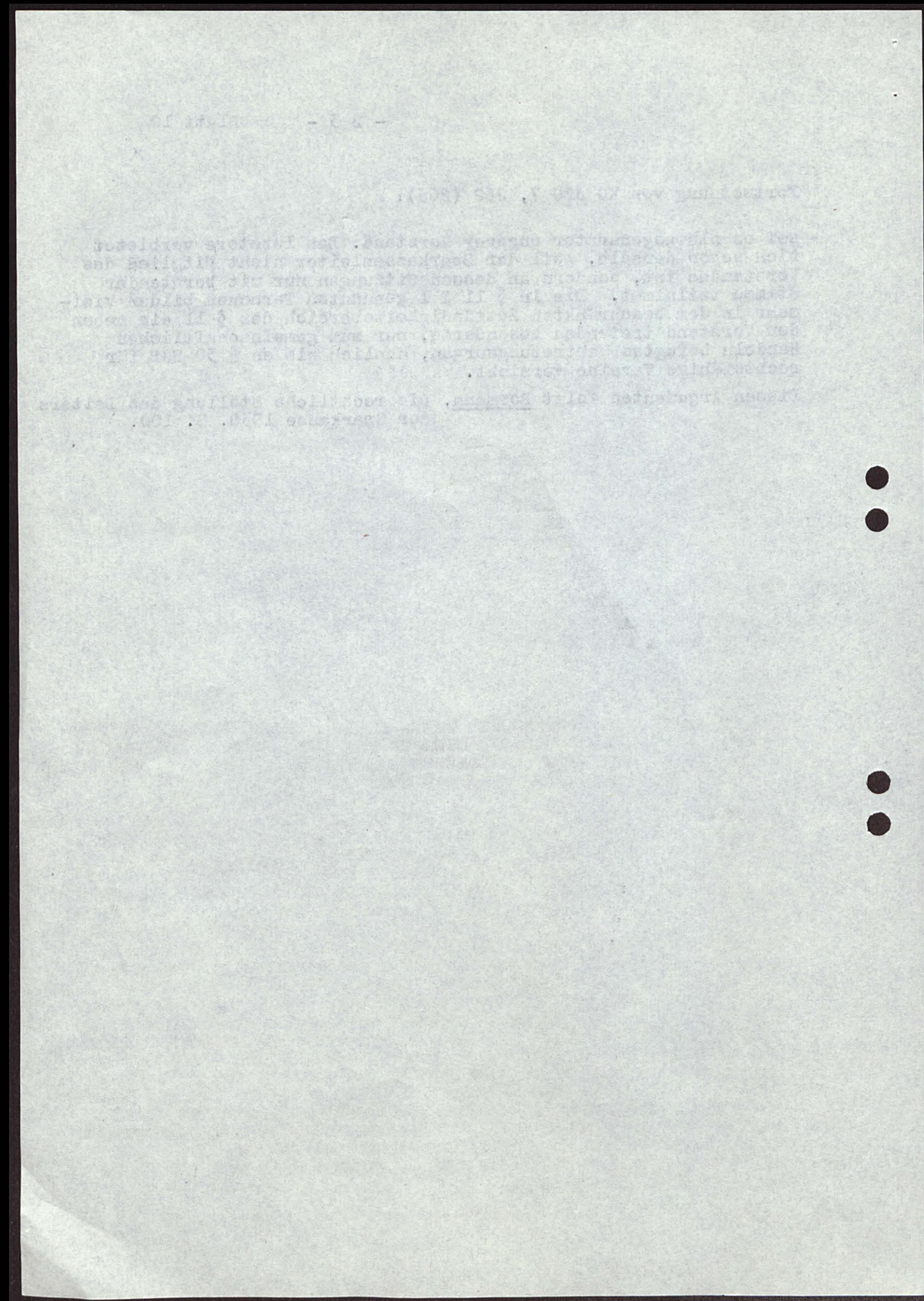




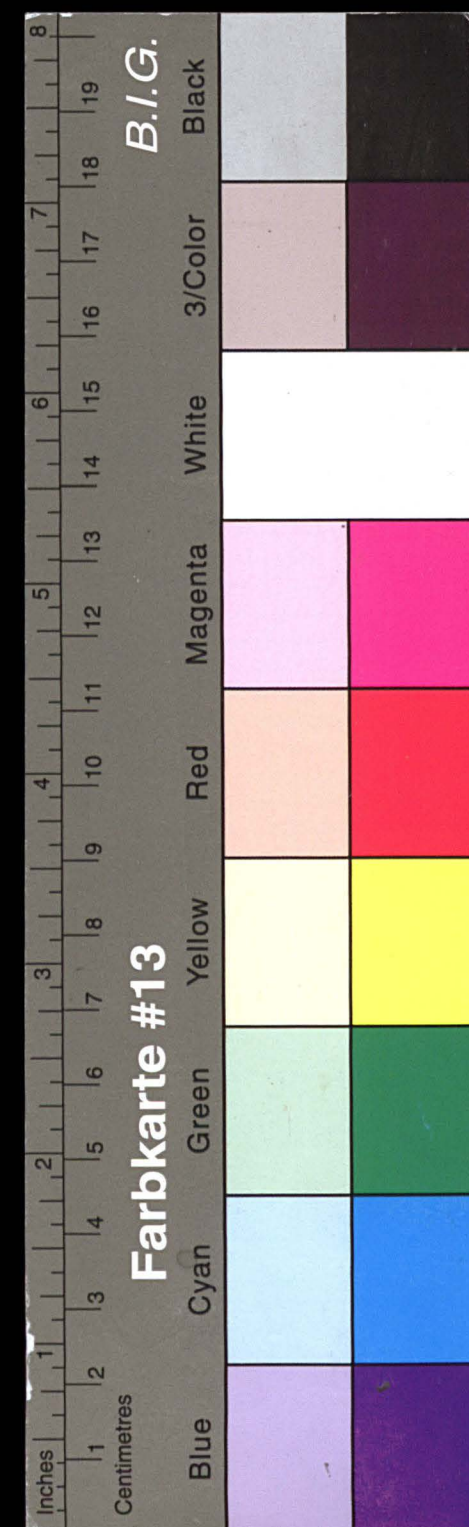


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

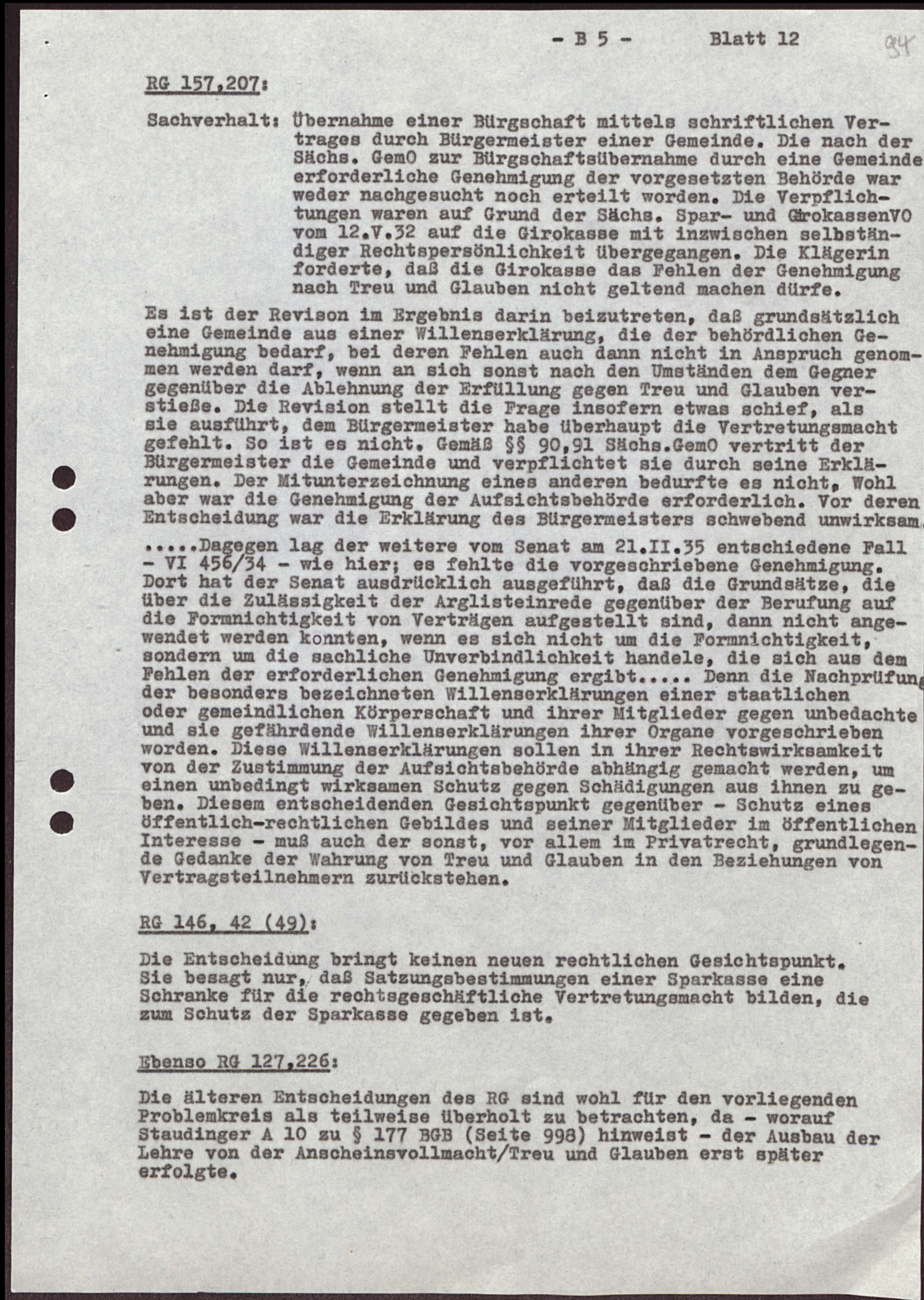
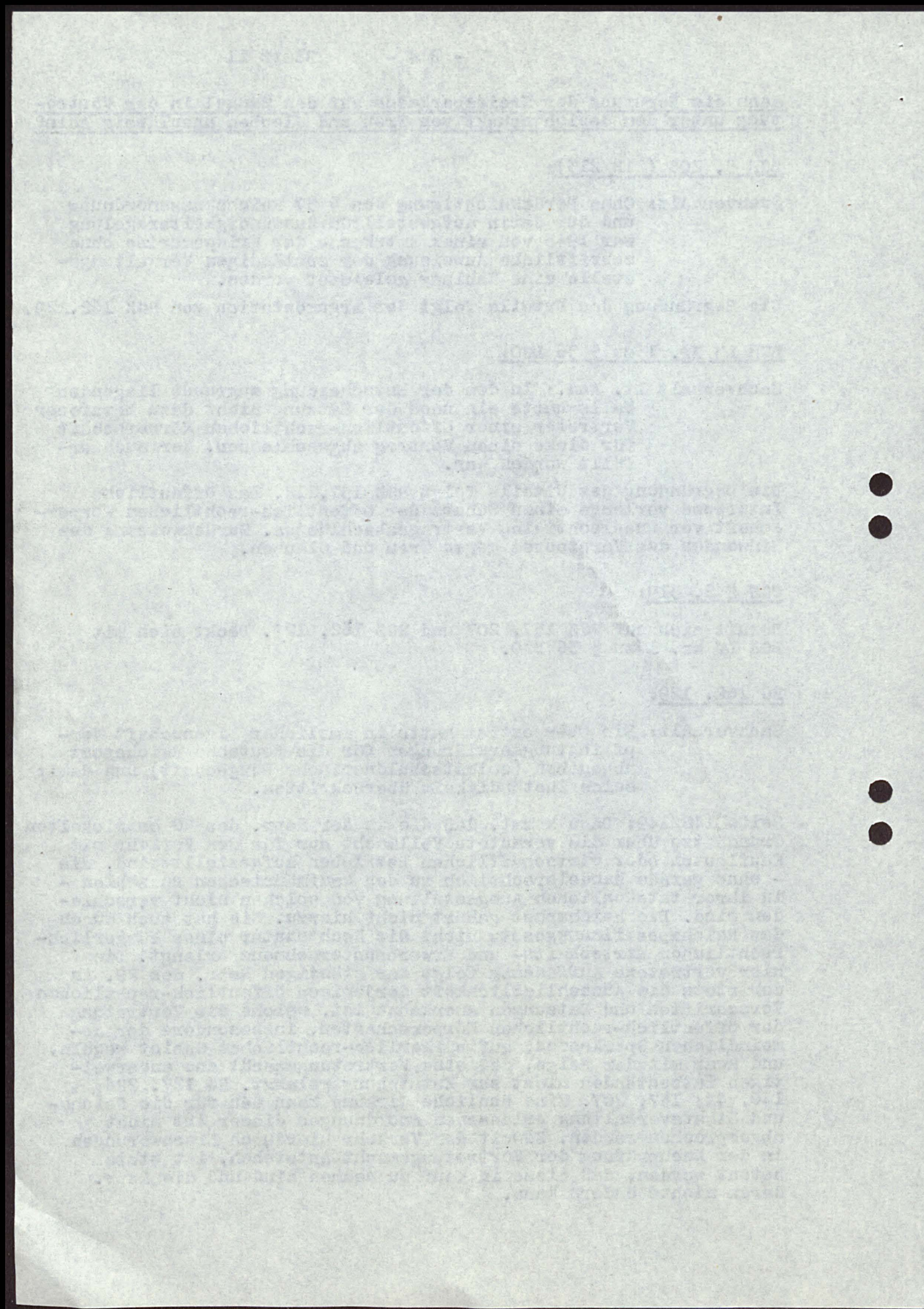




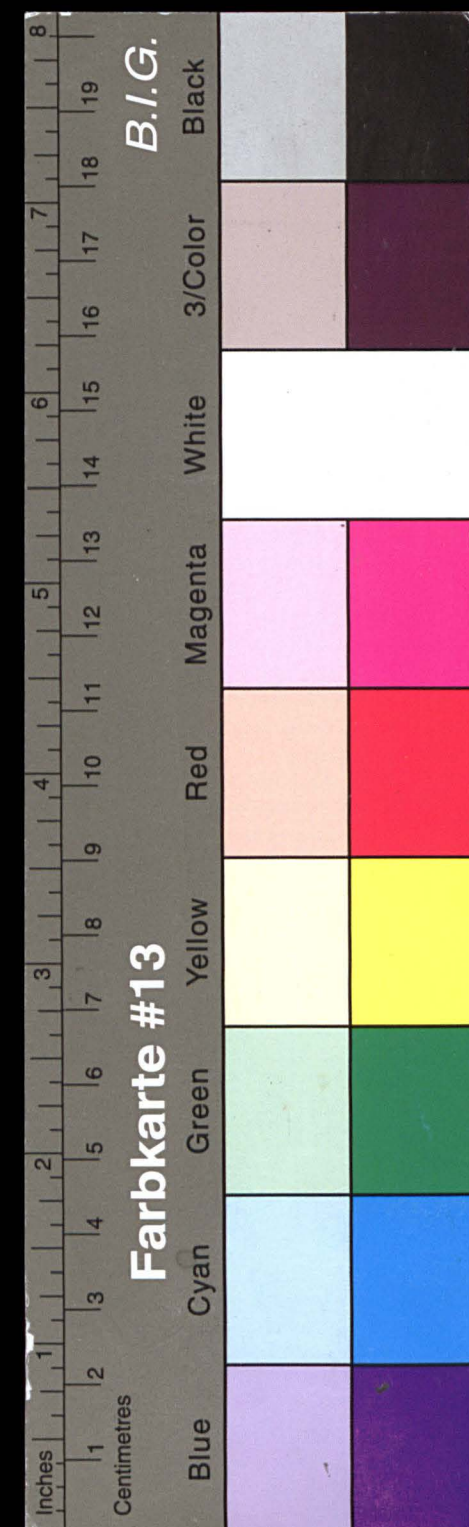


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

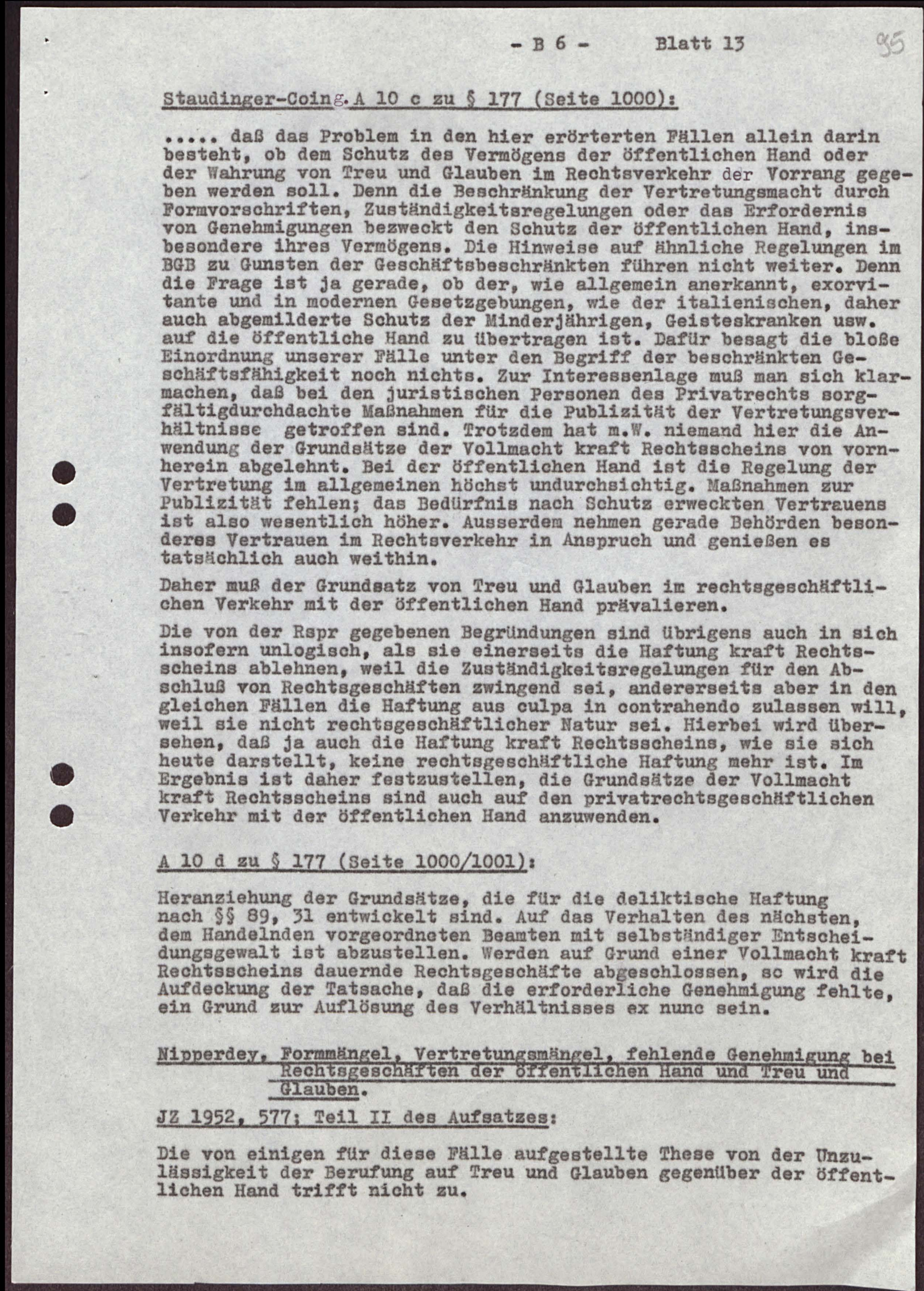
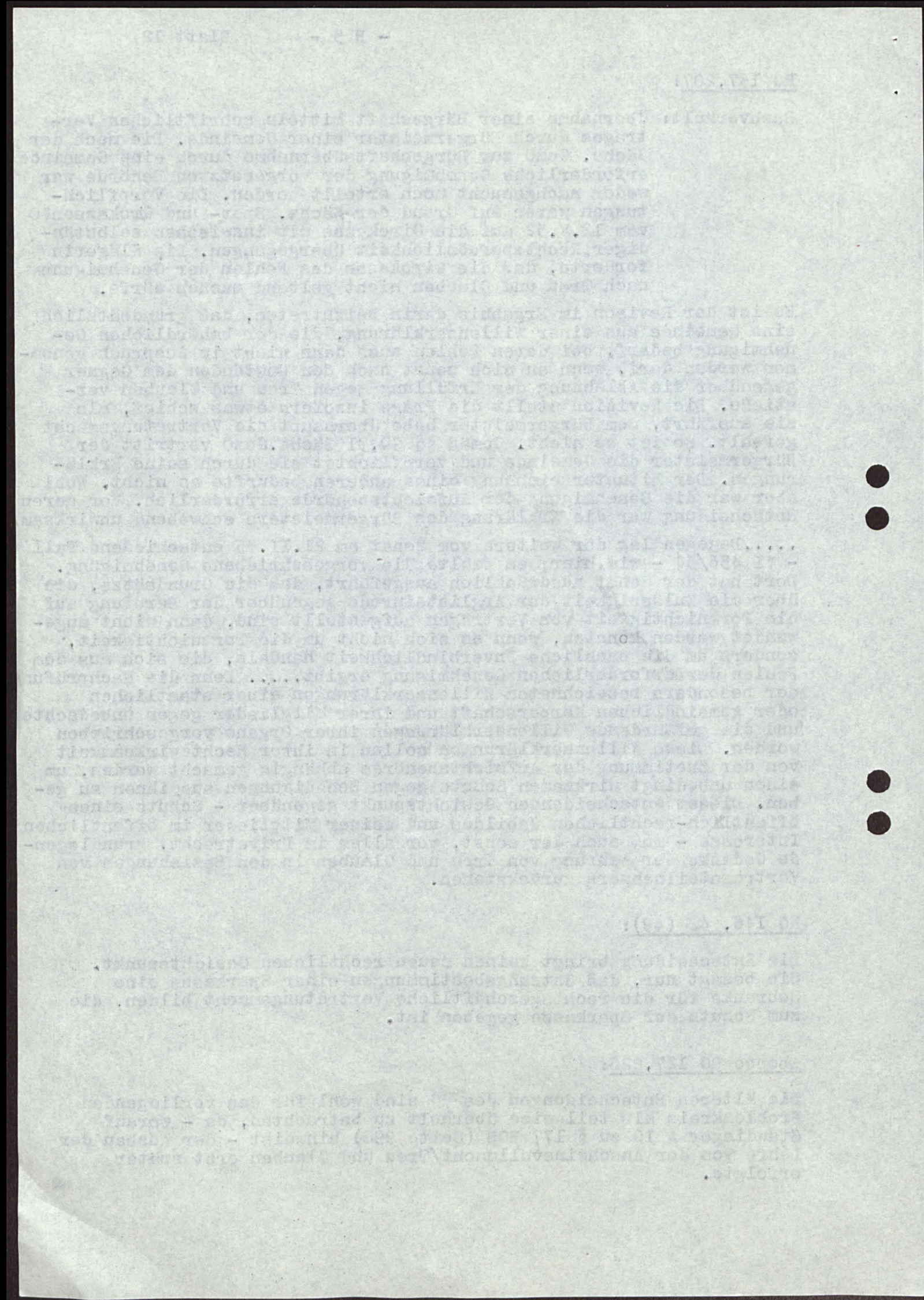




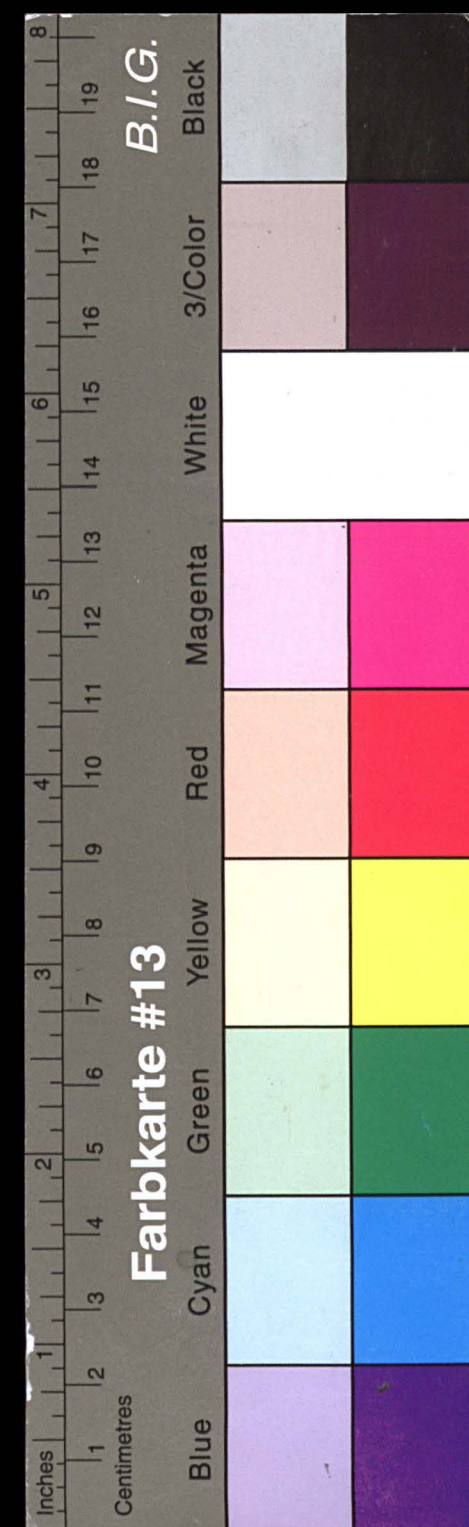


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

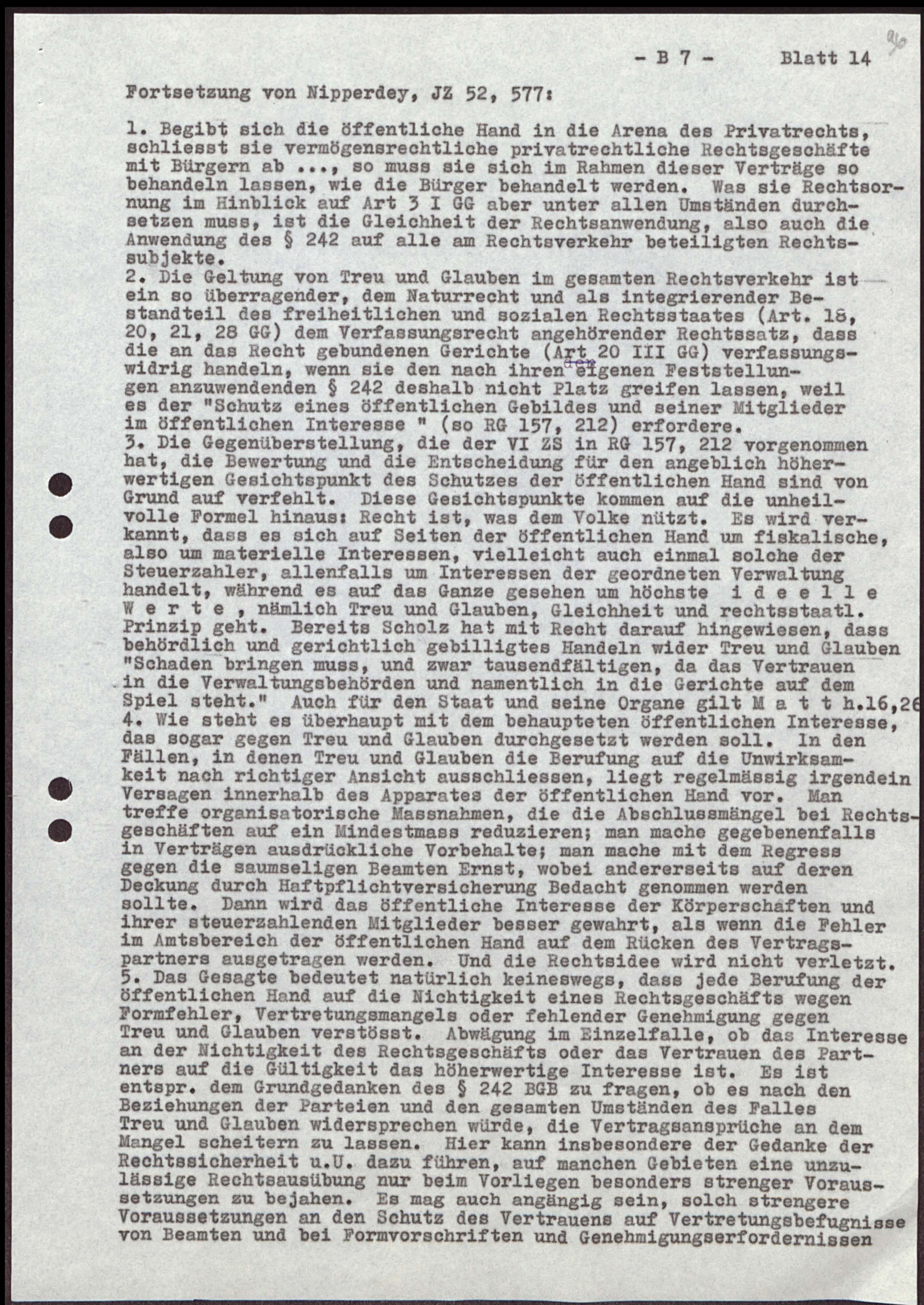
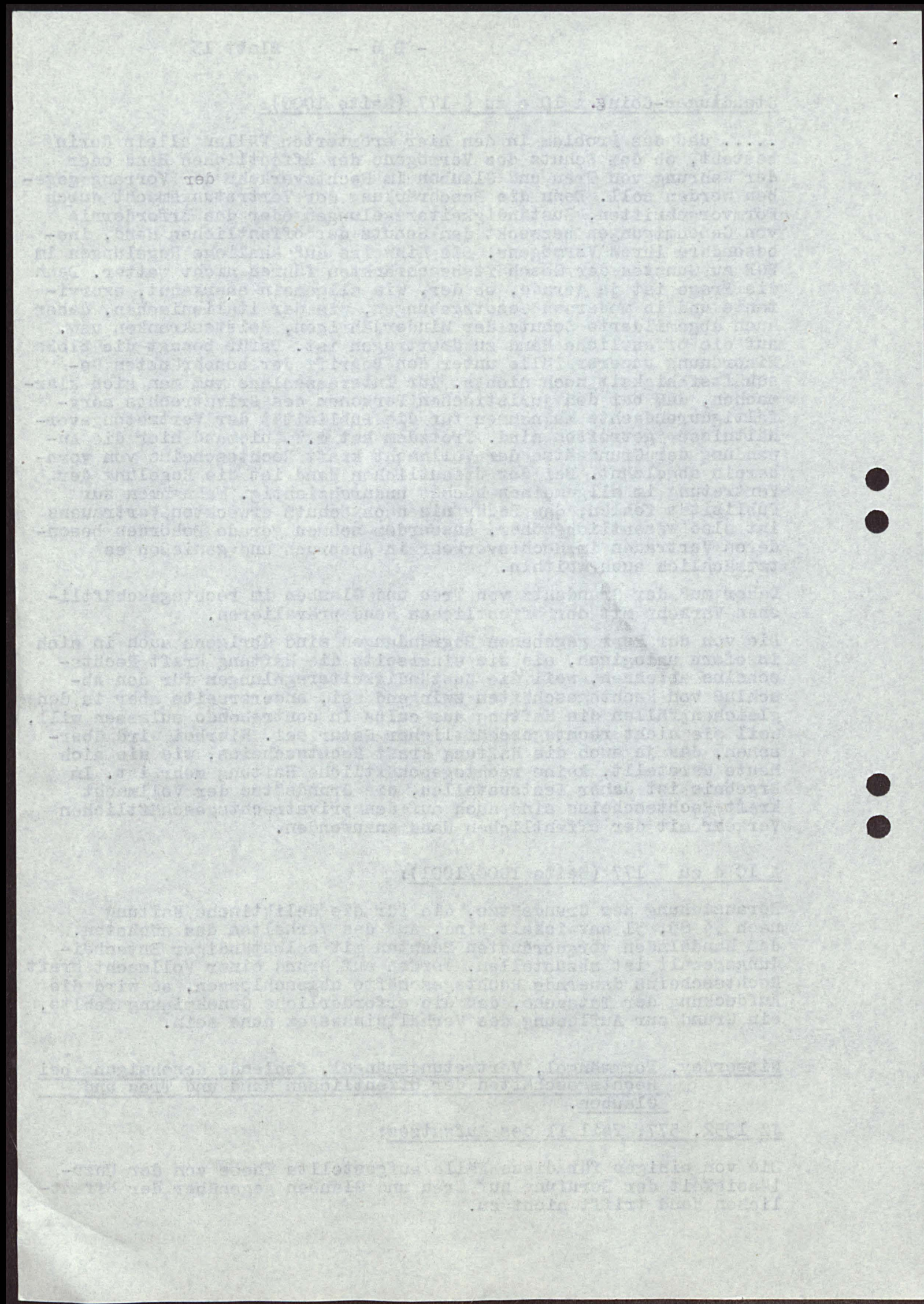




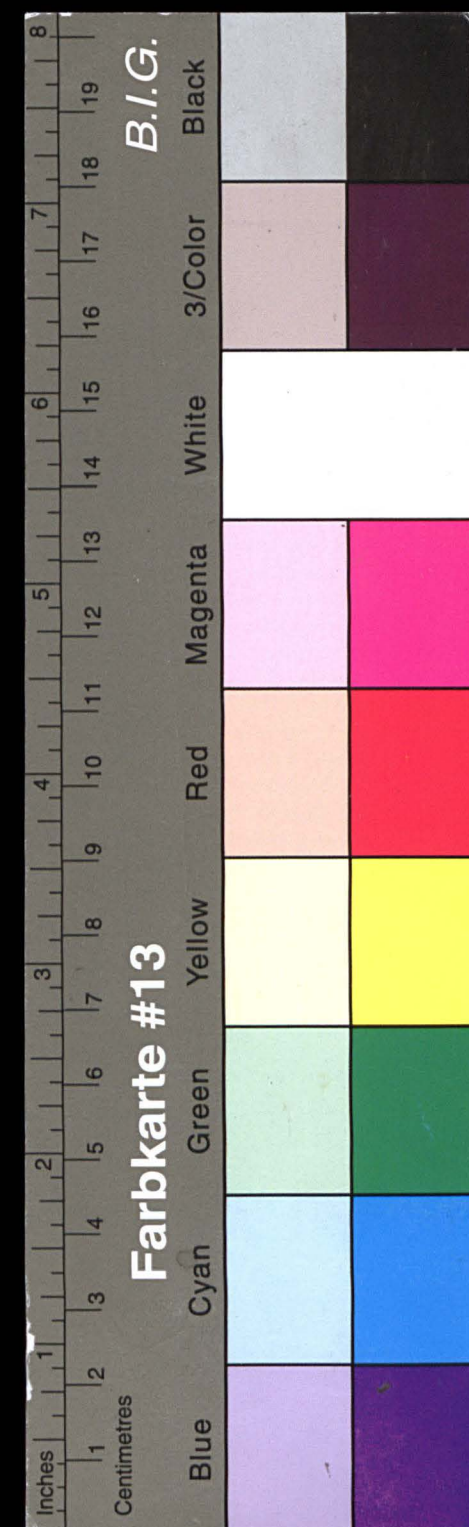


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

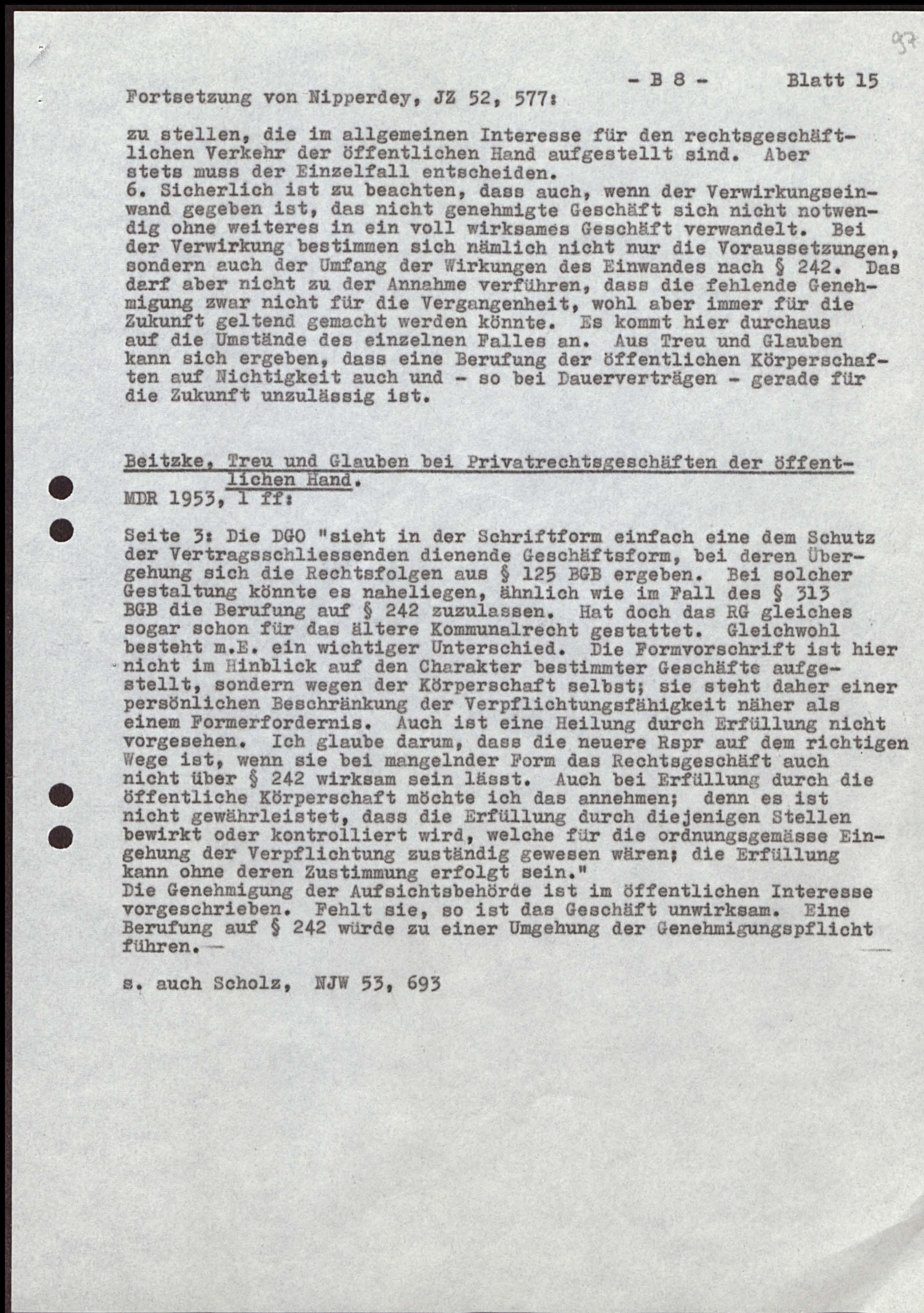
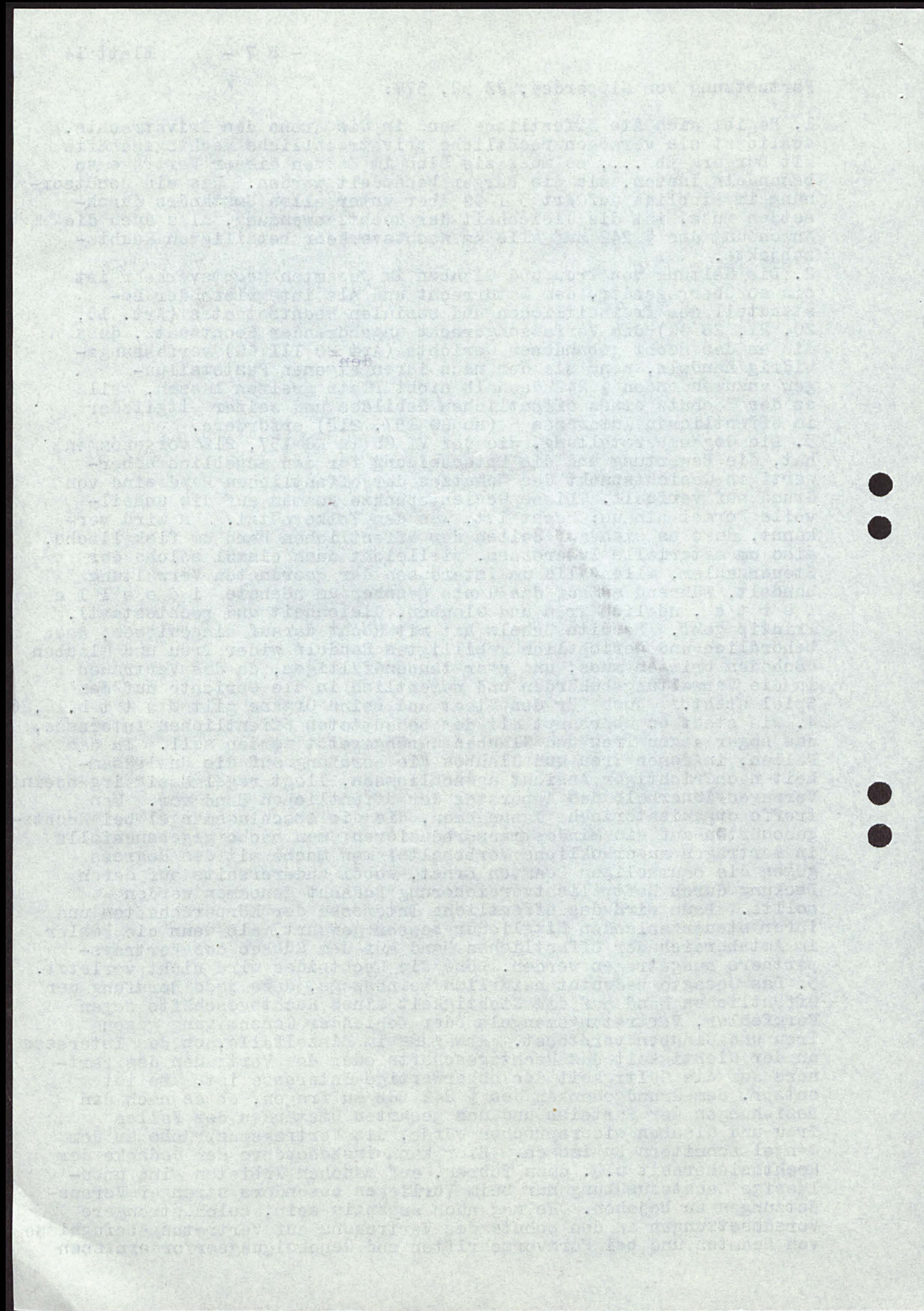




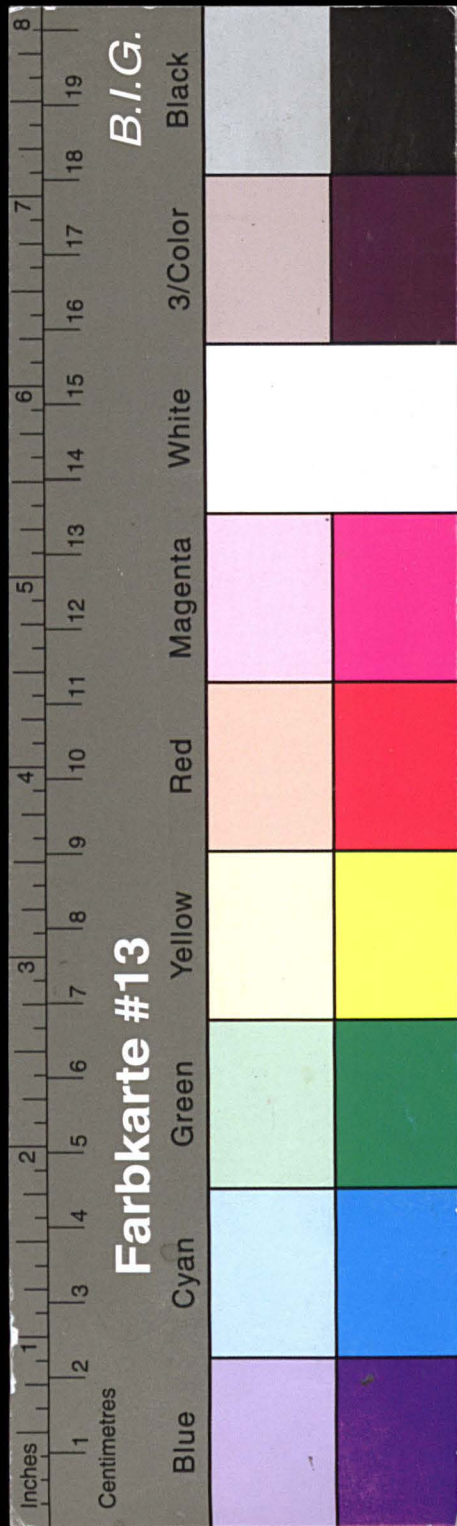


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

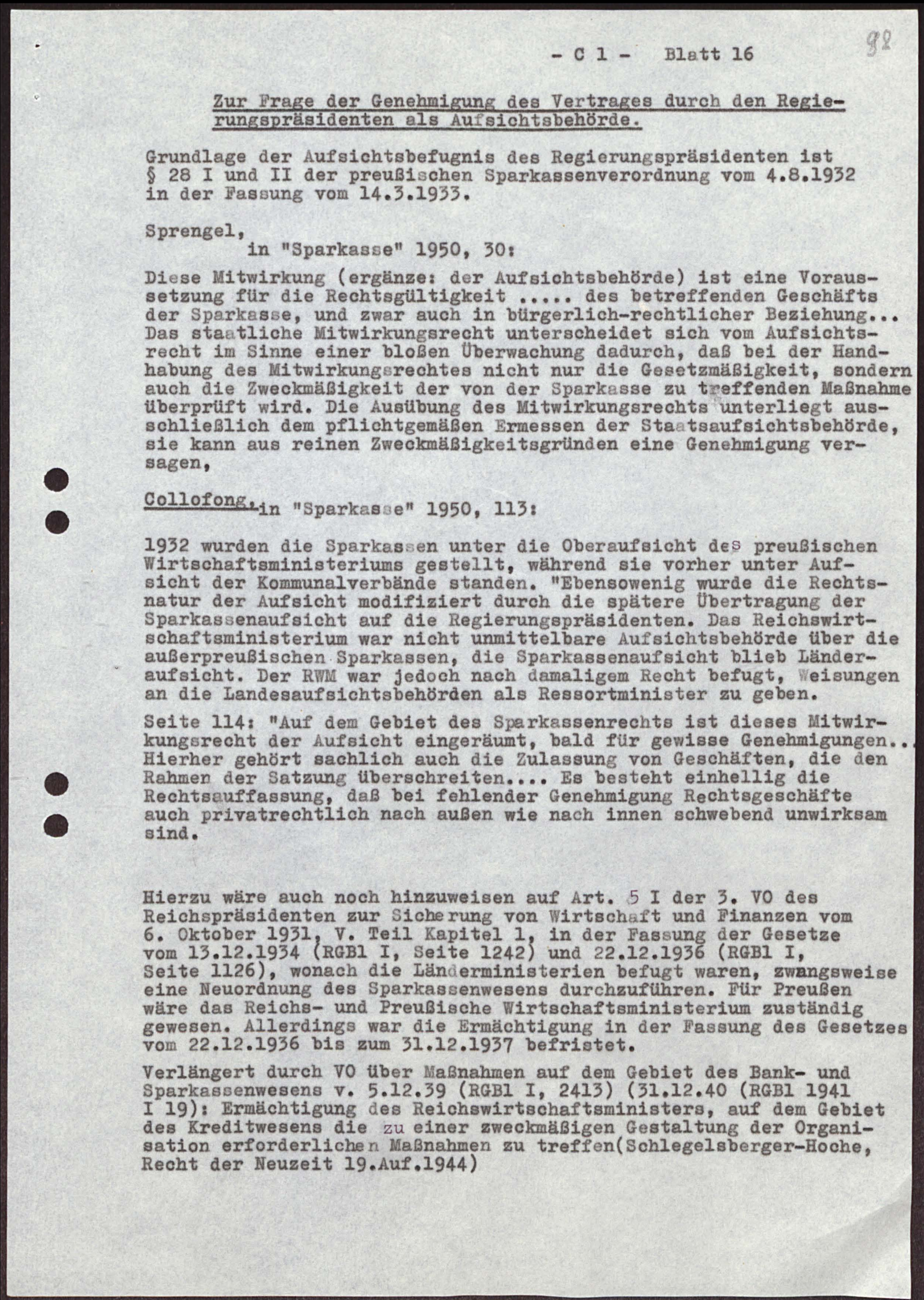
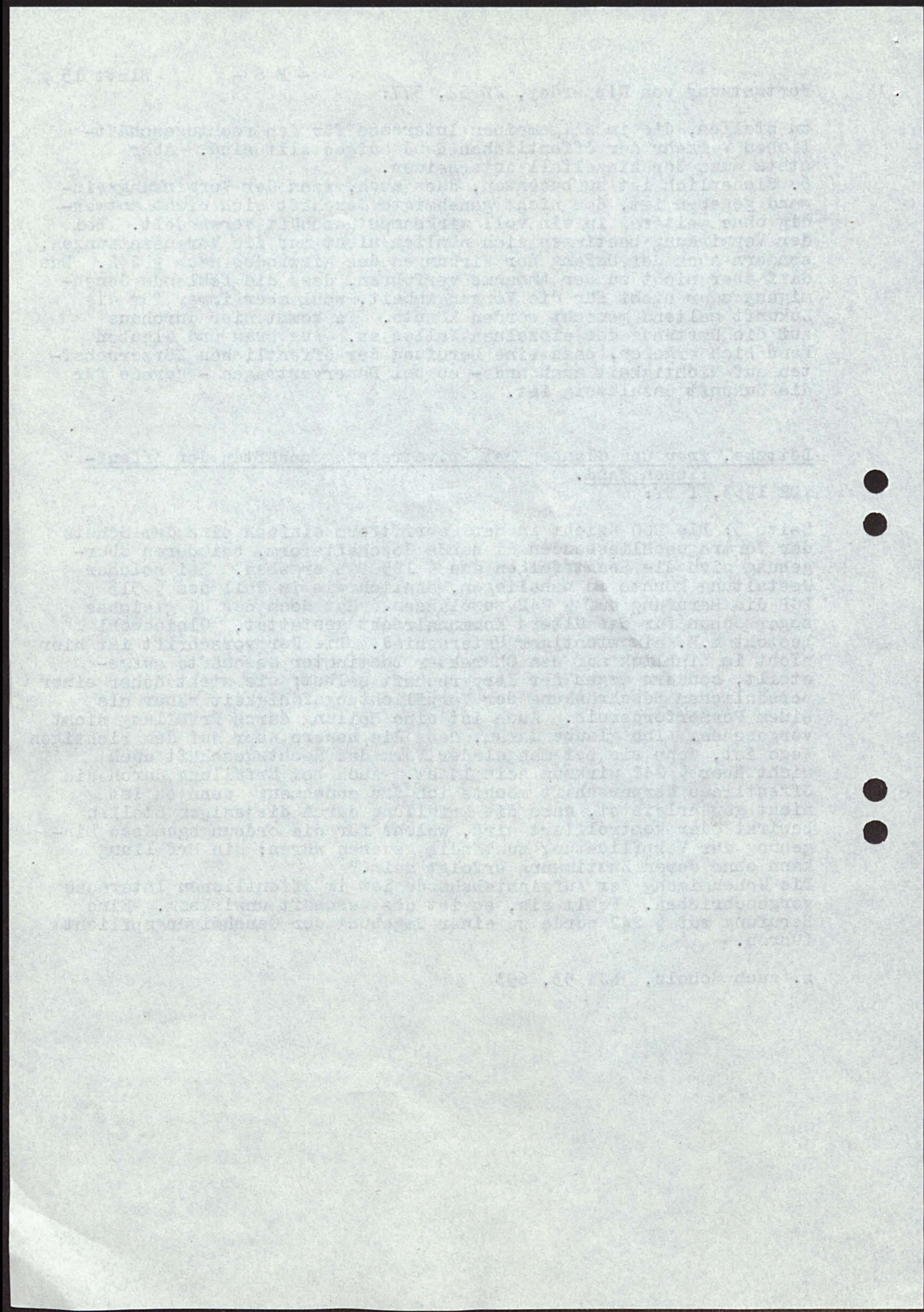




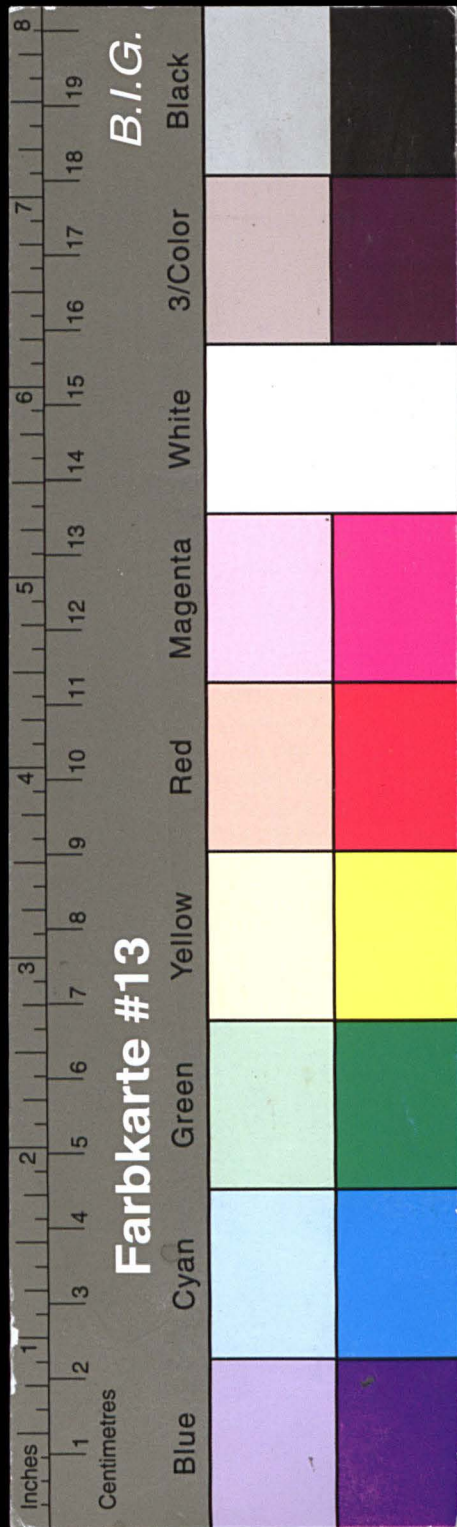


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

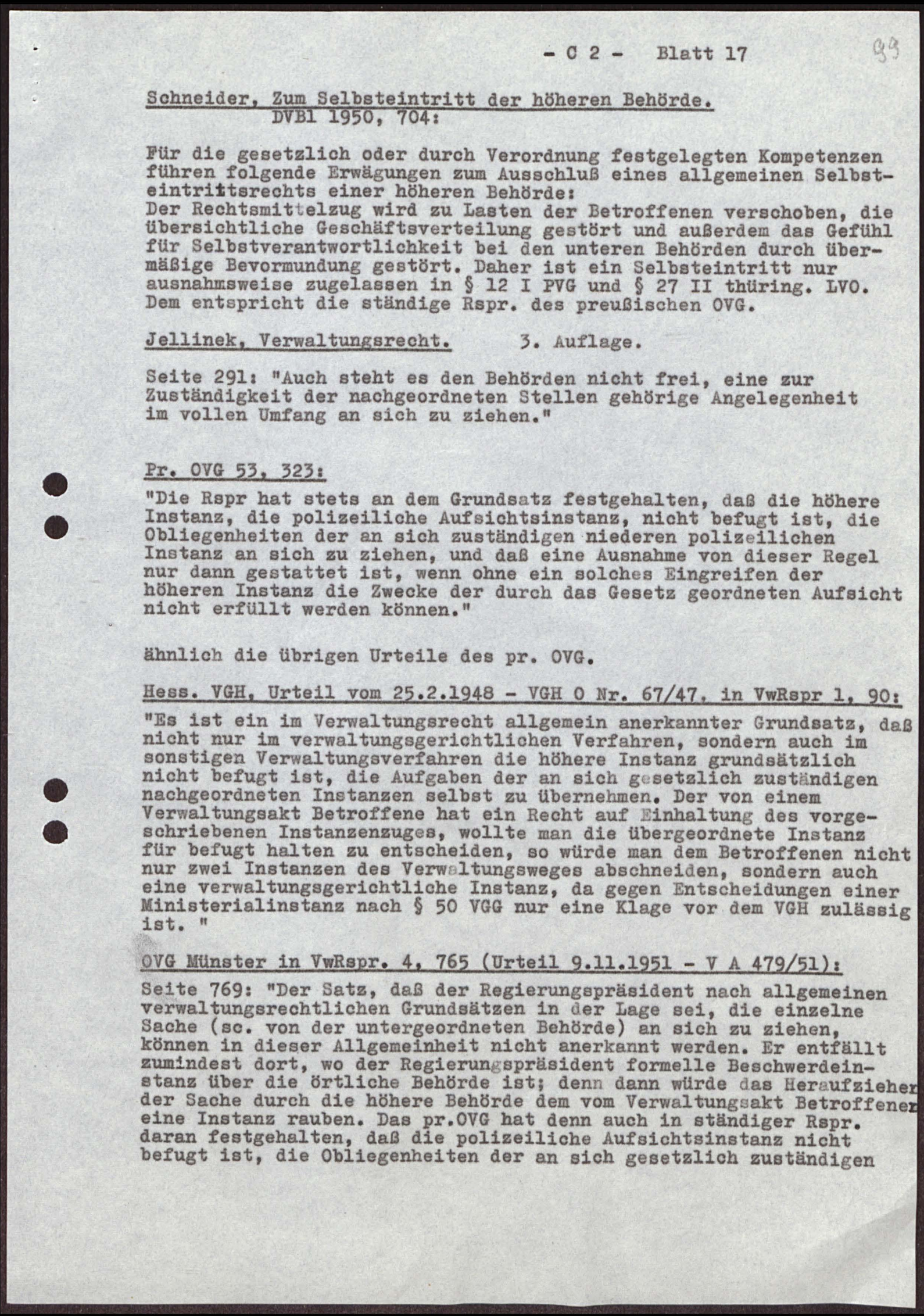
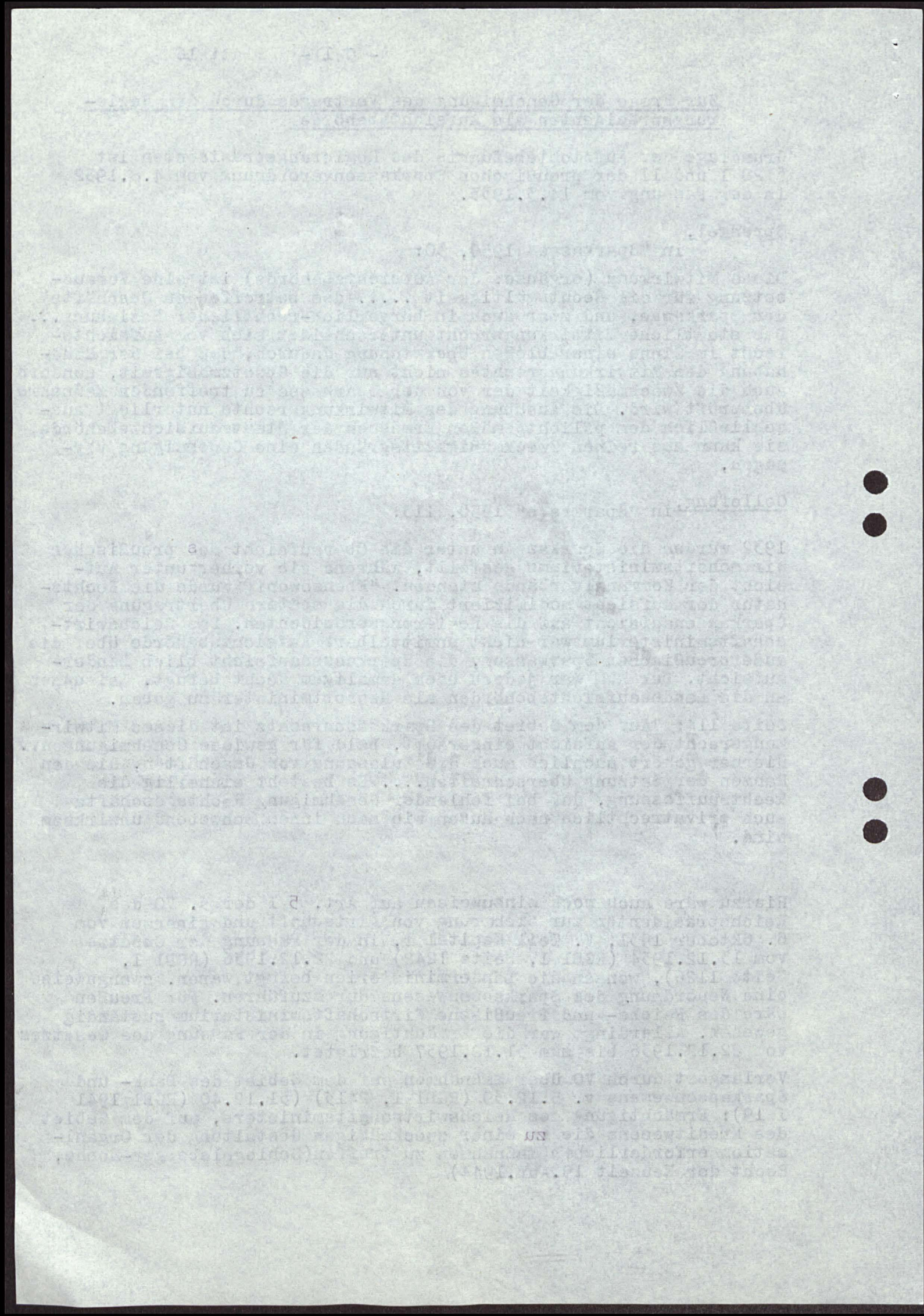




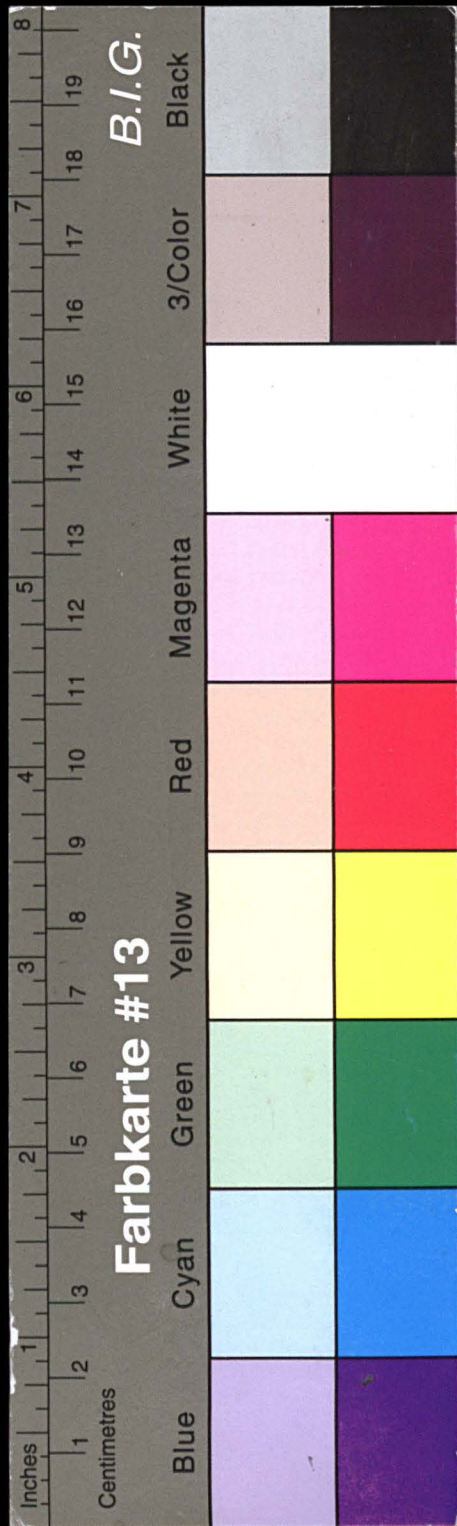


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

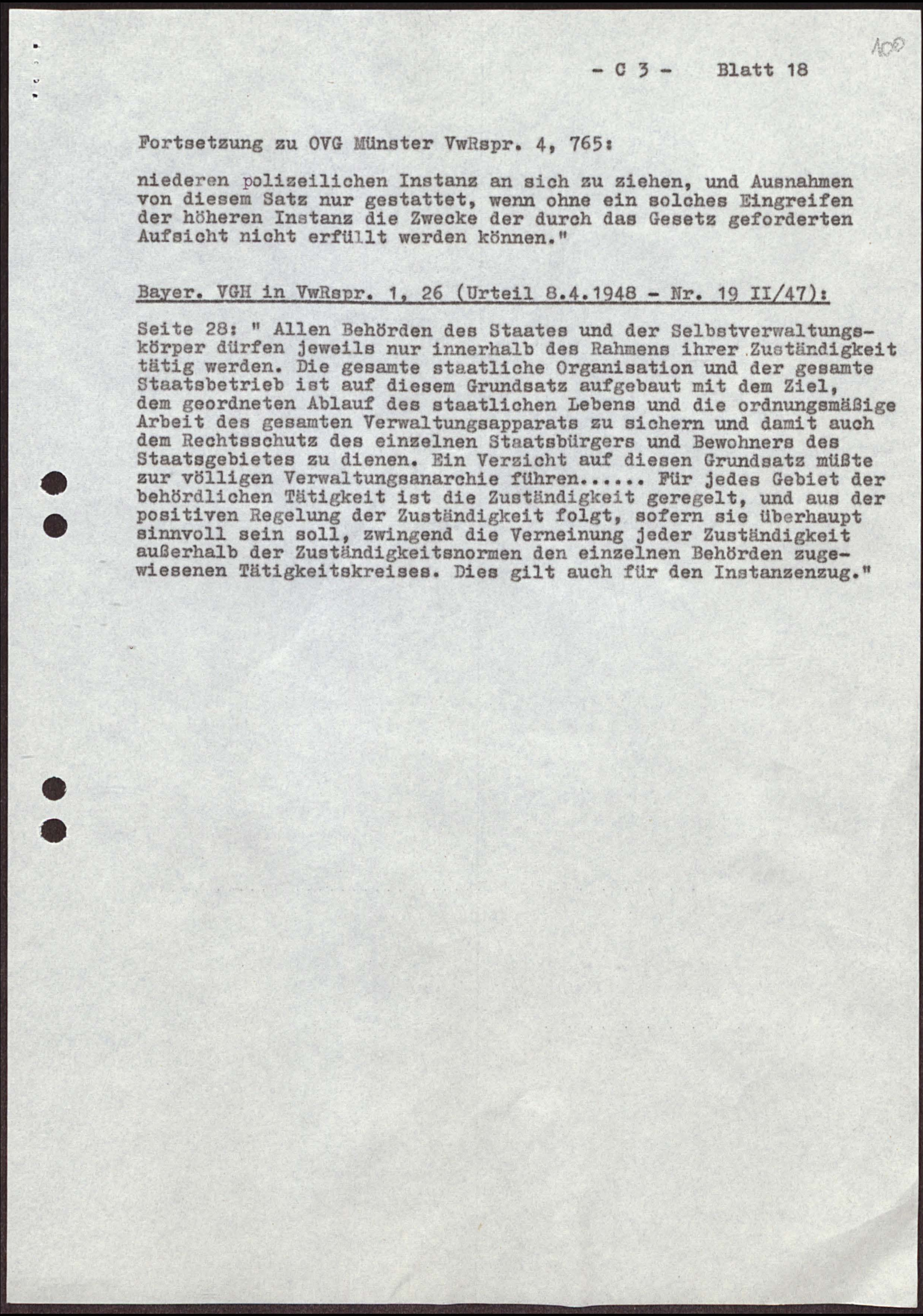
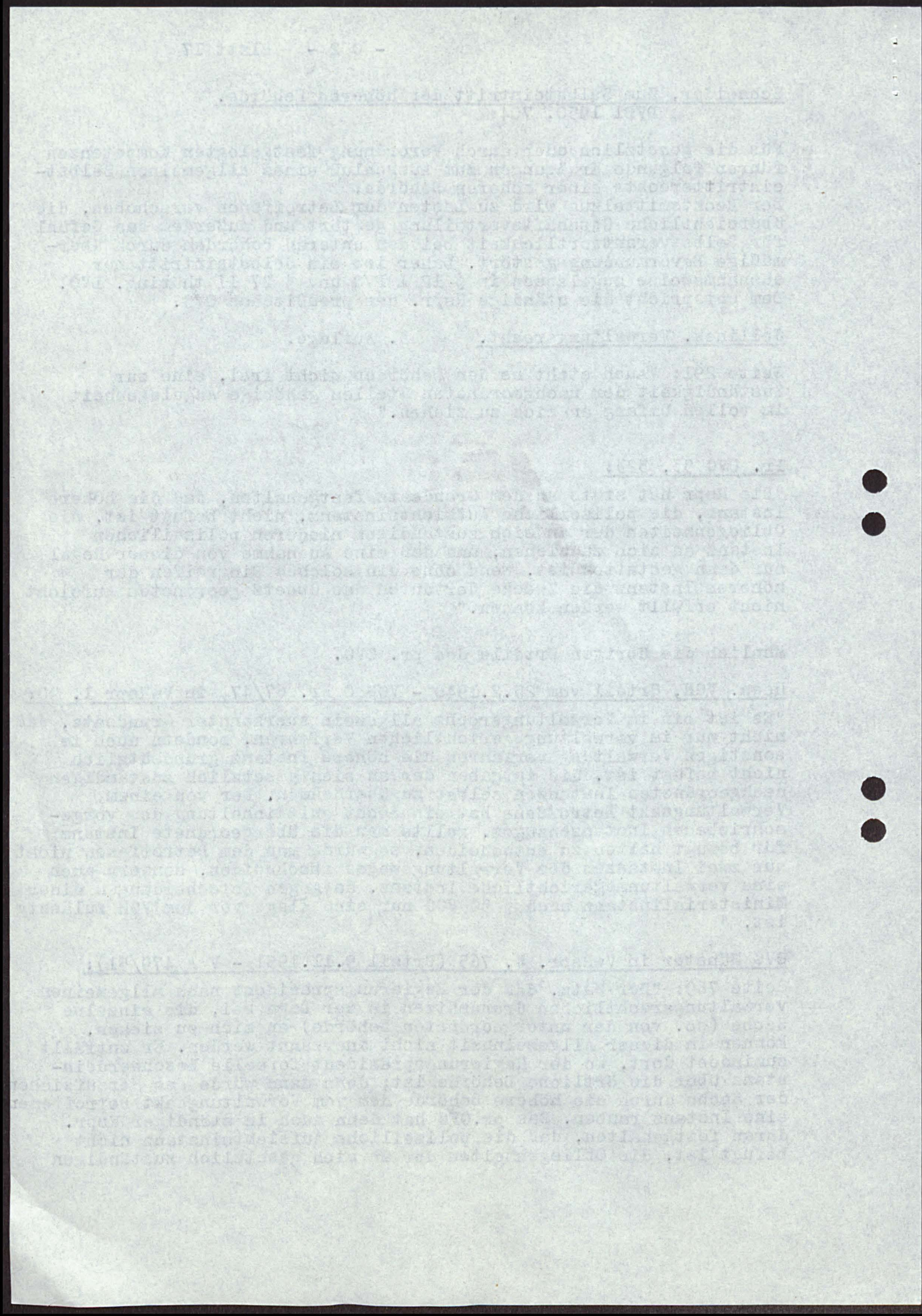




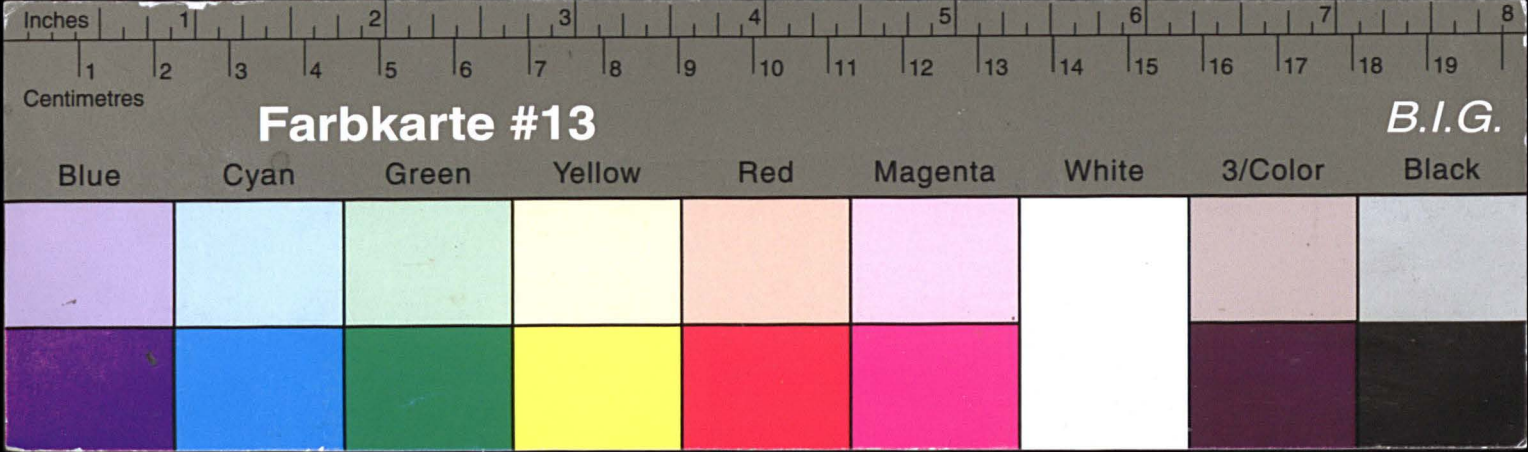


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552







# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

